

Protokoll der 41. Sitzung

der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ am Montag, dem 20. Oktober 1997; Beginn: 10.00 Uhr; Berlin, Zentral- und Landesbibliothek, Breite Straße 32-34; Vorsitz: Abg. Rainer Eppelmann

Die Situation der Frauen im geteilten und im vereinigten Deutschland

Inhalt

Eröffnung

Rainer Eppelmann 203

Vortrag

Fragen, Probleme und Ergebnisse der Geschlechterforschung
Christina von Braun 205

Kurzvorträge

Anspruch und Realität der Emanzipation in der Bundesrepublik
Annette Kuhn 216

Anspruch und Realität der Emanzipation in der DDR
Marina Beyer 220

Diskussion 226

Kurzvorträge

Frauen in der Arbeitswelt in der DDR und in der alten Bundesrepublik
Carola Sachse 248

Frauen in der Arbeitswelt im vereinten Deutschland
Karin Fobe 253

Kurzvorträge

Frauen im Spannungsfeld zwischen Familie und Gesellschaft in der
DDR und in der alten Bundesrepublik
Anneliese Neef 258

Frauen im Spannungsfeld zwischen Familie und Gesellschaft im Trans-
formationsprozeß und im vereinten Deutschland
Hans Bertram 264

Diskussion 268

| | |
|---|-----|
| Podium | 281 |
| Frauen in Politik, Wissenschaft und Kultur | |
| Edda Ahrberg – Heidi Bohley – Elke Mehnert – Barbara Vogel | |
| Diskussion | 296 |
| Podium | 307 |
| Perspektiven der Frauenpolitik im vereinigten Deutschland | |
| Christine Bergmann – Wilma Glücklich – Rita Griebhaber – Uta Schlegel – Sigrid Semper | |
| Diskussion | 321 |

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen. Ich möchte Sie alle ganz herzlich begrüßen, auch die Menschen, die uns von außerhalb dieses Raumes zuschauen, indem Sie Fernsehzuschauer von PHÖNIX sind. Ich bin ein bißchen traurig darüber, daß die Damen der Enquete-Kommission bisher zumindest noch nicht unter uns sind. Das wird vielleicht noch anders, aber es spricht ja für uns Männer, wenn wir dieses Thema für so interessant halten, daß wir von Anfang an mit dabei sind.

Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ wird heute und morgen hier in Berlin zwei öffentliche Anhörungen von Wissenschaftlern, Politikern und Zeitzeugen durchführen, die sich beide mit unterschiedlichen Seiten des „Alltags in der DDR“ befassen.

Die heutige Anhörung wird sich mit der Situation der Frauen im geteilten und im vereinigten Deutschland beschäftigen. Manche und mancher mag angesichts dieses Themas fragen: Wieso setzen wir uns gerade mit der Situation der Frauen in besonderer Weise auseinander? Sollten dann nicht auch die Männer einmal in besonderer Weise in den Blick genommen werden? Diese Überlegung ist sicherlich gerechtfertigt, und ich habe mir sagen lassen, daß wir zumindest im Einleitungsvortrag einiges zur modernen „Geschlechterforschung“ hören werden, die Frauen und Männer im Hinblick auf die Unterschiede in unserer Gesellschaft gleichermaßen untersucht.

Bei näherem Hinsehen wird allerdings schnell deutlich, daß es für unsere Kommission eben doch von besonderer Wichtigkeit ist, nach der Situation der Frauen in der DDR und im vereinten Deutschland zu fragen. Die DDR war schließlich ein Staat, der es sich auf seine Fahnen geschrieben hatte, die Gleichberechtigung von Frau und Mann in vollem Umfang zu verwirklichen und sich in besonderem Maße um die soziale Lage der Frauen zu kümmern. Daher wird heute zu fragen sein: In wie weit wurden diese Ansprüche tatsächlich eingelöst? Wo wurden in der DDR tatsächlich Fortschritte erreicht, und wo gab es besondere Probleme? Wie stand es um die Gleichberechtigung im Alltag, im Berufsleben, bei der Ausbildung? Wie ist die Förderung der Kinder und der Familien tatsächlich einzuschätzen? Und schließlich: Wie sah das Bild

von der sozialistischen „Traumfrau“ und von der „idealen“ Familie aus, das die SED-Propaganda verbreitete?

Ich erinnere mich beispielsweise noch, daß wir sehr verwundert waren, daß ein Staat, der die Familienpolitik zumindest in seiner Propaganda ganz groß schrieb, nicht in der Lage war, ausreichend Babywindeln herzustellen. Die gab es nämlich oft nur für diejenigen, die „Beziehungen“ hatten. Da mußte dann manchmal die ganze Verwandtschaft helfen, um einer jungen Familie alles Notwendige zu beschaffen. Und oft hörte ich, daß in vielen Betrieben Männer für gleiche Tätigkeiten mehr Lohn bekamen als Frauen.

Immerhin hatten die Frauen in der DDR meist eine doppelte Belastung zu tragen: die Wünsche und Ansprüche ihrer Familie auf der einen Seite, und die Zwänge und Anforderungen des Arbeitslebens auf der anderen. Dazu kamen dann oft noch die Verpflichtungen zur sogenannten „gesellschaftlichen Arbeit“ und zur Weiterqualifizierung, zu der gerade die Frauen in besonderen „Förderplänen“ gedrängt wurden. Besonders die Alleinerziehenden hatten es in dieser Situation sehr schwer.

Außerdem dürfen wir die Last der täglichen Besorgungen nicht vergessen, die gerade in einer Mangelgesellschaft besondere Schwierigkeiten bereiteten. Das Schlangestehen, die ewigen Rennereien – gerade die Frauen waren es, die diese Mühen auf sich zu nehmen hatten. Und sie waren es auch, die besonders darunter litten, daß oft „Klimmzüge“ nötig waren, um kleine Freuden in den Alltag zu bringen – und sei es nur die Suche nach einem Blumenstrauß für den Geburtstagstisch – im Winter.

Natürlich ist es positiv zu werten, daß viele Frauen in der DDR arbeiten gehen konnten, dadurch wirtschaftlich selbständig waren und den engen Lebenskreis von Küche und Kindern aufbrechen konnten. Aber viele taten das auch, weil ein Einkommen alleine eben für eine Familie oft nicht ausreichte. Manche junge Mutter wäre gewiß auch lieber bei ihrem Kleinkind zu Hause geblieben, um es nicht der obligaten Dauerbetreuung in der Kinderkrippe auszusetzen.

Aber in einer Gesellschaft, in der Arbeitskräfte knapp waren und die sich immer in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage befand, gab es eben auch eine ökonomische Notwendigkeit, alle Kräfte zu mobilisieren. Oft genug ging es dabei eben nicht um eine wirkliche Gleichberechtigung, sondern die Arbeitskraft der Frauen wurde gebraucht, und deshalb sollten sie auch „ihren Mann stehen“.

Wie intensiv waren aber die Frauen in der DDR eingebunden, wenn es um politische Beteiligung ging? Wieviele Frauen waren eigentlich im SED-Politbüro oder in wichtigen Funktionen in der Wirtschaft, in Wissenschaft und Forschung, in den Massenorganisationen oder in den Kirchen?

Haushaltstag, Kindergartenplatz, Frauenförderpläne – das waren alles wichtige Hilfen, um die Situation der Frauen in der DDR zu verbessern. Aber erschöpfte sich darin die alte Forderung der Frauen nach gleichberechtigter

Selbstverwirklichung? Daher wird zu fragen sein, was sich hinter Begriffen wie Emanzipation in Ost und West in Wirklichkeit verbarg.

Trotzdem können die Frauen in der ehemaligen DDR zurecht stolz darauf sein, selbstbewußt ihren Platz in der „Männergesellschaft“, die auch die DDR trotz allem war, behauptet zu haben. Und wir dürfen nicht vergessen, daß viele Frauen auch in der Bürgerrechtsbewegung aktiv waren, oft in führenden Positionen. Sie hatten Mut, sie waren beim Sturz der SED-Diktatur dabei und sie saßen mit an den Runden Tischen im ganzen Land.

Es gibt schließlich noch einen weiteren Grund, die Situation der Frauen in einer eigenen Anhörung unserer Kommission besonders zu untersuchen. Heute, sieben Jahre nach dem Fall der Mauer, fühlen sich viele Frauen als Opfer der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandlungen, die die Einheit mit sich gebracht hat. Ich denke an die Frauen, die in der DDR einen Arbeitsplatz hatten, und heute arbeitslos sind. Manchmal wird sogar geklagt, Frauen seien insgesamt härter als Männer vom Transformationsprozeß betroffen.

Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, daß es heute, nach dem Wegfall der politischen Zwänge, für Frauen völlig neue Möglichkeiten gibt, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Viele Frauen nutzen diese neuen Chancen selbstbewußt, auch wenn die Rahmenbedingungen dafür nicht immer optimal sind.

In unserem Schlußpodium werden deshalb einige Kolleginnen aus unterschiedlichen Bereichen der Politik darüber diskutieren, ob die gegenwärtigen politischen Möglichkeiten ausreichen, und wo gegenwärtig gerade für Frauen in den neuen Ländern Probleme bestehen, damit hier nach besseren Lösungen gesucht wird. Wir sollten aber auch fragen, was die großen Organisationen, die Kirchen, die Parteien, dazu beitragen, daß Frauen über ihre Möglichkeiten, ihre Chancen und ihre Probleme im vereinten Deutschland miteinander reden.

Ich möchte allen, die sich bereiterklärt haben, bei unserer Anhörung mitzuwirken, dafür danken und wünsche der Veranstaltung ein gutes Gelingen!

Sie haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Tagesordnung unserer heutigen öffentlichen Sitzung vor sich zu liegen und darum wissen Sie, daß wir jetzt Frau Prof. Christina von Braun hören. Ich bitte Sie ums Wort.

Prof. Dr. Christina von Braun: Ich bedanke mich für die Einladung. Ich bin also gebeten worden, über den Stand der Entwicklung der Geschlechterforschung zu sprechen. Das ist natürlich ein weites Feld, und ich werde mich auf die Aspekte, die sich auf das Nationalbild und besonders das deutsche Nationalbild und die Geschlechterbilder, die sich davon ableiten oder die es mitgeprägt haben, beschränken. Das ist immer noch ein riesiges Feld und ich bitte Sie, mir dennoch zu folgen, wenn ich etwas holzschnittartig über etwa 100 Jahre Geschichte hinweggehe. Ich werde auch in einer anderen Hinsicht anders als andere Anhörungen, die eher auf soziale und politische Fragen eingehen, versuchen, etwas von den kollektiven unbewußten Leitlinien herauszuarbeiten, die solche Prozesse begleiten.

Normalerweise vollziehen sich Mentalitätsveränderungen erheblich langsamer als staatliche oder außenpolitische Entwicklungen. Deshalb sind sie auch oft erst mit großem Abstand, unter Umständen nach Jahrhunderten zu erkennen. Um so bemerkenswerter ist die Tatsache, daß sich innerhalb von weniger als 100 Jahren ein Wandel vollzogen hat, der das Wahlrecht für Frauen, die Selbstbestimmung in Wirtschafts- und Unternehmensfragen sowie die Zulassung von Frauen zu höherer Bildung und zu akademischen Berufen bzw. zu Staatsämtern wie dem der Richterin oder der Politikerin mit sich brachte; daß Frauen als Naturwissenschaftlerinnen, als Schriftstellerinnen, Philosophinnen in der Öffentlichkeit auf Akzeptanz stoßen. Für die Tiefe der Veränderung, die sich in der Geschlechterordnung vollzogen hat, sind die 100 oder 150 Jahre erstaunlich gering. Noch um die Jahrhundertwende tritt in den Debatten, die die angesehensten Wissenschaftler Deutschlands über die Frage führten, ob Frauen zu einem wissenschaftlichen Studium befähigt seien, eine Argumentation zutage, die uns heute fremd erscheint, in ihrer Zeit aber sehr einflußreich war. Die Debatten wurden ausgelöst durch die Tatsache, daß die Universitäten fast aller anderen Länder Europas und der USA in den 70er oder 80er Jahren des letzten Jahrhunderts den Frauen ihre Tore geöffnet hatten. In Deutschland hingegen, wo Frauen bis zur Reichsgründung in einigen Lehrveranstaltungen als Gasthörerinnen zumindest geduldet wurden, waren die Universitäten nach 1871 hermetisch abgeriegelt worden. Die Argumente dafür sind es wert, näher betrachtet zu werden.

Und ich werde jetzt – da bitte ich Sie, mir zu folgen – etwas ausholen, und Sie werden am Ende sehen, wie diese Fäden zusammenlaufen, wenn es auf die Frage der deutschen Wiedervereinigung zugeht. Die Gegner des Frauenstudiums beriefen sich auf angebliche Naturgesetze, die die Befürworter des Frauenstudiums in besonderen Ausnahmefällen zu umgehen bereit waren. Zu denen gehörte etwa Max Planck. Er schrieb, daß „wenn eine Frau, was nicht häufig, aber doch bisweilen vorkommt, für die Aufgaben der theoretischen Physik besondere Begabung besitzt und den Trieb in sich fühlt, ihr Talent zur Entfaltung zu bringen,“ so werde er ihr „den probeweisen und stets widerruflichen Zutritt zu meinen Vorlesungen und Übungen gestatten“. Allerdings halte er es für verfehlt, „Frauen zum Studium heranzuziehen“, denn „Amazonen sind auch auf geistigem Gebiete naturwidrig“ und man kann „nicht stark genug betonen, daß die Natur selbst der Frau ihren Beruf als Mutter und als Hausfrau vorgeschrieben habe und daß Naturgesetze unter keinen Umständen ohne schwere Schädigung, welche sich im vorliegenden Falle besonders an dem nachwachsenden Geschlecht zeigen würden, ignoriert werden können“.

Viel schärfer formulierten es die grundsätzlichen Gegner des Frauenstudiums. Einige von ihnen führten sogar erbliche Schäden an, die sich durch die wissenschaftliche Tätigkeit von Frauen ergeben könnten. „Ich denke dabei“, so schreibt ein Mediziner von der Berliner Universität, „an die hereditäre Übertragung von der unter den studierenden Mädchen ohne Zweifel erheblich zunehmenden Kurzsichtigkeit und der nervösen Disposition“. Im Zentrum der Ar-

gumente stand nicht etwa der Kopf, sondern der Unterleib der Frauen. Und das ist ein durchgängiges Argument in allen Disziplinen.

Dazu ein paar Beispiele: Der Anatom Theodor von Bischoff schrieb, daß „der wahre Geist der Naturwissenschaften dem Weibe stets verschlossen bleibe, weil es schamhafter sei und die Regungen des groben Genusses der Sinnlichkeit bei ihm in der Regel geringer seien als beim Manne“. Der große liberale Mediziner Rudolf von Virchow sprach sich gegen die Gleichberechtigung aus, denn „alles, was wir an dem wahren Weibe weibliches bewundern und verehren, ist nur eine Dependenz der Eierstöcke“. Der Nationalökonom Lorenz von Stein vertrat die Ansicht, daß „die Frau, die den ganzen Tag hindurch am Pulte, am Richtertisch, auf der Tribüne stehen soll, sehr ehrenwert und nützlich sein kann, aber sie ist keine Frau mehr, sie kann nicht Mutter sein“. Ähnlich der Historiker Heinrich von Treitschke: „Durch die Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne ergibt sich von selbst die Auflösung aller häuslichen Liebe und Zucht und die Ehe verwandelt sich in ein Konkubinat“. Der Rechtshistoriker Otto Gierke sah im Fall eines Frauenstudiums sogar den Untergang des preußischen Staates voraus: „Weibliche Rechtsanwälte und Notare? Oder weibliche Richter? Oder weibliche Staatsanwälte? Oder weibliche Verwaltungsbeamte? Mit jedem Schritt vorwärts beträte man hier die abschüssige Bahn, auf der es keinen Halt mehr gibt, bis die Austilgung der Unterschiede der Geschlechter im öffentlichen Recht erreicht ist. Unsere Zeit ist ernst. Das deutsche Volk hat anderes zu tun, als gewagte Versuche mit dem Frauenstudium anzustellen“.

Daneben gab es einige wenige Wissenschaftler, die sich bedingungslos für ein Frauenstudium aussprachen. Interessanterweise ging es aber auch bei ihnen um die biologische Beschaffenheit der Frau. Ihre Argumente lassen sich im großen und ganzen zusammenfassen in der Überlegung, die der evangelische Theologe Hermann von Soden anstellte: „Ist das, was wir als Hauptaufgabe der Frau ansehen, so wenig tief in ihrer Natur begründet, daß sie durch wissenschaftliches Studium und öffentliche Berufstätigkeit den Sinn dafür verlieren könnte – so wäre es nur doppelt eine Gewalttätigkeit, wolle man sie auf die Aufgabe beschränken“. Sowohl die Aussagen der Wissenschaftler, die sich gegen als auch die derer, die sich für ein Frauenstudium aussprachen, sind aus zwei Gründen bemerkenswert. Erstens sind diese Aussagen nur 100 Jahre alt; und zweitens richtet sich in beiden Fällen das Interesse auf die unverrückbaren Gesetze der Natur und, seltener, auf die Gefahr einer Atomisierung der Gesellschaft, also eine Auflösung der Ordnung, die das Leben des Gemeinschaftskörpers regelt. Eine solche Berufung auf angeblich unveränderliche biologische Gegebenheiten sowie auf eine Gefährdung der Gemeinschaft fand in den Debatten anderer Länder, die sich auch nicht so schwer taten, Frauen zum höheren Studium zuzulassen, nicht statt. Das ist ein deutsches Spezifikum und wirkt sich aus bis in die Geschichte der beiden Deutschlands nach 1945. So konnte man in den Debatten der 60er Jahre um die Erwerbstätigkeit der Frau in Westdeutschland genau dieselben Argumente hören, wie ich sie Ihnen gerade

vorgetragen habe, und auch in der DDR blieben Haushalt und Kinderversorgung trotz Erwerbstätigkeit weitgehend Aufgabe der Frau.

Warum aber gerade Deutschland? Um auf diese Frage zu antworten, muß ich ein wenig ausholen. Der Zulassung von Frauen zum Studium bzw. den Debatten um die Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter waren zwei Neuerungen vorausgegangen, die andernorts zu einem entscheidenden Wandel in der Geschlechterordnung geführt hatten: das eine war eine genauere Kenntnis der Zeugungsvorgänge, und das andere ein neues Konzept des Gemeinschaftskörpers. Natürlich gab es auch noch andere Gründe, aber ich will mich auf diese beiden Aspekte beschränken.

Das Wissen um die Vorgänge bei der Befruchtung war relativ neu. Noch bis 1657, bis William Harvey, war die Zeugung ein unerklärbarer Vorgang, über den es die unterschiedlichsten Spekulationen gab. Erst Anfang des 19. Jahrhunderts wurde durch die Zellenlehre und durch die Entdeckung des Eisprungs eine konkrete Grundlage für die Befruchtungstheorie geschaffen. Um 1875 verschaffte eine verbesserte Mikroskopietechnik Einsicht in den Vorgang der Verschmelzung von Spermakern und Eikern. Dieser Erkenntnisgewinn eröffnete den Raum für ganz neue Phantasien über eine sowohl geplante als auch gesteuerte, d. h. verbesserte, den Zufall ausschließende Regeneration. Die Phantasien an sich waren nicht neu. Schon Platon hatte in seinem „Staat“ gefordert, daß die menschliche Fortpflanzung einer rationalen Planung der Auslese und Züchtung unterworfen werde und daß nur die „Besten“ das Recht erhalten sollten, Nachkommen zu zeugen. Waren aber solche Vorstellungen für Platon noch mehr oder weniger Gedankenspiel, so rückten sie mit dem Industriezeitalter, als man die Gesetze der Zeugung durchschaute und hoffte, sie bald im Reagenzglas nachvollziehen zu können, in greifbare Nähe. So fand die Hoffnung auf eine geplante und homogenisierte Reproduktion schon bald in den Theorien der Eugeniker ihren Ausdruck – und die sind ja bekanntlich besonders in Deutschland aktiv geworden.

Die Kenntnis der Zeugungsvorgänge brachte die Möglichkeit, Reproduktion und Sexualität als voneinander unabhängig zu denken. War die Sexualität bis dahin als eine notwendige Begleiterscheinung der Reproduktion erschienen und deshalb mit der biologischen Beschaffenheit des Individuums zwingend verbunden worden, so konnte sie nun als von den regenerativen Kräften getrennt wahrgenommen werden: als selbständiger Trieb, der auch da sein Unwesen trieb, wo der Reproduktionstrieb kein Ziel zu verfolgen hatte – etwa bei der Homosexualität. An genau dieser historischen Schwelle entstehen die Sexualwissenschaften. Mit dieser Abkopplung des Sexualtriebs von der Biologie waren die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß aus biologischen Kategorien „Sexualität“ und „Geschlecht“ kulturelle, geistige, psychische Kategorien werden konnten. Genau das geschah um die Jahrhundertwende, und die Entwicklung vollzog sich parallel zu der Debatte um Frauenstudium und Gleichberechtigung, und vornehmlich in Berlin, wo die Sexualwissenschaften mit Iwan Bloch, Magnus Hirschfeld und Albert Eulenburg ihr aktivstes Zentrum fanden.

Im Zuge dieser Entwicklung wurde aber nicht nur die Sexualität sondern auch das Geschlecht selbst zunehmend als Produkt kultureller Zuschreibungen verstanden, etwa in den Schriften des Juristen Karl Heinrich Ulrichs, der schon ab Mitte der 1860er Jahre die These vom „dritten Geschlecht“ verkündete. Magnus Hirschfeld sollte später den Begriff durch den der „sexuellen Zwischenstufen“ ergänzen. Mit anderen Worten: Gegen Ende des 19. Jahrhunderts – mitten im Kampf um Frauenstudium und Gleichberechtigung – trat neben die traditionelle biologische Definition des Geschlechts eine kulturelle oder psychologische, die besagte, daß man zwar biologisch ein Mann sein, aber wie eine Frau empfinden könne, und umgekehrt. Es versteht sich, daß die beiden Definitionen von Geschlecht – einerseits die biologische und andererseits die psychisch-kulturelle – schwer miteinander zu vereinbaren waren, und ihre Theoretiker bekämpften sich auch zutiefst. Das offenbarte sich nicht nur in den Auseinandersetzungen für oder gegen das Frauenstudium, sondern auch in den unterschiedlichen Theorien innerhalb der Sexualwissenschaften. Am deutlichsten im Verhältnis zur Homosexualität. Hier kreiste die Diskussion um genau dieselbe Frage wie die um das Frauenstudium. Ist das Sexualverhalten des Homosexuellen biologisch (mithin unveränderbar) oder kulturell bedingt? Sind Frauen aus biologischen (mithin unveränderbaren) Gründen aus dem Studium auszuschließen; oder handelt es sich um kulturelle und mithin transformierbare Gesetze?

Daß diese Frage von politischer und gesellschaftlicher Brisanz war, geht auch aus der Tatsache hervor, daß zeitgleich genau dieselbe Diskussion über das Bild des Juden geführt wurde. Eine Debatte, die ebenfalls in Deutschland stattfand und nicht minder heftig war als die um das Frauenstudium. Auch hier ging es implizit um die Frage nach dem Zugang von Juden zur Universität, zu den öffentlichen Ämtern und den akademischen Berufen. Zwar hatten Juden, soweit männlichen Geschlechts, seit der Reichsgründung das Recht, an deutschen Hochschulen zu studieren. Aber die Berufung auf einen Lehrstuhl war ihnen weitgehend verwehrt, wie auch viele Beispiele aus der Geschichte der Berliner Universität beweisen. Etwa das von Georg Simmel, dem es nie gelang, in Berlin auf einen Lehrstuhl berufen zu werden, obgleich seine Vorlesungen zu den kulturellen Ereignissen der Hauptstadt gehörten. Heute beruft sich die Berliner Universität gerne auf diesen originellen Denker.

In der Diskussion um den Juden ging es um eine ähnliche Frage wie bei der um das Frauenstudium und um die Homosexualität: Ist die jüdische Identität biologisch definiert oder handelt es sich um eine kulturelle Identität? Die rassistischen Antisemiten vertraten zwei unterschiedliche Positionen – mit demselben Ergebnis. Für die eine Fraktion war es die unveränderbare Rasse und für die andere war es der unveränderbare jüdische Geist, die den Juden definierten. Dementsprechend umschrieben die Antisemiten den jüdischen Geist – seit der Dreyfus-Affäre meist mit dem Schimpfwort „Intellektualität“ bedacht – und das jüdische Blut mit genau denselben Vokabeln: „fremd, giftig, zersetzend“ zum Beispiel. Ein bekannter antisemitischer Kalendervers lautete:

Hinfort mit diesem Wort, dem bösen,
mit seinem jüdisch-grellen Schein!
Nie kann ein Mann von deutschem Wesen
ein Intellektueller sein.

Die Bilder einer jüdischen Gefahr spielten vor allem im Kontext der Assimilation eine wichtige Rolle. Diese Frage der Intellektualität ist übrigens eine Erbschaft, mit der wir bis heute leben, also auch in der Intellektuellenfeindlichkeit, die ich in Deutschland stärker als in vielen anderen Kulturkreisen vertreten finde. Die Bilder einer jüdischen Gefahr spielten vor allem im Kontext der Assimilation eine wichtige Rolle. Nicht die orthodoxen, sondern die assimilierten Juden – diese Fremden, denen man ihre Fremdheit nicht ansehen konnte, die Kaftan, Bart und Schläfenlocke abgelegt und sich mit dem „Wirtsvolk“ vermischt hatten – galten als Gefährdung der Gemeinschaft. Die Darstellung ihrer Gefährlichkeit war von Sexualbildern durchsetzt. Das heißt, die antisemitischen Klischees vom unsichtbaren Juden vermischten sich mit den Feindbildern eines undefinierbaren neuen Frauentypus, bei dem sich die traditionelle biologische Definition von Weiblichkeit zu verflüchtigen schien. So verkündete der Rassenforscher Otto Hauser, auf dessen Geschichte des Judentums sich später die Nationalsozialisten berufen sollten, in seinem Aufsatz „Juden und Deutsche“: „Bei keinem Volk findet man so viele Weibmänner und Mannweiber wie bei den Juden. Deshalb drängen sich so viele Jüdinnen zu männlichen Berufen, studieren alles mögliche, von der Rechtswissenschaft, Heilkunde bis zur Theologie, werden Gruppen- und Volksvertreterinnen. Betrachtet man diese jüdischen Frauen auf die sekundären Geschlechtsmerkmale hin, so kann man bei gut zwei Dritteln von ihnen deren Verwischung feststellen. Der deutliche Bartanflug ist überaus häufig, die Brüste dagegen unausgebildet, das Haar bleibt kurz“.

Das heißt, das Bild einer Aufhebung der Sexualdifferenz überlagerte sich mit dem Bild der deutsch-jüdischen Assimilation. Die Verwischung der Grenzen zwischen Männern und Frauen wurde gleichgesetzt mit der Verwischung der Grenzen zwischen Juden und Deutschen. Die Assimilation selbst wurde mit dem Geschlechtsakt verglichen. So benutzte Werner Sombart, auch er eine der Berühmtheiten der Berliner Universität, das Begriffsbild der Paarung zur Beschreibung der Vermischung von Deutschen und Juden. Er schreibt: „Ich wünsche es im Interesse unserer deutschen Volksseele, daß sie von der Umklammerung durch den jüdischen Geist befreit würde, damit sie sich wieder in ihrer Reine entfalten könnte. Ich wünschte, daß die Verjudung so breiter Gebiete unseres öffentlichen und geistigen Lebens ein Ende nähme: zum Heil der deutschen Kultur aber ebenso sehr auch der jüdischen. Denn ganz gewiß leidet diese ebensowohl unter der unnatürlichen Paarung“.

Was hier um die Jahrhundertwende verhandelt wurde, läßt sich auf die Frage reduzieren: Ist der Körper – der geschlechtliche Körper wie der Körper des Juden – biologisch zu definieren, mithin unveränderbar, oder ist er – um ein aktuelles Modewort zu benutzen – ein kulturelles Konstrukt? Viele Frauen und

viele Juden setzten sich für eine kulturelle Definition des Körpers ein. Für die einen bedeutete sie Zugang zu höherer Bildung und Berufen, für die anderen Befreiung von den Klischees, die die rassistischen Antisemiten an den Körper des Juden zu haften versuchten. Das hatte unter anderem zur Folge, daß Frauen wie Henriette Schrader-Breymann und Helene Lange den Kampf um Frauenbildung mit dem Schlagwort der „geistigen Mütterlichkeit“ führten. Diese sei nicht allein an die eigene Kinderstube, nicht allein an die physische Mütterlichkeit gebunden, sondern werde überall wirksam, wo die Frau auch außerhalb des Hauses zum mütterlichen Wirken berufen sei. Die Mädchenbildung solle dieser psychischen Mütterlichkeit, die zu einer Hebung der nationalen Sittlichkeit beitrage, Rechnung tragen. Da sie von der geistigen Mütterlichkeit überzeugt waren, bejahten Helene Lange und ihre Mitkämpferinnen auch das Zölibat, das allen amtierenden Lehrerinnen auferlegt wurde. Das Wesen der Frau, so Helene Lange, zeichne sich ohnehin durch eine geistigere Auffassung des Sexuellen aus. Solche Bilder einer weniger biologischen als geistigen Weiblichkeit trugen einerseits dazu bei, die Weichen für die sozialpädagogischen Ausbildungs- und Berufszweige zu stellen, die bis heute die Bildungs- und Berufswege von Frauen in Deutschland prägen. Andererseits entsprachen sie aber auch dem neuen Trend, Psyche und biologisches Geschlecht als voneinander getrennt zu sehen.

Warum aber hatte die Frage einer Definition des Körpers um die Jahrhundertwende in Deutschland eine derartig politische Brisanz angenommen? Auf diese Frage gibt ein Wandel der Vorstellung vom Gemeinschaftskörper eine Antwort, die sich mit der Industrialisierung vollzog. Dieser Wandel erklärt auch, warum die Gegner des Frauenstudiums und der Assimilation der Juden im großen und ganzen identisch waren, und warum sie neben den Naturgesetzen auch die Gefahr einer Auflösung der Gemeinschaft beschwören. „Sandhaufen“, „Atomisierung der Gesellschaft“ waren die Schlagworte dafür.

Was ist ein Gemeinschaftskörper? Alle Gesellschaften – ich denke, das kann man so allgemein sagen – versuchen, durch die Analogie zum Individualkörper der eigenen Gemeinschaft den Anschein von Geschlossenheit und Zusammengehörigkeit zu verleihen. Auf diesem Bedürfnis beruhen viele kulturelle Phänomene wie die Reinheitsgesetze, die in jeder Gesellschaft anders definiert werden, oder all die Gesetze, die das Sexualverhalten und das Verhältnis der Geschlechter regeln. Dabei spielen oft Bilder des Blutes eine zentrale Rolle. Von diesen Bildern leitet sich zumeist ein gemeinsamer Ursprung, die Herkunft von einer historischen oder mythischen Urgestalt ab. Durch das Bild von der Gemeinschaft des Blutes soll etabliert werden, daß die vielen individuellen Körper in Wirklichkeit einen einzigen Körper bilden, weil ein und dasselbe Blut durch alle Adern fließt. Eine solche Vorstellung vom Gemeinschaftskörper nahm mit den rassistischen Vorstellungen vom Volkskörper und von der arischen Rasse säkulare Züge an und fand etwa auch in den Vorstellungen von der unveränderbaren Natur des jüdischen oder weiblichen Körpers seinen Ausdruck.

Daneben war ein neues Konzept vom Gemeinschaftskörper entstanden, das auf völlig anderen Voraussetzungen beruhte. Ich möchte es mit dem Terminus des „medialen Kollektivleibs“ umschreiben. Während die Ideologie des Volkskörpers das gemeinsame Blut, die gemeinsame Rasse in den Vordergrund rückte, stand beim medialen Kollektivleib die psychische oder – um einen modernen Ausdruck zu benutzen – die vernetzte Gemeinschaft im Mittelpunkt. Diese Gemeinschaft verband nicht ein gemeinsames Blut, sondern ein gemeinsames Nervensystem, das aus dem dichten Netz von Beschleunigungs- und Verkehrstechniken, von Telekommunikationsmitteln und von Währungen bestand, das die einzelnen Regionen, Städte und Individuen zusammenschloß und synchronisierte. Die Vorstellung eines durch die Medien erstellten – Medium im weitesten Sinne des Wortes –, psychischen kulturellen oder virtuellen Sozialkörpers schuf einerseits völlig neue Vorstellungen von der Zusammengehörigkeit und Organisation der Gemeinschaft, die zum Teil im Widerspruch zur traditionellen Vorstellung vom Gemeinschaftskörper standen, entsprach andererseits aber der neuen kulturellen Definition des Körpers. Besonders deutlich läßt sich die neue Vorstellung vom Gemeinschaftskörper am Beispiel der Pazifisten darstellen, die – wie auch das Frauenstudium – im Deutschen Reich und in der Donaumonarchie erheblich weniger stark vertreten waren, als etwa in England oder Frankreich, hielt man doch in Deutschland oder Österreich eher am traditionellen Bild des physiologisch definierten Volkskörpers fest. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, daß die große Mehrheit der rassistischen antisemitischen Texte im deutschen Sprachraum entstanden sind, also zwischen 1850 und 1900. Die Pazifisten hingegen griffen auf das Bild des Nervensystems zurück, um ihr Ideal der Gemeinschaft zu kennzeichnen. Es war ein Vorgriff auf das, was heute unter dem Schlagwort der globalen Vernetzung geführt wird. Noch wenige Jahre vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges sah Alfred H. Fried, einer der ersten Preisträger des Friedensnobelpreises, in diesem Nervensystem eine Garantie für den Weltfrieden. Er schrieb 1905: „Eisenbahn und Dampfschiffe durchqueren die Welt und führen die Kultur in die entlegensten Gefilde, wie die Adern das Blut in die Teile des Körpers, und Telegraph und Telephon haben sich zum Nervensystem der zivilisierten Welt entwickelt“.

Bei Fried gehen die Bilder vom Blut und von den Nervensträngen noch etwas durcheinander. An einer Stelle nennt er auch die großen Kapitalien „das rote Blut des internationalen Handels“. Dennoch wird verdeutlicht, daß hier zwei Konzepte vom Gemeinschaftskörper miteinander konkurrieren: Dem einen Konzept liegt die Vorstellung vom gemeinsamen Blut zugrunde, das andere beruht auf dem Bild einer Gesellschaft als Nervensystem. Dieses zweite Konzept war der Industrialisierung, dem Kapitalismus und der Moderne mit ihren vielen technischen Neuerungen und Formen der Beschleunigung geschuldet und spielte in allen Ländern – außer in Deutschland – eine zentrale Rolle.

Fand das neue Konzept des Gemeinschaftskörpers im Bild des Nervensystems seinen Ausdruck, so richtete sich seine Diffamierung gegen die moderne Nervosität, die nervöse Gesellschaft bzw. den nervösen Typus, ein Begriff, der um die Jahrhundertwende im deutschsprachigen Raum hohen Kurs hatte. Mit dem

Begriff der Nervosität wurden Erscheinungen umschrieben, die dem Bereich des psychisch krankhaften oder krankmachenden zugeschrieben wurden. Dazu gehörte das Leben in der Großstadt mit seiner Rastlosigkeit und seinen rasch wechselnden Rhythmen, mit den undurchschaubaren Beziehungsgeflechten, die das Stadtleben zwischen den Menschen wob – immer wieder dargestellt am Beispiel von Berlin, mehr als dem von London oder Paris – mit seinen schrägen Typen, die als Dandys, als Schwule oder als Frauen in Männerkleidung die Cafés und Nachtbars bevölkerten. Der Begriff der Nervosität wurde auch auf die Frauen übertragen, die für das Stimmrecht auf die Straßen gingen oder um das Recht kämpften, an den Universitäten zugelassen zu werden. „Die Nervosität unserer Zeit“, – so befürchtete ein Theologe – werde „durch das Frauenstudium zunehmen“. Und ein Mediziner wiederum hielt die Frauen zwar für fleißiger als Männer: „Gerade dieser Fleiß aber, welcher die Veranlagung zum Teil ersetzen soll, wird es dann wieder sein, welcher den zu Nervenkrankheiten besonders disponierten Frauen schädlich wird. Dieser, wie die Aufregung, welche die Examina hervorrufen und welchen das weibliche Geschlecht viel weniger gewachsen ist als das männliche, wird beim Ende des Studiums die nervöse Frau hervorgebracht haben“.

Das heißt, Frauen, die die Aneignung von Wissen oder eine Berufstätigkeit der eigenen Wahl anstrebten, galten nicht nur als unweiblich und widernatürlich; sie wurden auch betrachtet als das Produkt der Moderne mit ihren technischen Neuerungen, die einerseits Beschleunigung, Unruhe besagten, andererseits aber auch Innovationen hervorgebracht hatte, die die Naturgesetze in Frage stellten; und so suchten vor allem in Deutschland viele in den Naturgesetzen Schutz vor den Innovationen der Moderne.

Der Begriff des nervösen Typus fand Anwendung auf alle Menschen, deren Grundmuster darin bestand, daß sich ihre Erscheinung, ihr Verhalten jeder eindeutigen Zuordnung widersetzte, darunter den tradierten biologischen Mustern von Männlichkeit und Weiblichkeit. Deshalb verband sich das Bild körperlicher undefinierbarkeit, das in der Diffamierung des nervösen Typs seinen Ausdruck fand, mit dem Bild des assimilierten Juden, dem die gleiche undefinierbarkeit unterstellt wurde. Hysterie, Neurasthenie, Nervosität wurden nicht nur als typisch weibliche, sondern auch als typisch jüdische Krankheiten angesehen. In jedem Fall aber besagte Nervosität undefinierbarkeit.

Interessanterweise erweist sich mit dem ausgehenden 20. Jahrhundert das, was Ende des 19. Jahrhunderts noch mit dem Begriff der Nervosität diffamiert wurde, als Mainstream-Diskurs über Geschlechtlichkeit und über den Körper, zumindest in der amerikanischen und französischen Theorie. Heute gibt es einen breiten Konsens darüber, daß das Geschlecht als kulturelles Konstrukt zu verstehen sei. Der Körper selbst erscheint nur mehr als eine Hülle, als „wet ware“ wie die Computerfreaks sagen, als Spielzeug geistiger Triebe. Solche Vorstellungen bahnten sich nicht nur mit den ersten medialen Techniken der Telekommunikationsmittel an, sie sind auch den technischen Sehgeräten eingeschrieben, die die Sehgewohnheiten und die Wahrnehmungen des Selbst und

des Anderen verändert haben. Die Reproduktionstechniken des Industriezeitalters führten zu einer Vereinheitlichung des Blicks und reflektierten darin die Phantasien der Homogenisierung, die mit der Herrschaft über die menschliche Reproduktion einhergingen. Diese Phantasien erzählen von dem Verschwinden der biologischen Differenz. So ist für den Cyberspace-Theoretiker Gullichsen Walser die Reise in die Körperlosigkeit nicht nur technisch beherrschbar, sondern auch ein Vergnügen. Ich zitiere: „Vielleicht fühlen sie sich zunächst in einem Körper wie ihrem eigenen am wohlsten, doch wenn sie immer größere Anteile ihres Lebens und ihrer Geschäfte im Cyberspace abwickeln, wird ihre eingeschliffene Vorstellung von einem einzigen und unveränderlichen Körper einem weit flexibleren Körperbegriff weichen. Sie werden Ihren Körper als verzichtbar und im großen und ganzen einengend empfinden. Sie werden feststellen, daß manche Körper in bestimmten Situationen am dienlichsten sind, während sich andere Körper in anderen Situationen besser eignen“.

Es hat sich also mit der Industrialisierung ein Wandel vollzogen, mit dem ein völlig neues Konzept vom Körper entstanden ist. Und dieses Konzept bezieht sich sowohl auf den individuellen Körper, der sich einer biologischen Festlegung entzieht, als auch auf den Gemeinschaftskörper, in den das Individuum eingebunden ist. Auch der Gemeinschaftskörper wird weniger physiologisch als kulturell und medial bedingt definiert – eben als Nervensystem. Deutschland jedoch, zumindest in der Haltung, die historisch wirkungsmächtig geworden ist, hat diesen Wandel weniger stark vollzogen als andere Länder. Das Gemeinschaftskonzept des Kaiserreichs basierte auf der Ideologie einer physiologischen Definition der Nation, und die Versuche der Weimarer Republik, eine neue kulturelle Definition zu etablieren, konnten sich nicht behaupten gegen die Gewalt, mit der sich unter den Nationalsozialisten die Idee eines physiologisch bestimmten Volkskörpers wieder durchsetzte. Diese Erbschaft haben beide Deutschlands angetreten. Das zeigt sich unter anderem am Festhalten am *ius sanguinis* für die Bestimmung der Nationalität. Es zeigt sich aber auch an dem eigenartigen Festhalten an traditionellen Geschlechterrollen, die in beiden Deutschlands eine einmalige Disparität geschaffen haben: auf der einen Seite ein moderner Staat, eine moderne Gesellschaft, die mit allen technischen Neuerungen des späten 20. Jahrhunderts ausgerüstet ist, und auf der anderen Seite eine tief sitzende Ideologie der Mütterlichkeit, die es im Westen wie im Osten Frauen schwer machte, Kinder zu haben und eine berufliche Karriere anzustreben. Frauen selbst haben in dieser Hinsicht sehr oft ein schlechtes Gewissen. Ein Phänomen, dem ich in Frankreich, wo ich lange gelebt habe, so nie begegnet bin wie in Deutschland. Mag sein, daß die niedrigen Geburtenraten in beiden Deutschlands gerade mit dem Festhalten an solchen traditionellen Geschlechtervorstellungen zu tun hatten.

Insgesamt kann man sagen, daß die Modernisierung der Gemeinschaft durch die Teilung selbst eine Behinderung erfuhr. Denn wäre der eine von beiden Staaten dem modernen Konzept der Gemeinschaft gefolgt, so wäre der Kontakt zum anderen Deutschland immer schwieriger geworden und man hätte damit die Möglichkeit der Wiedervereinigung oder die Erhaltung einer deut-

schen Gemeinschaft aufs Spiel gesetzt. Diese Befürchtung bestimmte auf unbewußte Weise die sich vollziehenden gesellschaftlichen Transformationsprozesse. Sie erklärt vielleicht, warum die Auseinanderentwicklung der beiden Deutschlands einerseits sehr tiefgreifend ist – und es vermutlich auch noch länger bleiben wird –, die Differenzen auf dem Gebiet der Geschlechterordnung aber nicht sehr groß sind. Die Teilung Deutschlands verhinderte die öffentliche Diskussion um die deutsche Vergangenheit. Ebenso behinderte sie auch die sozialen Transformationsprozesse, die zu einem neuen, den technischen Veränderungen entsprechenden Konzept der Gemeinschaft geführt hätten. Die Aufmerksamkeit, die das Buch von Daniel Goldhagen fand, hängt engstens mit der Aufhebung der Teilung zusammen und der damit verbundenen Möglichkeit, statt mit starrem Blick aufs andere Deutschland in die gemeinsame Vergangenheit zu sehen. Ebenso könnte jetzt auch der Blick frei werden für Transformationsprozesse, die sich auf die Zukunft beziehen und sowohl einen Wandel der Vorstellungen vom Gemeinschaftskörper als auch der Geschlechterrollen in dieser Gemeinschaft beinhalten. Diese Veränderungen werden kommen oder sind schon dabei, sich zu vollziehen, unabhängig davon, was die Parteien entscheiden. Aber je genauer man sie kennt und darauf vorbereitet ist – und in dieser Hinsicht ist der Blick in die Vergangenheit immer sehr hilfreich – desto geringer wird die Gewalt sein, mit der sie sich vollziehen. In jedem Fall aber ist es wichtig zu erkennen, daß das Konzept des Gemeinschaftskörpers bestimmend ist für die Geschlechterrollen und umgekehrt.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, in diesem einführenden Vortrag sollte der Grundansatz der Geschlechterforschung deutlich werden und ich glaube, er ist auch deutlich geworden. Wir werden sicher nachher Gelegenheit haben über die formulierten Thesen noch miteinander zu diskutieren. Wir hören jetzt zunächst einmal Vorträge, die stärker auf die Gegebenheiten der alten Bundesrepublik und der DDR abheben und dabei auch die Frage nach Anspruch und Realität von Emanzipation stellen. Es wird gefragt werden, inwieweit Emanzipation in beiden deutschen Staaten jeweils stattgefunden hat. Es wird auch gefragt werden, inwieweit womöglich unterschiedliche Emanzipationsbegriffe eine Rolle gespielt haben. Wir werden selbstverständlich diese Überlegungen dann wieder in Beziehung setzen müssen mit dem, was wir eben gehört haben.

Wir haben es eben versäumt, die Referentin, die das Eingangsreferat vorgetragen hat, Frau Prof. von Braun, vorzustellen. Sie ist Kulturtheoretikerin, Kulturwissenschaftlerin, Autorin und Filmemacherin. Sie ist seit 1994 Professorin an der Humboldt-Universität in Berlin. Sie hat eine Reihe von Büchern geschrieben, die ich nicht alle aufzählen kann, unter anderem „Nicht ich. Logik, Lüge, Libido“, Frankfurt 1985 oder auch „Schamlose Schönheit des Vergangenen zum Verhältnis von Geschlecht und Geschichte“, Frankfurt 1989. Ich komme nun dazu, Ihnen die beiden anderen Referentinnen des heutigen Vormittags kurz vorzustellen. Zunächst zu Frau Prof. Dr. Annette Kuhn: Sie ist Historikerin, seit 1966 Professorin für Geschichte und Didaktik der Geschichte

an der Pädagogischen Hochschule im Rheinland, also in Bonn. Sie ist seit einigen Jahren an der Pädagogischen Fakultät der Universität Bonn tätig, wobei ihr Lehrstuhl eine Erweiterung erfahren hat, er ist jetzt auch ausgeweitet zur Frauengeschichte hin. Es wird dann folgen ein Referat von Dr. Marina Beyer. Sie ist vom Fach her Biologin. Sie hat 1974-1990 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Akademie der Wissenschaften der DDR gearbeitet. Sie war seit 1982 in der oppositionellen Friedensbewegung der DDR engagiert. Sie hat 1992 das ostwesteuropäische Frauennetzwerk OWEN gegründet, dessen Geschäftsführerin sie auch ist. Soweit die nachgeholte Vorstellung der Referentinnen. Ich darf zunächst Frau Prof. Dr. Annette Kuhn bitten.

Prof. Dr. Annette Kuhn: Ich danke sehr für die Gelegenheit, hier zu Ihnen sprechen zu können: Als Historikerin, die sich vor allem mit Frauengeschichte befaßt, als Frau in dieser männlich dominierten Runde. Ich freue mich aber auch ganz besonders, daß ich meine Überlegungen jetzt an das eben gehörte anschließen darf, denn die Ausführungen von Frau Kollegin von Braun sind die theoretische Basis dessen, was ich Ihnen vortragen will. Ich bin besonders dankbar, daß sie herausgestellt hat, welche Bedeutung die Geschlechterforschung als theoretischer Ansatz für die deutsche Geschichte hat, die ich auch als eine deutsche Sondergeschichte verstehe, und die ich aus der geschlechtergeschichtlichen Perspektive neu betrachten will.

In diesem Sinne komme ich gleich zu meinem Thesenpapier, das mit einer Vorbemerkung beginnt. Ich habe recht eigenwillig den Titel „Anspruch und Realität der Emanzipation von Frauen in der Bundesrepublik und in der DDR“ verändert. Statt dessen habe ich zwei Begriffe, die mir wichtig sind, „Anerkennung von Geschlechtergleichheit“ und „Geschlechterdifferenz in der deutschen Nachkriegsgeschichte“ in den Vordergrund gestellt. Damit will ich sichtbar machen, daß die Emanzipationstheorien bürgerlicher und sozialistischer Provenienz aus dem 19. Jahrhundert heute als überholt betrachtet werden müssen. Wir tun gut daran, aus der Gender-Forschung auch den historischen Ansatz zu wählen. In diesem Sinne muß ich mit einigen Hinweisen allgemeiner Art aus der Frauen- und Geschlechtergeschichte beginnen, die mir mit Blick auf die deutsche Nachkriegsgeschichte besonders wichtig sind. Es gilt, das im Blick zu halten, was in der Gender-Forschung und in der Frauen- und Geschlechtergeschichte der „andere Blick“ genannt wird; ein anderer Blick, der den traditionellen Blick voraussetzt, der aber ein besonderes Gewicht darauf legt, daß Frauen aus ihren Erfahrungen, aus ihren Handlungsweisen eine andere Geschichte konstituieren.

Für die Geschichtsforschung folgt hieraus eine besondere Betrachtung frauenspezifischer Quellen, ein besonderes Hinwenden zu Frauenzeugnissen, zur Frauensprache; eine Wahrnehmung, daß dieser fraueneigengeschichtliche Blick etwas anderes ist als die Betrachtung der deutschen Nachkriegsgeschichte nach männlichen Zeugnissen und nach der Maßstäbe männlicher Normen, männlicher Leitbilder und männlicher Geschlechterpolitik. Die männliche Betrachtungsweise birgt stets – wird sie alleine dargestellt – die Gefahr in

sich, Frauengeschichte zu vereinnahmen. Wir haben eben eindrucksvoll am Beispiel des gesunden deutschen Volkskörpers gehört, was auf der symbolischen Ebene Vereinnahmen heißt. Hier wird der Frauenkörper als ein Teil unseres Gemeinschaftskörpers eine verfügbare Größe und beliebig einbaubar in historische Konzepte und gesellschaftspolitische Vorstellungen. Da ich diese Gefahr vor Augen habe, betone ich jetzt besonders die Differenz, die sich auf die Eigensinnigkeit der Frauengeschichte bezieht, Eigensinn im Sinn von Negt/ Kluge, bezogen allerdings nicht auf das Proletariat, sondern auf die soziale Gruppe der Frauen und auch ihre eigenen Handlungsformen. Dieser Blick ermöglicht es uns, Widersprüche, Irrationalitäten und Sackgassen der männlichen Nachkriegsgeschichte zu sehen und den Blick für Alternativen zu öffnen. Alternativen, die exemplarisch schon im Jahr 1945 ablesbar sind, Alternativen aus der frauengeschichtlichen Perspektive, die wir dann in den fünfzig Jahren deutscher Nachkriegsgeschichte näher verfolgen können und die uns jetzt nach dem Zusammenbruch der DDR auch auf konzeptionelle Möglichkeiten hinweisen, die jenseits der Systemgrenzen liegen.

Das ist mein methodischer Ausgangspunkt: der sogenannte doubled unifying view (Joan Kelly Gadol). Der patriarchalen Geschichtswissenschaft wird voll Rechnung getragen; die Nichtidentität mit dieser Geschichtssicht wird aber besonders betont, damit diese männliche Geschichtssicht nicht als allgemeine Geschichte in unseren Köpfen das letzte Wort hat. Denn das Spezifische ermöglicht es uns, das Allgemeine neu zu definieren.

In meiner zweiten These gehe ich näher auf die gegenwärtige Forschungslage zur Frauen- und Geschlechterforschung in den beiden deutschen Staaten ein. Meiner Ansicht nach ist es müßig, das Klagelied anzustimmen, daß die Frauengeschichte in dieser Kommission zur Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur in Deutschland marginalisiert worden ist. Es gehört zu den Mechanismen der traditionellen Geschichtswissenschaft, diese Marginalisierung zu vollziehen. Mir geht es darum, darauf hinzuweisen, daß wir gerade dank der sehr guten Frauenforschung in der Geschichtswissenschaft und Soziologie eine ausreichende Grundlage haben, die frauen- und geschlechtergeschichtliche Präsenz in der Nachkriegszeit sichtbar zu machen. Deswegen gehe ich kurz auf zwei Ausdrucksweisen dieser Forschungslage ein: einmal auf die zwei Sondervoten der Enquete-Kommission und zweitens auf die Präsentation unseres Themas in der Ausstellung des Hauses der Deutschen Geschichte „Die ungleichen Schwestern“.

In den Sondervoten der SPD und der PDS – meines Wissens liegen sonst keine anderen Voten vor – wird sichtbar gemacht, in welchem hohen Maße Frauen- und Geschlechterpolitik ein integraler Teil der Gesellschaftspolitik der DDR gewesen ist. Das SPD-Votum stellt ähnlich wie das PDS-Votum die weibliche Erwerbstätigkeit mit den vielfältigen, zunächst positiv anmutenden Erfolgen und das insgesamt negativ zu beurteilende Gesamtergebnis ins Zentrum der Analyse. Was hat 90% Erwerbstätigkeit der Frau in der DDR mit der „Emanzipation“ der Frau zu tun? Trotz unterschiedlicher Akzentuierung wird in bei-

den Voten auf die systembedingten Widersprüche eingegangen, die aus der staatlichen Praxis der „verordneten Gleichheit, deren Maßstab männliche Normen, Wertvorstellung und Lebensentwürfe waren“, resultiert, eingegangen. „Der Prozeß der sich vertiefenden gravierende Ungleichheit zwischen Männern und Frauen hinsichtlich ihrer Stellung in der Gesellschaft“ (PDS-Votum) wird in beiden Voten analysiert. Im PDS-Votum wird die staatliche Geschlechterpolitik im Zusammenhang gebracht „mit der Beibehaltung des vorherrschenden Zivilisationsmodells Patriachat, auch in der DDR“.

Beide Voten bieten wichtige Ansätze für die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Bedingungen für die Aufrechterhaltung der strukturellen Ungleichheit der Geschlechter in der DDR-Geschichte. Sie weisen aber beide nur sehr bedingt in die richtige Richtung. Aus dem SPD-Votum geht hervor, daß es möglich gewesen wäre, eine Politik der Gleichstellung von Frauen und Männern zu realisieren, daß diese Chance allerdings bei der Vereinigung in West und Ost verpaßt sei. „Die Vereinigung von Ost und West wäre eine Chance gewesen, die Gleichstellung von Frauen und Männern voranzutreiben. Diese Chance wurde nicht genutzt.“ Hier bleibt allerdings unklar, wie sie hätte genutzt werden können und – aus meiner Sicht voreilig – gesagt, daß diese Chance völlig verpaßt sei. Denn unsere deutsche Geschichte ist noch offen.

Die beiden Voten führen zur notwendigen Kritik an der Frauen- und Geschlechterpolitik der DDR. Sie konzentrieren sich auf die weibliche Erwerbstätigkeit und auf die kompensatorischen Maßnahmen, die in jeder Industriegesellschaft notwendig sind, um eine Gesellschaft heute aufrecht zu erhalten. Diese Analysen zeigen uns nicht nur die Grenzen der SED-Frauen- und Geschlechterpolitik. Sie weisen darüber hinaus immanent daraufhin, daß beide Systeme, sowohl die DDR als auch die BRD, in ihrer gegenwärtigen Konzeption unfähig sind, die soziale Gleichheit der Geschlechter zu realisieren. In den beiden Voten der SPD und der PDS wird von einer Frauenfrage gesprochen, die irgendwo im Spannungsfeld zwischen Familie und Beruf liegt, ohne daß die vorgenommenen Setzungen zur Bestimmung von Beruf und Familie, zur Grenzziehung zwischen Öffentlich und Privat hinterfragt werden. In dem Sinne ist in beiden Voten die Akzeptanz patriarchaler Bedingungen verbunden mit einer Blindheit gegenüber dem eigensinnigen Frauenhandeln in Ost und West. Dies gilt für die Situation seit 1945 kontinuierlich bis heute. So heißt es z. B., Frauen waren auch am 9. November 1989 dabei, manche sprechen von 40% – diese Präsenz wird aber nicht aus dem historischen Zusammenhang erklärbar. In diesem Sinne müssen wir fragen, wie folgenreich diese patriarchale Sichtweise ist, die die andere Politik von Frauen nicht mehr in den Blick bekommt. Die Systemdifferenzen und Systemvergleichbarkeiten Ost / West, das, was die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth als Ungleichheiten in der Ungleichheit benennt, werden zugedeckt.

Diese Kritik an den beiden wichtigen Sondervoten, für die jeder, der diese Arbeit der Kommission verfolgt, dankbar ist, wird noch erhöht, wenn ich auf die mit sehr hohem Steueraufwand finanzierte Ausstellung „Ungleiche Schwe-

stern? Frauen in Ost- und Westdeutschland“ aufmerksam mache. Hier wird Frauengeschichte instrumentalisiert und genußfähig gemacht. Es macht manchen Spaß, in diese Ausstellung zu gehen. Daher will ich am Beispiel der „Trümmerfrau“ meine Kritikpunkte illustrieren. In der Fachwissenschaft besteht kein Zweifel daran, daß „Trümmerbeseitigung und Wiederaufbau in der unmittelbaren Nachkriegszeit vor allem von Frauen getragen wurde“ (so der Katalog „Ungleiche Schwestern“). Diese Einsicht wird auch in der Ausstellung „Ungleiche Schwestern“ vermittelt. Diese Tatsache, daß Frauenarbeit im weitesten Sinn 1945 das Fundament zur Wiederherstellung der deutschen Zusammenbruchsgesellschaft bildete, wird aber dann vergessen, wenn die „Normalität“ der deutschen Gesellschaft in den 50er und 60er Jahren gezeigt wird. Wir können den historischen Kontext der Arbeit der sogenannten Trümmerfrauen nicht nachvollziehen. Sie haben nicht nur in einer Ausnahmesituation blind gearbeitet. Sie haben auch politische Konzeptionen für ein künftiges Deutschland gehabt. Sie haben politisch die Basis unseres Grundgesetzes gelegt. Paragraph 3 Absatz 2: „Alle Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ beruht ja auf dem Plebiszit gerade dieser „Trümmerfrauen“. Ohne die körbewise eingegangenen Voten von organisierten und nicht organisierten Frauen 1948 wäre Elisabeth Selbert gar nicht in der Lage gewesen, ihre Kollegen und Kolleginnen davon zu überzeugen, daß die Einführung dieses Artikels notwendig gewesen ist. Die Mythisierung und die Enthistorisierung der „Trümmerfrauen“ bildet die Voraussetzung dafür, daß wir die „normale“ Geschichte – in der Bundesrepublik wie in der DDR bei allen Unterschieden – mit der Akzeptanz der Hierarchisierung der Geschlechterbeziehungen im Betrieb und in der Familie nach Konstituierung beider Systeme 1949 ansetzen. Dieses ungleiche Geschlechterkonstrukt ist dann die Prämisse für die Wahrnehmung der „normalen“ Geschichte Ost und West. Dieser Hinweis auf historische Verwerfungen macht deutlich, warum ich auf die Verwendung authentischer Zeugnisse, authentischer Selbstinterpretationen von Frauen beharre, wenn es darum geht, Frauen in Ost und West sichtbar zu machen, sei es im Kampf um Paragraph 218 oder um die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und um eine neues Verständnis von Privat und Öffentlich. Das sind alles Themen, bei denen wir nach ihrer politischen Relevanz neu fragen müssen. Warum war plötzlich Paragraph 218 so wichtig und konnte bei den Verfassungsdebatten im Einigungsprozeß nicht befriedigend gelöst werden? Die „Privatisierung“ dieser Themen in der männlichen Geschichtswissenschaft ist ein Prozeß, dem wir mit einem anderen Blick begegnen müssen.

Damit komme ich zu meinem allerletzten Gedanken. Bei unserer gegenwärtigen Betrachtung der deutschen Geschichte müssen wir an eine andere historische Erinnerung anknüpfen. Aus meiner Perspektive ist die deutsche Geschichte offen, noch nicht abgeschlossen. Aus dieser anderen Erinnerungsgeschichte sind Frauen nicht nur im Osten, sondern ebenso im Westen Verliererinnen der Einheit. Unter diesem Vorzeichen müssen wir noch einmal unsere Geschichte betrachten und daraus Kraft gewinnen, um aus Sackgassen gegenwärtiger Diskussionen um unseren „deutschen Volkskörper“ herauskommen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Schönen Dank. Wir fahren in der Reihenfolge fort mit Frau Dr. Beyer.

Dr. Marina Beyer: Guten Morgen. Ich möchte mich erst mal entschuldigen, daß ich zu spät kam. Ich war nicht ein Opfer meines Nervensystems, sondern des Verkehrssystems in Berlin. Manchmal gibt es aber Bezüge zwischen beiden. Ich würde gerne eine Vorbemerkung machen, die im Grunde genommen eine kleine Ergänzung ist zu der Vorstellung meiner Person, die Herr Prof. Faulenbach hier gegeben hat. Ich denke, diese kleine Ergänzung ist wichtig, um auch meine Perspektive auf die Geschichte und Emanzipationsgeschichte in der DDR und danach etwas verständlicher zu machen. In Ihrer Vorstellung fehlten zwei Jahre, und zwar die Jahre zwischen 1990 und 1992. Ich war in der Zeit der ersten und letzten frei gewählten Regierung der DDR in der SPD-CDU-Regierung Gleichstellungsbeauftragte der DDR für ein halbes Jahr, und zwar auf Vorschlag der SPD Ost ist dieser Gleichstellungsstab aufgebaut worden. Ich möchte in diesem Zusammenhang eine kleine Anekdote erzählen, die, glaube ich, auch noch mal ein Licht wirft auf einen Bereich der Emanzipationspolitik in der DDR. Als ich eingeladen wurde von der SPD, um mich vorzustellen, und als darüber innerhalb der SPD-Fraktion der Volkskammer beraten wurde, ob ich geeignet wäre, als Gleichstellungsbeauftragte der Regierung vorgeschlagen zu werden, gab es, nachdem ich meine biographischen Daten dort genannt habe – Sie haben es gehört, ich bin Biologin und habe vier Kinder, bin verheiratet – gab es die Anfrage eines männlichen SPD-Abgeordneten, wie ich hinterher hörte Vater von drei Kindern, wie ich mir denn vorstellen würde, die hohe Verantwortung einer Staatssekretärin mit der Verantwortung meiner Familie gegenüber zu vereinbaren. In der Fraktion saßen mehrere Herren, die Väter von drei oder sogar vier Kindern waren. Meines Wissens – und ich habe mich hinterher nochmal erkundigt – war nie ein Vater gefragt worden, wie er das eigentlich macht mit der Vereinbarkeit zwischen Familie und der hohen politischen Verantwortung als Abgeordneter der Volkskammer. Ich weiß nicht, wie es im Bundestag ist, aber ich vermute, ähnliche Fragen werden hier auch sehr einseitig gestellt.

Seit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik haben sich – es ist bereits angedeutet worden – die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Beseitigung der strukturellen Diskriminierung von Frauen insbesondere in Ostdeutschland grundsätzlich verändert. In den letzten Jahren ist immer wieder davon die Rede, daß ostdeutsche Frauen zu den stillen Verliererinnen der deutschen Einheit gehören. Der überproportional hohe Anteil von Frauen an der noch immer steigenden Massenarbeitslosigkeit, ihre eindeutig schlechteren Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt, die sich vergrößernde Einkommensschere zu Ungunsten von Frauen und die geringere Repräsentanz in Führungsetagen der Gesellschaft scheint diese Aussage auch eindeutig zu bestätigen.

Zweifelsohne hat sich die Übertragung des Emanzipationskonzeptes und des entsprechenden Gesetzesrahmens der alten Bundesrepublik auf die ostdeutsche Gesellschaft nachteilig auf die Mehrheit der Frauen, insbesondere im erwerbs-

fähigen Alter, und hier vor allen Dingen dann, wenn sie Mütter sind und älter als 40 Jahre, ausgewirkt. Dennoch bleibt die Frage, ob und inwieweit die heutige Situation ostdeutscher Frauen auch dadurch mit verursacht wurde, daß das Emanzipations- und Gleichberechtigungskonzept der DDR keine wirkliche Chancengleichheit von Frauen und Männern gebracht und daher Frauen auf die schlechteren Startpositionen beim Übergang zu Marktwirtschaft und freier Demokratie verwiesen hat.

In der heutigen Sitzung, denke ich, wird dieser Frage nachgegangen werden. In meinem Beitrag sollen die ideologischen und politischen Hintergründe des sozialistischen Emanzipationskonzeptes in der DDR sowie die sich daraus ergebende Realität lediglich einführend dargelegt werden. Da in den nachfolgenden Vorträgen konkret auf die Situation von DDR-Frauen in den verschiedenen lebensweltlichen Bezugssystemen eingegangen werden wird, möchte ich mich hier lediglich auf die Skizzierung der grundsätzlichen Voraussetzungen und Entwicklungen in der DDR im Sinne eines Einstiegs in die Gesamtthematik des Tages begrenzen.

Erstens: Das sozialistische Emanzipationskonzept in der DDR. Was war das? Mit der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 trat eine Verfassung in Kraft, in der die Gleichberechtigung von Frau und Mann, das Recht auf Arbeit, auf gleichen Lohn bei gleicher Arbeit, der besondere Schutz von Frauen im Arbeitsprozeß, das gleiche Recht auf Bildung, die gemeinsame Verantwortung von Frau und Mann für die Erziehung der Kinder und der staatliche Schutz von Mutterschaft festgeschrieben war. Damit ging in die Verfassung ein gesellschaftstheoretisches Grundkonzept über das Verhältnis der Geschlechter ein, das seine Wurzeln in der Tradition der Arbeiterbewegung hatte und an den Produktionsverhältnissen und am Arbeitsbegriff in der Industriegesellschaft orientiert war. Die Lösung der „Frauenfrage“ war seit dem Ende des 19. Jahrhunderts Bestandteil des politischen Programms zur Befreiung der Arbeiterklasse von kapitalistischer Ausbeutung. Engels und Bebel hatten das theoretische Fundament für die Grundaussage gelegt, daß die Befreiung der Arbeiterklasse durch die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln die Herstellung der sozialen Gleichheit und die Befreiung der Frau von Unterdrückung, Abhängigkeit und Diskriminierung untrennbar zusammenhingen.

Hintergrund bildete die Annahme, daß

- die Benachteiligung, Unterdrückung und Rechtlosigkeit der Frau ursächlich bedingt sind durch das Privateigentum und folglich mit dessen Abschaffung auch die Diskriminierung von Frauen verschwinden würde,
- der Kern der Emanzipation der Frau in ihrer Einbeziehung in die gesellschaftliche Produktion liege und
- folglich die Einbeziehung der Frau in die Erwerbsarbeit, ihre Entlastung von den Pflichten der Haus- und Familienarbeit durch die Vergesellschaftung dieser Lebensbereiche zu sichern wäre.

Diese theoretische Formulierung des Emanzipationskonzeptes knüpfte zum einen an die für Industriegesellschaften typische Trennung und Bewertung von

produktiver, d. h. bezahlter Erwerbsarbeit und unproduktiver, d. h. unbezahlter Hausarbeit im Sinne von „Nichtarbeit“ an. Zum anderen wurden damit auch die traditionellen Kulturmuster von „Weiblichkeit“ und „Männlichkeit“ übernommen. Haus- und Familienarbeit und die sozialen Tätigkeiten zur Sicherung des Lebens, was heißt, die tradierten lebensweltlichen Bezüge von Frauen, galten somit als minderwertig, als Sklavenarbeit, die nichts enthält, was die Entwicklung der Frau irgendwie fördern könnte, wie Lenin es ausdrückte.

Emanzipation – Befreiung der Frau – hieß vor diesem Denkhorizont dann folgerichtig formale Gleichberechtigung in der Sphäre der Erwerbsarbeit und Angleichung der Frauen an männliche Lebensmuster in der Gesellschaft. Das politische Programm „Frauenemanzipation“ war daraus ableitbar. Der Staat mußte durch die Schaffung von entsprechenden Gesetzen und Rahmenbedingungen die notwendigen Voraussetzungen schaffen, damit Frauen, auch wenn sie Mütter waren, als Arbeitskräfte Zugang zur gesellschaftlichen Produktion bekommen konnten. Das sozialistische Emanzipationskonzept, festgeschrieben in der Verfassung von 1949, also 3 Jahre, bevor der Aufbau des Sozialismus in der DDR beschlossen wurde, blieb auf die Lösung der Frauenfrage durch Angleichung an männliche Lebensmuster begrenzt. Prinzipielle Veränderungen der patriarchalen Geschlechterverhältnisse waren weder theoretisch noch praktisch vorgesehen. „Vater Staat“ übernahm in paternalistischem Selbstverständnis die Aufgabe der Fürsorge, um „seine“ Frauen von oben nach unten zu emanzipieren. Basierend auf den Verfassungsgrundsätzen ermöglichten entsprechende schrittweise erlassene gesetzliche Regelungen im Arbeitsrecht, in der Sozialgesetzgebung, der Bildungsgesetzgebung, der Familiengesetzgebung usw. die Einbeziehung von Frauen und vor allen Dingen die Einbeziehung von Müttern, unabhängig von ihrem Familienstand als Arbeitskräfte in die Produktion.

1950 wurde das gleiche Entscheidungsrecht beider Elternteile in allen familien- und erziehungsrechtlichen Fragen erlassen. Unverheirateten Müttern wurden alle elternrechtlichen Ansprüche zugesprochen, als Grundlage für die Unterhaltsberechnung galt die wirtschaftliche Lage beider Elternteile. 1965 wurde das erste Familiengesetzbuch eingeführt, in dem Staat und Gesellschaft darauf verpflichtet wurden, basierend auf dem Grundsatz der völligen Gleichberechtigung der Geschlechter Ehe und Familie zu fördern und zu schützen. Als 1968 die zweite Verfassung der DDR verabschiedet wurde, blieben alle Aussagen, die schon 1949 auf die Bereiche Frauen, Ehe und Familien bezogen worden waren, beibehalten.

Die massive Einbeziehung von Frauen als Arbeitskräften in die gesellschaftlichen Produktionsprozesse basierte jedoch nicht nur auf den schon erwähnten ideologischen Grundorientierungen, sondern auch auf ökonomischen und zunehmend dann auch demographischen Erfordernissen als Folge des Faschismus und des Zweiten Weltkriegs sowie der baldigen Teilung Deutschlands bzw. Europas.

Die in Mitteldeutschland angesiedelte Industrie war nach dem Krieg weitgehend zerstört. Enorme Reparationsleistungen waren an die UdSSR zu zahlen. Eine Unterstützung des Wiederaufbaus, wie es ihn im Westen durch den Marshallplan gegeben hatte, existierte im Osten nicht. Zu dem Mangel an ökonomischen Ressourcen kam, daß die Mittelschicht und das Intelligenzpotential bedingt durch Krieg, Nachkrieg und Abwanderung in den Westen Deutschlands kaum noch vorhanden war. Es fehlten Männer, die über die notwendigen fachlichen Kompetenzen verfügten und nicht durch ihre Nähe zum Naziregime kompromittiert waren, um Führungsaufgaben in Politik und Wirtschaft zu übernehmen. Dagegen stand ein enormer Frauenüberschuß und eine hohe Anzahl von alleinlebenden Müttern – weibliche Ressourcen, die durch die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau genutzt werden mußten und konnten.

Und nun zweitens zu den Hauptetappen sozialistischer Emanzipationspolitik in der DDR. Generell lassen sich drei große Phasen, die sich zum Teil einander überschneiden und die eng mit der demographischen und der ökonomischen Entwicklung in der DDR verbunden waren, in der Durchsetzung des Grundkonzeptes ausmachen. Die erste Etappe von der Anfangsphase der DDR bis etwa Ende der 50er Jahre zielte primär auf die quantitative Einbeziehung und die Qualifizierung von ungelerten weiblichen Arbeitskräften zu angelernten Arbeitskräften ab. Hier galt es vor allen Dingen, Hausfrauen für die Industrie zu gewinnen. Die voll- und hauptberufliche Frau wurde zum Leitbild erhoben. Um möglichst viele Frauen in die gesellschaftliche Produktion integrieren zu können, wurden entsprechende Rahmenbedingungen zur erleichterten Vereinbarung von bezahlter Produktionsarbeit und unbezahlter Reproduktionsarbeit geschaffen, wie staatliche Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulspeisung, Ganztagschulen, Kantinenversorgung, Dienstleistungen für den Haushalt – allerdings immer unzureichend –, Einführung des monatlichen bezahlten Haushaltstages für Frauen, bezahlte Freistellung bei Erkrankung von Kindern, Ermöglichung von Teilzeitarbeit für Frauen, die in besonderer Weise familiär belastet waren. Diese Möglichkeiten wurden im Laufe der DDR dann weiter ausgebaut, allerdings immer gerichtet auf die Frauen.

Die höhere schulische Bildung und berufliche Erstausbildung von Frauen wurde in den ersten Jahren sehr stark gefördert. 1955 lag der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen bezogen auf die weibliche Bevölkerung bereits bei 52,5 %. Nicht wenige Frauen waren sogar bereit, in den ersten Jahren der DDR auch politische Ämter zu übernehmen. Das Konzept der durchgängigen Frauenerwerbstätigkeit hatte sich schon in den 50er Jahren weitgehend durchgesetzt. Aber aufgrund der Tatsache, daß die Frage der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit, Haus- und Familienarbeit weiterhin Frauensache geblieben war, entstanden zunehmende Konflikte. Die Geburtenraten waren rückläufig, es wurden weniger Ehen geschlossen und mehr Ehen geschieden, die Anzahl von unverheirateten Müttern nahm zu.

Im Westen war Mitte der 50er Jahre die Zeit des Wirtschaftswunders angebrochen, das Wohlstandsgefälle West-Ost war unübersehbar, in Massen setzten sich gut ausgebildete Fachkräfte in den Westen ab. Es herrschte zunehmend Mangel an gut und hoch qualifizierten Arbeitskräften. In der DDR wurde Ende der 50er Jahre der Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution ausgerufen, was eine Intensivierung und gezielte Förderung der beruflichen Höherqualifizierung auch von Frauen nach sich zog. Aus dem Leitbild der berufstätigen Frau wurde nun das der qualifizierten, erwerbstätigen Frau und Mutter. Frauen wurden in der Folge jedoch nur zeitweilig und oft sogar gegen ihren Willen verstärkt der Zugang zu bislang männerdominierten technischen Berufen und Tätigkeitsbereichen eröffnet und erleichtert.

Ab Mitte der 60er Jahre wurde verstärkt die Bedeutung der Familie und die Rolle von Frauen als Trägerinnen familiärer Erziehungsleistungen in den Vordergrund gedrückt. Das schon erwähnte Familiengesetzbuch betonte die Förderung der Familie durch Staat und Gesellschaft auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung. Der Schutz von Ehe und Familie durch den Staat wurde postuliert. Die familiären Erziehungsleistungen von Frauen wurden nun gesellschaftlich anerkannt und finanziell gefördert. Die Reproduktionsarbeit erhielt einen eigenständigen Wert neben der Berufsarbeit. Mit Hilfe einer an Frauen adressierten Familien- und Sozialpolitik sollte sowohl die Sicherung der Bevölkerungsreproduktion erreicht als auch die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Erwerbstätigkeit weiter erleichtert werden. Das Leitbild der qualifizierten, erwerbstätigen, relativ unabhängigen und dazu noch gesellschaftlich aktiven Frau und der verantwortungsvollen, liebenden Mutter, die „wie ein Mann“ arbeiten konnte und dennoch eine „richtige Frau“ bleiben sollte, durchzog trotz verschiedener Akzentverschiebungen die 40jährige Geschichte der „Gleichberechtigungspolitik“ in der DDR.

Nun drittens zu den Ergebnissen der Gleichberechtigungspolitik und zum Selbstverständnis von Frauen in der DDR. Ende der 80er Jahre konnte die DDR auf Ergebnisse ihrer Gleichberechtigungspolitik verweisen, die trotz aller Widersprüchlichkeiten von außen betrachtet und im Vergleich zum westlichen Standard durchaus beachtlich waren. Die Erwerbsquote von Frauen war auch im internationalen Vergleich sehr hoch. 78,1 % aller Frauen im erwerbsfähigen Alter waren berufstätig. Bezog man Lehrlinge und Studierende mit ein, so waren es 91,2 %. Davon verfügten 87 % über eine abgeschlossene berufliche Ausbildung. Dies waren zwar wesentliche Kriterien für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, insbesondere ökonomische Selbstbestimmung, aber dennoch verschleierten sie die Realität der offiziell als gelöst proklamierten Frauenfrage. Ungeachtet der gelungenen Einbeziehung von Frauen in die gesellschaftliche Produktion, ungeachtet der verschwundenen geschlechtsspezifischen Bildungsunterschiede, gemessen am schulischen und beruflichen Qualifikationsniveau, waren Frauen insgesamt durch Einkommens- und Gehaltsstruktur benachteiligt. Sie verdienten im Durchschnitt 25-30 % weniger als Männer. Sowohl die berufliche Ausbildungsstruktur, die Berufsgruppen und die Erwerbstätigkeit in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen blieb ge-

schlechtsspezifisch polarisiert. Ich denke, davon wird auch in den nachfolgenden Beiträgen noch eingehender die Rede sein.

Die Erwerbstätigkeit von Frauen konzentrierte sich auf spezifische Bereiche und Tätigkeiten mit geschlechtsspezifischer Prägung der Beschäftigungsstrukturen, der Entwicklungsmöglichkeiten hinsichtlich Verdienst und Aufstiegschancen. Die Felder der Frauenerwerbstätigkeit wiesen differenzierte Anspruchsniveaus auf. Es überwog der Einsatz in einfacheren Tätigkeiten mit höherem Routinegehalt, geringeren Handlungs- und Entscheidungsspielräumen und niedrigerer Entlohnung. Frauenerwerbstätigkeit wies ein breiteres Spektrum an Zeitmustern auf. Ende der 80er Jahre waren 27 % der erwerbstätigen Frauen teilzeitbeschäftigt, davon 60 % zwischen 25-32 Wochenstunden. Das war auch ein Ergebnis des Wunsches, Familie und Erwerbsarbeit besser vereinbaren zu können.

Bedingt durch die einseitig auf Frauen orientierte Gleichstellungspolitik blieb die Vereinbarkeit von Beruf sowie Haus-, Familien- und Kindererziehungsarbeit fast ausschließlich Frauensache. Selbst wenn sich die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern im Haushalt abhängig vom Bildungsniveau und Alter der Partner in Richtung auf eine höhere Beteiligung von Männern verschoben hatte, blieben Frauen vorrangig für die Erledigung von Hausarbeiten zuständig. Trotz fortschreitender Technisierung der Haushalte und des Ausbaus gesellschaftlicher Dienstleistungen blieb der Zeitaufwand für Hausarbeit seit Mitte der 60er Jahre konstant bei ca. 40 Stunden pro Woche. Drei Viertel der Hausarbeit wurde dabei von den außer Haus beschäftigten Müttern erledigt.

Die Kluft zwischen der propagierten Realisierung der Gleichberechtigung einerseits und der Lebenswirklichkeit andererseits erfuhren Frauen durch ihre tägliche Belastung und den Verzicht auf beruflichen Aufstieg und höhere Erwerbseinkommen. Dennoch rebellierten die DDR-Frauen nicht, sondern sie richteten sich in aller Stille in diesen ambivalenten Verhältnissen ein. Dies bedeutete, sich irgendwie in der Privatsphäre anzupassen, indem sie sich in der Regel nur auf solche beruflichen Anforderungen einließen, die ihnen den Spagat zwischen Beruf und Familie, zwischen der Vereinbarkeit von Mutterschaft und beruflichem sowie gesellschaftlichem Engagement, möglich machten. Die Frauen zahlten den Preis dafür, die Ausgrenzung aus relevanten Entscheidungspositionen in Politik und Wirtschaft und begnügten sich mit der Peripherie. Die Tabuisierung der Probleme, die mit dem patriarchalisch-paternalistischen Emanzipationskonzept im Sozialismus verbunden waren, die propagierten Erfolgsbilanzen und die verschiedenen privaten Adaptationsmöglichkeiten hemmten nicht nur die kritische Auseinandersetzung mit den Widersprüchen zwischen Anspruch und Realität. Sie verhinderten vielmehr und, wie wir heute sehen, sehr nachhaltig, das Erlernen und Durchsetzen von politisch relevanten Strategien eigenständiger Interessenvertretung.

Aber trotz der erheblichen Doppelbelastung war Berufstätigkeit für Frauen zu einem eigenständigen Lebenswert geworden, ohne daß dadurch Partnerschaft, Kinder und Familie an Bedeutung verloren hatten. Die Vereinbarung von Be-

rufstätigkeit und einem Leben mit Kindern war für die große Mehrheit das vorherrschende Lebenskonzept, das sich über mehrere Generationen in der DDR stabilisiert hatte. Berufstätigkeit bedeutete Selbstbestätigung und Selbstverwirklichung, entsprach dem Bedürfnis nach Entwicklung der eigenen Fähigkeiten, nach Sinnggebung, nach Kommunikation und sozialen Beziehungen und auch nach Verantwortung. Berufstätigkeit ermöglichte den Frauen eine relative ökonomische Unabhängigkeit und damit Selbstbestimmung ihrer individuellen Lebensplanung und war natürlich auch aufgrund des relativ niedrigen allgemeinen Lohnniveaus in der DDR die Voraussetzung für die Verbesserung der familiären Lebensbedingungen. Das Lebenskonzept Beruf und Familie war über mehrere Generationen hinweg zur Selbstverständlichkeit der eigenen Identität herangewachsen und ist auch bis heute für die übergroße Mehrheit der ostdeutschen Frauen trotz ihrer zunehmender Verdrängung und ihres stillen Rückzugs aus der Erwerbsarbeit ihr gewolltes Lebenskonzept geblieben. Danke schön.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, wir haben jetzt eine gute Stunde Zeit zur Diskussion über die Vorträge, die wir gehört haben, es werden sicher Fragen gestellt werden von den Mitgliedern der Enquete-Kommission. Wir haben drei Vorträge gehört von denen ich glaube, daß sie ihrerseits sich ganz gut ergänzt haben. Der erste, der in großen Linien das Konzept einer Geschlechtergeschichte entwickelt hat. Ein zweiter, der dieses Konzept bezogen auf die Nachkriegsgeschichte versucht hat, anzuwenden und ein dritter, der die Fragen stärker auf die DDR fokussiert hat. Insofern sind wir von der abstrakten Ebene und von den großen Linien im Laufe des Vormittags etwas stärker zum Konkreten vorgestoßen. Ich habe hier jetzt fünf Wortmeldungen aus dem Kreis der Kollegen der Enquete-Kommission aufgenommen. Ich darf die Liste verlesen: Herr Maser, Herr Wilke, Herr Weber, das bin ich selbst, Herr Mocek, Herr Hilsberg und Herr Gutzeit. Der erste ist Kollege Maser.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Ich muß sagen, ich bin überrascht gewesen, daß wir bei dem einleitenden Vortrag von Frau Kollegin von Braun zu dieser Parallelisierung der Emanzipation von Judentum und der Emanzipation der Frauen geführt worden sind. Ich muß bekennen, daß dieser Gedanke äußerst anregend ist, und man bräuchte wohl den ganzen Tag, um dem, was hier so in erster Skizze vorgetragen worden ist, im einzelnen nachzugehen. Meine Frage wäre natürlich, obwohl ich weiß, sie wird hier ganz gewiß nicht ausdiskutiert werden können, inwieweit die Vergleichbarkeit gegeben ist zwischen der immer absoluten Minderheit der Juden und der relativen Mehrheit von Frauen in der Gesellschaft, aber ansonsten wirkt dieser Gedanke sehr anregend. Ich habe eine Frage an den Vortrag von Frau Kollegin Kuhn. Sie haben ja in Ihrem letzten Teil sich insbesondere mit den Trümmerfrauen beschäftigt, haben da nach der anderen Erinnerungsgeschichte gefragt, die es da geben müßte und die nachher eben doch nicht zum Zuge gekommen ist. Läßt sich wenigstens in einigen Stichworten deutlich machen, worum es in dieser anderen Erinnerungsgeschichte hätte gehen müssen, wenn sie denn jemals wirklich zu Wort

gekommen wäre? So habe ich eigentlich nur die Forderung gehört, da hätte es eine solche andere Erinnerungsgeschichte geben müssen, aber keinen Hinweis darauf, was diese Erinnerungsgeschichte im einzelnen ausmachen sollte. Eine dritte Frage an Frau Dr. Beyer: Bei Ihrem Überblick über die Situation, die Rolle, die Entwicklungsstufen der Frauen, der Frauenpolitik in der DDR, da hat mir ein Faktor neben allen ökonomischen und emanzipativen gefehlt, nämlich der Faktor – wenigstens habe ich es immer so gesehen –, daß die weitgehend durchgesetzte Frauenarbeit in der DDR eben auch ein Instrument der ideologischen Einbindung der Frauen war. Frauen, die zu Hause waren, waren nicht so schnell über die unterschiedlichen Massenorganisationen und die Parteien zu beeinflussen und zu steuern wie eben Frauen, die im Betrieb oder wo auch immer im Arbeitsprozeß waren. Wenn man dieser Frage ein Stück nachgeht, würde sich natürlich, als Folge der hohen Erwerbstätigkeit von Frauen in der DDR, auch die Frage nach der ideologischen Einbindung der Kinder ergeben. Wenn die Frauen mehr oder weniger vollberufstätig sind, müssen die Kinder in die Krippe und den Kindergarten gehen, nachher in die Schule mit der nachschulischen Betreuung usw., und dadurch ist dann natürlich auch die ideologische Einbindung der Kinder gegeben. Ich habe das zumindest immer so aufgefaßt, daß das zumindest ein Effekt war, den man durchaus wollte. Ganz zum Schluß noch eine Frage – Sie haben es selber, wenn ich es richtig gehört habe, abgewehrt – aber hat es nicht zumindest Ansätze in der späten DDR gegeben, daß eigene Vorstellungen, selbständige Vorstellungen von dem, was Frauen in der Gesellschaft leisten konnten, artikuliert wurden? Ganz gewiß wird hier nicht über Riesenprojekte und Riesenerfolge zu berichten sein, aber hat es nicht – vom Kinderladen angefangen bis hin zu allen möglichen Formen, möglicherweise in kirchlicher Verkleidung –, eben auch Versuche gegeben, und Sie haben das ja mit der Problematik der Teilzeitarbeit angedeutet, daß Frauen in diesen Jahren versucht haben, sich ein Stück den ideologischen Anforderungen wieder zu entziehen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Das waren ja eine ganze Menge Fragen, die fast schon eine eigene Antwortrunde erfordern würden. Aber wir wollen mit Herrn Wilke fortfahren.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Ich möchte mich mit meinen Fragen und meinen Anmerkungen vor allen Dingen auf den Beitrag von Frau von Braun konzentrieren. Außerdem will ich bei den Trümmerfrauen auch noch eine Geschichte nachreichen. Es geht um zwei Punkte. Ich habe den Eindruck gehabt, daß Sie, Frau Kollegin Kuhn, der Meinung waren, daß die Tätigkeit der Trümmerfrauen die Gleichberechtigung ins Grundgesetz gebracht hat. Wenn man dieser Argumentation folgen würde, hoffe ich nicht, daß wir noch dazu kommen, die Massenmobilisierung der deutschen Frauen für die Kriegswirtschaft auch noch irgendwie in dieses Schema hineinzupressen. Bei den Trümmerfrauen geht es ja auch darum, daß Millionen deutscher Männer in Kriegsgefangenschaft waren und das Leben trotzdem weitergehen mußte. Leben ist auch mein Stichwort für den Einstieg in meine Bemerkungen zu Ihrem Referat, Frau von Braun. Sie haben sehr eindrucksvoll dargestellt, was mir als

Mannsbild nur in Umrissen klar ist, daß die naturwissenschaftliche Erkenntnis über die Fortpflanzung im Grunde erst ziemlich neu ist, ungefähr 100 – 150 Jahre alt. Die Emanzipation der Sichtweise der Geschlechter von der reinen biologischen Festlegung konnte überhaupt erst ab da entwickelt werden. Ich bin eigentlich ganz froh, daß ich auf diesem Weg auch noch mal erfahren habe, was die Humanwissenschaften in diesem Bereich an Leistungen vorzuweisen haben, denn es sind ja vor allen Dingen die Biologen, aber auch die Humanwissenschaftler, die diese kulturelle Neudefinition der Geschlechter vorgenommen haben. Eines möchte ich allerdings wissen – und da hat mich Ihr Beispiel drauf gebracht – die Frage nämlich, ob denn der Leib ganz verschwinden kann. Die Astronauten, die bei der Apollo-Mission gestorben sind vor ein paar Jahren, die sind ja wirklich gestorben, nicht nur virtuell, obwohl es auf dem Bildschirm für Millionen so ausgesehen hat. Hier kommt ein Punkt in die Debatte, der mich sehr interessiert und mich auch aufregt. Das ist die Frage – Sie haben das mit einer leichten Nebenbemerkung gestreift –, ob die deutsche Gesellschaftsgeschichte ein Sonderweg ist. Nun gibt es unter Historikern seit langer Zeit die Debatte darüber, daß die einzelnen Nationen eigentlich nur Sonderwege kennen und daß wir uns gewissermaßen mit dem besonderen deutschen Weg, also mit uns selbst, beschäftigen müssen. Und da möchte ich auf die Dimension aufmerksam machen, die sich aus Ihrer Vorstellung des reaktionären Gruselkabinetts von männlichem akademischen Blödsinn über die Frage des Frauenstudiums usw. ergibt, und die hat wiederum etwas mit dem Tod zu tun. Der von Ihnen zitierte Sombart ist nicht nur ein Reaktionär gewesen, wie Sie ihn charakterisieren, sondern er war auch einer der Modernisierungstheoretiker der deutschen Soziologie. Und zwar ein Modernisierungstheoretiker, der es zustande gebracht hat, diese Dimension, die Sie zur Sprache gebracht haben, zu verbinden mit der Lobpreisung deutscher Technologie, deutscher Wissenschaft. Wir haben es bei dem rassistischen Antisemitismus der Nazis, der vielfältige Grundlagen hat, die Sie gut dargelegt haben, ebenfalls mit einem Doppelphänomenen zu tun. Dessen Vertreter waren in der Lage, trotz ihrer humanistischen Grundeinstellungen eine Technologie zu entwickeln, die den Völkermord industrialisierte – hierfür gibt es das Wort Auschwitz in unserer Erinnerung –, und damit nicht genug, sie stießen auch das Tor zum Weltraum auf mit der Raketentechnik. Diese Dimension der deutschen Geistesgeschichte hat ja zu tun mit der Furcht der Theologen, daß sich die Frauen und die Männer emanzipieren von den religiös christlichen und aus heutiger Sicht reaktionären Vorstellungen von ihren Geschlechterrollen, und sie hat auch zu tun mit der Angst der deutschen Oberschichten vor den Veränderungen, die die Industrialisierung mit sich gebracht hat. Zu diesen Widersprüchlichkeiten im Bild vom deutschen Sonderweg, dazu hätte ich gerne noch einmal Ihre Position.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Das wird eine sehr lange Fragenliste, wir sollten aber doch noch jemanden, der meist sehr pointiert kurz und fragt, Herrn Weber, mit hinzunehmen.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Das stimmt, vor allem, wenn ich mir Deine Vorträge anschau. Ich will es auch sehr kurz machen. Ich glaube, daß man Ihnen dankbar sein kann, Frau Kollegin von Braun, für diese einsichtige Darstellung eines Problems, an dem man manchmal vorbeigeht. Die Emanzipation in Deutschland – eben nicht nur der Frauen, sondern auch der Juden – war immer ein Problem, wo wir hinter den anderen hinterherhinkten. Nun ist die Frage, warum war das so? Sie haben an einer Stelle von der Industrialisierung gesprochen. Ich denke, das genügt nicht. Das entscheidende ist, daß wir seit 1848 hinterherhinken in der Demokratisierung und daß es dort, wo es noch reaktionärer war, nämlich beispielsweise in Rußland, noch schlimmer aussah. Hier wird ganz deutlich: Emanzipation ist auch ein Prozeß der Demokratisierung. Ich weiß, daß diese Demokratisierung auch im Westen ohne etwa das Frauenwahlrecht nur eine Halbheit war. Die Männer haben bestimmt, aber wo sie demokratisch bestimmen mußten, sah es eben doch anders aus. In diesem Zusammenhang, denke ich, muß man sich darüber im klaren sein, daß das auch für das Gedächtnis und für die Zukunft gilt. Nächstes Jahr haben wir die 150-jährige Erinnerung an 1848, den Versuch, revolutionär-demokratisch die deutsche Einheit zu vollziehen. Gleichzeitig haben wir aber plötzlich eine Rückbesinnung auf Bismarck. Das war genau der umgekehrte Weg, der ja dann Realität wurde, nämlich reaktionär von oben her diese Einheit zu schaffen. Man braucht nur auf der Buchmesse zu sehen, was dieses Jahr allein an Bismarck-Erinnerungen erscheint, und das in einem Gedenkjahr für einen anderen Weg der Demokratisierung, der leider nicht geklappt hat. Alle diese Probleme, die Sie angeführt haben, brachte der andere Weg mit sich, und das ist Bismarck. Wenn man nun an die Bismarck-Stiftung denkt, muß ich sagen, die deutsche Demokratie muß sich darüber klar werden, ob sie in die Fußstapfen des Bismarck-Reiches tritt – und das wäre verheerend aus meiner Sicht – oder ob sie eben in der bisher eigentlich übereinstimmend gesehenen revolutionären Tradition der 48er steht. Ich frage also noch mal: Glauben Sie auch, daß dieses Demokratisierungsmoment das entscheidende ist?

Frau Kollegin Kuhn, Sie haben die Frauen-Ausstellung im Haus der Geschichte angesprochen und ich habe auch Ihren schriftlichen Beitrag gesehen. Ich war etwas überrascht über die insgesamt eher negative Einstellung dazu. Sie sagen, hier sei etwas instrumentalisiert worden. Nun bin ich da persönlich etwas betroffen. Der Beirat des Hauses der Geschichte hat neben der Kollegin Helga Grebing auch mich gebeten, Frau Dr. Mork, die das hervorragend gemacht hat, ein bißchen zu unterstützen. Ich konnte mich da auch auf meine Frau stützen, die ja genügend darüber gearbeitet hat. Wenn ich mir die Ausstellung anschau, was sind die zwei zentralen Aussagen? Die zwei zentralen Aussagen sind „Ungleiche Schwestern“. Ich meine der Begriff ist etwas irreführend, man hätte eher sagen müssen „Schwestern in ungleichen Systemen“. Das war ja das eigentliche, worum es ging. Es ist in beiden Systemen so: Frauen waren zur Hausarbeit, zur Kindererziehung abgestellt. In beiden Systemen mußten sie das tun. In der DDR, haben wir gehört, kam Berufsarbeit noch hinzu. Und gleichzeitig waren sie natürlich weg von der Macht, in welcher Form

auch immer. Ich darf daran erinnern, daß in der Forschung gerade das Thema „Frauen in der DDR“ genügend behandelt worden ist. Es war eines der zentralen Felder, wo doch sehr aussagekräftige Darstellungen sowohl der sozialen Rolle der Frau, der wirtschaftlichen Rolle der Frau bis hin zum DFD erarbeitet wurden. Angefangen von Gisela Helwig bis Gerda Weber ist das alles sehr breit dargestellt worden. Mich würde interessieren, ob wir diesem Forschungsstand sehr viel neue Kenntnisse hinzuzufügen haben oder ob da nicht schon sehr viel vorliegt? Ich erinnere an eine eigenartige Figur dieser Forschung, an Gabriele Gast. Sie ist bekannt geworden, weil sie im BND für das MfS gearbeitet hat und entsprechend verurteilt wurde. Aber das war eine Frau, die schon in ihrer Doktorarbeit 1973 den entscheidenden Satz gesprochen hat über die Rolle der Frau in der DDR: „Wo Macht ist, sind keine Frauen“. Ich glaube, das ist doch auf den Punkt gebracht. Ich habe es sehr bedauert, daß diese hervorragende Wissenschaftlerin bei der Spionage gelandet ist. Zurück noch einmal zur Ausstellung. Ich denke, wesentlich wäre es, nochmal zu sehen, daß die Ausstellung die Probleme zeigt – und da würde mich Ihre Antwort interessieren, wo sehen Sie eigentlich Instrumentalisierung?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich glaube, daß die Referentinnen zunächst einmal antworten sollten, obgleich die Nachfolgenden vermutlich zum Teil Fragen haben, die sich ziemlich direkt anschließen, aber wir können das vermutlich nicht so strukturieren, daß wir viele Fragen sammeln. Deshalb würde ich vorschlagen, daß wir zunächst eine Zwischenantwortrunde machen. Sie müssen dabei jetzt nicht alles bis ins einzelne beantworten, denn Sie können davon ausgehen, daß die übrige Kommission einen Teil der Fragen wieder aufgreifen wird.

Prof. Dr. Christina von Braun: Ich hatte auch vor, mich kurzzufassen, obwohl jede dieser Fragen eigentlich ein Referat für sich implizieren würde. Herr Maser, Sie problematisieren die Gemeinsamkeit von Weiblichkeit und Judentum, weil die Juden einen viel kleineren Anteil der Bevölkerung repräsentieren. Die Gemeinsamkeit liegt im Bezug zum Gemeinschaftskörper. Es geht nicht darum, daß die Juden als Individuen eine große Gruppe repräsentieren, sondern sowohl die Weiblichkeit als auch die Juden zur Definition des Gemeinschaftskörpers bzw. zur Abgrenzung davon herangezogen wurden. Eine zweite Gemeinsamkeit besteht darin, daß Sexualbilder herangezogen wurden, um den Körper des Juden als biologisch zu definieren. Diese Überlagerung fand deshalb statt, um so etwas wie eine biologische Definition des Juden durch die geschlechtliche Definition oder durch angeblich weibliche Anteile im jüdischen Körper, wie z. B. Weininger geschrieben hat, festzulegen. Da es eine biologische Differenz gab, war sie als Bild leicht übertragbar auf andere Formen der Andersartigkeit.

Herr Wilke, Sie stellen viele Fragen. Die Humanwissenschaften haben einerseits natürlich die Weichen gestellt dafür, daß eine ganz neue Vorstellung vom Verhältnis der Geschlechter entstehen konnte. Andererseits haben sie aber auch die Eugenik hervorgebracht, also die Versuche, all das wieder zurückzu-

schrauben oder in neue technisierte Bahnen zu bringen. Natürlich, darüber brauchen wir gar nicht zu diskutieren, gibt es den Körper, und ich wäre die letzte, die sich diesen Cyberspacephantasien anschließen würde. Dennoch sind sie sehr stark, wenn man den Zeitgeist oder die Phantasien, die im Zeitgeist herrschen, versucht, zu analysieren. Es ist ja wichtig zu sehen, wie sehr diese Bilder eine Rolle spielen, daß es möglich sei, die körperlichen Grenzen zu überwinden und darunter auch insbesondere die Geschlechtergrenzen. Wenn Sie die Phantasien beim Einstieg ins Internet betrachten: Ich kann mein biologisches Geschlecht, ich kann mein Alter, ich kann meine Rasse, meine Gebrechlichkeit, soweit gegeben, zurücklassen und eine andere Identität annehmen, wenn Sie sehen, daß das zu einem sehr wichtigen Spiel in der Interaktion von Menschen geworden ist, dann wird klar, daß die Virtualität heute eine wichtige Rolle spielt.

Zur Frage des Sonderwegs. Natürlich hat die deutsche Nation einen Sonderweg angetreten. Ich denke, daß der deutsche Sonderweg, und da greife ich dann auch schon auf eine andere Frage von Herrn Weber auf, daß der deutsche Sonderweg dadurch bestimmt war, daß die deutsche Nation zuerst in den Köpfen entstanden ist und dann allmählich sich überhaupt erst territorial definiert hat. Die deutsche Nation war von Anfang an durch zwei Religionen gespalten, auch ein Phänomen, das es in England und Frankreich nicht gegeben hat. Da hat es zum Teil gewaltsame historische Prozesse, die Vereinheitlichung der Religion und die Überlagerung des Nationalkörpers mit der religiösen Einheit gegeben. All das hatte Deutschland und die Donaumonarchie natürlich auch nachzuholen. Es waren beides sehr heterogene Gebilde, die da im 19. Jahrhundert entstanden sind und die wahrscheinlich auch erklären, weshalb diese beiden Nationen so besonders stark versuchten, auf biologische, mithin unveränderbare Definitionen des Gemeinschaftskörpers zurückzugreifen.

Sombart ist natürlich nicht nur ein Reaktionär, ich habe ihn auch nicht als Reaktionär zitiert, ich habe nur gesagt, er benutzt Sexualbilder, und deshalb habe ich ihn zitiert. Er benutzt Sexualbilder, um die deutsch-jüdische Assimilation zu beschreiben, und diese Sexualbilder sind historisch ungeheuer präsent um die Jahrhundertwende. Virchow war natürlich auch ein großer Liberaler und politisch fortschrittlich, aber auch er hat, wenn es zu Geschlechterbildern kam, sehr traditionelle Ansichten vertreten. Schließlich noch die Technologie. Der Nationalsozialismus auf der einen Seite, diese antisemitischen Traditionen, und andererseits die hoch entwickelte Technologie, mit der Auschwitz durchgeführt wurde. Ich glaube, man kann nicht automatisch sagen, Auschwitz mußte kommen, weil es antisemitische Vorläufer in Deutschland gab. Es gibt wirklich etwas, was mit den Nationalsozialisten und dieser Technologiegläubigkeit und der Machbarkeit hinzukam. Die antisemitischen Vorläufer in Deutschland, und vor allen Dingen die rassistischen antisemitischen Vorläufer, waren stärker vertreten als in allen anderen Nationen. Es gab in den anderen Nationen Antijudaismus christlicher Art, es gab nationalistische Judenfeindlichkeit in Frankreich – mit der Dreyfus-Affäre besonders deutlich – aber der rassistische Antisemitismus war weitgehend eine Erfindung des deutschspra-

chigen Raums und hing meiner Ansicht nach mit dem Spezifikum der deutschen Nation, des deutschsprachigen Raums zusammen, damit schließe ich Österreich ein. In Rußland tauchen auch stärker nationalistische als rassistische Bilder auf. Das als Erklärung für die Zwangsläufigkeit von Auschwitz zu benutzen, ist nicht haltbar, da kommen tatsächlich die modernen Technologiefragen hinzu.

Herr Weber, ich habe, denke ich, schon geantwortet. Die verspätete Nation ist aus den Köpfen des Idealismus entstanden und entsprach keinem emotionalen, keinem religiösen, keinem territorialen und sonstigem Identifizierungsmechanismus. Das scheinen mir die eigentlichen Gründe zu sein. Auf die Frage konnte ich natürlich nicht eingehen, denn das wäre ein ganzes eigenes Kapitel geworden, aber ich bin froh, daß Sie nochmal danach gefragt haben.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Frau Kuhn bitte.

Prof. Dr. Annette Kuhn: Ich darf zunächst auf Herrn Maser eingehen, der mich fragt, was das Konkrete dieser Geschichte der „Trümmerfrauen“ sei. Ich bin beeindruckt durch die Fülle von Quellen, die diese Frauen uns hinterlassen haben. Es gab Frauenausschüsse in jedem Ort Deutschlands, es gab über 50000. Wir haben ein Quellenmaterial, was ungeheuer aussagefähig ist und uns viel über die Organisationsfähigkeit von Frauen im nationalen und internationalen Kontext gleich nach 1945 sagt. Ich habe auch eigene Erfahrungen gesammelt durch sehr viele Vorträge und Diskussionen mit der Generation der sogenannten „Trümmerfrauen“. Hier mache ich die Erfahrung, daß ich auf meine an der männlichen Geschichte geschulten Fragen ganz andere Reaktionen erfahre. Die These, daß Deutsche nach 1945 nicht fähig waren zu trauern, wird von einem Publikum von Frauen aus dieser Generation völlig anders aufgegriffen. Daß es eine andere Frauenpolitik gibt, kann ich an den Frauenausschüssen deutlich machen, die diese andere Frauenpolitik verbalisieren und sie benennen. Anna Haag ist ein gutes Beispiel aus der SPD, weil sie in vielen Frauenzusammenhängen organisiert war (Internationale Frauenbewegung, Liga für Frauen und Frieden, Frauenausschüsse). In den Anfängen hat sie in den Frauenausschüssen mitgearbeitet. Die SPD hat dann den Unvereinbarkeitsbeschluß gefaßt, daß die Frauen, die sich dann in diesen Frauenausschüssen und Organisationen aktiv betätigen, sich entscheiden müssen, zu welcher politischen Organisation sie sich anschließen. Anna Haag ist SPD-Mitglied geworden. Das ist eigentlich ein sehr typisches Beispiel für die Anpassung von Frauen an männliche Politikvorgaben.

Ein anderes sehr aussagefähiges Material sind die vielen Frauenzeitschriften zwischen 1945, als es angeblich kein Papier gab – und 1948. Diese Frauenzeitschriften sind zunächst außerordentlich politisch. Die Entpolitisierung der Frauenzeitschriften nach 1949 ist ja ein bekanntes Phänomen. Wenn ich politisch sage, da meine ich selbstbewußte Äußerungen von Frauen von großer gesellschaftspolitischer Tragweite. Themen wie: Will ich heiraten? Brauche ich einen Mann? klingen sehr privat, hier wird aber eine gesellschaftspolitische Fragestellung für Frauen nach 1945 thematisiert, die im Kontext der Würme-

lingpolitik im Westen und der Frauenerwerbspolitik im Osten gesehen werden muß. Dabei fällt mir das Unwort „Frauenüberschuß“ ein. Der Begriff „Frauenüberschuß“ kommt aus dem Gedanken, daß jede Frau, die nicht durch den Mann versorgt ist, überschüssig ist. Ich bezweifle die demographischen Tatsachen nicht. Ich weiß, daß es 1945 5 Millionen Frauen mehr gab. Berlin ist eine Stadt mit exzeptionell hoher Frauenmehrheit. Aber ich wollte jetzt an diesem semantischen Problem deutlich machen, daß wir sensibel sein müssen, welche Geschlechtervorstellungen sich hinter unserer Sprache verstecken.

Ich möchte allerdings eine Bemerkung zu Herrn Wilke machen, da Sie die Sorge zum Ausdruck gebracht haben, daß ich, indem ich zum Grundgesetz § 3 Abs. 2 eine Verbindung zu den „Trümmerfrauen“ herstelle, einfach etwas Unzulässiges tue, oder etwas miteinander verbinde, was gewissermaßen unserer Wahrnehmung der Konstitution der Bundesrepublik widerspricht. Ich möchte dem entgegenhalten, daß ich die Körbe von Petitionen, die Elisabeth Selbert erhielt, als die eigentliche Basis für ihren Kampf für diesen Artikel verstehe. Wenn ich dieses Material analysiere, wenn ich es in eine Verbindung zu den Frauenausschüssen bringe, dann komme ich zu einer sehr seriösen historischen Rekonstruktion von dem, was Frauenpolitik der Nachkriegszeit ist und was dann seinen Ausdruck bei Elisabeth Selbert fand. Hier ist die Biographie von Elisabeth Selbert außerordentlich aufschlußreich. Jeder, der sie liest, wird sich fragen, warum ihre politische Laufbahn abgebrochen wurde. Ich greife ein Wort von Ihnen, Herr Wilke, auf. Sie sagen, nach 1945 mußte einfach das Leben weitergehen. Das ist eine Aussage, bei der ich aus der frauengeschichtlichen Perspektive sehr hellhörig bin. 1945 – ist das nicht eine politische Situation, in der aktiv gehandelt werden mußte? Ich will Ihnen nicht unterstellen, daß sie von einer Stunde Null reden. Wie wäre es, wenn wir nicht die vorgeprägten Politikbegriffe verwenden, sondern einfach Quellen lesen und überlegen, was damit politisch ausgedrückt werden soll? Herr Weber, Sie haben sehr präzise das Ziel der Ausstellung im Haus der Geschichte benannt: Die Schwestern in zwei ungleichen Systemen – das wird visuell sehr deutlich gemacht. Links die BRD und rechts das System der DDR. In DDR – Sicht führt die Frauenpolitik in eine Sackgasse. Da man hier nicht weiterkommt, schaut man auf die westliche Entwicklung. Das heißt, die Frauengeschichte wird unter zwei Systemaspekten betrachtet. Ich habe versucht zu sagen, das genügt nicht. Nicht, daß der Systemvergleich falsch ist, ich sage, er genügt nicht. Jetzt muß ich Sie zitieren: das Wort von Gabriele Gast, das Sie wiedergegeben haben: „Wo Macht ist, sind keine Frauen“. Dieser Satz gilt für die Ausstellung im Haus der Geschichte. Die Rekonstruktion der zwei Systeme, in der die Frauengeschichte ihre Rolle zu spielen hat, führt zu einer Eliminierung dessen, was ich hier als eine Frauensicht bezeichnet habe, auf die wir uns nicht nur als Frauen, sondern als Teil unserer Geschichte beziehen müssen.

Hier komme ich wieder – das ist ein Bogen, den wir ziehen müssen – auf meine Vorrednerin zurück, die gezeigt hat, was passiert, wenn wir die Differenzen – sei es die Geschlechterdifferenz, sei es die ethnische Differenz – nicht in unser Demokratiekonzept einbeziehen. Da bin ich mit Herrn Weber einig. Ich

sehe mit Sorge, daß wir an Bismarck und nicht an die demokratischen Traditionen der Revolution 1848 anknüpfen. Meine Sorge ist aber noch eine weitere. Ich sehe nicht nur die Verbreitung der antidemokratischen Tradition der Bismarckzeit. Die Geschlechterpolitik des deutschen Kaiserreichs wird ohne Hinterfragung weitertransportiert. Unsere Demokratiegeschichte, auch die progressive, ist antifeministisch. Das wissen wir inzwischen alle. Deswegen plädiere ich für eine demokratische und feministische Konzeption des deutschen Gesellschaftskörpers.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Frau Dr. Beyer bitte.

Dr. Marina Beyer: Zwei Fragen waren es, die an mich gingen. War die Emanzipationspolitik in der DDR nicht auch ein Instrument der ideologischen Einbindung? Zweifelsohne war sie das, aber ich denke, der Kontext mit den beiden anderen in meinem Referat genannten Momenten ist hier wichtig. Ideologische Einbindung ist nicht unbedingt gleichzusetzen mit Kontrolle, sondern es ging um die Einbindung von Frauen als „Mitgestalterinnen des Sozialismus“, so wie es um die Einbindung von Kindern und Jugendlichen als zukünftige „Mitgestalter und Mitgestalterinnen des Sozialismus“ ging, und natürlich ist das eine ideologische Kompetente. Aber dennoch ist das Bild von den uniformen Arbeits- und Bildungskolonnen in der DDR entfernter von der Realität, als es vielleicht in der Vorstellung existiert. Eine ideologische Komponente hat vielleicht noch eine andere Seite, nämlich die Tatsache, daß es für die DDR sehr wichtig war, auch Signale gen Westen zu senden. Die Frauenpolitik war ein sehr wesentliches Signal an den Westen, um hier einen Vorsprung der sozialistischen Frauenpolitik zu demonstrieren. Hier war die DDR-Führung bereit, sich auf Kompromisse einzulassen. Ein Beispiel ist die Einführung der Fristenlösung für den Schwangerschaftsabbruch 1972. Wie Sie wissen, war es das erste Gesetz in der Volkskammer, bei dem es Gegenstimmen gegeben hatte aus den Reihen der Kirchen und der CDU. Für dieses Gesetz gab es zwei Motive. Zum einen, daß die Anzahl der Abtreibungen, die in Polen gemacht wurden, rasant zugenommen hatte – hier sollte ein Riegel vorgeschoben werden. Das andere Motiv war das ideologische Signal in Richtung Westen. Dies war genau die Zeit, in der im „Stern“ die Selbstbezeichnungen von prominenten Frauen im Kampf um die Liberalisierung der Abtreibung erschienen, die öffentlich bekannt: „Ich habe abgetrieben“. Das heißt, hier war es für die SED-Führung sehr wichtig, in Richtung Westen zu demonstrieren: Wir sind in der DDR weiter.

Ihre zweite Frage zielte darauf ab, inwieweit Frauen auch versucht haben, sich individuell den Anforderungen, die an sie gestellt wurden, zu entziehen. Ich würde das Wort „entziehen“ ergänzen oder ersetzen wollen durch „anpassen“, denn das Anpassen hat eher eine aktive Komponente. Ich glaube, die Anpassung war für das Leben der Frauen in der DDR eher bezeichnender und aus dieser aktiven Komponente heraus ergab sich selbstverständlich auch, daß es in der DDR – zunehmend in den 80er Jahren – eine Vielzahl von Lebensformen gegeben hat. Es hatte einfach damit zu tun, daß Frauen durch Erwerbstätig-

tigkeit auch einen Zugang zur öffentlichen Gesellschaft, nicht im Sinne von bürgerlicher Gesellschaft, in der DDR hatten, daher eine Vielfalt von sozialen Bezügen eingingen, innerhalb und außerhalb der Kirchen, und wie wir wissen, mehr außerhalb der Kirche als innerhalb, woraus sich auch stabile soziale Bezugssysteme ergaben, die Frauen darin unterstützt haben, sich ihre eigenen individuellen Lebensrealitäten aufzubauen. Es gab „die Frau“ im Sozialismus und „die Frau“ in der DDR nicht. Ich denke, auch in der Zeit, in der dann der Unabhängige Frauenverband gegründet wurde, also die Zeit um 1989, als Frauen auch im Rahmen der nun offensichtlich werdenden Opposition in der DDR auch öffentlich sichtbar wurden, wurde sehr deutlich, daß es hier trotz des Drucks der Vereinheitlichung eine Gegenreaktion gegeben hat, die eher in Richtung Vielfalt ging.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, wir kommen zu einer weiteren Fragerunde. Jetzt habe ich mich ganz artig selbst auf die Liste gesetzt. Ich bitte die Kollegen um Entschuldigung, daß ich selbst eine Frage stelle. Natürlich selbstverständlich sehr kurz. Ich würde ebenfalls gerne angesichts des außerordentlich anregenden Beitrags von Frau von Braun nochmal nachfragen. Wir können selbstverständlich hier keine Diskussion über den Sonderweg führen, zu der Sie einen neuartigen Beitrag geleistet haben, den ich als anregend ansehe. Natürlich kann einem sehr viel mehr zu dieser besonderen Entwicklung einfallen. Es ist dabei immer die Frage, mit welchen anderen Entwicklungen Sie Deutschland vergleichen, ob Sie mit den westeuropäischen oder osteuropäischen Ländern vergleichen. Bei Ihrem Erklärungsmodell fällt mir auf, daß es sehr stark auf die Konstellation der Jahrhundertwende und auf eine ganz bestimmte geistesgeschichtliche Konstellation orientiert ist, nämlich auf die Popularisierung von bestimmten naturwissenschaftlichen Erkenntnissen, von denen Sie sagen, sie haben das Denken geradezu geprägt und wirken sehr lange nach. Ist das nicht in gewisser Weise eine Überschätzung, wenn ich das mal so sagen darf, von diesen geistesgeschichtlichen Faktoren? Ich will nicht bestreiten, daß diese biologistischen Tendenzen in Deutschland stark gewesen sind, aber ich möchte doch gerne fragen: Gibt es nicht eventuell auch vergleichsweise feste Geschlechterdifferenzen, bestimmte feste kulturelle Rollenmuster, ohne diese biologistische Abstützung? Sie haben sehr stark auf diesen Faktor abgehoben, aber die vergleichsweise zähe Festigkeit von Rollenmustern läßt sich wohl nicht alleine dadurch erklären. Vielleicht können Sie dazu nochmal etwas sagen.

Frau Kuhn würde ich gerne fragen: Wie weit sind wir eigentlich im Hinblick auf die gesamtdeutsche Frauendiskussion in der Historiographie? Haben wir so etwas wie eine Frauengeschichtsschreibung, bei der wir nicht mehr zwischen west- und ostdeutsch unterscheiden können, oder reproduzieren sich da noch erhebliche Differenzen? Jedenfalls gibt es eine Reihe von Hinweisen darauf, daß es Unterschiede gibt, aber vielleicht könnten Sie zum Stand der Diskussion in Deutschland zwischen Historikerinnen Ost und Historikerinnen West in diesem Zusammenhang etwas sagen. Gibt es inzwischen eine gesamtdeutsche Frauengeschichtsschreibung?

Dann an Frau Dr. Beyer noch die Frage: Hat es eigentlich Ansätze von Interessenvertretungsmomenten von Frauen in den verschiedenen Phasen gegeben? Die Frage haben Sie, glaube ich, nicht beantworten können, deshalb habe ich sie hier nochmal gestellt. Hat der DFD eventuell ansatzweise in einer bestimmten Phase so was gemacht oder hat er sich nur eingekapselt? Gibt es also irgendwo Ansätze, bestimmte Kristallisationskerne organisatorischer Art im Hinblick auf Interessenvertretung von Frauen? Sie haben angedeutet, daß es ein bestimmtes parteioffiziöses Frauenideal gegeben hat. Würden Sie sagen, daß es heute noch zwischen West- und Ostdeutschen unterschiedliche vorherrschende Frauenideale gibt? Falls es sie gibt, worauf führen Sie die zurück?

Ich fahre nun in der Reihe der Wortmeldungen fort. Herr Mocek ist der nächste.

Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek: Das anregende Referat von Frau von Braun ist für mich an einem Punkt noch eine Nachfrage wert. Sie gehen von dem physiologisch bestimmten Volkskörperdenken aus, das auch in der DDR – und in beiden deutschen Staaten, sagten Sie – nachgewirkt habe. Das ist für meine Begriffe erklärenswert oder zumindest sogar fraglich. Frau Beyer hatte auf die marxistische Tradition hingewiesen, die, welche Umbrüche es da auch immer gab, das will ich jetzt gar nicht hinterfragen, in der DDR bei der Fixierung eines marxistischen Frauenbildes eine Rolle gespielt hat. Das war aber von Anfang an ein sozialökonomischer und kein physiologischer Begriff von Frau und von Gesellschaft. Ich glaube auch, in der Diskussion um die Jahrhundertwende, auf die Sie verweisen, hat sich gerade eine erste Bewährungsprobe dieses sozialökonomischen Bildes gegen den naturwissenschaftlichen Ansturm gezeigt. Oda Olberg zum Beispiel hat als eine der ersten gegen das Buch von Möbius zum sogenannten „physiologisch bedingten Schwachsinn des Weibes“ einen großen Artikel geschrieben. Da gab es eine doch sehr frühe Konzentration auf das politische und sozialökonomische Bild der Frau. Oder zur Judenfrage: Karl Kautsky hat in seiner Schrift „Rasse und Judentum“ ganz eindeutig festgestellt, noch 1921 in der zweiten Auflage, daß das Judentum überhaupt kein ethnischer Begriff ist, sondern ein politischer Begriff. Das ganze Judenproblem würde sich klären, wenn die Juden am Klassenkampf des Proletariats teilnehmen würden. Ich gehe jetzt nicht darauf ein, ob das richtig ist, aber das ist eine ganz politische Interpretation dieses Begriffs. Ich betone, daß ich jetzt nicht diese These verfechte, sondern nur auf die politische und ökonomische Profilierung dieser Begriffe von Frau und Judentum in der marxistischen Tradition verweisen möchte. Ergänzend zu Frau Beyer, die ja diese Grundlage gestrafft darlegte, muß ich sagen, daß die Arbeitsteilung natürlich auch bei Engels eine große Rolle spielt in seiner Schrift „Vom Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“. Darin wurde die Hoffnung begründet, daß sich die erste ursprüngliche Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau auf einem höheren Niveau der Produktivkräfte ausgleichen werde, wenn diese ihren „Qualcharakter“ verloren haben. Man wußte bald schon in der DDR, daß diese Emanzipation sozialökonomisch immer hinken wird, solange noch die Produktivkräfte diesen Qualcharakter der Arbeit haben. Da gab es natürlich auch

die Hoffnung, daß sich das späterhin mal ausgleichen wird. Aber dieses Dilemma, daß die Emanzipation sowohl politische Forderungen umzusetzen hat, also Frauenpolitik ist, als auch von der Entwicklung und den Trends der Produktivkräfte abhängt, kennzeichnete die Emanzipationspolitik in ihrem damaligen Selbstverständnis.

An Frau Kuhn habe ich folgende Frage: Diese hohen Zahlen der Frauen im Arbeitsprozeß der DDR sind natürlich ein wichtiger Erinnerungswert an die DDR. Egal, wie man das jetzt interpretiert, und ob diese Arbeit wesentlich nur als eine Zusatzverdienstquelle gesehen wurde, sie war für viele Frauen, so glaube ich zumindest aus der Literatur und aus vielen Gesprächen entnehmen zu können, auch so etwas wie eine gesellschaftliche Anerkennung und auch ein Weg zur Selbstverwirklichung – mal abgesehen von dem schon genannten Qualcharakter, der ja oft genug der Selbstverwirklichungsidee widersprach. Das läuft für meine Begriffe auf folgende Frage hinaus: Sollte man nicht das „Frauenhandeln“ (einer Ihrer Begriffe) auch in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklung auf einen weiteren Anstieg des Anteils von Frauen am Arbeitsprozeß orientieren oder sollte man das Frauenhandeln auf andere Lebensbereiche richten, wie es ja durchaus medienweit diskutiert wird.

Frau Beyer, zu den gesetzgeberischen Maßnahmen im gesamten Reproduktionsbereich, Stichwort „Haushaltstag“. Ist es realpolitisch möglich, jetzt nicht nur dies, sondern auch die sich anschließenden Maßnahmen in Angriff zu nehmen, oder ist dies von politischen oder ökonomischen Widerständigkeiten verhindert? Woran liegt es denn nun, daß wir uns diesen Punkten nicht nähern können außer in der historischen Perspektive: „Das war einmal und war wohl sowieso nicht so, wie es gemeint war“.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Hilsberg ist der nächste.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Frau Dr. Beyer, an Sie die erste Frage. Die Frauen, die sich in der DDR emanzipieren wollten, standen ja gewissermaßen vor einer doppelten Aufgabe. Sie mußten sich zum einen emanzipieren gegenüber und von den traditionellen Denk- und Verhaltensmustern und Geschlechterrollen, wie sie in Deutschland überkommen waren, und sie mußten zum zweiten sich ja auch emanzipieren von der ideologischen Bevormundung, wie alle anderen übrigens auch. An dieser Stelle war das eine gemeinsame Situation für alle in der DDR, aber gerade im Zusammenhang mit der Frage der Frauen in Leitungstätigkeiten spielt das für mich eine gewisse Rolle. Die DDR hat sich ja bemüht, weil sie das als ein Defizit erkannt hatte, Frauen auch in Leitungstätigkeiten hineinzubringen, und man hat gegen Ende der 80er Jahre dann festgestellt, daß dieser Versuch gescheitert ist. Im Gegenteil, es mußte dann festgestellt werden, wenn ich mich richtig erinnere, daß die Anzahl der Frauen in Leitungstätigkeiten wieder rückläufig war. Ich glaube, die SED hat darüber sogar reflektiert. Geht man eigentlich fehl in der Annahme, daß der Umstand, daß diese Zahl rückläufig war, etwas zu tun hat mit dem Weiterwirken der traditionellen Verhaltensmuster in der Gesellschaft? Vielleicht können Sie auch etwas sagen zum sozialistischen Frauenbild, nämlich der Verbindung

der hochqualifizierten erwerbstätigen Frau einerseits und der phantastischen Mutter andererseits, was sicher zu einem Konflikt führt, den man nicht mehr aushalten kann, der also bei Frauen desto stärker wirken muß, je höher sie gesellschaftlich aufsteigen. Gibt es da einen Zusammenhang?

Die zweite Frage: Gab es DDR-spezifisch bestimmte Berufe, die man fast durchweg mit Frauen verbunden hat? Beispielsweise in der Volksbildung waren fast 80, 90 Prozent Frauen beschäftigt. Wie war es mit den Banken und Versicherungen? Es ist ja eine interessante Entwicklung, daß sich die Banken und Versicherungen nach 1990 bemühten, wieder gezielt Männer einzustellen, was übrigens zu einer Diskriminierung der jungen Frauen in der Lehrausbildung beispielsweise führte, ein absurder Vorgang, den man hier hat.

Dann noch die letzte Frage, sie geht sowohl an Frau Beyer als auch an Sie, Frau Prof. Kuhn. Kann man etwas feststellen von gegenseitiger Beeinflussung zwischen Ost und West? Sie, Frau Beyer, sagten, die DDR hätte sich ja bemüht, mit der Emanzipationspolitik auch Signale in den Westen auszusenden. Sind die dort angekommen und sind die reflektiert worden? Das würde mich auch umgekehrt interessieren: Welche Auswirkungen hatten die emanzipatorischen Bemühungen im Westen auf die DDR-Verhältnisse?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Gutzeit ist der nächste.

Sv. Martin Gutzeit: Zuerst an Frau Beyer. In Ihrem Vortrag als auch in Ihrer ersten Antwort kommt das Thema Anpassung vor, und wie mir scheint, in unterschiedlicher Weise. Es scheint ja nach Ihrer Aussage so gewesen zu sein, daß trotz der veränderten gesellschaftlichen Stellung der Frau in der DDR-Gesellschaft im wesentlichen eine Anpassung an Erwartungen, was das Rollenverhalten in der Familie usw. betrifft, geschehen ist. Und zugleich sagen Sie, daß auch eine Adaption an die geänderten Bedingungen passierte. Was sind denn die Faktoren gewesen, die eine tatsächliche Veränderung, also eine Emanzipation von diesen traditionellen Erwartungen, verhindert hat?

Nun eine Frage an Frau von Braun. Sie sagen, daß die Unterschiede im Hinblick auf den Gemeinschaftskörpergedanken zwischen der Bundesrepublik und der DDR eher gering sind. Sehen Sie dennoch Differenzen, die sich entwickelt haben? Sie sind insbesondere von Konzeptionen ausgegangen, die im vorigen Jahrhundert entstanden sind und in der Anfangszeit dieses Jahrhundert. Was haben sich denn da insbesondere in den 60er, 70er, 80er Jahren für Veränderungen ergeben? Ich denke, zu dieser Zeit gab es doch auch kulturelle Aufbrüche und Aufbrüche im Lebensverständnis im Westen und zum Teil auch im Osten.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Elm.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Die Beschreibung bezüglich der patriarchalischen Züge im Realsozialismus wird man akzeptieren müssen. Ich will es sogar bekräftigen im Hinblick auf die internationale Dimension. Das ist ja unverkennbar, auch im sowjetischen Modell, das ein bißchen älter geworden ist

und wo das sehr ausgeprägt war, so daß es sogar die Jahre von Gorbatschow überlebt hat. Als er z. B., 1990, denke ich war das, als Präsident einen Beraterkreis berufen hat, gehörten zu den 15 Persönlichkeiten keine einzige Frau, und ich war beeindruckt davon, daß diese Tatsache auch hier in der Bundesrepublik in der kritischen Kommentierung kaum eine Berücksichtigung gefunden hat. Das war sicher der Euphorie gegenüber Gorbatschow geschuldet. Ich dachte, mindestens Raisa hätte ihn mal darauf hinweisen können, daß sowas nicht mehr ganz auf der Höhe der Zeit ist. Geschichtlich ist es im Fall der DDR sicher mit darin begründet, daß die Prägungen aus dem Kaiserreich stammten. Also trotz August Bebels und anderer Arbeiten zur Frauenfrage und trotz der beachtlichen Gleichstellungsideen bestand eine Prägung aus der Kaiserzeit, aus der Weimarer Republik und eine Unzugänglichkeit gegenüber den radikaleren Forderungen und der Problematisierung durch die feministische Bewegung. Damit kann man sagen, es ist auch in der DDR schon vieles kritisch in den 80er Jahren reflektiert worden, aber da die öffentliche kritische Kontroverse darüber unterbunden wurde, kam das halt nicht hinlänglich zur Sprache. Zu den Absurditäten gehört ja schließlich auch, daß es dann immer noch Frauen oder Töchter von Parteiführern oder Staatsratsvorsitzenden waren, die überhaupt mal in den engeren Machtzirkel aufrückten. Das ist eine drastische Illustration der Ausweglosigkeit, der Sackgasse, in der sich das ganze Konzept befunden hat.

Ich habe eine Frage an die drei Referentinnen, je nachdem, wie sie das für lohnend halten, dazu etwas zu sagen. Ich nehme die Umbenennung der Clara-Zetkin-Straße in Berlin als Anlaß, als einen Bezug, ich spreche aber auch im Kontext der Geschichtsdiskussion in diesem Land und auch im Kontext der Bemerkungen, die hier schon zur Wiederkehr von Bismarck – und man könnte sagen, auch von anderen Hoheiten – aus aktuellem Anlaß gemacht wurden. Es gibt natürlich die Anlässe für Parteien, sei es der Sozialdemokratie, sei es der KPD, der PDS oder anderer, im Fall von Clara Zetkin ihre Positionen und die Traditionspflege anzumelden. Aber zu unserem heutigen Thema: Gibt es nicht auch parteiübergreifend ein Anliegen in der geschichtlichen Tradition, dem Erbe derjenigen Frauen, die unter schwierigen Bedingungen gegen ihre Umwelt emanzipatorische Leistungen vollbracht haben, einen entsprechenden Platz in der Geschichtsdiskussion, im Geschichtsbild und auch im öffentlichen Bild, wie es in solchen Straßenbenennungen zum Ausdruck kommt, zuzubilligen? Und das gilt bei Clara Zetkin schon allein für ihre Zugehörigkeit zur SPD und als Herausgeberin der „Gleichheit“, und ich meine, auch ihre Position gegen den aufkommenden und in Deutschland dann erfolgreichen Faschismus gehören dazu. Das Problem ist somit der Umgang mit der Gesamtheit dieser Traditionen, und ich würde in meinem Spektrum dafür plädieren, frühere Ignoranz und Borniertheit z. B. gegen die liberalen frauenrechtlichen emanzipatorischen Bewegungen zu überwinden und sich hier aufgeschlossener zu verhalten und sie auch in dieses weite Traditionsverständnis mit einzubeziehen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Kowalczuk bitte.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Ich habe drei kürzere Verständnisfragen, die sich alle drei an Frau Professorin von Braun richten. Die erste Frage: Wenn ich die Sache richtig sehe, dann konstituierten sich ursprünglich die Gender Studies als eine Art Oppositionswissenschaft auch mit dem Ziel, ältere Paradigmen in der Wissenschaft, die also die Wissenschaftswahrnehmung dominiert haben, abzubauen. Mir ist an Ihrem Beitrag aufgefallen – ich erwähne bloß mal ein Zitat – daß in Deutschland die Ideologie der Mütterlichkeit am tiefsten verankert wäre. Da stellt sich mir die Frage, inwieweit das nicht ein sehr stark eurozentristischer, westlicher Blick ist. Wenn ich z. B. einfach nur an das subsaharische Afrika denke, da stellt sich so eine Frage, auch für die Gender Studies, ganz anders. Wie weit täuscht mich mein Eindruck, daß in den Gender Studies der westliche Ansatz oder überhaupt ein westlicher Blick überwiegt? Wo sehen Sie überhaupt die wichtigsten Desiderata gegenwärtig in der Geschlechterforschung?

Die zweite Frage: Sie haben über die Frauenbilder gesprochen, über die produzierten Frauenbilder und das Problem des Körpers. Dabei ist, glaube ich, vorhin auch die Bemerkung gefallen, man könnte zwischen Ost und West einen Gegensatz sehen wie etwa zwischen der schicken Stenotypistin und der tüchtigen Traktoristin. Meine Frage ist, es ist tatsächlich eine Verständnisfrage, inwieweit dieses Bild, was sich hier offensichtlich ja erst mal auf Frauen begrenzt, eigentlich ein Selbstbildnis der Gesellschaft darstellen soll. Inwiefern sozusagen Männer ein Bild zeichnen oder die patriarchalische Struktur der Gesellschaft ein Bild zeichnet, wie die Gesellschaft aussehen soll. Die dritte Frage: Sie lassen Ihren beeindruckenden Vortrag mit folgendem Gedanken enden – ich darf das nochmal kurz zitieren: „Insgesamt kann man sagen, daß die Modernisierung der Gemeinschaft durch die Teilung selbst eine Behinderung erfuh“. Und nun kommt eine Sache, die ich so nicht im Raum stehen lassen möchte. Sie sagen weiter: „Denn wäre der eine von beiden Staaten dem modernen Konzept der Gemeinschaft gefolgt, so wäre der Kontakt zum anderen Deutschland immer schwieriger geworden, und man hätte damit die Möglichkeit der Wiedervereinigung oder die Erhaltung einer deutschen Gemeinschaft aufs Spiel gesetzt“. Ich möchte einfach nochmal nachfragen, inwiefern tatsächlich die Erhaltung der deutschen Gemeinschaft jederzeit in der 40jährigen Teilungsgeschichte auf der Tagesordnung stand.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Wir fangen wieder an mit Frau von Braun, bitte sehr.

Prof. Dr. Christina von Braun: Sie fragen zunächst nach den Vergleichen zwischen Ost oder West. Natürlich geht der Vergleich in Richtung Westen, weil die westlichen Gesellschaften auch diesen ganzen Modernisierungsschub, die Industrialisierung, die Technologien usw. mitgemacht hatten, mehr z. B. als die russische Gesellschaft. Das Interessante ist aber, daß die deutsche Nation, die deutsche Gesellschaft, auch diesen Technologieschub mitgemacht hat, ihn zum Teil sogar erfunden hat. Viele der technologischen Erneuerungen kamen ja aus Deutschland, und dennoch fand ein Rückschritt hinter den Inno-

tionsschub zurück statt und eine Besinnung auf oder eine Beschwörung von fast biologistischen Vorstellungen von der Gemeinschaft. Da schließt sich dann gleich die nächste Frage an: Ob die Rollenmuster nicht auch kultureller Art sein können? Natürlich sind Rollenmuster gerade geschlechtlicher Art immer kulturell, und nur deshalb ist es ja auch möglich, daß sie sich so schnell verändert haben. Nur weil sie nicht biologistisch, sondern kulturell bedingt waren, über religiöse und nationale und andere Vorstellungen, nur deshalb konnte innerhalb von 100, 150 Jahren ein so rasanter Prozeß stattfinden, der die Geschlechterrollen derartig verändert hat. Um so interessanter ist wiederum die Frage: Warum berufen sich die Deutschen immerzu auf die Naturgesetze bzw. auf den Unterleib der Frau, wenn es um ihren Kopf geht? Das ist ja die Fragestellung, die ich hier einbringen wollte.

Herr Mocek, das ist eine ganz spannende Frage, die Sie stellen. Natürlich hat die DDR nicht dieses rassistische Volkskörperbild übernommen. Dennoch spielte auch hier die physiologische Bestimmung der Gemeinschaft eine wichtige Rolle, und das kann man eben daran sehen, daß die Frauenrolle ganz anders definiert war als die Männerrolle. Frau Beyer hat es ja an vielen Beispielen dargestellt, daß die ganzen Erleichterungen für Haushalt, Kindererziehung usw. sich immer auf die Frau bezogen und nicht auf den Mann. Insofern kann man sagen, daß hier auch eine Berufung auf das biologische Geschlecht und nicht das kulturelle Geschlecht entscheidend war, damit aber auch die Gesetzgebung und andere Gemeinschaftsregeln bestimmte. Ich möchte sogar noch ein Stück weiter gehen, wenn Sie erlauben, daß ich hier nochmal ein Stückchen historisch spekuliere. Ich habe empfunden, daß die beiden Deutschlands in permanenter Konkurrenz zueinander standen, bei der Frage, welcher von den beiden Staaten der sozial fürsorglichere ist. Damit könnte man auch erklären, daß heute mit einem Schlag, mit der Wiedervereinigung, vieles von diesem Engagement verloren geht, so daß man fast sagen kann, beide deutschen Staaten empfanden sich nicht als Vaterstaat, sondern als Mutterstaat in dieser Konkurrenz, im Sinne einer Fürsorglichkeit. Und wenn Sie dann sehen, daß es eine lange Tradition des Gemeinschaftskörpers gibt, der immer als weiblich gedacht wurde, als Ecclesia, die Kirche, dann die ganzen Nationalallegorien für die Gemeinschaften, Germania, Marianne, Britannia usw. Das sind immer weibliche Allegorien gewesen, das zeigt also, daß der Gemeinschaftskörper immer als weiblicher Körper gedacht wurde, und auch die DDR hat sich eigentlich als eine physiologisch und damit weiblich bestimmte Gemeinschaft verstanden.

Ich komme zu Herrn Gutzeit. In gewisser Weise ist da die Frage auch schon mit aufgegriffen, worin die Gemeinschaftskörper vergleichbar waren und was die Differenzen waren. Die Gemeinsamkeiten waren, daß die Geschlechterrollen sehr ähnlich konzipiert waren in beiden deutschen Staaten. Die Differenzen waren vielleicht, daß es in einem Fall stärker nationalökonomisch gesehen wurde, obwohl auch das noch die Frage ist, wie weit man nicht auch in der Bundesrepublik von nationalökonomischen Gesetzen sprechen kann. Die Differenz ist für mich, daß in der DDR die Gesetze klarer waren, nach denen die

Gesellschaft funktionierte. Sie wurden gesagt, und in der Bundesrepublik gab es natürlich auch Gesetze, aber die wurden nicht so laut gesagt. Die Frage ist, ob man nicht bei einer genaueren Analyse – das war aber nicht Thema meines Vortrages – dahinterkommen würde, daß es doch letztlich sehr ähnliche, wenn auch mit anderen Inhalten gefüllte Gesetze waren. Zu Herrn Elm, zu Clara Zetkin. Ich kann nur zustimmen. Ich finde es eine Schande, was hier in Berlin mit der Straßenumbenennung auf „Dorotheenstraße“, wo ich mein Dekanat auch im Moment habe, geschehen ist. Und ich glaube, es ist tatsächlich mehr als nur ein Beispiel. Dahinter steht auch etwas, womit Frauen in der Geschichte immer wieder konfrontiert wurden, daß nämlich ihre Geschichte vergessen wurde bzw. die Präsenz von Frauen in der Geschichte vergessen wurde. Da wurde auch die Linke verdrängt, das ist klar, aber in diesem Fall hat es andere Linke gegeben, die weiterhin auf den Straßenschildern stehen. Ich halte es hier nicht für einen Zufall, daß es eine linke Frau getroffen hat.

Herr Kowalczuk, Sie stellen ungeheuer interessante Fragen. Zur ersten Frage allerdings, muß ich sagen, warum die Gender Studies nicht auch die Subsahara mit einbeziehen: Wir haben schon viel damit zu tun, an das heranzukommen, was den Westen geprägt hat, und ich habe hier in 30 Minuten versucht, einen historischen Bogen zu schlagen, aber ich kann Ihnen garantieren, daß z. B. in den Sozialwissenschaften, in der Politikwissenschaft, in den landwirtschaftlichen Fakultäten, wo auch viele soziologische Untersuchungen gemacht werden, andere Fragen außereuropäischer Art auch mit behandelt werden und daß sich da z. B. die Frage der Menschenrechte, der Mütterlichkeit usw. auf eine ganz andere Weise stellt. Das wird mitgedacht, aber ich habe es hier nicht berücksichtigt.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Darf ich das nochmal konkretisieren. Ich frage das vor dem Hintergrund, daß ich mit einer Frau zusammenlebe, die sich mit solchen Fragen im subsaharischen Raum beschäftigt. Insofern ist mir das klar, daß es sowas gibt. Meine Frage ging mehr in die Richtung, ob der Ansatz, den Sie hier vorgestellt haben, nicht auch praktisch viel zu stark nur auf die westlichen Systeme ausgerichtet ist.

Prof. Dr. Christina von Braun: Er versucht, etwas zu analysieren, was in den westlichen Systemen stattgefunden hat. Insofern wäre ein Blickwinkel, der jetzt Indien oder China oder andere Gesellschaften einbezieht, schon aus Gründen, die nicht nur mit der Industrialisierung, die mit Religionsformen, mit ganz anderen Strukturen, mit der Schrift, im Gegensatz zu schriftlosen Gesellschaften usw. zusammenhängen, hier vollkommen unangebracht gewesen. Insofern war die Analyse bezogen auf das, was hier geschehen ist, und es war ein Blick, der zurückschaute und versuchte, ein bißchen in die Zukunft mitzuschauen.

Die Frage, wie weit das Bild von der Frau ein Bild der Gesellschaft ist, ist hochinteressant. Tatsächlich legen Sie da den Finger auf das, was ich gerade mit dem Gemeinschaftskörper und Mutterstaat schon anzusprechen versuchte. Tatsächlich ist das Bild der Frau, sobald es öffentlich wird, nicht das der indi-

viduellen Frau, sondern sobald ein Bild der Frau öffentlich wird, ist es immer gleichzeitig eine Selbstdarstellung der Gesellschaft. Das können Sie für alle Gesellschaften, also die christliche, die säkularen, die medialen und anderen Gesellschaften sehr deutlich nachvollziehen. Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie diese Frage gestellt haben.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczyk: Ich zitiere Sie nochmal. Sie sagten, insgesamt kann man sagen, daß die Modernisierung der Gemeinschaft durch die Teilung selbst eine Behinderung erfuhr, denn wäre der eine der beiden Staaten dem modernen Konzept der Gemeinschaft gefolgt, so wäre der Kontakt zum anderen Deutschland immer schwieriger geworden. Man hätte damit die Möglichkeit der Wiedervereinigung oder die Erhaltung einer deutschen Gemeinschaft aufs Spiel gesetzt. Ich habe das etwas zweifelnd hinterfragt.

Prof. Dr. Christina von Braun: Ich habe zunächst natürlich nicht davon gesprochen, was Politiker sagen und deklarieren, sondern ich habe von dem gesprochen, was unbewußt in einer Gesellschaft vor sich geht. Und man kann sagen, daß jede Gemeinschaft dem Individuum sozusagen die Sicherheit bietet, erstens dazuzugehören und zweitens zu überleben. Die Gemeinschaft, der Gemeinschaftskörper ist das, was dem Individuum die Einbindung in etwas, was Kontinuität hat, bietet. Das ist die große Anziehungskraft von Gemeinschaften, und die beiden deutschen Staaten haben diese Art von Kontinuität nie bieten können. Insofern muß es auf der unbewußten Ebene etwas anderes gegeben haben, was diesen Bezug herstellte und was einen historischen Rückblick und auch einen auf die Zukunft gerichteten Blick nach vorne ermöglichte. Von diesem Unbewußten, das die Gemeinschaft erhalten will, habe ich gesprochen. Natürlich – ich gebe Ihnen vollkommen recht – Adenauer war nicht ein großer Freund der Wiedervereinigung, und da ließen sich noch viele andere Beispiele in Ost und West anführen, aber unbewußt muß es diese Sehnsucht permanent gegeben haben, daß doch so etwas wie eine Gemeinschaft erhalten bleibt.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielleicht müßten wir dann allerdings doch die deutschen Traditionen pluraler sehen, aber das können wir hier nicht mehr diskutieren. Frau Kuhn.

Prof. Dr. Annette Kuhn: Auf die Frage von Bernd Faulenbach: Gibt es so etwas wie eine gesamtdeutsche Historiographie aus der frauengeschichtlichen Perspektive? Leider nicht, allerdings läßt sich sagen, daß ich durch die engeren Kontakte mit Historikerinnen und Sozialwissenschaftlerinnen wie Ina Merkel oder Irene Dölling oder anderen plötzlich merke, daß wir doch eine gemeinsame deutsche Geschichte haben. Denn je mehr wir uns in unsere andere Geschichte vertiefen, desto mehr sehe ich Gemeinsames, z. B. daß der Konflikt zwischen Familie und Beruf sich in beiden Systemen niederschlägt, daß sich die Frage der Frauenbilder als Selbstdarstellung eines jeweiligen Systems sich in der Form der Fremdarstellung darstellt. Irene Dölling und Ina Merkel stellen fest, daß auch in der DDR männliche Frauenbilder dominierten.

Ich möchte gleich zu Herrn Mocek übergehen. Die hohe Zahl der berufstätigen Frauen ist natürlich ein positives Indiz für die Selbständigkeit von Frauen und ist immer auch ein politisches Kennzeichen unserer Gesellschaft, in der Frauen berufstätig sein müssen. Ich weiß, daß Berufstätigkeit der Frauen in der DDR auch die gleichen diskriminierenden Züge hatte wie auf andere Weise in der BRD. Was mir besonders wichtig ist, daß die Selbständigkeit, die gerade DDR-Frauen durch ihre Erwerbstätigkeit erfahren haben, sehr viel mehr war als ein Sichdarstellen als eine berufstätige Frau. Diese durch Erwerbstätigkeit erworbene Selbständigkeit beinhaltet eine Vielfalt von subjektiven Lebensentwürfen, die wiederum Entscheidungen hinsichtlich einer Veränderung von Familie und Kindern nach sich zieht. Daher plädiere ich dafür, nicht immer gleich von dem Dualismus Reproduktion – Produktionsverhältnis zu sprechen, weil wir dann Realitäten wiederum ausschließen, die gerade Frauen in einer anderen Weise gestaltet haben.

Die Frage von Herrn Hilsberg bezog sich auf die Beeinflussung Ost/ West. Ich denke, daß ich die Beeinflussungen jetzt neu wahrnehme und Vorurteile revidiere. Die neue Frauenbewegung z. B., die sich als autonome westdeutsche Erscheinung versteht, ist von Irmtraud Morgener stark beeinflusst worden. Das heißt, es gab immer Beeinflussungen hier und dort. Sie werden aber jetzt sehr viel stärker von uns wahrgenommen.

Zur Frage von Herrn Elm. Ich kann hier nur Frau von Braun unterstützen. Clara Zetkin gehört zu unserer gemeinsamen Geschichte. Ich finde es nicht ganz glücklich, wenn wir fragen: War das mehr SPD-Geschichte, war das mehr Frauengeschichte? Ich meine, wir müssen dazu kommen, einfach ihren historischen Stellenwert zu sehen, denn den brauchen wir zur Selbstbestimmung unserer eigenen historischen Sicht heute.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Vielen Dank. Frau Dr. Beyer bitte.

Dr. Marina Beyer: Zu der Frage: Hat es eigenständige oder andere Formen der Interessenvertretung gegeben? Rückblickend gab es auch hier verschiedene Phasen in der DDR. In der Nachkriegszeit spielten die Frauenausschüsse in der sowjetisch besetzten Zone in den Betrieben eine außerordentlich wichtige Rolle, zum einen, um die Integration von Frauen als Mütter zu erleichtern, zum anderen aber auch, um Konflikte, die es zweifelsohne in den Betrieben gab, aufnehmen zu können, und die Interessen von Frauen hier zu vertreten. Diese Frauenausschüsse, die 1947 aufgelöst wurden, waren eine für östliche Verhältnisse relativ autonome und auch basisnahe Interessenvertretung, aber im Rahmen der Betriebe.

(Zwischenruf: Kommunale Frauenausschüsse waren das.)

Ich habe jetzt von den betrieblichen Frauenausschüssen gesprochen. Das gab es auch noch, die kommunalen Frauenausschüsse. Diese Frauenausschüsse in den Betrieben, von denen ich gerade gesprochen habe, die wurden dann in den DFD (Demokratischer Frauenbund Deutschlands) übergeleitet, der auch zu-

mindestens bis Anfang/Mitte der 60er Jahre nicht nur und ausschließlich eine systemkonforme Rolle spielte, sondern wo es auch zumindest eine Form der kritischen Auseinandersetzung mit der SED-Politik gegeben hat, die zumindest zu Ulbrichts Zeiten dann auch zu Konflikten mit der Partei geführt hat und die sich in öffentlichen Bundeskongressen, die der DFD veranstaltet hat, artikulierten.

Anfang/Mitte der 80er Jahre gab es innerhalb und außerhalb der Kirche zunehmend Interessen- oder Frauengruppen, die allerdings nur zum Teil die kritische Auseinandersetzung mit der Emanzipation in der DDR zum Thema hatten, sondern wie die „Frauen für den Frieden“ einen allgemein gesellschaftspolitischen Ansatz hatten. Wobei die Auseinandersetzung mit der Rolle der Frau natürlich auch eine wesentliche Rolle spielte und einen wesentlichen Stellenwert hatte. Es gab zunehmend mehr informelle Frauengruppen, und zwar nicht nur auf Berlin konzentriert. Diese informellen Frauengruppen waren keine politisch relevanten Gruppen, aber es waren dennoch Gruppen, die sich vor allen Dingen aus jungen intellektuellen Frauen zusammensetzten und die eher einen Orientierungs- und Selbstfindungscharakter hatten als die Idee einer öffentlichen Wirkung nach außen.

Gibt es noch immer Unterschiede im Selbstverständnis zwischen Ost und West? Die Frage ist nicht so einfach zu beantworten, weil es hier deutliche Differenzen nach Bildung und Alter gibt, wo man genauer hinsehen muß. Bei den jüngeren Jahrgängen verschwinden die Ost-West-Unterschiede anscheinend allmählich, während bei den älteren Jahrgängen, d. h. bei den Frauen, deren Biographien sehr wesentlich durch die DDR geprägt worden waren, noch sehr deutlich Unterschiede zu sehen sind, d. h. im Bereich von Selbstverständlichkeit, ökonomischer Unabhängigkeit und Erwerbsarbeit und auch, was die Einstellung zur außerhäuslichen Betreuung von Kindern betrifft, um nur einige Begriffe herauszunehmen.

Die von Herrn Gutzeit und Herrn Hilsberg angesprochenen Punkte möchte ich aus Zeitgründen hier vielleicht etwas oberflächlich behandeln, aber dennoch versuchen, zusammenzufassen. Die geschlechtsspezifische Segregation hatte sozusagen eine vertikale und eine horizontale Konsequenz und war auch dort zu sehen, d. h. die Segregation im Bereich der Erwerbsarbeit. Frauen hatten die traditionellen Bereiche Bildung und Erziehung, für die sie privat auch immer zuständig waren, sowie Fürsorge und Gesundheit, für die sie zu Hause auch immer zuständig waren, das wurde im Grunde genommen nur übertragen in die gesellschaftliche Produktion. In der Industrie war ebenso zu sehen, daß Frauen in den Leichtlohnbereichen, also alles was Leichtindustrie betraf – Textilindustrie, Schuhindustrie waren klassische Beispiele – daß hier Frauen dominierten, und in den Bereichen, die von technischer Innovation getragen waren, besetzten die Frauen die weniger attraktiven und mehr durch Routine charakterisierten Tätigkeitsbereiche. Der berufliche Einsatz entsprach bei Frauen sehr häufig nicht der erworbenen Qualifikation. Das war sehr typisch, was sich dann auch widerspiegelte in den Aufstiegschancen, wobei auch hier

zwei Momente zu unterscheiden sind. Zum einen hatten die Aufstiegschancen damit zu tun, daß eben das Problem Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familienarbeit nicht gelöst worden war. Hier gab es sozusagen stillschweigende Kompromisse zwischen Arbeitnehmerinnen und den jeweiligen Betrieben. Es war eine Vereinbarung, so zu tun, als ob beide wissen, was möglich ist. Das war im Grunde genommen ein Kompromiß, und es war eine Anpassung, wobei diese Art der Anpassung durchaus konstruktive Momente hatte. Die Anpassung zeigte sich vor allen Dingen im Bereich der dynamischen und flexiblen Gestaltung des eigenen Lebenskonzeptes, was durchaus sehr konstruktiv sein konnte und sehr wesentlich zur Persönlichkeitsentwicklung beigetragen hat, auch zum Selbstverständnis der eigenen Emanzipation. Dies war überall dort nicht möglich, wo die Strukturen zu fest waren. Je höher Frauen aufstiegen, um so fester wurden die Strukturen, um so weniger Anpassungsmöglichkeiten gab es demnach auch, um so größer war die Verantwortung. Daher waren die Anpassungsstrategien, die die Frauen verfolgten, eher defensiv, also eher von Rückzug als von dem Anspruch der Gestaltung gekennzeichnet.

Zur Clara-Zetkin-Straße: Mir wäre es auch lieber gewesen, die Clara-Zetkin-Straße wäre geblieben, zumal es in anderen bundesdeutschen Städten – man sollte es nicht glauben – noch Clara-Zetkin-Straßen geben soll. Welche Rolle spielte die Emanzipationsbewegung im Westen? Insbesondere in den 70er Jahren war in den Bereichen von Kultur und insbesondere auch Film und Literatur zu sehen, daß zwar von der SED-Führung diese Diskussionen nicht aufgenommen wurden, daß es aber in diesem Bereich ein zunehmendes kritisches Bewußtsein gab – ich möchte an Maxi Wander oder Christa Wolf erinnern, auch an Filme, die in der Zeit entstanden sind. Es war im Grunde genommen der Beginn einer öffentlichen Auseinandersetzung mit den Widersprüchen des Emanzipationsanspruches und der Realität in der DDR. Auch im universitären Bereich und an der Akademie gab es Frauenforschung, gab es eine Auseinandersetzung ab Mitte der 80er Jahre, wenn man sich nochmal die Veröffentlichungen anschaut, die den Beginn einer kritischen Auseinandersetzung signalisieren.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige ganz knappe abschließende Bemerkungen machen. Ich glaube, der heutige Vormittag hat gezeigt, daß es sich lohnt, nach Traditionen, und seien sie auch pathologischer Art, zu fragen, wenn wir gegenwärtige Problemdefinitionen vornehmen und nach der Genese gegenwärtiger Probleme fragen. Wenn wir vielleicht hier und da unterschiedlicher Meinung waren, so scheint mir doch die Gesamtsichtweise anregend zu sein. Es lohnt sich, weiter nachzufragen. Ein zweiter Punkt: Ich glaube, die Notwendigkeit, aus spezifisch weiblicher Sicht auch die jüngste Vergangenheit zu sehen, diese Notwendigkeit ist hier mit Nachdruck unterstrichen worden, und sie sollte auch für uns eine Rolle spielen im Hinblick auf die weiteren Beratungen. Drittens, so glaube ich, ist von allen, die hier Stellung genommen haben, bezogen auf die DDR gesagt worden, daß es hier einen dominanten Patriarchalismus gegeben hat, aber zugleich geht die Sozialgeschichte der DDR eben nicht in diesem So-

zialpatriarchalismus auf. Auch hier lohnt es sich, nach dem Eigensinn und nach dem jeweils anderen zu fragen.

Wir haben uns heute Vormittag vor allem mit der Geschichte beschäftigt. Wir müssen deshalb heute nachmittag stärker die Gegenwart einbeziehen. Aber wir haben etwas von den Prozessen, die zur Gegenwart geführt haben, hier in den Blick genommen, und vielleicht hilft es auch, gegenwärtige Probleme etwas schärfer zu sehen, wenn wir etwas über deren Genese gehört haben. Selbstverständlich gehört zu unserer Betrachtung im Hinblick auf die Gegenwart auch die Diskussion darüber, welche Lösungen wir vorschlagen können im Hinblick auf gegenwärtige Probleme. Dem werden wir uns verstärkt widmen müssen. Dies ist eine zentrale Aufgabe dieser Enquete-Kommission „Deutsche Einheit“. Wir wollen nicht nur Geschichte aufarbeiten, sondern wir wollen gegenseitige Probleme benennen, etwas zur Entwicklung, zur Herausbildung der Probleme sagen, aber vor allem auch Lösungswege miteinander diskutieren.

Am Ende dieses heutigen Vormittags, den ich persönlich als sehr interessant empfunden habe, und ich hoffe, Ihnen geht das ähnlich, möchte ich unseren Referentinnen sehr herzlich danken. Frau von Braun, Frau Kuhn, Frau Beyer (Beifall). Ich schließe die Sitzung. Die Sitzung wird fortgesetzt um 14.00 Uhr in diesem Raum.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Jetzt wird es ganz ganz konkret. Und damit es ganz konkret wird, möchte ich hiermit Herrn Kowalczuk das Wort übergeben. Bitte schön.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Wir werden uns jetzt am Nachmittag in einem ersten Teil etwas konkreteren Problemen zuwenden. In einem ersten Abschnitt werden wir uns mit der Situation der Frauen in der Arbeitswelt auseinandersetzen. Zuerst werden wir einen Vortrag von Frau Carola Sachse hören, die über die Frauen in der Arbeitswelt in den beiden deutschen Staaten referieren wird. Nach Frau Sachse wird Frau Fobe über die Situation von Frauen in der Arbeitswelt im vereinigten Deutschland sprechen. Bevor ich Frau Sachse das Wort gebe, möchte ich sie kurz vorstellen. Frau Dr. Sachse wurde 1951 geboren. Sie arbeitet als Sozialwissenschaftlerin und Historikerin und hat im westlichen Teil Deutschlands ihre Sozialisation erfahren.

(Zwischenruf: erlitten)

Sie ist seit 1991 wissenschaftliche Referentin bei der Berliner Senatsverwaltung für Arbeit und Frauen im Förderprogramm Frauenforschung und seit 1995 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung an der Technischen Universität Berlin. Sie hat eine ganze Reihe von Publikationen vorgelegt. Zwei möchte ich nennen, die für unseren Zusammenhang auch von Interesse sein dürften. Einmal eine Monographie, die 1991 erschienen ist, mit dem Titel „Siemens, der Nationalsozialismus und die moderne Familie“. Dann hat sie mit weiteren Kolleginnen 1993 einen Band herausgegeben: „Rationale Beziehungen? Geschlechterverhältnisse im Rationalisierungsprozeß“. Frau Dr. Sachse, ich bitte Sie ums Wort.

Dr. Carola Sachse: Schönen Dank für die Vorstellung. Ich habe meine Sozialisation im Westen nicht nur erlitten, das möchte ich doch sagen. Es gab auch einige ganz amüsante Dinge, an die man sich gerne erinnert. Eine andere ganz kleine Korrektur vorweg. Das Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung an der TU Berlin ist mittlerweile nicht mehr in Gründung befindlich, sondern es existiert seit einem halben Jahr. Es war ein langer Kampf, und deshalb möchte ich erwähnen, daß es geglückt ist, dieses Zentrum tatsächlich einzurichten.

Ich habe die Aufgabe, innerhalb von 10 Minuten 40 Jahre Frauenarbeitspolitik und Frauenarbeit in zwei unterschiedlichen Gesellschaftssystemen abzuhandeln. Diese Aufgabenstellung hat mich doch ziemlich umgetrieben. Heute morgen hat mir dann Marina Beyer einen Teil der Aufgabe abgenommen. Dafür bin ich dankbar. Ich habe meine Ausführungen in sieben Thesen zusammengefaßt, knapp und holzschnittartig, wie es nicht anders sein kann, und die möchte ich Ihnen jetzt vortragen.

Die erste These bezieht sich auf die Frauenarbeit und den Kalten Krieg. Wie kaum ein anderer Bereich wird die Frauenerwerbsarbeit herangezogen, wenn es gilt, gesellschaftspolitische Gegensätze und soziale Strukturunterschiede zwischen der Bundesrepublik und der DDR hervorzuheben. Seit Beginn des Kalten Krieges war die unterschiedlich hohe Einbeziehung von Frauen ins Erwerbsleben ein prominentes Thema deutsch-deutscher Auseinandersetzung. Die differenten Frauenarbeitspolitiken waren nicht nur wirtschaftspolitisch, sondern ebenso geschlechter- und zugleich deutschlandpolitisch motiviert. Beide legitimierten sich bis in die 60er Jahre hinein mit der dezidierten Absetzung von der Frauenpolitik des NS-Regimes und zugleich mit gegenseitiger Frontstellung. Das bundesrepublikanische Ideal der Hausfrauenehe ging einher mit der Anprangerung des „Erwerbszwangs“ der Frauen in der DDR und dessen Gleichsetzung mit den nationalsozialistischen Dienstverpflichtungen. Das DDR-Ideal der vollerwerbstätigen Ehefrau und Mutter galt als Vollzug sozialistischer Frauenemanzipation – wir haben es schon gehört – zugleich aber auch als Abkehr von der „faschistischen“ Mutterideologie und ihrer „reaktionär-kapitalistischen“ Nachfolgerin im Westen. Ich denke, Sie hören die Original-Töne mit.

Meine zweite These handelt ganz kurz von den wirtschaftlichen und demographischen Hintergründen. Die ökonomischen Bedingungen des Wiederaufbaus in beiden deutschen Staaten sind Ihnen allen bekannt. Zwei Schlagworte jeweils: schwerindustrielle Konzentration im Westen – agrarische Dominanz und fehlende Grundstoffe im Osten; Marshallplanhilfen im Westen – anhaltende Demontagen im Osten. Diese unterschiedlichen Ausgangslagen mußten mit nicht minder unterschiedlich strukturierten Bevölkerungen bewältigt werden. Krieg, deutsche Niederlage und politische Neugliederung Mitteleuropas wirkten sich mit der großen Zahl der Kriegstoten, Vertriebenen und Flüchtlinge demographisch in Ost und West deutlich anders aus: Die DDR-Bevölkerung sank von 1950 bis zum Mauerbau um 6,5 %, während sie in der Bundesrepu-

blik um 11,3 % stieg. Die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter sank in diesem Jahrzehnt in der DDR sogar um 9,5 % und stieg in der Bundesrepublik um 12,3 %. Das Verhältnis von Frauen und Männern im arbeitsfähigen Alter lag in der DDR 1950 bei 124 Frauen zu 100 Männern und war 1960 mit 112 Frauen zu 100 Männern immer noch sehr unausgewogen, während es sich in der Bundesrepublik bis 1960 mit 104 zu 100 nahezu ausgeglichen hatte. Mochte auch der Bevölkerungsschwund der DDR mit dem Mauerbau eingedämmt werden, so blieb ihre arbeitsfähige Bevölkerung im Vergleich zur Bundesrepublik auf lange Sicht älter und vor allem weiblicher.

Damit komme ich zur dritten These, zu den Grundzügen der Frauenarbeitspolitik. Beide Systeme hatten also für ihre unterschiedlichen Frauenarbeitspolitiken auch handfeste ökonomische und demographische Veranlassungen. Beide Staaten entwickelten sich nach Art und Tempo der frauenpolitischen Maßnahmen rasch auseinander. Ich will Ihnen drei markante Beispiele in Erinnerung rufen:

- Schon 1946 ordnete die sowjetische Militärregierung die Einführung von gleichem Lohn für gleiche Arbeit an und verband dies mit Vorkehrungen zur Kontrolle der Betriebe. Im Westen wurde die Umsetzung dieses Prinzips den Tarifpartnern überlassen. Die nahmen sich dieser Aufgabe so zögerlich an, daß schließlich das Bundesverfassungsgericht 1955 Frauenlohngruppen als grundgesetzwidrig verbieten mußte.
- 1950 bekräftigte die DDR im Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau das uneingeschränkte Recht der Ehefrau auf Berufsausübung. Das bundesrepublikanische Gleichberechtigungsgesetz band hingegen 1957 erneut die Erwerbstätigkeit von Ehefrauen an die Zustimmung der Ehemänner – eine Regel, die mit allen Abschwächungen schließlich und endlich erst 1977 völlig abgeschafft wurde.
- Bereits 1952 verlangte der DDR-Ministerrat von den Betrieben die Aufstellung von Frauenförderplänen. Im Anschluß an das Gesetzbuch der Arbeit von 1961 folgte eine Reihe von spezifizierenden Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in Leitungsfunktionen und zur beruflichen Qualifizierung von Frauen. Erst die gleichstellungspolitischen Schlagworte unserer Tage, also der späten alten und der neuen Bundesrepublik, sollten erstaunlich ähnlich klingen.

Eine ost-westliche Synopse aller frauenpolitischen Maßnahmen ergäbe bis zum Ende der 60er Jahre das Bild eines immer weiter auseinanderklaffenden Reißverschlusses. Auf dem östlichen Strang reihten sich die Maßnahmen zur beruflichen Integration, Qualifizierung und betrieblichen Förderung von Frauen aneinander. Auf dem westlichen Strang fänden sich die Maßnahmen zur Wiederherstellung der gewohnten geschlechtsspezifisch segregierten Arbeitsmärkte und zur Absicherung der Hausfrauenehe. Beide Stränge folgten freilich nicht nur der reinen Lehre: Weder wollte das DDR-Regime die überkommenen Geschlechter- und Familienverhältnisse außer Kraft setzen, noch konnte die

bundesrepublikanische Familienpolitik die Erwerbsnöte und Berufswünsche von Frauen aus der Welt schaffen.

Ich komme damit zu meiner vierten These und möchte zwei geschlechterpolitische Modelle vorstellen für beide Systeme, die von diesem etwas platten Ideal der Hausfrauenehe und beruflichen Gleichstellung abweichen. Für die DDR hatten wir das heute morgen natürlich auch schon angesprochen. Bezieht man nämlich weitere familien- und einkommenspolitische Maßnahmen in die Betrachtung mit ein, dann zeigt sich, daß die Frauenpolitiken in Ost und West etwas komplizierteren Modellen folgten. Für die Bundesrepublik muß statt vom Ideal der Hausfrauenehe vom Familienernährer-Zuverdienerin-Modell gesprochen werden. Das ist ein etwas komplizierter Begriff, den ich von Karin Hausen übernommen habe. Dieses Modell, das bis in die 70er Jahre hinein weithin akzeptiert war, band die Erwerbstätigkeit der Ehefrau an die Voraussetzung eines Notfalls und die Zustimmung des Ehemannes. Es war durch Ehegattensplitting, Rentenreform, Tarifpolitik usw. abgestützt. Es verhalf Männern – egal ob ledig oder verheiratet – zu Löhnen und Gehältern, die sich am Bedarf der Normfamilie bemaßen. Es verwies andersherum Ehefrauen in die ökonomische und sozialversicherungsrechtliche Abhängigkeit von ihren Männern und erschwerte solchen Frauen, die selbst für ihren Unterhalt und für Angehörige sorgen mußten, den Zugang auch nur zu einem hinreichenden Einkommen. Auch für die DDR galt nicht nur das Ideal der beruflichen Gleichstellung – wir hörten es –, sondern wie Hildegard Maria Nickel es deutlich herausgearbeitet hat: das Modell der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zwar – und das ist der Knackpunkt – ausschließlich für Frauen. Sozialpolitische Regelungen wie Hausarbeitstage, Angliederung von Wäschereien oder Verkaufsstellen an Frauenbetriebe, formelle und informelle Arbeitszeitverkürzungen für Mütter sorgten dafür, daß Frauen trotz Vollzeiterwerbstätigkeit vorrangig für Hausarbeit und Kinderbetreuung zuständig blieben, von karriere-dienlichen „gesellschaftlichen Betätigungen“ wurden sie in diesem Zusammenhang erfolgreich ferngehalten.

Meine fünfte These über arbeitsmarktpolitische Entwicklungen werde ich gegenüber der schriftlichen Vorlage deutlich kürzen, weil wir das heute morgen auch schon zum Teil gehört haben. Ich will nur die Indikatoren benennen, an denen man einen solchen Vergleich aufhängen könnte und müßte. Das ist einmal die Frauenerwerbsquote. Die ging natürlich völlig auseinander in Ost und West, aber in beiden Fällen klappte es nicht so, wie es sein sollte. Auch in der DDR war die Frauenerwerbsquote nie völlig der Erwerbsquote von Männern gleich. In der Bundesrepublik war sie auch in den 60er Jahren nicht so niedrig, wie sie vom Ideal her gedacht war. Insbesondere gab es auch damals viele erwerbstätige verheiratete Frauen, Mütter und zunehmend auch Mütter mit kleinen Kindern. Der zweite Indikator wäre das Einkommen. Hier ist erstaunlich, daß die Einkommensdiskriminierung in beiden deutschen Staaten ziemlich gleich ist. Zwischen 70 und 80 % lag und liegt – gemessen an Männereinkommen – das Einkommen der Frauen. Der dritte Indikator wäre die berufliche Qualifizierung. Da haben wir bereits viel darüber gehört. Ich möchte nur

eines sagen, daß dieses häufig gebrauchte Argument, die niedrigeren Einkommen von Frauen seien einen Ausdruck ihrer minderen Qualifizierung, sich gerade mit Blick auf die DDR überhaupt nicht halten läßt. Es zeigt sich vielmehr, daß nicht die Minderqualifizierung von Frauen oder ihre Vorliebe für bestimmte Berufe diese geringere Bezahlung erklärt, sondern je mehr Frauen in einem Beruf oder in einer Branche vertreten sind, um so geringer wird dieser Beruf bewertet und um so geringer wird in dieser Branche entlohnt. Diese Beobachtung ließe sich für die Bundesrepublik ähnlich anstellen. Verschärft werden die Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen natürlich dadurch, daß Frauen weder in Ost und West in den Leitungspositionen und damit in den Spitzeneinkommensgruppen auch nur nennenswert vertreten sind. Faßt man diesen Indikatorenvergleich zusammen, kommt heraus, daß, gemessen am Ideal der Hausfrauenehe bzw. der Gleichstellung von Frauen im Arbeitsleben, beide Systeme ihr Klassenziel nicht erreichten. Gemessen am realpolitischen Regelwerk des Ernährer-Zuverdienerin-Modells bzw. der Vereinbarkeit von Beruf und Familie als Modell ausschließlich für Frauen waren beide Systeme in einem doppelten Sinn erfolgreich: 1. Das Zusammenspiel von Produktions- und Reproduktionssphäre funktionierte zumindest bis in die 60er Jahre hinein einigermaßen leidlich. 2. Bis heute konnten Männer ihren privilegierten Zugang zu den ökonomischen, sozialen und politischen Ressourcen sichern, obwohl beide Gesellschaftssysteme, so unterschiedlich sie im Hinblick auf die politische Freiheit ihrer Mitglieder waren, die Gleichheit der Geschlechter auf ihre Fahnen geschrieben hatten.

Meine sechste These handelt von Frauen als Akteurinnen auf dem Arbeitsmarkt, um auch eine andere Perspektive aufzuzeigen, und nicht nur Frauen als Objekte von Politik darzustellen. Es gilt nicht erst seit dem Aufbruch der Neuen Frauenbewegung in den 70er Jahren, daß Frauen ihrerseits – und hier zitiere ich Karin Hausen – „bestrebt sind, das Kontinuum ihrer Familien- und Arbeitsverhältnisse selbstbewußt auszugestalten und im eigenen Interesse zu optimieren“. Diese Beobachtung kann man am Beispiel der Teilzeitarbeit in beiden Ländern demonstrieren, die von Christine von Oertzen und Almut Rietzschel untersucht wurde. Teilzeitarbeit kam in der Bundesrepublik Mitte der 50er Jahre auf, in der DDR etwa fünf Jahre später, und hier zeigt sich, daß die Wünsche der Frauen in beiden Teilen Deutschlands ähnlich waren und daß sie sich von gutgemeinten Ratschlägen ihrer Interessenorganisationen auch nicht davon abhalten ließen, diese Wünsche durchzusetzen.

Westdeutsche Gewerkschaften wollten die Durchbrechung des mühsam erkämpften, männlich definierten Normalarbeitstages allenfalls als Entlastung für diejenigen Mütter gelten lassen, die auf Erwerb angewiesen waren. Keinesfalls aber sollten Mütter, die nicht „arbeiten gehen mußten“, ihren Familien „entrissen“ werden. Tatsächlich waren es aber genau diese Frauen, die Teilzeitangebote wahrnahmen, um über eigenes Geld zu verfügen und der häuslichen Enge zu entgehen. Im Osten wollten FDGB und DFD mit Teilzeitarbeit die zahlreichen noch immer nicht erwerbstätigen Hausfrauen mobilisieren. Das Gegenteil ihrer Absicht trat ein: Zahlreiche Frauen, die nach offizieller Lesart

als Vollerwerbstätige den Gipfel der Emanzipation bereits erklommen hatten, traktierten ihre Betriebe mit Anträgen auf einen geordneten Rückzug. Bis heute ist der Trend zur Teilzeitarbeit von Frauen ist Ost und West ungebrochen, wenn auch im Westen stärker ausgeprägt als im Osten.

Meine letzte These ist eine Frage, nämlich die nach einer möglichen gemeinsamen geschlechterpolitischen „Sollbruchstelle“ in beiden Systemen. Beide Frauenarbeitspolitiken entsprachen in ihren Grundzügen offensichtlich weder den Wünschen von Frauen, noch lösten sie ihre jeweiligen Versprechen ein. Die westdeutsche Hausfrauenehe erwies sich, sofern das Familieneinkommen sie überhaupt zuließ, in dem Maße als Falle für Frauen, wie der Ausbau des Sozialstaates Einkommen und soziale Sicherheit immer mehr an das männlich definierte Normalarbeitsverhältnis band. Die Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf reduzierte sich auf die Qual der Wahl zwischen einer hochriskanten Abhängigkeit vom Einkommen des Ehemannes und der Mehrfachbelastung als Erwerbstätige, Hausfrau, Mutter und Pflegeperson. Die SBZ/DDR sorgte u. a. durch die Kürzung der Witwenrenten und Unterhaltszahlungen dafür, daß weniger Frauen überhaupt eine Wahl hatten. Sie sicherte zwar – auf geringerem Niveau als bei Männern – die eigenständige ökonomische Existenz von Frauen durch Lohnarbeit und die der Familien durch zahlreiche Transferleistungen ab. Aber die Vergesellschaftung der Hausarbeit blieb, abgesehen von der staatlichen Kinderbetreuung, unerreicht. Vielmehr mutete die DDR ebenso wie die Bundesrepublik den Balanceakt zwischen Familie und Beruf ausschließlich den Frauen zu. Die geschlechtsspezifische Ungleichheit in der Arbeitswelt war in der Bundesrepublik stärker ausgeprägt als in der DDR, aber sie resultierte hier wie dort aus den gleichen Problemlagen: Von der DDR lernen, könnte heißen, Fehler zu vermeiden – nämlich den Kurzschluß, Frauenerwerbsarbeit umstandslos mit Frauenemanzipation gleichzusetzen und zu meinen, berufliche Gleichstellung bzw. berufliche Gleichstellungspolitik, von der wir heute ständig reden, könne die gleiche Teilhabe an wirtschaftlicher, sozialer und politischer Macht sichern, ohne die Geschlechterverhältnisse in anderen Lebensbereichen und das soziale Verhältnis von bezahlter und unbezahlter Arbeit grundsätzlich zu verändern.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank Frau Dr. Sachse. Als nächste wird zu uns Frau Dr. Karin Fobe aus Leipzig referieren über Frauen in der Arbeitswelt im vereinigten Deutschland. Ich darf auch Frau Dr. Fobe kurz vorstellen. Frau Fobe ist in Bernburg an der Saale geboren. Sie hat an der Deutschen Hochschule für Körperkultur und Sport ein Sportstudium absolviert mit dem Abschluß als Diplomportlehrerin. Anschließend hat sie noch ein Psychologiestudium an der Universität Leipzig absolviert und ebenfalls ein Diplom abgelegt. Heute arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Arbeits- und Organisationsforschung in Leipzig über sozialpsychologische und soziologische Fragestellungen. Unter anderem arbeitet sie auch über die Frauenerwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern. Ich möchte auch hier eine Publikation kurz nennen, die sie in den letzten Jahren vorgelegt hat.

Da ging es um die Frauenförderung in der Privatwirtschaft. Sie fragt, ob das schon ein Thema im Freistaat Sachsen wäre. Frau Dr. Fobe bitte.

Dr. Karin Fobe: Im Rahmen der heutigen Veranstaltung möchte ich mein Thema ein klein wenig konkretisieren. Ausgeschrieben ist es mit „Frauen in der Arbeitswelt im vereinigten Deutschland“. Ich möchte dies konkretisieren auf „ostdeutsche“ Frauen in der Arbeitswelt im vereinigten Deutschland. Ich beziehe mich in meinem Vortrag hauptsächlich und schwerpunktmäßig auf Forschungsergebnisse des Zentrums für Arbeits- und Organisationsforschung mit der Abkürzung ZAROF in Leipzig, dem ich anhöre, die ergänzt, erweitert, komplettiert wurden mit neueren Erkenntnissen zur Frauenerwerbstätigkeit in den neuen Bundesländern. Vor dem Hintergrund der im europäischen Vergleichsmaßstab enorm hohen Frauenerwerbstätigkeitsquote in der DDR, die verbunden war mit einem besonders hohen Qualifikationsniveau der DDR-Frauen – weshalb ich denke, es ist sinnvoller, von einer Berufstätigkeit statt einer Erwerbstätigkeitsquote zu sprechen – veränderte sich seit 1990 die Erwerbs- und Beschäftigungssituation gerade für die ostdeutschen Frauen drastisch. In der gesamten ostdeutschen Wirtschaft erfolgte ein beispielloser Personalabbau, von dem Frauen deutlich überproportional betroffen waren. Die sogenannte „Gebrauchswertseite“ beruflicher Tätigkeit, die an Begriffen wie „Interesse“ oder auch „Selbstwerterfüllung in der Tätigkeit“ festgemacht werden kann, mußte mit der Wende in Ostdeutschland immer mehr in den Hintergrund treten. Demgegenüber rückten Verwertbarkeit der im Ausbildungs- und Berufsprozeß erworbenen Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt einerseits, also die „Tauschwertseite“ des Berufs, und die Geschlechtszugehörigkeit andererseits in den Vordergrund und wurden gerade für die Frauen zu den entscheidenden Kriterien der Chancen im Beschäftigungssystem.

Wie stellt sich die Situation der Frauen heute, sieben Jahre nach der staatlichen Vereinigung beider deutscher Staaten dar? Im Durchschnitt der fünf neuen Bundesländer sind fast 20 % aller Frauen erwerbslos – eine Quote, die mehr als doppelt so hoch ist wie unter den Männern. Dort bewegt sie sich zwischen 10 und 12 %. Der Anteil der Frauen an den Erwerbslosen schwankt, von Jahr zu Jahr und von Bundesland zu Bundesland, um durchschnittlich 63 %. Frauen sind außerdem im Mittel deutlich länger als Männer arbeitslos und stellen das absolute Gros der Langzeitarbeitslosen dar – Ende 1995 betrug ihr Anteil an Langzeitarbeitslosen 77 %. 23 % aller Frauen sind in den neuen Bundesländern in Teilzeit angestellt und ihr Anteil an den Teilzeitarbeitsplätzen beträgt im Vergleich zu Männern 88 %. Teilzeitarbeit bedeutet zwar einerseits, scheinbar mehr Zeit für andere Dinge des Lebens zu haben, andererseits aber zugleich nur ein Teileinkommen und damit eine spätere Teilrente. Der Anteil an Teilzeitarbeit unter ostdeutschen Frauen ist auch heute etwa nur halb so groß wie in den alten Bundesländern. Dort beträgt er 44 % und ist im Steigen begriffen, während das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen seit 1991 in den neuen Bundesländern um etwa 4 % gesunken ist. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang – und damit widerspreche ich der vorher getroffenen Aussage doch tendenziell, die besagt, daß die Frauen Teilzeitarbeit im Osten wünschen

– bemerkenswert ist nämlich, daß teilzeitbeschäftigte Frauen im Osten durchschnittlich mehr Stunden arbeiten als im Westen und daß zudem mehr als die Hälfte von ihnen sich eine längere oder eine Vollzeitarbeit wünscht. Diese Ergebnisse beruhen auf der IAB-Frauenerhebung Ende 1995. Frauen arbeiten auch im Osten in deutlich höherem Maße als Männer in prekären, nicht versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Insbesondere in Beschäftigungsbranchen, die als sogenannte Frauendomänen gelten, also Einzelhandel, Reinigungs-, Hotel- und Gaststättenwesen, ist eine nahezu dramatische Entwicklung hin zu geringfügiger Beschäftigung zu verzeichnen. Solche Beschäftigungsverhältnisse bieten keine eigene Existenzsicherung und keine soziale Absicherung im Alter. Mindestens drei Ursachenkomplexe stehen für diese Entwicklung:

1. Ganze Industriebereiche und Beschäftigungsbranchen brachen in der früheren DDR mit der Öffnung des Marktes nach Westeuropa – bei gleichzeitigem Zusammenbruch osteuropäischer Märkte – nahezu weg oder wurden zumindest deutlich reduziert. Ein beispielloser Personalabbau war die Folge, von dem – wie bereits gesagt – Frauen in ganz besonderem Maße betroffen waren. Insbesondere verheiratete Frauen mit Kindern, deren Ehepartner noch berufstätig waren, wurden im Zusammenhang mit der Sozialauswahl als erste und in hoher Anzahl entlassen.
2. Ein weiteres entscheidendes Kriterium, das sowohl die Unternehmensleitungen und vor allem die betroffenen Frauen selbst anführen, ist die heute deutlich erschwerte Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie bzw. Mutterschaft. Der Wegfall entscheidender sozialpolitischer Maßnahmen, die massenhafte Reduzierung von Kinderbetreuungseinrichtungen und deren Verteuerung machen Frauen mit Kindern einen flexiblen und mobilen Arbeitseinsatz zunehmend schwieriger und nicht selten unmöglich.
3. Als weiterer wesentlicher Einflußfaktor gilt, daß sich in den neuen Bundesländern häufig – unter dem Einfluß überwiegend westdeutscher Managementkonzepte – bereits frühzeitig Muster einer betrieblichen Beschäftigungspolitik etabliert haben, wie sie von westlichen Arbeitsmärkten bekannt sind. Danach setzt sich nicht nur bei Entlassungen, sondern vor allem auch bei Einstellungen eine geschlechtsspezifische und zudem zielgruppenorientierte Diskriminierung der Frauen durch, die immer mehr auch für die traditionellen Frauenbeschäftigungsbranchen gilt.

Im Kontext dieser Hintergründe sind in qualitativer Hinsicht seit 1990 insbesondere folgende Tendenzen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt zu verzeichnen:

- Traditionelle geschlechtsspezifische Rollenzuweisungen haben sich unter den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und den Bedingungen eines drastisch verengten Arbeitsmarktes fühlbar verstärkt. Frauen gelten qua Geschlecht als familiär belastet und dementsprechend als „beschäftigungspolitischer Risikofaktor“ – allein bereits deshalb, weil sie bio-

logisch in der Lage sind, Kinder zur Welt zu bringen. Ihnen wird die traditionelle Rolle der Kindererziehung und -betreuung sowie der Hausarbeit wieder verstärkt allein zugeschrieben. Auch wenn sie dies subjektiv überwiegend nicht wünschen, müssen sich Männer wieder zunehmend als alleinige Familienernährer denken und fühlen. Soziale Belange der Familien finden durch die Unternehmen heute kaum noch Berücksichtigung. Die betreffenden Unternehmensleitungen gehen davon aus, daß die Frauen solche Probleme in ihren Familien selbst zu klären haben. Können sie dies nicht, erhalten sie keine Beschäftigungschance bzw. stehen als erste auf einer Kündigungsliste. Die Folge ist, daß insbesondere Frauen mit kleineren Kindern bis zum schulpflichtigen Alter heute kaum noch eine Anstellung finden. Untersuchungen in mittelständischen Unternehmen der sächsischen Privatwirtschaft zeigten, daß vielen jungen Müttern nach dem Mutterschaftsurlaub gekündigt wurde bzw. sich solche Frauen gezwungen sahen, selbst zu kündigen. Im Bereich des Pflegedienstes von Krankenhäusern in Sachsen beispielsweise war vor diesem Hintergrund festzustellen, daß im Jahr 1993 unter den zwischen 20 und 29 Jahre alten Krankenschwestern 63 % kein Kind hatten. Im Unterschied dazu scheinen Frauenarbeitsplätze im Bereich des öffentlichen Dienstes am ehesten gesichert.

- Vorurteile über die sehr hohe Erwerbsneigung und Frauenbeschäftigungsquote in der DDR, die vorrangig aus den alten Bundesländern überkommen sind, reduzieren deren Ursachen ausschließlich auf ein finanzielles Angewiesensein der Familien auf das Zweiteinkommen der Frau. Demzufolge wurde nach 1990 erwartet, die Frauen im Osten hätten eigentlich froh sein müssen, in der neuen Gesellschaft nicht mehr oder nur reduziert erwerbstätig sein zu müssen, damit sie sich nun ihren „eigentlichen“ Familienaufgaben besser widmen könnten. In diesem Sinne heißt es z. B. im 1997 erschienenen Teil 2 des Berichtes der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, daß sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern die meisten Frauen davon überzeugt wären, sich in der Rolle als Mutter, die nebenbei noch teilweise berufstätig ist, am wohlsten zu fühlen. Gerade verheiratete Frauen mit erwerbstätigem Ehepartner gelten im Prinzip als „versorgt“ und ihre Erwerbsorientierung wird eher als ihr individuelles Hobby, als Ausdruck ihrer „Individualisierung“ ausgelegt. Solchen Untersuchungsergebnissen oder Interpretationen widerspricht allerdings die große Mehrzahl empirischer Studien, die übereinstimmend zu dem Ergebnis kamen, daß die Erwerbsorientierung der ostdeutschen Frauen nach wie vor sehr sehr hoch ist, und zwar in verschiedener Hinsicht auch deutlich höher im Vergleich zu den Frauen in den alten Bundesländern. Die intensive Erwerbsorientierung der ostdeutschen Frauen zeigt sich z. B. darin, daß – selbst bei angenommener Voraussetzung eines gleichen Einkommens und gleicher späterer Rentenansprüche – lediglich 1 % der vollzeitbeschäftigten Frauen ihre Erwerbstätigkeit lieber aufgeben und nur 14 % dieser Frauen lieber verkürzt arbeiten würden. Zugleich streben 80 % aller derzeit nicht erwerbstätigen Frauen in den neuen Bundesländern – und dazu zählen außer

den Arbeitslosen auch Frauen in Umschulung, Vorruheständlerinnen, Hausfrauen und sonstige – auf jeden Fall eine Erwerbstätigkeit an. Diese Ergebnisse beruhen auch auf der bereits angeführten IAB-Frauenbefragung Ende 1995. Vor dem Hintergrund ihrer hohen Erwerbsorientierung werden die ostdeutschen Frauen oft zugleich einseitig und tendenziös verantwortlich gemacht für die nahezu doppelt so hohe Arbeitslosenrate in den neuen im Vergleich zu den alten Bundesländern. Gesamtwirtschaftliche, makroökonomische Faktoren, die die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland nach 1990, ihren Strukturwandel und damit auch die Beschäftigungsstruktur beeinflussten, werden leider oft und gern negiert.

- Auf das zunehmend gesellschaftlich aufgezwungene Rollenverständnis der Frau als Hausfrau und Mutter reagierten die Frauen nur in wenigen Ausnahmefällen mit einem Rückzug vom Arbeitsmarkt in die sogenannte „stille Reserve“. Ihr Anteil dort beträgt nicht mehr als in Zeiten der DDR. Vielmehr antworteten gerade jüngere ostdeutsche Frauen, insbesondere zwischen 1990 und 1995, bekanntermaßen mit einer bisher einmaligen Geburtenverweigerung, oft sogar als Geburtenstreik bezeichnet. Sie wollten überhaupt eine berufliche Chance erhalten oder ihre Arbeitsplatzsicherheit dadurch erhöhen, daß sie auf Kinder generell verzichteten oder die Geburt eines Kindes hinausschoben, oft weit bis über das 30. Jahr hinaus. Der leichte Anstieg der Geburtenzahlen seit etwa 1996 könnte darauf hindeuten, daß insbesondere arbeitslose Frauen, deren Kinderwunsch noch nicht oder nicht ausreichend erfüllt ist, vermehrt die Wartezeit auf eine Wiedereinstellung durch den Einschub einer Familienphase überbrücken wollen.
- Hochqualifizierte Frauen mit Universitäts- bzw. Fachhochschulabschluß gab es in der DDR in vergleichbarer Anzahl wie hochqualifizierte Männer, auch das wurde heute schon mehrfach genannt. Sie sind heute auf dem Arbeitsmarkt vor allem qualitativ benachteiligt. Sie werden doppelt so häufig wie Männer unterwertig, also dequalifiziert beschäftigt, sind wesentlich seltener als Männer in Führungspositionen, insbesondere auf den oberen Etagen zu finden, und werden selbst bei gleicher Position und Tätigkeit im Vergleich zu Männern geringer bezahlt.
- Gut und spezifisch qualifiziertes weibliches Fachpersonal aus DDR-Zeiten war nach der Wende in mancher Frauenbranche, z. B. im Einzelhandel, weniger gefragt. Um Personalkosten zu sparen, wurde lieber auf branchenfremdes Personal und auf Pauschalkräfte zurückgegriffen. Gerade im Einzelhandel und anderen klassischen Dienstleistungsbereichen zeigt sich zu Ungunsten der Frauen eine deutliche Polarisierung der Beschäftigungsverhältnisse in wenige qualifizierte (häufig von Männern besetzte) und viele unqualifizierte, sogenannte „bad jobs“. Teilzeitarbeit, geteilte Arbeit, Arbeit auf Abruf u. ä. sind gerade in solchen Branchen deutlich zunehmende Tendenzen.
- Frauen mit Ingenieurberufen oder Facharbeiterabschlüssen im gewerblich-technischen Bereich – solche gab und gibt es in den neuen Bundesländern

in deutlich höherer Anzahl als in den alten – werden ihre technischen beruflichen Fähigkeiten und Chancen, weil sie Frau sind, abgesprochen und sie werden kaum berufsbegleitend weiter gefördert. Zumeist verloren sie ihren Arbeitsplatz und wurden nur noch berufsfremd und zudem unterwertig beschäftigt. Objektiv wird ihnen der gleichberechtigte Zugang zu sogenannten typischen Männerberufen verwehrt oder erschwert, wenn dies auch subjektiv von den Personalverantwortlichen – manchmal sehr vehement – zumeist abgestritten wird, wie z. B. Untersuchungen in den Bundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt belegen.

- In traditionellen Frauenbeschäftigungsdomänen der DDR, z. B. im Einzelhandel, Kreditwesen und klassischen Dienstleistungsbereichen, zeigen sich zunehmende Tendenzen, eine Männerquote umzusetzen, etwa nach dem Motto: „Gleichverteilung der Geschlechter in unserer Branche erhöht ihr Image und belebt das Geschäft“. Vor diesem Hintergrund reduzierte sich beispielsweise der Frauenanteil im Einzelhandel zwischen 1989 und 1996 von etwa 98 % auf heute ca. 70 %. Zudem streben Männer in diesen Branchen ganz besonders die besser bezahlten Führungspositionen an, die Frauen damit zunehmend verschlossen werden. Eine Frauenquote in typischen Männerdomänen ist im Gegenzug allerdings nirgends auch nur im Ansatz erkennbar und wird überall – von den zumeist männlichen Unternehmensführungen – brüsk abgelehnt. Im Gegenteil, in solchen Berufszweigen sind Frauen heute kaum noch zu finden, wie es z. B. als Bandmaschinistin, Baggerführerin oder auch als Elektrikerin im Braunkohlebergbau der DDR der Fall war. In dieser Branche machten Frauen 1990 etwa ein Drittel der Beschäftigten aus, während sie bereits zwei Jahre später nur noch knapp ein Fünftel der Beschäftigten stellten.
- Um erwerbstätig sein zu können, müssen die Frauen heute immer mobiler sein. So erhöhte sich beispielsweise ihr Anteil an den versicherungspflichtig beschäftigten Pendlern in die alten Bundesländer von 17 % im Jahre 1993 auf 35 % im Jahre 1995 und damit auf mehr als das Doppelte. Zudem entscheiden sich Frauen in den letzten Jahren öfter für den Schritt in die Selbständigkeit. Ihr Anteil an den Selbständigen liegt heute bei ca. 30 % und ist damit etwas höher als in den alten Bundesländern. Allerdings haben sich die Motive für eine Existenzgründung durch Frauen deutlich verschoben. Während zu Beginn der 90er Jahre dieser Weg vorrangig gewählt wurde, um einen höheren Grad an beruflicher Selbstverwirklichung und Unabhängigkeit zu erzielen, steht seit Mitte der 90er Jahre, unter dem Druck der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die Suche nach einer Alternative zur Arbeitslosigkeit bzw. die Vermeidung drohender Arbeitslosigkeit im Vordergrund. Nicht selten haben Gründungsaktivitäten von Frauen zudem existenzsichernden Charakter für die gesamte Familie. Die „typische“ Existenzgründerin im Osten ist ca. 45 Jahre alt, verheiratet, hat zwei Kinder und entwickelt kreative Lösungen, um Unternehmen und Familie unter einen Hut zu bekommen. Für eine besonders intensive und verantwortungsvolle Vorbereitung der Frauen auf die Selbständigkeit spricht, daß ihr Schritt seltener

scheitert als bei den Männern. Nicht zuletzt ist darauf zu verweisen, daß mit Hilfe des unternehmerischen Geistes von Frauen heute durchschnittlich drei Arbeitsplätze je Gründung geschaffen werden, wobei vom arbeitsmarktpolitischen Entlastungseffekt insbesondere Frauen profitieren.

Ich möchte die vorgestellten Erkenntnisse in folgender Art abschließend zusammenfassen: Die Entwicklung der Beschäftigungssituation der Frauen im Osten seit 1990 führt auch in den neuen Bundesländern dazu, daß verheiratete Frauen zunehmend finanziell vom Ehepartner abhängig werden. Ein gleichberechtigter Zugang zum und eine ihrer Qualifikation entsprechende, gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben, die ihnen Eigenständigkeit und Unabhängigkeit ermöglichen könnten, wird ihnen seit 1990 eher verwehrt. Ihre Diskriminierung ist insbesondere struktureller Art, wird jedoch häufig auch begleitet von subjektiven Vorurteilen gegenüber dem Geschlecht. Insbesondere den Frauen sind wichtige Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie genommen worden, und sie haben verstärkt gegen tradierte Rollenklischees zu kämpfen.

Frauen in den neuen Bundesländern streben allerdings nach wie vor sehr intensiv nach einer qualifizierten Erwerbstätigkeit. Dieser Lebensinhalt ist ihnen heute mindestens genau so wichtig wie vor 1990, und zwar einerseits deshalb, weil sie ihr Leben nicht finanziell von einem Ehepartner abhängig machen, sondern selbstbestimmt leben wollen. Zugleich sind ihnen Berufstätigkeit und Arbeit – in gleichem Maße wie die Familie – ganz wichtige Lebens- und Persönlichkeitswerte. Danke.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank Frau Dr. Fobe. Ich bin mir sicher, daß wir nachher in der Diskussion ein interessantes Gespräch erwarten können. Wir kommen jetzt zu einem zweiten Teil, der unter dem Titel steht: „Frauen im Spannungsfeld zwischen Familie und Gesellschaft“. Auch hier werden wir zwei Kurzvorträge hören. Zuerst wird Frau Dr. Anneliese Neef über die DDR und die alte Bundesrepublik referieren. Ich darf auch Frau Dr. Neef kurz vorstellen. Frau Neef ist studierte Kultur- und Theaterwissenschaftlerin. Seit 1969 ist sie an der Humboldt-Universität am Seminar für Kulturwissenschaften – früher noch Sektion Kulturwissenschaften – tätig. Sie ist Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Aus ihren zahlreichen Publikationen möchte ich in diesem Zusammenhang eine nennen: „Mühsal ein Leben lang. Zur Situation der Arbeiterfrauen um 1900“, die 1988 im Ostberliner Dietz-Verlag erschienen ist. Frau Neef bitte.

Dr. Anneliese Neef: Vielen Dank. Ich spreche zum Thema „Frauen im Spannungsfeld zwischen Familie und Gesellschaft in der DDR und in der alten Bundesrepublik“ – ein Riesenthema. Und das, was vorhin über Holzschnitt gesagt wurde, möchte ich auch für mich in Anspruch nehmen. Ich kann das Thema nur umreißen und muß es sogar zuspitzen. Ich möchte auch nicht die vielen Fakten und Zahlen, die hier schon gekommen sind, wiederholen. Meine Herangehensweise wäre ein soziokultureller Vergleich von Tendenzen familiä-

ren Verhaltens und Tendenzen in den Befindlichkeiten von Frauen in der alten Bundesrepublik und in der DDR.

Zur Fragestellung: Die Metapher des Spannungsfeldes bezieht sich meiner Ansicht nach auf das Verhältnis von gesellschaftlich/beruflichen und familiären Anforderungen einerseits und den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Frauen andererseits. Spannungen entstehen mit der Forderung, mit dem Bestreben, Beruf und Familie zu vereinbaren. Zu fragen ist hier und von mir nach der Subjektivität und der individuellen Befindlichkeit der Frauen bei der Realisierung dieses Anspruchs. Die große Überschrift heißt ja auch: Situation der Frauen. Mir geht es vor allem um die Subjektivität der Frauen. Sinn solcher Frage oder Aufarbeitung ist es, den historischen und emanzipatorischen Gewinn und die kulturellen Defizite dieses Prozesses aufzudecken, Illusionen und ideologische Interpretationen vielleicht abzubauen und auch gesellschaftspolitische Ableitungen für die Zukunft zu gewinnen.

Ich beginne mit einer kurzen Betrachtung zur objektiven Seite dieses Spannungsfeldes – den sozialen und kulturellen Übereinstimmungen und Unterschieden zwischen den beiden deutschen Gesellschaften vor der Wende. Gesellschaftliche Erwartungen an die Frauen ergingen an sie in ihrer potentiellen Eigenschaft als Familienmutter, als Arbeitskraft außerhalb der Familie und – bedingt – als Staatsbürgerin. Konsens war in beiden Systemen die Unterbewertung, d. h. die ökonomische Mißachtung, reproduktiver Familienarbeit gegenüber produktiver (wertschöpfender) Erwerbsarbeit. Weibliches Verhalten hinsichtlich der Bevölkerungsreproduktion, der Eheschließung, der Scheidungshäufigkeit und der Haushaltung stand in beiden Staaten im Zentrum sozialpolitischer Bestrebungen. Die Abrufbarkeit und Qualität der weiblichen Arbeitskraft war zumindest in der DDR-Gesellschaft ebenso Gegenstand gezielter frauenpolitischer Steuerung.

Die Art und Weise der Reaktion auf die konkreten Anforderungen, auf traditionelle und durch unterschiedliche gesellschaftliche Leitbilder gebrochenen Muster des Sozialverhaltens offenbaren einen kulturellen Grundunterschied: die sogenannte Normierung bzw. Individualisierung von Lebensläufen und Lebensplanungen. Mit der Entfaltung der Bundesrepublik zur modernen reichen Industriegesellschaft erfolgte eine zunehmende Pluralisierung der sozialen Daseinsweisen, persönlich zu wählender alternativer Lebenswege, was familiär bedeuten konnte, sich zwischen einer Lebensgemeinschaft, einer Kleinfamilie mit Kindern oder ohne Kinder bis hin zum Kinderreichtum zu entscheiden. Die Ausprägung des Grades der Berufsausbildung und der Arbeitskraftnachfrage erfolgte spontan marktreguliert. Demgegenüber verliefen Lebenswege in der DDR relativ normiert, in den einzelnen Segmenten geplant, gesichert, zum Teil gesetzlich verbrieft. Für Frauen und Männer gleichermaßen galt dieselbe Schulbildung, Berufswahl und Ausbildung, ein Recht auf lebenslange Erwerbstätigkeit, Familiengründung, vorwiegend kleinfamiliäre Lebensweise. Der massenhaften, wirtschaftlich notwendigen Aktivierung der weiblichen Arbeitskraft für die gesellschaftliche Produktion wurde politisch

Nachdruck verliehen durch diverse familienpolitische Maßnahmen – wir haben davon gehört – später auch als „Muttpolitik“ apostrophiert. Dies war aber eine Politik, die den traditionellen Geschlechterrollen Festigkeit verlieh und die auch Alleinerziehende förderte. Obwohl in beiden deutschen Staaten die Familie tendenziell als Institution an Bedeutung verlor, in der DDR durch Auslagerung bestimmter Familienfunktionen in die Gesellschaft und in der Bundesrepublik durch die Konzentration der Familie vor allem auf die Kindererziehung, hielt als vorherrschende Gemeinsamkeit die überwiegende Familienorientierung der Menschen an. Die Mehrzahl der Deutschen sah in der Familie einen großen Wert, Quelle von Lebensglück und persönlichem Wohlbefinden. Weiterhin gemeinsam war dem Familiendasein in Ost und West das Festhalten an der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung im Haushalt und in der Kinderversorgung.

Bei einer generellen Entscheidung für eine Familie gab es aber deutliche Unterschiede im Verhalten der Frauen, z. B. hinsichtlich des Zeitpunkts der ersten Eheschließung (Durchschnitt Ost: 23 Jahre, West: 26 Jahre), weiter des Zeitpunkts der Geburt des ersten Kindes (im Osten zwischen 22 und 24 Jahren, im Westen zwischen 26 und 28 Jahren) und in der Scheidungshäufigkeit – in der DDR war die Wahrscheinlichkeit, daß eine Ehe wieder geschieden wurde, 1,7 mal so hoch wie in der Bundesrepublik. Der Kinderwunsch war in der DDR stark ausgeprägt, die Orientierung lag auf zwei Kindern, aber im Westen durchaus vertretene Extreme – gewollte Kinderlosigkeit oder auch Kinderreichtum – gab es kaum.

Die Neigung zu alternativen Lebensformen war in beiden Teilen Deutschlands unterschiedlich ausgeprägt und verschieden motiviert. Aufschlußreich ist hier das Beispiel der alleinerziehenden Mütter. In der alten Bundesrepublik kam ca. ein Zehntel der Kinder unehelich zur Welt. Ihre Mütter strebten nicht selten bewußt die weitere Lebensweise als Alleinerziehende an. In der DDR waren ein Drittel aller Geburten unehelich, wurden später aber häufig legitimiert. Obwohl es eine gute soziale Absicherung der Mütter und die moralische Akzeptanz ihres Status gab, waren die Frauen bestrebt, einen Partner (auch Vater fürs Kind) zu finden. Alleinlebend, alleinerziehend zu sein, war nicht als erträumte Lebensform verbreitet.

Den prägenden Unterschied im Familienalltag sowie im Charakter der Ehebeziehungen schuf der extrem hohe Anteil der perspektivisch lebenslangen, selten unterbrochenen vollen Berufstätigkeit der Frauen und Mütter in der DDR. Die berühmten 91 % der Berufstätigkeit wurden hier schon erwähnt; 90 % dieser Frauen hatten auch mindestens ein Kind zur Welt gebracht – hier schlug hinsichtlich des Lebenszuschnitts Quantität in neue Qualität um.

In der Bundesrepublik lag die Erwerbsquote der Frauen bei 50 bis 60 %, 36 % davon in Teilzeit. Aus dieser Differenz folgen selbstverständlich weitere Unterschiede, was die Realisierung der täglichen Existenzsicherung der Familie betrifft – hinsichtlich der Familienökonomie, bezüglich des Zeitverhaltens, der Intensität und Qualität der Hausarbeit und Kinderbetreuung und nicht zuletzt

hinsichtlich des Partnerverhältnisses – also der Positionen des traditionellen Ernährers und seiner weiterhin für die Reproduktion verantwortlichen Frau.

Ein weiterer Punkt: Die Spanne der Anforderungen und das konkrete Handeln in Beziehung zur Subjektivität und zum individuellen Befinden der Frauen. Trotz der geringeren realen Erwerbsquote war die Akzeptanz von Frauenberufstätigkeit als erstrebenswertem Lebensbereich und als Form eigenständiger wirtschaftlicher Absicherung auch in der alten Bundesrepublik groß und wurde für junge Frauen immer bedeutsamer. Die Freiheit, Lebensformen selbst zu bestimmen, schuf für Frauen einen Entscheidungskonflikt, was den Lebenszuschnitt bzw. die Abfolge von Familien- und Berufphase betrifft. Bei fehlendem Druck, aber auch kaum vorhandener Unterstützung von außen, fiel die alternative Wahl zwischen Beruf (Karriere) oder Familie individuell aus. Eine chronologische Schwerpunktsetzung in der Biographie war notwendig, sowie die Einsicht, den Beruf nicht lebenslang, sondern nur phasenweise auszuüben und zu Hause zu bleiben, wenn Kinder kamen. Objektiv spielt hier sicher das wenig entwickelte Angebot außenfamiliärer Kinderbetreuung eine Rolle, aber nicht nur. Die Option der Zeitweiligkeit hat einerseits berufliches Streben begrenzt und bei einer Akzentuierung auf die berufliche Laufbahn nicht selten das Hinausschieben des Kinderwunsches bewirkt. Auffällig ist ein hoher Anteil von Frauen im Westen, die erst jenseits des 30. Lebensjahres das erste Kind zur Welt brachten. Überwiegendes Interesse an anspruchsvoller Karriere legte generellen Verzicht auf eine Familie nahe und konnte eine Entscheidung fürs Singledasein sein.

Der Status der alleinerziehenden Mutter machte in der alten Bundesrepublik einen historischen Wandel durch, von einer erzwungenen Existenzform als Witwe oder Geschiedene, hin zur freiwilligen, selbstgewählten Lebensform. Es wäre die Frage, ob dies als Fortschritt zu bewerten ist. Am weitesten verbreitet war in der alten Bundesrepublik der Hausfrauenstatus, oftmals mit dem Euphemismus „Familienfrauen“ verbunden. Seine kulturelle Bedeutung hat sich insofern verstärkt, als in Westdeutschland mit wachsendem materiellen Lebensniveau die Haushaltung zunehmend aufwendiger geworden war. Sich differenzierende, verfeinernde Bedürfnisse und die Qualitätszunahme der Leistungen für das Wohlbefinden der Familienmitglieder spielten hier eine Rolle. An der mangelnden allgemeinen Wertschätzung der Arbeit dieser Frauen hat sich dennoch nichts geändert. Über eine Beteiligung von Männern an der wichtiger gewordenen Hausarbeit ist nichts bekannt. Hohe Anforderungen an die Frauen leiteten sich auch aus dem immer größer werdenden Aufwand für Kinderbetreuung und Erziehung ab. Die Kinder, als zentraler Zweck des Familienlebens überhaupt gesehen, waren überwiegend zu Hause (aus Mangel an gleichaltrigen Spielgefährten, ohne Geschwister, bei wenigen wohnungsnahen Betätigungsmöglichkeiten usw.). Sie mußten an diverse Freizeitaktivitäten, die übrigens auch mit Prestige der Familien verbunden waren, also musische und sportliche Betätigung, herangeführt und buchstäblich herangefahren werden. Das gehörte zum Tagespensum einer Hausfrau und Mutter. Hier muß die Frage

nach der Situation der Kinder und nach den Strategien der Mütter in jenen Familien, in denen beide Eltern arbeiten mußten, offenbleiben.

Wie die Zahlen zeigen, ließen sich in der DDR fast alle Frauen auf das vorgegebene Lebensmuster ein. Nach einer Berufsausbildung wurde eine ganztägige Berufstätigkeit aufgenommen und auch bei Mutterschaft beibehalten – und das nicht nur, weil der Staat es förderte. Der Nur-Hausfrauenstatus galt übrigens in der DDR eher als verpönt oder als privilegiert. Die Motive der Berufstätigkeit gingen über das notwendige materielle Streben nach einem zweiten Einkommen für das Familienbudget hinaus, das den Erhalt eines bestimmten Lebensstandards und zusätzliche Anschaffungen sichern konnte. Arbeit war nicht der Job schlechthin, mit dem Geld verdient wurde, Arbeit war immer auch von ihrem Inhalt her wertvoll, ihr Umfeld war wichtig. In der Lebensplanung und in der Wertschätzung gab es kaum eine Hierarchie zwischen Beruf und Familie. Die Horizonterweiterung der Lebenstätigkeit außerhalb der Familie, potentielle ökonomische Eigenständigkeit, Bestätigung des Selbstwertes aufgrund beruflicher Leistungen, das alles war ebenso wichtig wie das Familiendasein. An dieses, vor allem auch an gleichberechtigte Partnerschaft, richteten sich hohe Erwartungen der Frauen, was angesichts fehlender gesellschaftlicher Öffentlichkeit und eines politischen Systems, mit dem sich viele nicht einließen, an Bedeutung gewann. Von daher gehörte zur Lebensweise der DDR-Bürger eine starke Verhäuslichung, die berühmten Nischen für den Rückzug in private und selbstbestimmte Räume.

Für dieses komplexe Gebilde Familienhaushalt als Rahmen der alltäglichen (primären) und der erweiterten Reproduktion trug die Frau die volle Verantwortung und versah fast die gesamte Arbeit. Im Durchschnitt betrug die tägliche Hausarbeit 2 bis 4 Stunden. Der Konflikt, den die ungleiche familiäre Arbeitsteilung in sich barg, schwelte permanent. Ihm auszuweichen und alles undiskutiert selbst zu machen war oft der bequemere Weg für die Frauen. Dennoch gab es Pflichtenverteilung auf die Kinder und auch die quasi erzwungene Beteiligung der Männer, denn immer war die Zeit knapp, die Beschaffung der alltäglichen Dinge sehr aufwendig, noch schwieriger die Situation bei Havarien oder bei der Realisierung der sogenannten Extras des Lebensstandards. Bezüglich der Kinder übernahmen Männer schon eher Aufgaben (Abholen, Spielen, Sport etc.), die lebensnotwendige Versorgung und die Pflege bei Krankheit – übrigens auch alter Familienangehöriger – blieb Pflicht der Frauen. Auch wenn alles glatt lief: Frauen hatten Schuldgefühle bei hohem beruflichen Einsatz und eventuell zusätzlicher gesellschaftlicher Arbeit, ein schlechtes Gewissen, Kinder, Mann und Haushalt zu vernachlässigen, litten während des Arbeitstages oft auch unter Unruhe und geteilter Konzentration, hatten also eine enorme psychische Belastung zu tragen.

War die Vereinbarkeit beider Sphären gar nicht mehr zu leisten, waren Frauen durchaus bereit zur Unterbrechung der Berufstätigkeit, zu Teilzeit, zu unterqualifizierter, aber familiengünstiger Arbeit, zum Verzicht auf Leitungsfunktionen, auf Weiterbildung. Die Entscheidung darüber fiel natürlich auch aus

finanziellen Gründen – die Einkommen der DDR-Frauen waren meist geringer als die ihrer Männer. Die Frage wäre: Ist ein solcher Verzicht ein eigener Beitrag der Frauen zu ihrer Diskriminierung, weil wir Frauen aus dem Osten häufig hören, daß wir selbst zu unserer Emanzipation wenig beigetragen hätten und uns dessen gar nicht bewußt geworden wären. Ich sage dies, weil es mich auch immer trifft, wenn so etwas behauptet wird.

In den Kontext der physischen und psychischen Bewältigung von Beruf und Familie gehörte in der DDR unbedingt die Rolle des Arbeitskollektivs, der Kolleginnen und der Kollegen, mit denen aufgrund langjährigen Verweilens an einer Arbeitsstelle ein hohes Maß an Vertrautheit und nicht selten quasi-familiäre zwischenmenschliche Beziehungen existieren konnten. Entlastungen waren von dieser Seite möglich, wobei aber auch zu sehen ist, daß die staatlich angeordneten Vorteile für jüngere Mütter von den Älteren kompensiert werden mußten. Es existierte so etwas wie ein Generationenneid in bezug auf diese Situation.

Der nach außen deutlichste Ausdruck des Scheiterns der Vereinbarkeit von Beruf und Familie – und zugleich Indiz dafür, daß die Ansprüche der Geschlechter aneinander vorbei zielten – war die außerordentlich hohe Scheidungsrate in der DDR. Scheidungsbegehren gab es überwiegend seitens der Frauen. Die DDR nahm hier den 5. Platz im Weltmaßstab ein. Dies sage ich ohne Stolz. Die enttäuschten Erwartungen an den Partner oder auch das Kennenlernen eines neuen und das Bewußtsein, allein zurechtzukommen, ließ die Frauen unduldsam reagieren. Die Geschiedenen machten einen hohen Anteil der alleinerziehenden Mütter in der DDR aus. Die erreichten Vorteile der selbständigen Lebensgestaltung, der Wegfall der Rücksicht, des Ärgers und der Arbeit mit dem Mann wurden überlagert durch materielle Nachteile, die Ausschließlichkeit der Konzentration auf die Kinder, weniger Kontaktmöglichkeiten nach außen, Zeit- und Gelegenheitsmangel für Geselligkeit. Deshalb verharteten DDR-Frauen nur relativ ungern in dieser Lebensform und suchten Partner. Das Ergebnis waren oft neue Lebensgemeinschaften, in denen dann auch die Tauglichkeit für eine zweite Ehe erprobt wurde. Das wurde staatlicherseits familienpolitisch übrigens nie reflektiert, allgemein aber doch toleriert. Für alleinstehende galt noch mehr als für verheiratete Frauen, daß sie Schwierigkeiten hatten, sich an sogenannter gesellschaftlicher Arbeit zu beteiligen, die für einen Aufstieg im Beruf nahezu unabdingbar war. Hier spielte der Zeitfaktor die größte Rolle. Offizielle Zahlen aus DDR-Publikationen belegen jedoch, daß beispielsweise Frauen zu 50 % in den Elternvertretungen anwesend waren und zu nahezu 50 % in Gewerkschaftsfunktionen tätig gewesen sind. Wie es in den Parteien aussah, dazu habe ich in der Kürze der Zeit keine Zahlen ermitteln können.

Für mich ergeben sich aus dieser Betrachtung einige allgemeine Schlußfolgerungen: Selbstverständlich, das klang ja auch schon durch, ist Berufstätigkeit nicht mit Emanzipation gleichzusetzen. Historisch hat sich aber erwiesen, daß die Berufstätigkeit, der selbständige Erwerb, wichtigstes Element als verän-

dernde Kraft in der gesellschaftlichen Rolle und in dem persönlichen Dasein der Frauen ist. Das Durchbrechen jeglicher Traditionen in der Familie und im Geschlechterverhältnis ist darauf zurückzuführen.

Ein zweiter Punkt: Wandlungen in den Familienbeziehungen, wie wir sie historisch betrachten können, gingen ausschließlich von den Frauen aus. Gründe sind die außerhäusliche Berufstätigkeit, Ansprüche an den Partner, von denen die Frauen nicht mehr abhängig leben, die sich liberalisierende Sexualmoral, sichere Familienplanung, eigene Horizonte der Frauen, Ansprüche an ihr ganz persönliches Wohlbefinden, ein ausgeprägteres Selbstwertgefühl.

Ein dritter Punkt, auch als Diskussionsanstoß: Der Begriff der Doppelbelastung ist aufzufächern und in der Wertung zu differenzieren. Zu sagen, „zwei mal eine Last“ bedeutet Gleichsetzung von Tätigkeiten, die einzeln durchaus als unterschiedlich oder gar nicht belastend erfahren werden. Zweifach heißt andererseits auch komplexere Anforderungen, Entfaltung verschiedener Fähigkeiten, Bewältigung unterschiedlichster intellektueller und praktischer Aufgaben, Zuwachs an Kompetenz.

Ich bedanke mich. Ich möchte nur etwas noch loswerden, weil es um das Leitbild vorhin ging. Es gab nicht nur ein offizielles Leitbild, sondern sehr wohl auch relativierende Reaktionen der Frauen, wenn es um die Anforderungen an sie ging. „Die alleinerziehende kinderreiche Parteisekretärin im Dreischichtdienst mit Fernstudium“. Das wäre, überhöht gesehen, alles, was vielleicht möglich gewesen wäre. Ich kann Ihnen aber versichern, ein solches Leben hat kaum eine Frau angestrebt.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank, Frau Dr. Neef. Bei vielen Veranstaltungen, die wir so erleben müssen, freut man sich ja normalerweise, daß im Podium dann auch mal eine Frau auftaucht. Auch das ist ein Ausdruck von struktureller Ausgrenzung. Bei unserer heutigen Veranstaltung freue ich mich ganz besonders, daß auch mal als Referent ein Mann auftaucht, Herr Prof. Bertram. Er ist 1946 in Soest geboren. Er ist von Hause aus Soziologe, seit 1981 hat er eine ordentliche Professur an der Hochschule der Bundeswehr in München und ist seit 1992 Universitätsprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zu seinen Publikationen zählen unter anderem zwei Monographien über „Gesellschaft, Familie und moralisches Urteil“ und über „Sozialstrukturen und Sozialisation“. Ich bitte nun Herrn Prof. Bertram, über die Frau im Spannungsfeld zwischen Familie und Gesellschaft im Transformationsprozeß zu referieren. Bitte schön.

Prof. Dr. Hans Bertram: Bei dem Stichwort „Frauen im Transformationsprozeß im vereinten Deutschland“ stellt sich sofort die Frage nach der Bedeutung des Transformationsbegriffs. Die einen sehen darin vor allem den politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Wandel, der sich gerade in den neuen Bundesländern abspielt. Der Transformationsbegriff, der sich jedoch in den Sozialwissenschaften durchgesetzt hat, geht viel weiter. Der englische Soziologe Anthony Giddens spricht von der zweiten Modernisierung und meint damit

eine tiefgreifende Umbruchsituation der Industriegesellschaft. Das bedeutet, daß manche der Phänomene, die wir hier diskutieren, weniger mit der Wiedervereinigung zu tun haben als mit einem viel generelleren Transformationsprozeß der gesamten deutschen und auch europäischen oder amerikanischen Gesellschaft. Zu Beginn dieses Jahrhunderts waren im Deutschen Reich etwa 45 % aller Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig; dieser Anteil ging bis in die 30er Jahre auf etwa 28 % zurück; heute sind es etwa 3 %. Diese Veränderung der Wirtschaftsstruktur Deutschlands in jener Zeit hatte gravierende Auswirkungen für die Familienverhältnisse, die Lebenssituation und die Arbeitslosigkeit. Ein ähnlicher Prozeß ist auch heute zu beobachten. Wenn in dem einen Sektor, heute dem industriellen Bereich, Arbeitsplätze verschwinden, heißt das nicht, daß die Personen, die die Arbeitsplätze verlieren, an die neuen Arbeitsplätze wandern können, sondern meist werden die neu entstehenden Arbeitsplätze von anderen Arbeitskräften wahrgenommen.

Ein anderes Phänomen ist ähnlich wie in den 20er Jahren beobachtbar: Damals ging die Geburtenrate genauso dramatisch zurück wie in Ostdeutschland nach der Wende. Damals ist die Vier- und Fünfkinderfamilie fast vollständig verschwunden, und erst in den 30er Jahren ging die Geburtenrate langsam wieder in die Höhe. Offenbar ziehen solche dramatischen Umbruchsituationen in der Regel auch in den privaten Lebensführungen der Individuen erhebliche Konsequenzen nach sich.

In der Gegenwart war der Höhepunkt der Industriebeschäftigten in den alten Bundesländern mit 50 % um 1970 erreicht. Seitdem ist ein deutlicher und dramatischer Rückgang zu beobachten, der aktuell bei etwa 35 % aller Beschäftigten liegt. Dabei gibt es eine erhebliche regionale Variation; einzelne Städte wie etwa Düsseldorf kommen mit 10 bis 12 % Industriebeschäftigten aus. Manche Autoren, etwa Rifkin, prognostizieren für die Zukunft 3 bis 5 % Beschäftigte in diesem Bereich, während alle anderen aus diesem Bereich verschwinden, weil durch Effizienzsteigerung der Produktion die notwendigen Güter mit weniger Arbeitskraft hergestellt werden können. Wir erleben gegenwärtig in allen Teilen der Bundesrepublik diesen massiven Umschichtungsprozeß. Nach den Zahlen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sind in den alten Bundesländern zwischen 1991 und 1995 rund 1 Mio. Arbeitsplätze für Männer im produzierenden Gewerbe verschwunden, gleichzeitig aber nur rund 600.000 Arbeitsplätze für Männer hinzugekommen, so daß sich ein Minussaldo ergibt. Für die weiblichen Beschäftigten ergab sich im produzierenden Gewerbe ein Verlust von etwa 400.000 Arbeitsplätzen, denen aber eine Zunahme von rund 700.000 Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich gegenübersteht, so daß hier ein Zuwachs von 200.000 bis 300.000 entstand. Dieser Wandel läßt sich ganz im Sinne meiner These des Wandlungsprozesses von einer produktionsorientierten Gesellschaft zu einer Dienstleistungs- oder Wissensgesellschaft interpretieren.

In den neuen Bundesländern finden wir eine gänzlich andere Situation; es gibt einen massiven Einbruch an Arbeitsplätzen in der Produktion, auch zwischen

1991 und 1995, ohne daß im gleichen Umfang im Dienstleistungsbereich entsprechende Arbeitsplätze entstehen, im Gegenteil, hier zeigt sich eine Abnahme. Das heißt, daß sich die Veränderung, die sich momentan in den alten Bundesländern abspielt, in den neuen Bundesländern nicht widerspiegelt. Die Gründe für diese Ungleichzeitigkeit lassen sich schwer beurteilen. Auf den ersten Blick könnte man den Prozeß befürworten, daß die Frauen in den alten Bundesländern auf den Arbeitsmarkt strömen und dort verbesserte Arbeitsmöglichkeiten finden. Beim genaueren Hinsehen zeigen sich jedoch eine Reihe weiterer Faktoren in diesem Wandlungsprozeß, die offenbar dazu führen, daß die Frauen in den alten Bundesländern zu den Verlierern gehören. Das soll an Hand der Anteile alleinerziehender Frauen und Kinder, die Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen, verdeutlicht werden. Zwischen 1984 und 1994 erhöhte sich der Anteil alleinerziehender Frauen mit einem Kind, die von der Sozialhilfe leben, von 20 % auf 25 %. Alleinerziehende Frauen mit drei Kindern bezogen 1984 zu 45 % Sozialhilfe, 1994 zu 47 %. Das heißt, daß das Risiko, auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen zu sein, für alleinerziehende Frauen mit zunehmender Kinderzahl dramatisch steigt. Seit 1991 zeichnet sich in den neuen Bundesländern die gleiche Tendenz ab, nämlich deutliche Erhöhungen der Zahl sozialhilfeabhängiger alleinerziehender Frauen und Kinder. Alle diese Daten beziehen sich auf amtliche Statistiken.

Daraus ergibt sich die Frage, was in einer Gesellschaft inmitten eines solchen Transformationsprozesses eigentlich passiert, denn 20 Jahre vorher, 1964, gab es diese dramatische Menge an Sozialhilfeabhängigkeit nicht. Offenbar hat der gesellschaftliche Transformationsprozeß in Ost und West verheerende Konsequenzen für die Lebensmodelle der Menschen. Auf der konkreten Personenebene wurde die Vereinbarkeit zwischen dem produktiven und dem reproduktiven Sektor, das heißt zwischen Erwerbsarbeit und Familie, auf der Basis eines Familienmodells gesucht, das im 19. Jahrhundert als Familienmodell der Industriegesellschaft entwickelt und in zwei Varianten gelebt wurde. Die Westvariante sah vor, daß die Beschränkung der Erwerbsarbeit der Frauen bei entsprechender Erhöhung der Löhne für die Männer – im 19. Jahrhundert gab es die Durchsetzung dieser Forderungen mit entsprechenden Streiks – zu einem Modell führte, in dem der Haushaltsvorstand die Ernährung der gesamten Familie ermöglichte und sozusagen „Alimente gegen Zuneigung“ tauschte, also der eine die ökonomische Sicherheit gab, die andere die Zuneigung bei gemeinsamer Unterstützung der Kinder. Das östliche Modell, das die gleichen Wurzeln hat und etwa ganz ähnlich in Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt wurde, sah die völlige Partizipation der weiblichen Bevölkerung am Erwerbsleben vor mit einer relativ geringen Einkommenserwartung für alle, so daß zur ökonomischen Existenzsicherung beide Partner arbeiten mußten, weil die Familie von einem Einkommen nicht leben konnte.

Beide Varianten gehen von einer Grundannahme aus, die heute nicht mehr gegeben ist und die in den gesellschaftlichen Verwerfungen des Transformationsprozesses immer weniger zutreffen wird, nämlich der kontinuierlichen Erwerbsbeteiligung eines oder beider Partner. Nur bei der kontinuierlichen Er-

werbsbeteiligung ist die ökonomische Sicherheit des privaten Sektors gewährleistet. Sobald eine Gesellschaft die ökonomische Sicherheit des privaten Haushalts nicht mehr garantieren kann, entstehen solche Verwerfungen, wie sie die gestiegenen Sozialhilfezahlen signalisieren. Und es läßt sich gegenwärtig nicht prognostizieren, welches Modell sich im privaten Bereich zukünftig entwickelt. Solange keine Wege gefunden werden, wie sich die ökonomische Existenz des Familienhaushalts, wie auch immer er organisiert ist, so darstellen läßt, daß sie auch bei diskontinuierlichen Erwerbsverläufen gesichert ist, werden sich die Quoten der Sozialhilfeabhängigkeit weiter erhöhen.

Daraus ergeben sich mehrere Konsequenzen. Zum ersten muß sich unsere Gesellschaft in Ost und West Gedanken darüber machen, wie die ökonomische Sicherung des privaten Sektors teilweise auch unabhängig von kontinuierlichen Erwerbsverläufen gesichert werden kann. In den USA sind beispielsweise aktuell nur rund 30 % der erwerbstätigen Bevölkerung in „Normarbeitsverhältnissen“, also kontinuierlich beschäftigt; in Deutschland sind es aktuell 70 %, wobei die Prognosen in Richtung der amerikanischen Verhältnisse tendieren. Die skizzierten Verwerfungen werden vermutlich auf Grund dieses Wandlungsprozesses zunehmen.

Aus einer historisierenden Perspektive sind Erwartungen skeptisch zu beurteilen, die darauf bauen, daß die Menschen den privaten Sektor durch private Vereinbarungen ohne staatliche Einflußnahme aushandeln und ausgleichen können. Auch das heute als traditionell bezeichnete Modell mit dem Familienernährer ist nicht eigentlich traditional, sondern im 19. Jahrhundert mit Hilfe einer Reihe sozialpolitischer Maßnahmen durchgesetzt worden. Schon Napoleon sah sich mit dem Problem konfrontiert, daß in Paris nach der französischen Revolution die Scheidungsquote über 50 % lag und er hohe Kosten in diesem privaten Bereich zu finanzieren habe, wenn sich die privaten Verhältnisse nicht ordnen ließen.

Diese Zusammenhänge waren schon Anfang des letzten Jahrhunderts bekannt und haben zur Entwicklung einer Reihe von Maßnahmen geführt, die sich mit dem Modell der Industriegesellschaft realisieren ließen. Ökonomisch baut dieses Modell darauf auf, daß das Kapital in wenigen größeren Betrieben konzentriert wird und die Individuen dadurch kontinuierlich beschäftigt arbeiten und damit eine entsprechende Kapitalrendite erwirtschaften. Zukünftig wird eine solche Kapitalintensität in dieser Form möglicherweise keine Rolle mehr spielen, so daß auch der private Sektor anders organisiert werden muß. Das Dilemma besteht darin, daß nicht absehbar ist, wie dieser private Sektor zu organisieren sein wird. Meine These ist, da der Staat sich bisher als unfähig erwiesen hat, in diesem Transformationsprozeß Hilfestellung zu geben, muß die Sicherheit im privaten Bereich vermutlich eher durch private Initiativen und private Unterstützungen gewährleistet werden.

Dabei gibt es allerdings einen Bereich, der in diesem Prozeß äußerst gefährdet ist, und zwar die Kinder. Eine Gesellschaft, in der das ökonomische Prinzip bei diesen Wandlungsprozessen dominiert, wird es zu einer zentralen sozialpoliti-

schen Frage machen müssen, wie die Kinder geschützt werden können und wie den Kindern zu helfen ist, damit sie nicht von diesen ökonomischen Verwerfungen so dramatisch betroffen werden. Sonst geraten wir in dieselbe Situation wie Anfang dieses Jahrhunderts, als ausgerechnet die Kinder nicht nur ökonomisch, sondern auch sozial die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft waren.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Herr Bertram, haben auch Sie vielen Dank für Ihre pointierten Ausführungen. Wir treten jetzt in die Diskussion ein. Dafür haben wir noch ungefähr 35 Minuten Zeit. Das ist sehr wenig. Damit auch jeder hier oben noch mal ausführlich auf die gestellten Fragen antworten kann, möchte ich jetzt die Mitglieder der Enquete-Kommission bitten, ihre Fragen möglichst präzise und vor allen Dingen möglichst kurz zu stellen. Als erster Herr Ortleb bitte.

Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Ich habe eine Nachfrage zu einigen Zahlen und ihrer Interpretation. Die Frage richtet sich an Frau Dr. Fobe und Frau Dr. Neef. Sie sprachen von einer Art Geburtenstreich, so ähnlich haben Sie es formuliert, und Frau Dr. Neef sprach davon, daß das Erstkind in der Regel in unterschiedlichem Alter in beiden Teilen Deutschlands erwartet wurde. Ich würde daraus die These produzieren, daß das Aussetzen von Geburten auch damit zusammengehangen haben könnte, daß man im Osten die Gewohnheiten des Westens angenommen hat, nämlich Kinder später zu bekommen. Daran schließt an, inwieweit Sie die Behauptung mittragen oder interpretieren könnten, daß auch bestimmte Regelwerke des Staates DDR zu bestimmten Verhaltensweisen in dieser Frage geführt haben. Beispiel: Es war zweckmäßig als junges Studentenehepaar ein Kind zu haben, weil man dann eher eine Wohnung bekam. Das ist möglicherweise eine Ursache für frühes Heiraten und für frühe Familiengründung. Zweitens war es durchaus üblich, nicht zu heiraten, weil der Status der alleinerziehenden Mutter auch Vorteile bringen konnte, was wiederum erklären könnte, daß die Legalisierung von Ehen später stattfand. Ich bitte, das einfach vielleicht nochmal zu kommentieren.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Als nächster Herr Faulenbach bitte.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Es ist ja immer sehr schwer, die Ursachen für die Phänomene, die hier – zunächst einmal weitgehend deskriptiv – beschrieben worden sind, zu bestimmen. Daher möchte ich Frau Fobe, Frau Sachse und Frau Neef fragen, wo Sie die hauptsächlichen Ursachen sehen. Man kann es sich natürlich relativ einfach machen wie etwa Daniela Dahn. Ich weiß nicht, ob Sie in ihrem Buch „Westwärts und nicht vergessen“ mal das Kapitel über die Frauen gelesen haben. Sie kommt da zu dem pointierten Ergebnis, unter den brutalen Bedingungen der Reduzierung des Wertes der Arbeitskraft auf maximale Rentabilität rechnet sich eine Frau einfach nicht. Sie führt dann an, daß die Anfälligkeit für Krankheit und die Fehlzeiten von Frauen höher sind und ähnliche Dinge mehr, wobei sie noch gar nicht mal die Zahlen hinsichtlich der Betreuung von Kindern, die Ausfallzeiten durch Schwangerschaftsurlaub, Mutterschaftsurlaub usw. hineinrechnet. Inwieweit

halten Sie diesen Faktor für relevant in der Gesamtanalyse, die Sie geliefert haben? Ist dieses sozusagen ein wesentlicher Faktor? Manches hörte sich ja so an bei Ihnen, als ob Sie dem Faktor „Vorurteile“ also bestimmten tradierten Rollenmuster und Rollenzuschreibungen, eine sehr hohe Bedeutung zuschreiben würden, wobei namentlich bei Ihnen, Frau Fobe, dann offenbar auch ein ganz bestimmtes Bild vom Westen vorherrscht, das vermutlich bei einigen Frauen im Westen wiederum auf Widerstand stoßen würde, denn die würden das so nicht sehen. Auch die westdeutsche Gesellschaft ist ja generationell, auch was die Auffassungen von Beruf, Familie usw. angeht, in sich recht unterschiedlich, und auch hier haben wir ja 50, 60 % usw. an Berufstätigkeit, und viele Frauen sehen dieses Modell, das Sie als westlich ansehen, nicht als das Modell, das sie sich zu eigen machen. Es ist auch sehr die Frage, ob das wirklich das westliche Modell ist. Müßte man da nicht doch ein paar Differenzierungen vornehmen?

Eine kurze Frage an Herrn Bertram. Sie haben sehr eindrucksvoll dargestellt, daß wir natürlich immer darauf achten müssen, daß wir es womöglich mit einer Interferenz von verschiedenen Transformationsprozessen zu tun haben. Das aufregende, bezogen auf die neuen Länder, ist diese Überlagerung verschiedener Prozesse. Aber wenn die Dienstleistungsgesellschaft im Westen funktioniert, dann weiß ich nicht, ob nicht ein falscher Eindruck entsteht, wenn Sie sagen, soundsoviel Prozent sind nur noch im Bereich der Produktion tätig. In der Tat ist dieser Bereich rückläufig, aber andererseits brauchen Sie natürlich die produktiven Bereiche, um die Bereiche der Dienstleistungen zu organisieren, wenn Sie so wollen, als Nukleus für eine funktionierende Dienstleistungsstruktur im Umfeld. Dies würde natürlich bedeuten, daß man gleichwohl auch – bezogen auf die neuen Bundesländer – bestimmte industrielle Kerne braucht, auch wenn man den Gesamttrend in Richtung Dienstleistungsgesellschaft annimmt.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank. Als nächster Herr Maser bitte.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Ich möchte mit vier Zeilen sozialistischer Lyrik beginnen. „Meine Mutti ist Abteilungsleiter alle Tage. Alle Tage steht sie ihren Mann, nur zu Hause kommt sie gar nicht weiter, packe ich im Haushalt nicht mit an“. Meine Frage ist die: Sie haben jetzt in allen Beiträgen sich sehr sehr stark auf den Wechsel in den Situationen von Frauen konzentriert. Aber ich würde doch wenigstens stichwortweise gerne noch etwas von Ihnen hören zu den Auswirkungen dieser unterschiedlichen Situationen, etwa auf die Familie insgesamt oder vor allen Dingen – es klang ja hier schon einmal an – auf die Kinder. Wie hoch sind die Preise gewesen, die jeweils gezahlt werden mußten in dem Umfeld von Frauen? Eine zweite Frage, auch da reichen Stichworte: Ist es nicht eben doch so, auch wenn Frau Dr. Neef das in ihrer letzten Bemerkung so ein Stück weggewischt hat, daß das sozialistische Ideal zumindest doch angelegt war auf eine Vierfachbelastung von Frauen, nämlich die Belastung – oder sagen wir mal die Auslastung, damit man es nicht so ne-

gativ formuliert – durch den Beruf, durch die Familie, durch die gesellschaftliche Tätigkeit und durch die berufliche Qualifikation? Zumindest wurde diese Anforderung immer noch an jüngere Frauen gerichtet, so daß hier nun tatsächlich bei der einzelnen Frau eben sehr viel Belastung zusammenkam und sich daraus dann natürlich noch einmal die Frage ergibt, wo die Preise für diese Vierfachbelastung bezahlt wurden.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Herr Fricke bitte.

Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe zwei kurze Fragen. Zunächst eine Frage an Frau Dr. Fobe. Sie haben Ihren Vortrag, wie ich empfunden habe, vorbildlich mit empirischen Daten fundiert. Mich würde interessieren, ob Sie auch zu den unter Punkt 8 von Ihnen erwähnten Existenzgründerinnen Daten haben. Mich würde also die Zahl solcher Existenzgründungen interessieren und in welchen Branchen sie erfolgten, d. h. wie sie strukturiert sind.

Die zweite Frage, die ich zu stellen habe, richtet sich an Frau Dr. Neef. Sie haben die unterschiedliche Scheidungsfreudigkeit in beiden deutschen Staaten behandelt. Wie ist denn die Entwicklung nach dem Umbruch? Gibt es für die Jahre 1991 bis 1996 schon Erfahrungswerte oder empirische Daten, und kann man aus diesen eventuell die Erkenntnis gewinnen, daß sich das Scheidungsverhalten in den alten Bundesländern dem in den neuen Bundesländern angleicht?

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Herr Weber bitte.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Ich habe zunächst eine Frage an Frau Sachse. Sie haben gesagt, daß es sich nun gezeigt hat, daß die Berufsarbeit nicht zur Emanzipation führte. Mir ist nicht ganz klar geworden, ob Sie damit generell sagen wollen, daß dies offenbar ein Weg ist, der dahin nicht führt, oder ob Sie damit meinen – und das wäre meine Auslegung – daß natürlich in einer emanzipationsfeindlichen Diktatur Berufsarbeit, die auf Emanzipation hinzielen soll, nicht glücken kann. Das wäre aber doch keine generelle Aussage über die Rolle von Berufsarbeit von Frauen bei der Emanzipation.

Das zweite geht an Herrn Bertram. Ich fand es sehr schön, wie Sie gezeigt haben, daß diese Transformationsprobleme parallel laufen, nämlich einmal die generelle Transformation unserer Gesellschaft und dann eben die im Ost-West-Verhältnis. Die Verwerfungen, die Sie genannt haben, – so würde ich das sehen und so habe ich das auch verstanden, ich bitte um Widerspruch, wenn das nicht so ist – sind allein durch die Marktgesetze nicht zu ändern, nicht zu bereinigen, insbesondere dann nicht, wenn zunehmend unsere Gesellschaft immer öfter als Marktwirtschaft und weniger mit dem Begriff der sozialen Marktwirtschaft, auf den ich besonderen Wert legen würde, bezeichnet wird. Die soziale Seite gehört einfach dazu. Wenn das so ist, muß man sich fragen, wie dann Erwerbs- oder Arbeitslosigkeit oder gar Sozialhilfe in Zukunft weiter finanziert werden sollen, wenn dieser Sektor immer größer wird? Es geht doch wohl nur – und hier bin ich nun doch im Gegensatz zu Ihnen – wenn hier der Staat neue Arbeitsfelder findet, denn wie die privat gefunden werden sollen,

das ist mir ein großes Rätsel und da wäre ich für Aufklärung dankbar. Damit meine ich nicht nur die Polizei, die da am Ende steht, sondern eben soziale Dienste, um anderes von vornherein zu verhindern, damit wir nicht in immer größere Gefahren geraten. Nun ist mir klar, daß bei dem Trend unserer Ideologie, der immer auf Privatisierung hinausläuft, dies etwas altertümlich anmuten mag. Aber ich denke, das ist gerade die Aufgabe eines Sozialstaates. Vielleicht tauchen hier ganz neue Aufgabenfelder auf, denn ob ich nun Arbeitslosigkeit finanziere – und das ist immer eine Katastrophe, wie wir gesehen haben bei den Verwerfungen – oder ob ich eben versuche, auf anderem Wege neue Arbeitsfelder zu bieten, da wäre das letztere doch der bessere Weg.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Herr Elm bitte.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Ich habe auch zwei Fragen zur Einkommensdiskriminierung. Bei Frau Dr. Sachse möchte ich anknüpfen und nochmal fragen, wenn wir Aufarbeitung auch betreiben, um zu Folgerungen zu kommen, wie schätzen Sie die Tendenzen in den 90er Jahren, in der Gegenwart ein, was diese Entwicklung angeht? Ich frage auch, weil ich eigentlich in den jetzigen tarif- und lohnpolitischen Auseinandersetzungen kaum mal etwas von diesem Aspekt, von dieser Seite höre. Das könnte ein Zeichen dafür sein, daß Entspannung eingetreten ist, daß etwas sich nach vorn bewegt hat. Es kann auch ein Zeichen von Resignation sein, weil ich natürlich auch ahne, daß die Rahmenbedingungen für die Überwindung dieser Diskriminierungen jetzt denkbar ungünstig sind.

Meine zweite Frage an Frau Fobe. Sie haben den gemeinsamen Bericht der Bundesländer Sachsen und Bayern erwähnt. Ich möchte dazu mal exemplarisch fragen: Wir haben doch die Gleichstellungsbeauftragten bei den Landesregierungen, ich denke, daß Bayern inzwischen so was auch hat. Kann man erkennen, ob die wünschenswerte, eigenständige und kritische Funktion dieser Gleichstellungsbeauftragten sich in solchen Analysen Einschätzungen und Schlußfolgerungen niederschlägt? Oder kann man das daraus nicht entnehmen, entweder, weil diese Persönlichkeiten, diese Gruppen und das, was sie zur Geltung zu bringen haben, nicht genügend berücksichtigt werden, daß sie sich diese Geltung nicht verschaffen können oder daß sie vielleicht auch mit einem gewissen Konformismus dem generellen Konzept der Landesregierungen in ihrer Selbstdarstellung einverleibt werden?

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Herr Hilsberg.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Frau Dr. Fobe, die erste Frage. Sie haben ja sehr schön herausgearbeitet, daß bei der Entwicklung seit 1990 bei den Frauen in Ostdeutschland a) festzustellen ist, daß sie in den abhängigen Berufen ganz stark zurückgedrängt werden, während sie bei den selbständigen Berufen, da wo sie selbständig werden, eher Spitzenreiter sind – 30 % sagten Sie.

(Zwischenruf Frau Dr. Fobe: Das ist ein Drittel).

Gut, das ist ein Drittel, aber es ist eine höhere Quote, als wir in Westdeutschland haben. Wie erklären Sie sich denn diesen Unterschied? Frau Dr. Neef, ich will ganz offen sagen, mir kam manches von dem, was Sie gesagt haben, ein wenig sehr pauschal vor. Ich kann mich beispielsweise erinnern an die Frage der Arbeitsteilung innerhalb des Haushaltes, und daß da die traditionellen Rollen durchaus ein bißchen aufgeweicht wurden. Aber das Problem ist natürlich, daß ich gar nicht weiß, ob es aus dieser Zeit Statistiken gibt. Ich weiß aber – das haben wir seinerzeit zumindest bei mir an der Fachschule diskutiert, das war in den 80er Jahren, daß mehrere unserer Dozenten plötzlich erzählten, daß ihre Kinder sich anders verhielten als sie selbst. Während sie selbst durchaus versuchten, eine Gleichberechtigung auch im Haushalt durchzuziehen, wären ihre Kinder an diese Sachen überhaupt nicht zu gewöhnen. Das hieße also, wenn ich dies mal verallgemeinere, es hat offenbar eine Tendenz in Richtung auf Gleichberechtigung auch im privaten Haushalt gegeben, aber die nachfolgenden Generationen haben dieses Verhalten wieder aufgegeben. Können Sie dazu irgend etwas sagen?

Zum anderen eine Bemerkung zum etwas früheren Heiratsalter in der DDR. Wenn ich mich richtig erinnere, so ist die dramatisierte Fassung von Ulrich Plenzdorf: „Die neuen Leiden des jungen W.“ deshalb in Ungnade gefallen, weil der jugendliche Held von Bühne herunter sagt „Die DDR ist langweilig“. In der Tat war sie etwas eintönig und grau. Gibt es da nicht eine gewisse Beziehung dazu, daß man das Glück der Ehe als eine Form der Abwechslung etwas eher versucht hat, zu erlangen, als das in einer offenen Gesellschaft der Fall war?

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Als letzter steht auf meiner Rednerliste Herr Burrichter.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Bei allen drei Referentinnen habe ich explizit oder implizit herausgehört, daß die Berufstätigkeit der Frau sozusagen der Hebel für die entscheidenden Durchbrüche in Richtung Emanzipation ist. Nun würde ich gerne diese Feststellung mit dem richtigen Befund von Herrn Bertram konfrontieren, der nicht nur von ihm übrigens, sondern in den Sozialwissenschaften weithin vertreten wird, daß in den heutigen Gesellschaften die Arbeit zunehmend abhanden kommt. Bedeutet das jetzt nicht für die Emanzipationsstrategien, auch gesellschaftlich insgesamt, daß man nun darüber nachdenken müßte, ob die Erwerbstätigkeit heute noch der hauptsächliche Hebel sein kann. Ist diese Strategie nicht auf die Bedingungen der Industriegesellschaft ausgerichtet, die wir jetzt gerade durch die postmoderne oder die Technologiegesellschaft überholen. Das würde mich von allen dreien interessieren.

Herr Bertram, ich knüpfe an Hermann Webers Feststellung, und zwar der zweiten, über die Staatsphilosophie, an. Sie haben gesagt, der Staat hat im Prozeß der Transformation versagt. Ich würde nicht sagen „der“ Staat, sondern „dieser“ Staat. Dieser Staat hat an vielen Stellen innerhalb der Transformation versagt und zwar eben, weil es die tragende Philosophie der Mächtigen dieses Staates war, so wenig wie möglich Staat zu haben, auch in den Bereichen, in

denen der Selbstlauf und die Selbstorganisationsmechanismen nicht greifen konnten aufgrund der strukturellen Bedingungen, die wir vorgefunden haben.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank. Damit können wir jetzt das Podium wieder eröffnen. Bevor ich aber das Wort Herrn Bertram gebe, denn wir werden jetzt in der umgekehrten Reihenfolge antworten, möchte ich selbst noch eine Frage formulieren, die sich vor allen Dingen an Frau Fobe und Frau Sachse richtet. Mich bewegt noch mal die Frage – und es gibt ja viele Antworten darauf –, warum dieser Transformationsprozeß auf dem Arbeitsmarkt für Frauen so kompliziert ist. Ich hatte das Gefühl bei Ihren Ausführungen, daß Sie den Begriff der Arbeit immer nur ökonomisch und finanziell definieren. Ich glaube, das Problem, das ja eigentlich dahintersteht, ist, daß Arbeit vor allen Dingen eine soziale Wirklichkeit darstellt und daß Arbeit sich in einem sozialen Raum vollzieht, wo man Beziehungen zu Menschen eingeht, was eine prinzipiell andere Situation darstellt, als wenn man zu Hause in seinen vier Wänden sitzt, kocht, näht. Deswegen würde ich gerne sehen, daß auf diese Problematik noch einmal eingegangen wird und inwiefern das überhaupt in der sozialwissenschaftlichen Forschung eine Rolle spielt. Herr Bertram bitte.

Prof. Dr. Hans Bertram: Ich will die verschiedenen Fragen, die an mich gerichtet waren, versuchen, zu einer Antwort zusammenzufassen, die ich in mehrere Punkte untergliedere. In den Sozialwissenschaften gibt es aktuell eine intensive Diskussion darüber, ob die Konzentration der gesellschaftlichen Entwicklung auf die Akkumulation ökonomischen Kapitals die richtige Perspektive für die Zukunft ist oder ob nicht dadurch möglicherweise andere Aspekte der Kapitalakkumulation, etwa des sozialen oder kulturellen Kapitals, zunehmend in Frage gestellt werden. Die Industriegesellschaft hat uns veranlaßt, das ökonomische Kapital ins Zentrum der Diskussion zu stellen. Das führt zu der Frage, wie sich das Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und Familie in diesem Spannungsfeld darstellt. In dem Modell des kulturellen Kapitals wird unterstellt, daß die Familie in großem Umfang das kulturelle Kapital erzeugt, und daß in dem Maße, wie der ökonomische Sektor ausgeweitet wird, sich die Chancen für die Akkumulation kulturellen Kapitals reduzieren. Dieses Argument läßt sich auch in zeitlichen Kategorien formulieren. Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes haben erwerbstätige Eltern mit zwei Kindern etwa acht Stunden „persönliche Zeit“, das heißt für Schlafen, Essen und Körperpflege; wenn dann acht bis neun Stunden berufliche Zeit dazukommen, mit einer gewissen Differenz zwischen Männern und Frauen, bleibt die Restzeit für die Kinder. Auch bei Teilzeittätigkeit der Frauen ist das Zeitkontingent, das zur Verfügung steht, um sich mit den Kindern zu beschäftigen, reduziert. Es ist sehr umstritten, ob das nun gut ist oder nicht, und ich will mich hier nicht weiter dazu äußern.

Doch scheint ein anderer Aspekt nachdenkenswert. Wenn sich Erwerbsarbeit und Familientätigkeit schon nicht parallel organisieren lassen, weil die Erfordernisse der ökonomischen Produktion die privaten Bedürfnisse von Kindern nicht hinreichend berücksichtigen, dann könnten doch die einzelnen Bereiche

phasenweise hintereinander im Leben gestaffelt werden. Doch da wir eine patriarchale Gesellschaft haben, die die kontinuierliche Erwerbsarbeit dem Lebensverlauf des Mannes abgeschaut hat, stellt sich sofort die Frage, ob das wieder zu Lasten der Frauen geht und die Männer weiterhin kontinuierlich erwerbstätig sein können. Solche Modelle des Wechsels im Lebensverlauf sind überhaupt erst dann realistisch, wenn sie für Männer und Frauen in gleicher Weise gelten und alle diskriminierenden Elemente beseitigt sind.

Als weiterer Aspekt muß die Rolle des Staates thematisiert werden. Ich habe staatliche Maßnahmen in diesem Bereich kritisiert, nicht weil der Staat in diesem Bereich zu schwach wäre oder zu wenig präsent, sondern in manchen Bereichen zu dominant ist, statt privater Initiative Raum zu geben. In Berlin sind beispielsweise fast 80 % aller Kindertagesstättenplätze in kommunaler Hand, in Ost-Berlin sogar fast 90 %. Hier stellt sich die Frage, ob nicht das Subsidiaritätsprinzip hier eine ganz andere Wirkung entfalten könnte, wenn sich die staatliche Tätigkeit in diesem Bereich mehr zurückhalten würde, ohne das gleich dem Markt zu überlassen. Es gibt in einer Gesellschaft auch andere Formen der Gestaltung von sozialen Beziehungen und sozialen Leistungen. Bisher stellt sich die Diskussion immer als Alternative zwischen Staat und Markt dar. Dazwischen liegt aber ein breiter Raum, der möglicherweise stimuliert werden muß, der jedoch den Menschen sinnvolle Tätigkeiten ermöglicht. Dies kann hier nur als Frage formuliert werden, jedoch denke ich, daß wir mehr in diese Richtung denken müssen und damit möglicherweise die rigorose Trennung zwischen kultureller und ökonomischer Kapitalakkumulation überwinden können. Damit würde auch der alte Satz von Adam Smith überwunden, daß Hausarbeit deswegen unproduktive Tätigkeit sei, weil sie unmittelbar zum Verzehr geeignet ist und nicht über den Markt geht. In diesem Satz steckt eines der Kernprobleme, die wir überwinden müssen.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank, Herr Bertram, auch für die Kürze Ihrer Antwort. Als nächstes Frau Neef bitte.

Dr. Anneliese Neef: Ich mache es auch ganz kurz. Zur Frage nach dem mehr oder weniger verzögerten ersten Kind: Natürlich haben Vergünstigungen eine Rolle gespielt, daß in der DDR Familien sich sehr früh Kinder wünschten und auch bekamen. Es gab aber auch etwas, das die Lebensplanung betraf, und zwar die Meinung, daß man diese Familienphase recht zeitig abschließen könnte, um dann bald in die sogenannte postparentale Phase einzutreten. Frauen meiner Generation sind sehr häufig schon mit 40 Großmutter geworden. Das eröffnete andere Lebensräume. Die Sache mit den 30-jährigen, dazu hat der Soziologe Ulrich Beck die etwas böse Bezeichnung geprägt: „nach 30 folgt dann das sogenannte Selbstverwirklichungskind“. Dem würde ich mich nicht so anschließen. Ich denke, daß in einer westlichen Gesellschaft das Ausleben einer längeren Jugendphase einfach attraktiver war, mehr Möglichkeiten existierten und dieses auch genutzt wurde, vielleicht auch jetzt wieder verstärkt genutzt wird. Das hängt auch zusammen mit der zuletzt gestellten Frage zu der frühen Ehe, der zeitigen Suche nach eigenem Familienglück. Möglicherweise

war das ein Schritt oder eine Flucht in die Selbständigkeit, die Gelegenheit für Jugendliche, sich zumindest aus dem Rahmen der elterlichen Beeinflussung herauszubehalten, und ich denke, daß auch hier die Möglichkeiten, eine eigene Wohnung zu beantragen usw. und das Fehlen anderer die Jugendzeit verlängernder Lebenstätigkeiten da einfach nicht vorhanden bzw. nicht so attraktiv waren.

Zum Problem mit der Auswirkung der Berufstätigkeit auf Familie und Kinder: Selbstverständlich ist darüber reflektiert worden. Dazu möchte ich aber auch sagen, daß in der DDR und in der Bundesrepublik verschiedene Erziehungskonzepte existierten, die eine unterschiedliche Intensität der Kindererziehung in der Familie nahelegten. Konkret wird davon gesprochen, auch das ist etwas pauschal gesagt, daß in der DDR die sogenannten preußischen Tugenden in der Erziehung noch eine Rolle spielten, die Kinder zu Pflichten, zu Verantwortung usw. erzogen wurden, auch zu Haushaltsarbeiten herangezogen wurden. Es ist also doch durchgängig in den Familien so gewesen, daß Kinder mit Arbeiten und mit Pflichten betraut wurden und werden mußten, was offensichtlich in der Bundesrepublik nicht so war, zumindest nicht in den Familien, in denen die Mutter Hausfrau war.

Welche Folge hat die volle Berufstätigkeit der Frauen auf die Kinder gehabt? Ich möchte das positiv beantworten. Das Verständnis gegenüber berufstätigen Frauen, das bei Söhnen erzeugt werden konnte, wenn sie eine berufstätige Mutter hatten, ist vielleicht ein kultureller Gewinn, das nur am Rande. Ein weiterer könnte tatsächlich die frühe Selbständigkeit der Kinder sein, die Notwendigkeit, sich zu kümmern, auch gesellschaftliche Einrichtungen allein aufzusuchen, wenn es um Freizeittätigkeiten usw. ging.

Über die Vernachlässigung des Mannes ist mir nichts bekannt, wie übrigens – das möchte ich noch anmerken – ein wesentlicher Aspekt in der Aufarbeitung der Situation der Frauen hier völlig ausgespart wurde, das ist die Seite der sexuellen Beziehungen, der ehelichen Treue usw. Auch das wäre ja ein Thema, das interessant wäre, wenn es um Emanzipation geht. Das ist hier von niemandem angesprochen worden. Ich sage es nur, denn es ist relevant in diesem Zusammenhang.

Zur Scheidungshäufigkeit nach dem Umbruch, da hat vielleicht Herr Bertram Zahlen. Ich habe gelesen, daß die Tendenz rückläufig sei, muß daraus aber nun schlußfolgern, daß vielleicht der Mann als existenzsicherndes Element im weiblichen Lebenslauf wieder notwendiger geworden ist bzw. eine Angst besteht, bei unsicherer, eigenständiger Erwerbstätigkeit sich in ein Loch zu begeben, von dem man nicht weiß, ob man sich dort behaupten kann. Das ist sicherlich sehr einseitig interpretiert, aber da würde ich gerne die Frage weitergeben.

Zur Haushaltsbeteiligung. Natürlich ist es pauschal gesagt. Ich habe ja auch schon angedeutet, daß es sehr holzschnittartig werden muß. Selbstverständlich gab es Unterschiede in den individuellen Strategien, wie in der Familie diese

Hausarbeit und die vielen davon abzuleitenden Tätigkeiten zu bewältigen waren. Das ist unterschiedlich nach Bildungsgrad, nach sozialem Status. Stadt-Land-Unterschiede gibt es auch. Generell galt in den Familien der Slogan „Wer zuerst da ist, fängt schon mal an“. Beim Begriff der Zwangsbeteiligung der Männer bleibe ich allerdings, weil ich nicht erkennen kann, daß dieses geleistet worden wäre, wenn es für die Frauen leichter und einfacher gewesen wäre, alles alleine zu schaffen, etwa durch Zulieferung von Lebensnotwendigem ins Haus oder durch verbesserte Dienstleistungen. So viel erst mal, ich hoffe, ich habe nichts vergessen, und wenn doch, dann bitte ich es anzunehmen.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Vielen Dank Frau Dr. Neef, Frau Dr. Fobe bitte.

Dr. Karin Fobe: Es war eine Vielzahl an Fragen. Ich werde am besten chronologisch vorgehen, dann wird nichts vergessen. Zunächst zur Frage von Herrn Ortleb zum Problem „Geburtenstreik“ als Ausdruck dafür, daß in der neuen Gesellschaft eben die Kinder später geboren werden sollen und damit nur eine zeitliche Verschiebung erfolgt. Mit Sicherheit war – und da haben Sie auf jeden Fall Recht – eine große Anzahl staatlicher Regelungen durchaus dafür verantwortlich, daß in der DDR die Kinder relativ zeitig geboren wurden. Zeitig hieß, im Alter von durchschnittlich 22 Jahren brachten die Frauen ihr erstes Kind zur Welt. Ich bin aber relativ unsicher, ob tatsächlich nun zu erwarten ist, es wird sich nach und nach richten und die Geburtenzahlen werden zumindest das Maß von 1989 wieder erreichen. Aufgrund von Erkenntnissen, die wir im Zusammenhang mit unseren Jugendforschungsstudien realisiert haben, wage ich dies zu bezweifeln. Im Ost/West-Vergleich jugendlicher Schulabgänger haben wir festgestellt – bei einer Gesamtzahl von etwa 2.000 qualitativ Befragten –, daß ca. ein Viertel von ihnen im Schulabgangsalter zweifeln, ob sie später Kinder haben möchten. Die Gründe sind einfach darin zu suchen, daß z. B. Frauen bzw. Mädchen sagen, – und zwar in Ost und West ohne Unterschied, es gibt nur Unterschiede in der Intensität – mir ist der Beruf zunächst wichtiger, und wenn ich ihn dann sicher habe und möglichst noch ein paar Jahre Karriere gemacht habe, dann kommt als Selbstbestätigung eventuell das Kind. Nun kennen wir aber aus der Erfahrung, zumindest im Osten, daß es dann häufig dazu kommt, daß das Kind dann nicht mehr hineinpaßt in den Karriereplan, und dann wird es ganz gestrichen. Ich würde es anzweifeln, vermag es aber nicht mit Sicherheit zu sagen. Ein immer bedeutsamer werdender Grund, weshalb Jugendliche – männlich und weiblich – beispielsweise verstärkt auf Kinder verzichten wollen – und zwar abrupt und deutlich ablehnend, im Anteil von knapp von 10 % an den oben genannten, wenn man 25 % gleich 100 setzt – das heißt, etwa jeder zehnte, der ein Kind in Zweifel zieht oder kategorisch ablehnt –, sind Argumente, die auf die Umweltproblematik, auf Kriege, auf die Angst vor der Drogenszene, auf soziale Probleme abzielen. Dies ist weniger bezogen auf die eigene Person, sondern auf die Kinder, etwa in diesem Sinne: „Ich kann meinen Kindern diese Welt von heute nicht zumuten“. Das ist mit Sicherheit eine Frage, die die Politiker wesentlich deutlicher

vor Augen haben sollten. Wir haben dort phantastische Äußerungen gesellschaftskritischer Art gefunden. Phantastisch deshalb, weil man daran sieht, daß die Jugend tatsächlich nicht unpolitisch ist. Die Jugendlichen machen sich eine ganze Menge Gedanken und überlegen sehr genau, was sie denn später mal wollen für ihre zukünftigen Kinder. Vielleicht soviel dazu.

Zur Frage nach den Hauptursachen für die Ausgrenzung von Frauen aus dem Arbeitsmarkt: Erstens haben Sie recht, es gibt sehr viele Unternehmen, die sagen, „eine Frau im Betrieb rechnet sich nicht“, und zwar bezieht sich das einerseits darauf, daß die Frau, – sie darf es ja eigentlich nicht gefragt werden – aber wenn sie gefragt wird, ob sie denn mal Kinder haben möchte, und nein sagt, nicht ernst genommen wird, da sie ja biologisch dazu in der Lage ist. Ihr wird also die Einstellung erschwert, und sie rechnet sich auch in solchen Berufen nicht, die sehr stark männerdominiert sind. Dies geschieht mit ganz primitiven Begründungen, daß man etwa, wenn man Frauen gleichermaßen anstellt wie Männer, zumindest auch Toiletten und Waschräume usw. für Frauen braucht. Das ist ein Argument, das eigentlich lächerlich ist, aber es wird immer wieder angeführt, beispielsweise von mittelständischen Unternehmen, trotz des Interesses an den besonderen Fähigkeiten, die Frauen mitbringen und die diese auch sozial in eine Männerarbeitsgruppe einbringen würden. Die sagen also durchaus: „Das wäre schon nicht schlecht, aber wir müssen dann dies und jenes zusätzlich einrichten. Wir müssen vielleicht, wenn die Frau Fliesenlegerin sein soll und dies könnte, einen Schrägaufzug besorgen, weil sie die Fliesen nicht tragen darf etc. Das ist das eine. In dieser Hinsicht, bewußt oder unbewußt, gibt es tatsächlich eine Rollenzuschreibung der Frau als Frau an sich, die eigentlich nur nebenbei arbeiten kann. Es sind also die männlichen Managementkonzepte, die überkommen. Ich bringe mal ein paar Beispiele. Wir haben also Frauen erzählen hören, Ingenieurinnen im Braunkohlebergbau, mit hervorragender Arbeit, auch nach Aussage der westdeutschen Leiter, die in die Betriebe gekommen sind. Die bekamen am Schreibtisch einen Anruf, da war irgend jemand aus den Altbundesländern dran, und sagte: „Ich hätte gern mal Herrn Ingenieur sowieso, Herrn Müller“. Dann hat sie gesagt: „Das bin ich“. Dann haben die gesagt: „Nein, Sie haben mich falsch verstanden, ich möchte den Herrn sowieso“.

Es gibt also die Meinung, Frauen in einem Männerberuf gibt es nicht. Das ist ein Problem, das tatsächlich eine Rollenzuschreibung ist, verbunden mit der Rolle als Frau, die eigentlich immer als erste dafür verantwortlich ist, Familie und Kinder zu betreuen. Und wenn wir hier heute Vormittag sehr viel über Emanzipation gehört haben, dann verstehe ich unter Emanzipation, daß es zwar Zufall ist, daß es nun gerade die Frau ist, die die Kinder bekommen kann. Daran kann man mit Sicherheit nichts ändern. Aber es ist mit Sicherheit kein Zufall, daß die Kinder von Frauen erzogen werden müssen – vorrangig –, und daß die Hausarbeit von Frauen gemacht werden muß. Emanzipation heißt doch, daß der Mann sich genauso als Teil der Familie verstehen müßte wie es die Frau ist. Aus welchem Grund übernimmt die Frau, überwiegend „freiwillig aufgezwungen“, die Masse der Hausarbeit? Ich kenne auch viele Männer, die

sagen: „Mir wäre es ganz wichtig und ich würde es auch gerne tun, ich würde auch zu Hause bleiben und die Kinder erziehen. Aber in diese Gesellschaft paßt es einfach nicht rein“. Im übrigen, da ich den Zukunftsbericht der Kommission in Bayern und Sachsen angesprochen hatte: Diese Entwicklung der Einstellung zur Erwerbsarbeit, der Erwerbsorientierung und der Hintergründe der Erwerbsorientierung – generell, gesellschaftsübergreifend – diese historische Entwicklung ist dort sehr schön beschrieben. Dahinter steckt nämlich die Macht in dieser Gesellschaft. Das Ansehen in dieser Gesellschaft ist patriarchalisch geprägt durch Erwerbsarbeit, und zwar durch bezahlte Arbeit. Je höher ich Geld einnehmen kann für meine Arbeit, um so höher ist mein Ansehen in dieser Gesellschaft. Deswegen ist Hausarbeit ungeliebt, unbezahlt, wird auch nicht angenommen und ist nicht erstrebenswert, abgesehen davon, daß sie auch immer wiederkehrend und immer das gleiche ist.

Weil ich gerade beim Zukunftsbericht war, Herr Elm, Sie fragten nach dem Einfluß der Gleichstellungsbeauftragten. Das Problem ist, in dieser Kommission sind offiziell neun Mitglieder, darunter acht Männer und eine Frau, im Alter von etwa 70 Jahren aus den alten Bundesländern. Ansonsten sind dort keine Frauen beteiligt, weder paritätisch Ost/West, noch paritätisch bezogen auf die Anzahl der Mitglieder. In diesem Sinne überlasse ich jedem dann die Interpretation.

Zu den Preisen, die in der DDR scheinbar bezahlt worden sind oder werden mußten, für Familie, für Kinder usw., das war die Frage von Herrn Maser. Hier sind mir keine Untersuchungen bekannt, die dort Belege empirischer Art bringen. Hier möchte ich nur als Tendenz andeuten, ich glaube, daß die Frage vielleicht falsch gestellt ist. Ich denke an folgendes: Ich glaube nicht, daß die Kinder entscheidende Nachteile erlitten haben dadurch, daß sie in staatlichen Einrichtungen erzogen wurden. Es gibt nämlich genauso viele Vorteile, die dadurch zustande kamen. Hier wurde schon einiges dazu gesagt. Ich denke, vielleicht sollte man ein anderes Moment noch mit einbeziehen. Ich gehe davon aus, daß die Zeit, die man zur Verfügung hat und in der man mit Kindern umgeht, nicht das entscheidende Moment dafür ist, wieviel die Kinder von ihren Eltern haben, also rein die stündliche Zeit. Ich denke, es ist mehr die Intensität, die dort eine Rolle spielt. Und wenn Frauen ein erfülltes Berufsleben haben, und das ist wohl nachweislich der Tendenz nach in den Interpretationen auch immer wieder zu finden, dann haben sie auch viel mehr Spaß und Freude am Umgang mit den Kindern, weil sie ganz einfach weniger belastet sind und in der Erwerbsarbeit auch Ausgleich und Kompensation finden für Haus- und Familienarbeit und für Erziehungsarbeit.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Frau Fobe, es tut mir wirklich leid, aber wir haben einen so gedrängten Ablaufplan, daß ich nun wirklich einschreiten muß. Ich danke Ihnen vielmals, daß Sie so ausführlich geantwortet haben, möchte im übrigen noch hinzufügen, daß es Ihr gutes Recht ist zu sagen, daß Ihrer Meinung nach die Frage falsch gestellt ist, dafür leben wir ja Gott sei Dank in einer Demokratie. Frau Sachse bitte.

Dr. Carola Sachse: Nun kommt mir das Schlußwort zu, daß mit jeder Minute von Ihrer Kaffeepause abgeht. Es hat sich auch einiges angehäuft. Ich versuche, es ganz knapp zu machen. Herr Faulenbach, Sie haben ja Ihre Frage grundsätzlich knapperollt und ich kann sie natürlich nicht ganz grundsätzlich beantworten. Ich würde die Frage nach den Ursachen der Diskriminierung von Frauen im Erwerbsleben aber noch weiter ziehen und nach dem Zugang zu Geld, zu Macht, zu sozialer Sicherheit und der Verfügung über Zeit fragen. Das ist eigentlich das umfassende Feld, wo wir Diskriminierung zu Lasten von Frauen feststellen können. Wie kommt es dazu? Wir sind gewohnt, es auf geschlechtsspezifische Arbeitsteilung zurückzuführen. Das war über Jahrzehnte eigentlich der Schlüsselbegriff, der das erklären sollte. Ich würde da inzwischen ein Schrittchen von abweichen und sagen, nicht die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung an sich ist die Ursache von Diskriminierung, sondern es ist die Bewertung der unterschiedlichen Arbeiten, die von Männern und Frauen ausgeführt werden – das hatte ich auch in meinem Referat kurz angesprochen. Insofern haben wir es tatsächlich sehr stark mit einer Bewertungsproblematik zu tun, und die hat sich in der Tat historisch entwickelt. Sie macht sich fest an Vorurteilen, Traditionen, Rollenzuschreibungen. Ich denke, wir können ganz konkrete sozialpolitische Diskussionsprozesse festmachen, im Zuge derer diese unterschiedliche Bewertung festgeschrieben wurde.

Da komme ich dann auch schon auf die Frage von Herrn Elm. Die Bewertung von Arbeit ist natürlich in großem Maße mitgestaltet von Gewerkschaften. Und wie ich Lohnkataloge definiere und welche Arbeit ich in welche Lohngruppe einsortiere, ist tarifpolitisch ausgehandelt. Da hat die Gewerkschaft ihre Verantwortung. Selbstverständlich hat die Unternehmerseite ihre Verantwortung dabei auch, aber beide Seiten scheinen sich gerade in diskriminierenden Eingruppierungen von Tätigkeiten, die überwiegend von Frauen ausgeführt werden, relativ schnell einigen zu können. Das ist schon ein sehr langer Zeitraum, in dem das bereits geschieht. Gleichzeitig ergibt sich auch die Frage der Möglichkeiten für den Abbau von Diskriminierungen in Zeiten der Knappheit an Arbeitsplätzen und der Massenarbeitslosigkeit. Ich denke, es geht ja nicht nur darum, daß wir innerhalb eines prosperierenden Systems die Zuwächse etwas gerechter verteilen, sondern wir könnten uns natürlich durchaus die Frage stellen, ob wir nicht die knappen Arbeitsplätze, die es gibt, und die knappen Möglichkeiten, die überhaupt noch im lohnpolitischen Bereich da sind, nutzen, um Umverteilungen und Umbewertungen vorzunehmen. Ich denke, da wären Handlungsspielräume immer noch gegeben. Das ginge dann allerdings ganz massiv zu Lasten der Männer, die bisher davon profitiert haben.

Herr Weber unterstellte mir die These, daß Frauenerwerbsarbeit zu Frauene-manzipation führe. Ich habe in meinen Ausführungen den Begriff Emanzipation nur zitatweise angeführt und im übrigen vermieden. Ich habe es vorgezogen, von Gleichstellung zu reden, weil man da wenigstens einen Maßstab hat. Das kann man an den Indikatoren, die ich eingangs nannte, messen, ob es Gleichstellung gibt oder nicht. Ob das dann gleich Emanzipation ist im Sinne einer Befreiung des Menschen zum selbstbestimmten Leben oder was auch

immer Sie philosophisch darunter verstehen wollen, wäre dann nochmal eine Debatte, die sich daran anschließen könnte. Ich habe mich auf einem niedrigeren Level hier bewegt und würde dies im Moment auch nicht verlassen wollen. Insofern würde ich allerdings gerade das Beispiel der DDR nach wie vor heranziehen, um zu zeigen, daß Frauenerwerbsarbeit als solche, also die starke Einbeziehung von Frauen in die Erwerbstätigkeit, nicht zur Gleichstellung geführt hat im Hinblick auf Einkommen, im Hinblick auf Verfügung über freie Zeit, im Hinblick auf Zugang zu politischer Macht und eben auch nicht im Hinblick auf Zugang zu sozialer Sicherheit, wenn man sich das Rentenniveau von DDR-Rentnerinnen vor Augen führt. Insofern ist Frauenerwerbstätigkeit kein automatischer Zugang zur Gleichstellung. Gleichzeitig möchte ich dennoch betonen, daß es natürlich immer auch um Gleichstellung im beruflichen Leben gehen muß, denn dort werden nach wie vor die Massen an Einkommen verteilt und insofern können Frauen diesen Zug auch nicht an sich vorbeirauschen lassen. Wir feiern in diesem Jahr, wenn man es denn so will, die zwanzigjährige Erfindung der Quotierungsforderung. Ich gehöre zu denjenigen, die sie damals in die Welt gesetzt haben, und ich würde bis heute auch sagen, daß an der Quote letztendlich kein Weg vorbeigeht, solange wir mit der beruflichen Gleichstellung nicht weitergekommen sind. Dennoch wird das alleine nicht zur geschlechterpolitischen Gleichstellung in dieser Gesellschaft führen. Wir brauchen eine völlig andere Bewertung von Arbeit und auch von Arbeit im Leben. Damit komme ich zu der Frage von Herrn Kowalczuk. Natürlich ist Arbeit nicht nur eine Sache im Hinblick auf das „was hinten raus kommt“ – um Herrn Kohl zu zitieren –, sondern Arbeit ist immer auch ein soziales Bezugssystem. Aber selbstverständlich gibt es eine Menge an Arbeit, die nicht entlohnt ist, und dennoch auch ein soziales Bezugssystem bereitstellt, auch bereits in dieser Gesellschaft. Insofern wären auch außerhalb von Lohnarbeit Bereiche von erfüllten sozialen Beziehungen denkbar. Nur bedarf es dann auch anderer Regelungen, um sicherzustellen, daß Einkommen und soziale Sicherheit endlich gleich zwischen den Geschlechtern verteilt werden. Das hat Herr Bertram sehr ausführlich dargestellt und das hat mir auch gut gefallen. Wir müssen ja davon ausgehen, daß die kontinuierlichen Erwerbsbiographien immer weiter abnehmen. Bisher sagt man – aber da sind ein paar Fragezeichen anzubringen –, daß diskontinuierliche Erwerbsarbeit ein Symptom für Frauenerwerbsarbeit ist. Es wird auch ein Symptom werden für Männerarbeit und ist es vielleicht schon. Aber wir müssen zu einer Politik kommen, die eine ökonomische Sicherheit von Haushalten, von Familien, von Männern, Frauen und Kindern auch unter diesen Bedingungen gewährleistet.

Gesprächsleiter Ilko-Sascha Kowalczuk: Schönen Dank. Ich denke, wir haben einen interessanten Nachmittag erlebt, der viele Fragen aufgeworfen und auch viele Antworten geboten hat, die teilweise nachdenklich machen. Ich werde es mir jetzt hier an dieser Stelle verkneifen, eine Quintessenz dieses Nachmittags zu geben, auch angesichts der Zeit. Ich sage auch, zum Glück brauche ich die Quintessenz mit dem Hinweis auf die Zeit nicht zu geben, das würde mir doch erheblich schwer fallen. Ich möchte statt dessen mit zwei Lo-

sungen der westdeutschen Frauenbewegung schließen, die vielleicht in unseren Zusammenhang ganz gut passen. Die erste heißt „Ehe, Kinder, Heim und Herd sind kein ganzes Leben wert“. Eine zweite, die sozusagen auch das Motto unserer Anhörung heute darstellen könnte, behauptet: Es gibt zwei Grundwahrheiten auf dieser Welt. Die erste lautet: „Männer sind klüger als Frauen“, und die zweite: „Die Erde ist eine Scheibe“. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine schöne Kaffeepause. Wir machen dann weiter um 16.30 Uhr.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Das Thema unseres Podiums lautet: „Frauen in Politik, Wissenschaft und Kultur“. Eine der Teilnehmerinnen an diesem Podium hat schon angekündigt, daß sie den Versuch machen würde, uns mal hier so richtig aufzumischen. Wir sind also voller froher Erwartung, was da auf uns zukommen wird. Bisher haben wir ja sehr viel über Frauen und über ihre Situation im allgemeinen gesprochen. Bei diesem Podium war die Idee, einmal profilierte Frauen ein Stück über sich selber und über ihren Weg – vor allen Dingen in den Jahren seit 1989/1990 – reden zu lassen, natürlich aber unter der Fragestellung, welche Anmerkungen aus den jeweiligen persönlichen Situationen und Erfahrungen heraus zum Prozeß der deutschen Einheit zu machen sind, insbesondere im Blick auf die Situation von Frauen. Bei der Vorstellung der Teilnehmerinnen möchte ich bei der alphabetischen Reihenfolge, wie sie auch auf der Tagesordnung steht, bleiben. Ich beginne also mit A wie Ahrberg, Frau Edda Ahrberg. Mir liegen hier längere biographische Aufzeichnungen vor. Ich werde sie ein wenig verkürzen. Frau Ahrberg hat evangelische Theologie an der Martin-Luther-Universität Halle studiert, wie mir bestens bekannt ist. Sie ist dann über 10 Jahre lang Katechetin in Magdeburg gewesen, war also in der Kinderarbeit der evangelischen Kirche in der DDR engagiert, ab 1990 bis heute dann ehrenamtliche Mitarbeiterin im Magdeburger Bürgerkomitee, dann Sachbearbeiterin bei der Bezirksregierung Magdeburg, Leiterin des Historischen Dokumentationszentrums des Bürgerkomitees Sachsen-Anhalt in der ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt Magdeburg. Seit Dezember 1994 ist Frau Ahrberg Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt. So viel vielleicht zu Frau Ahrberg, alles weitere können Sie dann ja auch persönlich noch nachtragen.

Ich gehe weiter zu Frau Bohley. Frau Bohley ist Bibliothekarin, hat ihre Kindheit in Görlitz verbracht, anschließend studiert. Als Mitbegründerin der Gruppe „Frauen für den Frieden“ ist sie seit 1982 politisch tätig und seit 1989 im Neuen Forum in Halle aktiv gewesen, seit 1990 ist sie Stadtverordnete und jetzt Stadtrat – oder Stadträtin nehme ich an – für die Fraktion des Neuen Forums in Halle. Hier haben wir also eine – wenn man das mal so ideal typisieren darf – Vertreterin der Bürgerrechtsbewegung und eine Vertreterin auch aus dem Bereich der Kommunalpolitik.

Dann Frau Prof. Dr. Elke Mehnert, geboren in Aue im Erzgebirge. Studium der Chemie, Erwachsenenbildung, Slawistik und Germanistik an den Universitäten Dresden und Leipzig, dann verschiedene akademische Stationen, die

Habilitation an der Pädagogischen Hochschule in Potsdam, seit 1990 eine Professorin in Zwickau, seitdem eine Professur für Deutsche Literatur des 20. Jahrhunderts unter besonderer Berücksichtigung der Komparatistik an der TU Chemnitz. Frau Prof. Mehnert ist stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Friedrich-Naumann-Stiftung und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für das Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für politische Bildung. Hier kann ich etwas zu Publikationen sagen. Eine Publikation, die ich leider nicht kenne, aber die ich mir aber ansehen werde, lautet: „Brücken zum Nachbarn. Polenbilder in der DDR-Literatur“. Das scheint mir doch ein interessantes Thema zu sein. Dann eine Reihe von Spezialarbeiten publiziert, aber wir werden das hier jetzt im einzelnen nicht erörtern. Hier haben wir also eine, wenn man es so nennen darf, Vertreterin der Wissenschaft, des Bereichs der Universität, und daß die Frage „Frauen an den Universitäten“, vor allem „Frauen an den Universitäten der neuen Bundesländer“ in den Umgestaltungsprozessen dieser Universitäten eine wichtige Frage auch für dieses Podium ist, versteht sich wohl von selbst.

Und schließlich Frau Prof. Dr. Barbara Vogel. Seit 1984 Professorin für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Universität Hamburg und von 1985 bis 1989 Frauenbeauftragte des Akademischen Senats der Universität Hamburg. Von 1990 bis 1994 war Frau Prof. Vogel Vizepräsidentin der Universität Hamburg. Es ist gut, daß wir neben Vertreterinnen aus den neuen Bundesländern nun hier auch jemanden haben, der im vereinigten Deutschland auch ganz massiv die Themen und Sichtweisen deutlich macht, die gleichsam eine Westsicht darstellen. Auch hier also Kompetenz im Bereich von Wissenschaft, Hochschulpolitik und Frauenpolitik. Wir werden es vom Verfahren her so machen, daß die Teilnehmerinnen am Podium zunächst einmal jeweils etwa 10 Minuten erstens so ein Stück eigene Biographie verdeutlichen, auch das Erleben des Vereinigungsprozesses, und dann vor allen Dingen – das wäre meine Bitte – doch auch Fragen an den Transformationsprozeß formulieren, soweit solche Fragen aus dem unmittelbaren Tätigkeitsfeld erwachsen. Dann können wir hier in ein Gespräch mit der Kommission insgesamt eintreten. Wenn ich zunächst Frau Ahrberg bitten dürfte.

Edda Ahrberg: Ich bin seit heute morgen um 10.00 Uhr hier gewesen, habe mir die Beiträge angehört und muß sagen, ich bin eigentlich immer deprimierter geworden. Das hat nicht nur mit dem Raum zu tun – hier hinter geschlossenen Gardinen zu sitzen finde ich sehr anstrengend, und die Luft ist voller Mief – sondern das hat auch mit den Beiträgen zu tun. Ich habe mich als Person in diesen Beiträgen nirgendwo wiedergefunden und habe mich gefragt, wo ich gelebt habe in den letzten 44 Jahren. Ich war aufgefordert worden, ein Statement abzugeben und Thesen dazu zu formulieren, das Ganze in 10 Minuten. Mein Statement dauert nur einen Satz und der heißt: Das Ende der DDR war für mich eine Befreiung. Das möchte ich nicht verallgemeinern, gerade weil ich weiß und weil ich auch heute morgen wieder gehört habe, wie schwierig das für andere in der ehemaligen DDR gewesen ist, und ich denke, das gilt für Frauen und für Männer.

Im folgenden habe ich ein paar Punkte zusammengestellt, die sich jetzt im nachhinein für mich – ich habe sie zunächst nur einfach heruntergeschrieben aus der Erinnerung – in zwei Bereiche unterteilen. Und zwar sind das einmal meine persönlichen Erlebnisse bis 1989, persönliche Erfahrungen, die ich gemacht habe bzw. die ich speziell auch mit Frauen gemacht habe und in der Arbeit, die ich ein paar Jahre lang ausgeübt habe. Der zweite Bereich beinhaltet nicht nur persönliche Erfahrungen nach 1990, sondern auch ein paar Anmerkungen, wo ich Verallgemeinerungen benenne. Allerdings ist das überhaupt nicht zu vergleichen mit einer Analyse. Dazu bin ich nicht in der Lage, weder zeitlich noch technisch. Sondern es betrifft eigentlich den konkreten Arbeitsbereich, für den ich jetzt, wie ich gehört habe, auch hier sitze. Daß eine Idee dahintersteht, habe ich gerade eben erst erfahren.

Wenn ich an meine Kindheit im Osten Deutschlands zurückdenke, finden sich nur wenige Erinnerungen, die sich ausschließlich auf die Situation von Frauen beziehen. Eine der frühesten Erinnerungen ist die an die Tränen meiner Mutter, als die Grenze zur Bundesrepublik 1961 geschlossen wurde und sie als Rheinländerin, die in die Heimat ihres Mannes am Harz gezogen war, nicht mehr ihre Eltern besuchen konnte.

Nun kommt schon der Bereich der Arbeit hinzu, von dem heute auch schon sehr viel die Rede war. Für mich ist das Fazit der Vorträge bisher, daß eigentlich das Leben der DDR-Frauen nur aus Arbeit bestanden hat – oder aus Kinderkriegen. Ich habe nicht nur gearbeitet und ich habe auch keine Kinder, trotzdem muß ich sagen, gibt es mich dennoch. Später in der Schule fielen meine Eltern aus der Reihe der auf Anforderung der Lehrer vorgetragenen Arbeiterberufe meiner Mitschüler heraus: Mein Vater war selbständiger Rundfunk- und Fernsehmechaniker, meine Mutter „mithelfende Familienangehörige“. Das war von der Wertigkeit besser als „Hausfrau“, so habe ich das als Kind erfahren, aber es war nicht zu vergleichen mit den Müttern und Vätern, die Bäcker, Polizist oder irgend etwas anderes waren, auch wenn sich später herausstellte, daß diese Berufe weitestgehend von den Leuten selbst zunächst erst mal gar nicht gewollt wurden, weil die Tendenz, den angestrebten Beruf zu bekommen, mit dem Ablauf der DDR ja immer geringer wurde. Hinzu kam die politische Bewertung. Eigentlich war mein Vater nach der offiziell gelehrtten Gesellschaftskunde Kapitalist. Auf die Frage an die Lehrer, also meine Frage, wen er eigentlich ausbeutete – eigentlich kam anfangs da nur ein Lehrling in Frage und dann meine Mutter – habe ich keine befriedigende Antwort bekommen. Später sollte jedoch sein Beruf und seine Stellung meiner Schwester fast die Möglichkeit nehmen, das Abitur zu machen. Zum Glück konnte da durch massiven Einspruch Abhilfe geschaffen werden. Zur Schulzeit: Die Klassen wurden von Jungen und Mädchen gemeinsam besucht, für mich eine Normalität. Ebenso war die Studentenschaft während meines Studiums von 1973 bis 1978 an der Martin-Luther-Universität gemischt. Allerdings brachten uns ausschließlich Männer die evangelische Theologie und deren Geschichte nahe. Ich habe das im nachhinein als ein Manko empfunden, es wurde heute morgen auch schon gesagt, weil Frauen häufig vergessen werden und auch

Frauen aus der Bibel häufig vergessen wurden. Anstöße zum Nachdenken über feministische Theologie oder über die Theologie der Befreiung kamen damals tröpfchenweise und auf verschlungenen Pfaden aus dem Westen. Das führte dazu, daß sich die Kenntnis darüber nur sehr zögerlich fortsetzte und sie vor allen Dingen von den männlichen Studien- und später Arbeitskollegen häufig als nicht wissenschaftlich und minderwertig abgestempelt wurde. Das änderte sich aber zunehmend im Laufe der 80er Jahre, einfach auch durch die Informationen und durch die Offenheit der Dozenten.

Nach dem Studium war ich fast 12 Jahre als Katechetin in einer Neubaugemeinde in Magdeburg tätig. Das war eine Gemeinde, die zuerst keine eigene Kirche hatte. Ich weiß nicht, inwieweit sie sich auskennen in der Gemeindegemeinschaft der ehemaligen DDR. In Gemeinden, die keine eigenen Kirchen hatten, war die Hauskreisarbeit, also Gesprächskreisarbeit, sehr weit verbreitet. Das brachte mit sich, daß die Mitarbeiter eigentlich gezwungen waren, als Team zusammenzuarbeiten. Dieses hierarchische Verhältnis von Pfarrer und anderen kirchlichen Mitarbeitern, was sonst in den evangelischen Kirchen in der DDR gang und gäbe war, traf dort nicht zu. Das heißt, in der Gemeinde, wo ich gearbeitet habe, aber auch in vielen anderen Neubaugemeinden, wurde als Team gearbeitet, und hierarchische Unterschiede gab es da nicht. Daß das nicht selbstverständlich war, habe ich bei dem monatlich stattfindenden Katechetinnenkonvent gemerkt, wo ich meine Kolleginnen aus anderen Stadtgemeinden getroffen habe, die vorwiegend alleinstehende ältere Damen waren, die sich ganz der Gemeindegemeinschaft aufopferten und von ihrem theologischen Ansatz her aus einer ganz anderen Richtung kamen als ich. Die Arbeit, die wir in den Neubaugemeinden gemacht haben, wurde dort weitgehend – zunächst am Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre – als nichtchristlich bezeichnet oder zu wenig christlich, weil wir ganz konsequent von den Problemen der Gegenwart ausgegangen sind, auch in der Vermittlung der christlichen Lehre. Aber auch das hat sich in den 80er Jahren verändert. Jüngere Leute kamen dazu, auch Frauen mit Kindern und Männer. Auf diesem Gebiet trifft es nicht zu, daß weitgehend Männer Arbeiten gemacht haben, um die Familie abzusichern. Das Katechetentum war ein sehr geringes und auch Männer haben diese Arbeit gemacht, weil sie einfach diese Arbeit machen wollten.

Der Kontakt der Familien zur Kirchengemeinde lief in den meisten Fällen über die Frauen. Die waren die aktiveren Teilnehmer sowohl in den Gesprächskreisen, wo es um Umweltprobleme, um Literatur, Kultur oder auch politische Themen ging, als auch bei der Vorbereitung von Gemeindeveranstaltungen. Ich muß sagen, daß für mich eigentlich der Kontakt zur Gemeinde weitgehend über Frauen, weniger über Männer, lief. An eine Frau erinnere ich mich – das nochmal auch im Hinblick auf die Erwerbstätigkeit von Frauen – die sehr großen Wert auf die kulturelle Entwicklung, kulturelle Erziehung ihrer Kinder gelegt hat und aus diesem Grund extra zu Hause geblieben ist. Sie erzählte, wie sie von den Lehrern in der Schule, aber auch von den Eltern der Mitschüler ihrer Kinder fast diskriminierend behandelt wurde, weil sie keinem Beruf nachging, sondern einfach nur „Hausfrau“ war. Ich denke, daß Lebenskon-

zepte von der gesellschaftlichen Seite in der ehemaligen DDR sehr stark vorgeschrieben wurden, daß es aber auch immer wieder Leute gab, die sich aus diesen Konzepten hinausgenommen haben, darunter waren mehr Frauen, als es heute morgen zumindestens in den Vorträgen anklang.

Anstöße, genauer hinzuschauen und Abläufe im täglichen Leben zu reflektieren, kamen für mich aus den Niederlanden und der Bundesrepublik durch den Kontakt zu Freunden und Freundinnen dort. Ich war dankbar für diese Kontakte, weil sie einfach meinen Horizont erweitert haben und ein Stück weit mir ermöglicht haben, über den Tellerrand DDR hinauszugucken. Daß dieser Tellerrand „DDR“ Nachwirkungen bei mir selbst mit sich gebracht hat, habe ich gemerkt, als ich 1993 mit einer Frauengruppe in der Schweiz gewesen bin. Das waren DDR-Frauen und Schweizer Frauen, die sich dort ausgetauscht haben über Probleme. Ich habe mich ein bißchen geschämt, als ich merkte, daß dort in der Schweiz, wo auch sehr viele von den anwesenden Frauen arbeitslos waren, die Probleme der DDR-Frauen in der Diskussion im Mittelpunkt standen. Wir haben erst hinterher gemerkt, daß wir nicht bereit waren, auf die Probleme der anderen Frauen zu hören.

Als sich Anfang bis Mitte der 80er Jahre die Gruppe „Frauen für den Frieden“ in Magdeburg zusammenfand und an einem der ersten Abende es eine Diskussion darum gab, ob ein Mann, der seine Frau abholen wollte, draußen oder drinnen warten sollte, war für mich die Anziehungskraft dieser Gruppe dahin. Heute sage ich: schade. Aber ich habe diese Abgrenzung für mich selbst nicht gewollt. Für mich stand eigentlich das Engagement in eine bestimmte Richtung im Vordergrund, und weniger die Überlegung: Mache ich das nun mit Männern oder Frauen. Mir kam es darauf an, daß ich das mit Leuten machte, die genau so dachten wie ich. Deshalb war für mich die Welt in der ehemaligen DDR auch zweigeteilt. Das heißt, auf der einen Seite waren Gleichgesinnte, Freunde, Leute die sich an den Augen erkannten, und auf der anderen Seite waren Uniformierte, harte Gesichter, wo man an den Augen zum Teil erkannte, daß sie im Innern eine graue oder grüne Uniform hatten.

Wenn ich an den Alltag denke, damit meine ich jetzt ganz speziell die Sorge um das tägliche Brot, muß ich sagen, daß ich mir zu DDR-Zeiten darüber keine Gedanken gemacht habe, auch nicht über die Leute, die dort in diesem Bereich beschäftigt wurden. Gedanken habe ich mir erst 1990 gemacht, als zumindestens auf dem Dorf, wo ich gelebt habe, mit der Währungsunion ein paar Frauen aus dem Konsum und der Sparkasse verschwanden und Männer an diese Stelle traten, die ich vorher nie gesehen hatte, und die für meine Begriffe als Laie unqualifiziert waren. Das ist ein Bild, das mir einfach in Erinnerung geblieben ist, weil ich mich daran erst gewöhnen mußte. Ich will das jetzt gar nicht werten, sondern es ist mir einfach aufgefallen.

Auch wenn ich in den Bereich wo ich jetzt tätig bin schaue, dann hat sich eigentlich im Vergleich zu den hierarchischen Strukturen, die ich in der evangelischen Kirche erlebt habe – damit meine ich nicht die Gruppen unter dem Dach der Kirche, sondern die verfaßte Kirche – nicht viel geändert. Die Leiter

und späteren Vorsitzenden der Bürgerkomitees, die im Dezember 1989 gegründet wurden, um die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit zu begleiten, waren Männer. Die Arbeit wurde vorwiegend von Frauen gemacht und ich habe dort erlebt, daß die häufig auch das bessere Organisationstalent hatten. Obwohl es in der ehemaligen DDR auch viele von Unrecht betroffene Frauen gibt, sind die Leiter der Opferverbände weitgehend Männer. Mir ist keine Frau eingefallen, die einem Häftlingsverband vorsteht. Für das Zuchthaus „Roter Ochse“ gibt es für den Zeitraum 1955 bis 1989 ca. 6.000 Häftlinge in der Untersuchungshaftanstalt des MfS in Halle, davon waren 1.178 Frauen; das sind immerhin knapp 20 %. Ich muß aus der Kenntnis der Geschichte sagen, daß Frauen in Gefängnissen der ehemaligen DDR noch zusätzlichen Belastungen ausgesetzt waren. Zu dem Anteil der Frauen, die für die Staatssicherheit gearbeitet haben, gibt es ebenfalls einige Angaben. Ich habe in einem Buch nachgesehen, da geht es um die inoffiziellen Mitarbeiter des MfS, geschrieben von Herrn Müller-Enbergs, Mitarbeiter beim Bundesbeauftragten. Er kommt auf 10 % Frauenanteil bei den inoffiziellen Mitarbeitern der Staatssicherheit. Ihnen wird in einigen Richtlinien besondere Aufmerksamkeit gewidmet insofern, daß z. B. in der Richtlinie 1/68 „besondere Sorgfalt“ im Umgang mit ihnen angemahnt wird. Das geht so weit, daß praktisch Süßigkeiten bereitgestellt werden sollten.

Ich werde an die Zeit gemahnt, danke. Ich will nur kurz noch zwei Zahlen nennen am Schluß, und zwar zu den Besuchern der Behörde, die jetzt zu uns kommen und Rat suchen. Hier liegt der Frauenanteil höher als bei den inhaftierten Frauen – bezogen auf Halle. Von den Leuten, die unter SED-Unrecht gelitten haben, sind 29 % Frauen, die in die Beratungen kommen. Bei den inoffiziellen Mitarbeitern liegt der Anteil bei 24 % – in beiden Fällen deutlich mehr als der eigentliche prozentuale Anteil. Ich gehe daher davon aus, daß sie wahrscheinlich stärker interessiert sind an einer Aufarbeitung als Männer. Ansonsten möchte ich mit der Beobachtung schließen, daß die harten Gesichter weniger geworden sind und ich froh bin, daß viele junge Leute ihr Leben jetzt selbst in die Hand nehmen können.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Vielen Dank. Ich gebe das Wort sofort weiter an Frau Bohley.

Heidi Bohley: Ich wußte eigentlich nicht ganz genau, was hier von mir erwartet wird, und deswegen werde ich jetzt etwas abweichen von dem, was ich zu Papier gebracht habe. Zum Thema DDR-Frauen in der Politik: Da muß man überhaupt erst mal definieren, was den Raum des Politischen ausgemacht hat in der DDR. Für mich sind Frauen, die Stadtverordnete waren oder Ministerien angehörten, ziemlich uninteressant gewesen. Ich habe sie nie als Personen gesehen, die tatsächlich in der Lage gewesen wären, Einfluß auf die Politik zu nehmen. Die Definition für den „Raum des Politischen“ findet man am gelungsten in dem Buch von Vaclav Havel „Versuch, in der Wahrheit zu leben“. Havel schildert da den Gegensatz zwischen einer klassischen Diktatur und einer, wie er es nennt, „posttotalitären“ Diktatur. Im ersten Fall gibt es eine klar

erkennbare Linie: oben herrscht eine Junta, unten gibt es die Unterdrückten. Anders in der posttotalitären Diktatur, wie sie die DDR war. Da geht die Grenze durch jeden einzelnen Menschen. Einerseits ist er Opfer, andererseits aber auch willfähriges Werkzeug, wenn er bereit ist, die Phrasen nachzubeten, die ihm vorgesetzt werden. Er lernt von Kind auf, was er an welcher Stelle zu sagen hat und wo er was nicht zu sagen hat. Inwieweit jemand bereit war, das mitzumachen, hat sicherlich sehr viel mit der Herkunft zu tun, mit den Eltern, wie angepaßt die Familie war oder mit vielerlei weiteren Faktoren. Aber jeder geriet irgendwann in die Situation, zu entscheiden: sage ich, was ich denke oder das, was von mir erwartet wird? Und je nachdem, wie man sich dann verhalten hat, hatte das einen großen Einfluß auf die weitere Biographie. Vaclav Havel zeigt, wie in einer posttotalitären Gesellschaft Dinge politisch sein können, die in einer offenen Gesellschaft überhaupt nicht auffallen. Dazu gehört z. B. eine alternative Lebenskultur, wie man sie zur Zeit hier in Berlin in der Ausstellung „Boheme und Diktatur“ sehen kann, wobei ich den Begriff „Boheme“ nicht passend finde.

Ich bin in Görlitz aufgewachsen, im „Tal der Ahnungslosen“, da gab es ab Dresden kein Westfernsehen. Als ich 1969 nach Halle kam, fand ich es dort viel lockerer. Viele junge Leute, die ich kennenlernte, waren 1968 in Prag gewesen. Sie waren begeistert von den Leuten, die auf der Karls-Brücke saßen und Bob Dylan-Lieder sangen und sie erlebten, wie die Panzer kamen. Da hat es in meiner Generation bei vielen einen Knick in der Biographie gegeben. Ordentliche FDJ-Leute, die vorher überzeugt waren, daß das alles in Ordnung ist, waren entsetzt und verstanden die Welt nicht mehr. Wir begannen uns regelmäßig zu treffen und sprachen über die politische Situation in der DDR. Wir wollen nicht nur dumpf „dagegen“ sein, sondern Kritik formulieren, konkret sagen, was uns nicht gefällt. Das endete mit der Verhaftung von zwei Fremden und ihrer Verurteilung wegen staatsfeindlicher Gruppenbildung. Ein Paragraph, den es bis zum Ende der DDR gab, aber der dann zunehmend nicht mehr angewandt wurde. Aber diese Drohung stand immer im Hintergrund, denn es war nie abzusehen, ob der Paragraph angewandt wurde oder nicht. Alles, was dann ab 1982 an politischen Aktivitäten von Frauen ausging, muß man unter diesem Aspekt sehen. Es war nicht schick, so was zu machen. Man konnte nicht, wie heute, in die Politik gehen, um vielleicht eine Karriere zu machen oder über ein bestimmtes Thema zu promovieren. Wir sind mehr oder weniger in die Politik geraten, weil wir uns selbst behauptet haben. Man hat es für sich selber gemacht, weil man sich selber noch im Spiegel angucken wollte. In den 70er Jahren war es schon eine politische Handlung, wenn man versuchte, in diesen absurden Verhältnissen einfach normal zu sein und das Absurde als absurd zu erkennen. In den 80er Jahren kamen dazu dann auch konkrete Aktionen. Mit dem neuen Wehrdienstgesetz, entstanden die Gruppen „Frauen für den Frieden“, die primär erst mal gar nicht als Frauengruppen geplant waren. Wir haben auf das Wehrdienstgesetz reagiert, das Frauen in die Armee einbezog. Nun bestand die Möglichkeit, Frauen zu mustern und das hatte auch schon stattgefunden. In bestimmten Bereichen, – im Fernmeldewe-

sen und bei Krankenschwestern –, waren Frauen zum Arzt geschickt worden und hatten schon ihre Aufforderung zur Musterung erhalten. Da schrieben wir erst mal „Eingaben“ – eine DDR-Erfindung. Dann gab es eine große Unterschriftenaktion – in Berlin waren es 100 Frauen, in Halle immerhin 50 Frauen, die einen gemeinsamen Text unterschrieben hatten. Als dieser Text dann im „Spiegel“ erschien, sind wir erst mal wie ängstliche Hühner zusammenrückt und haben dann aber gemerkt, daß das eigentlich ganz gut funktioniert hat und beschlossen, ohne Männer weiter zu arbeiten. Das hat unsere Männer sehr irritiert. Sie haben gefragt: Wieso denn, was macht ihr denn da und warum denn ohne uns? Wir konnten es gar nicht richtig erklären. Es stand keine Theorie dahinter, es kam aus der persönlichen Erfahrung. Später kamen zu uns Frauen, die hatten feministische Bücher gelesen und dann eine Frauengruppe gegründet. Das war ein ganz anderer Werdegang. Wir haben uns mit dieser Literatur natürlich auch beschäftigt, aber wir hatten eine starke Abneigung gegen Ideologien.

Die Gruppe blieb bis 1989 zusammen und ging dann über ins Neue Forum und in die große Bewegung, die dann über das Land hinweglief. Heute sind die meisten dieser Frauen und auch all die anderen so lebendig engagierten Leute nicht mehr politisch tätig. Das ist ein großer Verlust für dieses Land. Man könnte ja sagen, daß sie jetzt nicht mehr notwendig sind, aber ich denke, die Folgen sind eher, daß die Sphäre des Politischen so abgewertet wird, und daß die Politiker so einen schlechten Ruf haben, daß kaum noch Vertrauen zu Politikern da ist. Daß ich persönlich noch in der Kommunalpolitik engagiert bin, liegt daran, daß wir im Stadtrat in Halle eine Fraktion des Neuen Forums haben, und daß wir es geschafft haben, noch etwas von diesen Strukturen zu erhalten. Wir sind nur zwei Abgeordnete, haben aber einen großen Kreis von Leuten, die in der Fraktion mitarbeiten. Ich erzähle das deshalb so ausführlich, weil in Sachsen-Anhalt, die rot-grüne Regierung mit Duldung der PDS, genannt „das Magdeburger Modell“, jetzt eine neue Gemeindeordnung verabschiedet hat, die uns die Grundlagen dieser Politikstrukturen aus der Hand schlägt. In Zukunft werden sachkundige Einwohner kein Stimmrecht mehr haben und die Ausschüsse nur noch von Stadträten besetzt werden können. Bisher haben ungefähr 20 Leute, die nicht alle Mitglieder im Neuen Forum sind, an unserer kommunalpolitischen Arbeit teilgenommen. Diese Möglichkeit gibt es jetzt nicht mehr. Ich denke, das ist eine politische Entscheidung in eine völlig falsche Richtung, die auch ein Appell des gesamten Stadtrates von Halle an den Landtag von Sachsen-Anhalt nicht aufhalten konnte. So werden die Reste von dem zerstört, wie Demokratie entstehen kann, nämlich wirklich unter der Einflußnahme Vieler.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Frau Prof. Mehnert bitte schön.

Prof. Dr. Elke Mehnert: Meine Herren, meine Damen, die Grundgesamtheit, auf die ich mich beziehe, ist eine Familie: Vater, Mutter, zwei Töchter, die eine 37, die andere 26. „Guten Morgen, du Schöne“, hat niemand von Ihnen zu uns Frauen hier auf dem Podium gesagt, und deshalb werde ich auch – anders

als die Interviewpartnerinnen von Maxi Wander – Ihnen meine Biographie nicht erzählen. Ein paar Fakten wissen Sie ja ohnehin. Sagen will ich immerhin, daß ich zum Frauenthema seit jeher sehr wenig Affinität habe, was mich allerdings nicht immer davor bewahrt hat, dann doch in solchen Runden wie der heutigen zu sitzen oder gar auf der ersten Düsseldorfer Frauenmesse als Exponat zu fungieren. Das widerfährt mir merkwürdigerweise seit 1989 häufiger. Allerdings war es mir auch am 8. März 1988 nicht erspart geblieben, im „Morgen“ den Leitartikel zum Frauentag zu schreiben. Dessen letzte Passage lautet: „Nicht gegeneinander, sondern miteinander haben es Männer und Frauen erreicht, daß sich das schwache Geschlecht aus dem Zustand der Abhängigkeit befreit hat. Manche alten Zöpfe haben wir in diesen Jahren abgeschnitten. Liebe Männer, wie wär's, Sie demonstrierten Ihre Kreativität einmal beim Abschneiden noch vorhandener alter Zöpfe?“ Und dabei hatte ich unter anderem an Frauentagsrituale mit Anstandsblumen und kaffeekredenzenden „staatlichen Leitern“ gedacht. Auf diese Art von Ehrung kann ich gut verzichten, und ich habe sie auch an keinem 8. März seit 1989 vermißt.

Anderes aber ist für mich unverzichtbar: Erstens halte ich es für einen unmenschlichen Konflikt, einer jungen Frau die Entscheidung zwischen Familie und Beruf abzuverlangen. Zweitens wünsche ich weiteren künftigen Enkeln, daß auch sie Wunschkinder eines Elternpaares sind, das sich gleichberechtigt und auch gleichverpflichtet nicht nur verbal für Lebenschancen einer nächsten Generation engagiert. Aber ich ahne schon: Es wird meiner jüngeren Tochter schwerer fallen als mir oder ihrer elf Jahre älteren Schwester, zugleich Ehefrau, Mutter und Berufstätige in einer Stellung zu sein, in der sie anwenden kann, was sie sich in 18 Jahren in Schule und Universität an Wissen und Können erworben hat. Für meine Familie war dieser Anspruch lebbar; nicht auf Kosten der Kinder – und ich denke, mein Mann würde es auch bestätigen, auch nicht auf Kosten des Partners. Der meine hat in dieser Zeit fernstudiert, als Übungsleiter im Sport ehrenamtlich gearbeitet und eine sehr große Ortsgruppe des Kulturbunds geleitet. In jenem schon einmal zitierten Frauentagsartikel schrieb ich: „Es ist freilich für die Männer einfacher, die Hausordnungen zu übernehmen, als den Kollegen zu erklären, warum 'Mann' zur Pflege des erkrankten Kindes Urlaub nimmt und zu Hause bleibt“.

Auch hinter dieser Formulierung steckte Selbsterfahrenes. Das war ja in der DDR nicht selbstverständliche Praxis, sondern Frauen wie Männer mußten das verbrieftete Recht auf Gleichberechtigung schon durchsetzen. Und darin sehe ich nun keinen Unterschied zu heute. Unsere jüngere Tochter wird sich hoffentlich von niemandem ein schlechtes Gewissen deswegen einreden lassen, weil sie Kinder und Erfolg im Beruf haben will. Aber es wird für sie noch schwieriger als für uns sein, die geeignete Betreuung für den Nachwuchs zu finden, eine Kita, die das Kind nicht verwahrt, sondern fördert, auch indem es gefordert wird. Hoffentlich wird es auch in Jahren noch gut geführte Schulhorte geben, Ganztagschulen, Kinderhäuser und Lehrer mit Engagement für die Freizeit ihrer Schüler. Aber hoffentlich sind bis dahin die Kollegien unserer Schulen nicht vollständig vergeist. Sie meinen, das gehört eigentlich nicht

zum Thema Frauen, sondern zum Thema Bildung? Was ein Land für die Bildung der nächsten Generation tut oder unterläßt, hat sehr viel mit Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu tun. Ich will, einen häufigen Vorwurf vorwegnehmend, gleich hinzusetzen: Ich bin nicht der Meinung, daß nur diejenige Frau ihre Individualität entfaltet, die berufstätig ist. Damit hat Gleichberechtigung nichts zu tun, sondern mit der Möglichkeit zur freien Entscheidung des Ehepaars oder des Paares für das eine oder das andere Lebens- bzw. Familienkonzept. Und war es in der DDR schwer möglich, sich gegen die sogenannte Doppellast zu entscheiden, so scheint es mir immer schwieriger zu werden, den Gewinn aus Doppellust zu ziehen. Im Hochschulbereich kommt zu den beschriebenen Schwierigkeiten die Unsicherheit in der Planung einer wissenschaftlichen Laufbahn hinzu. Ich weiß, wovon ich rede. Ich bin 1990 zur Rektorin – ich sage besser Krisenmanagerin – an einer ostdeutschen Hochschule gewählt worden. Die erwünschte Mobilität einer Privatdozentin mit Mutterfreuden zu verbinden, das ist ein Problem, das keine Frauenquote und kein Wiedereinstiegsstipendium löst. Ich habe eine zeitlang der Kommission der Hochschulrektorenkonferenz für Gleichstellungsfragen angehört. Da habe ich einmal mehr erfahren: Aus einem Kreis kann man kein Quadrat machen. Aber ich soll ja hier nicht über die Zustände an deutschen Hochschulen sprechen, obgleich mir das Thema sehr am Herzen liegt, denn ich wünsche mir – neben vielem anderen –, auch im Interesse der Studierenden als Hochschullehrer Männer und Frauen; und zwar Männer und Frauen, denen alle Leiden und alle Freuden des Daseins vertraut sind. Manche liebevolle Kollegin meint indessen, diesen Problemen der Unterrepräsentanz mit Frauenforschung, Ringvorlesungen zu Frauenthemen oder ähnlichem abhelfen zu können. Ich behaupte: Diskurse, an denen nicht Männer und Frauen gleichermaßen und auch gleichermaßen interessiert beteiligt sind, werden keine Gleichstellung bewirken, denn die kann zwar von Frauenforscherinnen und Gleichstellungsbeauftragten gefordert, aber sie muß von Männern und Frauen gewollt und gelebt werden. Ein Element der Gleichstellung ist allerdings in diesen letzten Jahren erreicht, genauer gesagt: in diesem Jahr. Die Regelaltersrente bekommen Frauen meines Jahrgangs nun auch erst ab dem 65. Lebensjahr. Ich sage das ohne Ironie, denn warum soll die Lebensarbeitszeit einer Frau von vornherein kürzer sein als die eines Mannes? Daß allerdings gleichzeitig die Reduzierung der anrechnungsfähigen Ausbildungszeiten erfolgte, das hat auch meine Freude ein wenig getrübt, eine Freude, die ohnehin wenige Frauen meiner Altersgruppe teilen werden. Das möchte ich doch den Herren Abgeordneten ganz gern mit auf den Weg geben.

Sollten Sie übrigens meinen, ich sei für das Thema „Frau und Beruf“ nicht repräsentativ, und damit werden Sie ja recht haben, so will ich Ihnen den zweiten Teil „Frau und Politik“ gleich ersparen. Seit 1968 – nein, nicht weil das das Jahr der Studentenrevolte war, sondern weil in diesem Jahr ein drittes Mal in meinem Leben Panzer durch meine Heimatstadt führen, Panzer, die sich in Richtung Prag in Bewegung setzten – mische ich mich politisch ein. Seit 1970 bin ich immer Abgeordnete gewesen. Ich war nach der Wende auch zwei Jahre

stellvertretende Landesvorsitzende meiner Partei in Sachsen, und seit fast zehn Jahren kann ich sagen, mischen wir uns ein, denn auch Politik ist in unserer Familie Lust und Frust von beiden Elternteilen und den Kindern zugleich.

Mein Resümee: Ich habe mich oft bestätigt gefunden in Christa Wolf's Metapher von der falsch programmierten kybernetischen Maus, die zwischen ihren vielfältigen Pflichten in Familie, Beruf und wohl auch Politik Zickzack läuft. Aber sind Sie eigentlich sicher, daß diese Maus weiblich ist?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Schönen Dank. Frau Prof. Dr. Vogel bitte.

Prof. Dr. Barbara Vogel: Danke schön. Ich wende mich den Universitäten zu. Ich zitiere als Einstieg den § 3 Abs. 2 des Hamburgischen Hochschulgesetzes – ich komme ja aus Hamburg:

„Die Hochschulen wirken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben darauf hin, daß Frauen und Männer ihrer Qualifikation entsprechende gleiche Entwicklungsmöglichkeiten haben und die für die weiblichen Hochschulmitglieder bestehenden Nachteile beseitigt werden. Sie stellen insbesondere Programme zur Frauenförderung auf und erlassen Richtlinien zur Erhöhung des Anteils von Frauen am wissenschaftlichen und künstlerischen Personal. Sie sind verpflichtet, auf eine angemessene Vertretung von Frauen in den Organen der Hochschule hinzuwirken. Sie legen in Abständen von zwei Jahren Erfahrungsberichte über die Frauenförderung nach diesem Gesetz vor“.

Die letzten Sätze beruhen auf einer Novellierung des Hamburgischen Hochschulgesetzes vom 2. Juli 1991. Der erste Satz mit der „gleichen Entwicklungsmöglichkeit“ und der Formulierung „Nachteile abzubauen“ entspricht dem Hochschulrahmengesetz. An diesem Paragraphen unseres Hamburger Gesetzes läßt sich die ganze Misere nicht realisierter Gleichberechtigung, trotz gesetzlichen Auftrags, ablesen. Ich greife nur wenige Punkte heraus:

1. Die Tatsache, daß es gravierende Nachteile für Frauen im Hochschulbereich gibt, einschließlich der Selbstverpflichtung sie zu beseitigen.
2. Daß diese Nachteile offensichtlich noch zu Beginn unseres Jahrzehnts, das zugleich das Datum der Vereinigung der beiden deutschen Staaten markiert, bestanden, so daß es das Bedürfnis oder die Notwendigkeit gab, ein gesetzliches und administratives Instrumentarium zu schaffen, damit die bestehende Unterrepräsentanz von Wissenschaftlerinnen in den Hochschulen vermindert wird.
3. Daß es politische Forderungen und Anstrengungen gibt, endlich die gesetzlich garantierte Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu verwirklichen.

1. Nachteile für Frauen an der Hochschule.

Die Zahlen sind Ihnen vermutlich bekannt: ca. 50 % Studentinnen gibt es in der Bundesrepublik, mit großen Unterschieden zwischen den Fachrichtungen (Physik und Ingenieurwissenschaften stehen ganz am unteren Ende, Erziehungs- und Sprachwissenschaften am oberen Ende); ca. 22 % Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen (der größte Teil davon auf zeitlich befristeten Stellen); ca. 8 % Professorinnen, und die Frauen in der höchsten Stellenkategorie (C 4) – früher und heute, ganz stark seit der konservativen Hochschulrestauration in den neuen Bundesländern, wieder Ordinarien genannt – machen nicht einmal 4 % aus. Das sind die neuesten Zahlen, die ich aus einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung von vor wenigen Tagen habe. Daß im Bereich der Studierenden die Proportionalität neuerdings erreicht ist (50 %) – die Schwankungen in den letzten Jahren waren übrigens beträchtlich: wirtschaftliche Unsicherheit und Folgen des DDR-Endes für die Hochschulen –, sollte nicht so sehr als Erfolg gepriesen werden, denn unterstrichen wird mit diesem späten Erfolg nochmals die Rückständigkeit Deutschlands bei der Akzeptanz akademisch gebildeter Frauen.

Deutschland hinkte bei der Zulassung von Frauen zu gymnasialer Schulbildung, Universitätsstudium und Berufen, die einen Universitätsabschluß voraussetzten, vergleichbaren europäischen Ländern und den USA im Schnitt 50 Jahre hinterher. Erst seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts ist das erreicht worden. Tätigkeitsfelder für die studierten Frauen gab es zunächst ausschließlich als Lehrerinnen und Ärztinnen. Frauen in juristischen Berufen (Anwältinnen, Justiz und Verwaltung) kamen erst in der Weimarer Republik in immer sehr kleinen Zahlen dazu; im Staatsdienst nur in verschwindenden Einzelfällen. Das Recht zum Vikariat errangen die evangelischen Theologinnen erst in der Bundesrepublik.

Diese unendliche Geschichte kann ich hier leider nicht erzählen, aber den wichtigsten Erklärungsgrund für den langdauernden Ausschluß von Frauen aus qualifizierter Berufstätigkeit und ebenso aus öffentlichen Ämtern (Staatsdienst und Politik) muß ich wenigstens nennen, weil er ein Denk- und Verhaltensmuster beschreibt, das bis heute in den Köpfen und im Bauch von Männern wie Frauen präsent ist und den hinhaltenden, hartnäckigen Widerstand gegen jeden Schritt zu mehr Chancengleichheit und Gleichberechtigung legitimiert. Es ist die Vorstellung, daß Männern und Frauen von der Natur und folglich der Kultur zwei verschiedene Aufgabensphären zugeordnet sind, die beide Geschlechter nur unter Minderung oder Verlust ihrer „Vollwertigkeit“ als Mann oder Weib verlassen dürfen. Die Einbindung in ihren sogenannten Geschlechtscharakter trifft Männer wie Frauen gleich stark, aber Gott bzw. die Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft hat es so gerichtet, daß die Sphäre des Mannes der öffentliche Raum ist, während die Frau auf die Privatheit, insbesondere in Haushalt und Familie, verwiesen ist. Es kam dann die Kommunalpolitik seit der Weimarer Republik dazu. Daraus ergab oder ergibt sich eine Hierarchie der Geschlechter, die dem Manne die Macht und der Frau die Ohnmacht zu-

teilt. Die Frauenbewegung, die seit dem späten 19. Jahrhundert und erneut seit den 70er Jahren unseres Jahrhunderts weibliche Gleichberechtigung verlangt, hatte und hat es folglich mit zwei Gegnern zu tun: den tradierten Machtverhältnissen und der „natürlichen“ Geschlechterordnung, die den Raum öffentlichen Strebens und Streitens den Frauen „eigentlich“ nicht zuerkennt. Mir durchaus liebe, politisch überhaupt nicht engstirnige Kollegen haben mir am Beginn meiner Universitätskarriere gesagt, so nötig (wie für sie) sei für mich die Assistentenstelle nicht, denn ich hätte doch einen verdienenden Mann (Anmerkung: Diese Kollegen, die mir das sagten, hatten eine verdienende Frau).

Die in der DDR offiziell propagierte sozialistische Emanzipationstheorie schuf in der Praxis im Grunde keine günstigeren Voraussetzungen für Chancengleichheit von Frauen im Hochschulbereich. Denn unterhalb der Annahme, in der sozialistischen Gesellschaft sei Gleichberechtigung erreicht, konnte das soziale und kulturelle Rollenverständnis der bürgerlichen Gesellschaft, das ja schon im Kaiserreich von den Sozialdemokraten adaptiert worden war, ungehindert fortwirken. Die Frau entscheidet sich zwischen Familie und Beruf, nicht der Mann entscheidet sich zwischen Familie und Beruf. Ganz abgesehen davon, daß der Beruf „Familie“ vielleicht 20 Jahre währt, dann ist die Frau aber noch nicht im Rentenalter.

2. Schritte zur Veränderung der männlich dominierten Hochschulstruktur.

Die Hochschulen sind eine Männerdomäne, grundsätzlich nicht anders als die oberen Etagen der Wirtschaft, der Politik und der Parteien. Aber weil die Hochschulen für einen immer größeren Bevölkerungsanteil der Ausbildungsort geworden sind, vervielfältigen und befestigen sie außerdem die ungleiche Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern für die jeweils nächste Generation. In der alten Bundesrepublik nahm sich die neue Frauenbewegung seit den 70er Jahren in enger Wechselwirkung mit der jetzt entstehenden bzw. aus den USA herübergekommenen soziologischen und historischen Frauenforschung des Themas „Chancengleichheit für Frauen an den Hochschulen“ an und stellte sich der politischen Aufgabe, den Anteil an Wissenschaftlerinnen, insbesondere Professorinnen, zu erhöhen. Es begann ein „Marsch durch den institutionellen Regelungswald“, dessen Ziel stets auch ein Einstellungswandel in den Hochschulen sein sollte: die Einsicht zu fördern, daß die Hochschulen nicht an Qualität verlieren, sondern gewinnen, wenn Frauen vermehrt als Forscherinnen und Hochschullehrerinnen integriert werden. Diesen Einstellungswandel zu betreiben erwies sich als wirksamer als die bloß juristische Gleichberechtigungsdiskussion, weil die Kampfformel „Geschlechterparität“ die endlose Debatte über die Verfassungsgemäßheit der Frauenförderung auslöste. Diese Debatte dauert an: Nachdem es in den späten 80er Jahren so aussah, als ob beispielsweise mit dem Begriff der „strukturellen Diskriminierung“ eine verfassungsrechtliche Brücke zu einer Bevorzugung von (qualifizierten) Frauen bei einer Stellenbesetzung geschlagen war, geht der Trend seit mehreren Jahren

massiv in die entgegengesetzte Richtung. Geschlechterparität ist kein Verfassungsgrundsatz; jede Maßnahme, die mit der Herstellung von Parität begründet ist, gilt deshalb tendenziell als verfassungswidrig.

Erst seit Mitte der 80er Jahre setzten sich an den Hochschulen Einrichtungen und ein Regelwerk – sehr zögerlich immer noch – durch, den Frauenanteil am wissenschaftlichen Personal zu erhöhen. Der Handlungsdruck für die engagierten Frauen hatte sich nach der sogenannten Wende von 1982/83 verstärkt, denn die Wende propagierte im kulturellen und gesellschaftlichen Bereich die Besinnung auf die herkömmliche Geschlechterordnung. In Hamburg – das Beispiel, das ich am besten kenne – verabschiedete der Akademische Senat 1985 eine „Richtlinie zur Vermehrung des Anteils von Frauen am wissenschaftlichen Personal“. Das Verdienst darum kommt der Arbeitsrechtlerin und damaligen Vizepräsidentin der Universität, der ersten in der BRD, Prof. Dr. Heide Pfarr zu, die unterstützt von einem „Netzwerk Hamburger Hochschulfrauen“ mit juristischem Scharfsinn und politischem Verhandlungsgeschick alle administrativen Hürden überwand. Die Universität Hamburg spielte mit ihrer Richtlinien-Politik damals eine Vorreiterrolle angesichts verschiedener Konzepte und Strategien der Förderung von Frauen in der Hochschule.

Die Bestimmungen der Sätze 2 bis 4 in unserem Hochschulgesetz sind 1991 auf Drängen ebendesselben Frauennetzwerkes in das Gesetz aufgenommen worden, weil eine gesetzliche Absicherung nötig schien in einer Situation, in der dem Thema Chancengleichheit von Frauen im Hochschulbereich auf allen Ebenen der Wind ins Gesicht blies. Ich nenne hier als Beispiel die hektische Euphorie, mit der der Umbau der Hochschulen und der Wissenschaftslandschaft in den neuen Bundesländern betrieben wurde: Chancengleichheit von Frauen war dabei ein nachrangiges Ziel – sowohl für Kolleginnen aus der DDR selbst als auch für Bewerberinnen aus den alten Bundesländern.

Als zweites Beispiel ist die unglückselige jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes in Sachen Gleichberechtigung von Frauen bei Stellenbesetzungen zu nennen, womit der Europäische Gerichtshof eine hoffentlich nur vorübergehende Kehrtwende, weg vom Prinzip, daß es positive Maßnahmen zum Ausgleich bestehender Benachteiligung geben muß, unternommen hat. In den 80er Jahren waren die Empfehlungen der Europäischen Gemeinschaft zur Beförderung der Gleichstellung von Frauen eine große Argumentationshilfe gewesen, um die in unserer universitären Förderpolitik eingesetzten Instrumentarien zu legitimieren. Im Amsterdamer Vertrag steht jetzt die Vorschrift, „Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern“, vielleicht ändert das die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes. Im Leitantrag der SPD zur Europapolitik für ihren Parteitag im Dezember 1997 wird dieses Thema ausführlich aufgegriffen und endet mit der Versicherung: „Die SPD will mithelfen, in der EU durch eine progressive Politik der Gleichstellung von Frauen und Männern ein Modell zu entwickeln, das restaurativen Tendenzen in manchen Nationalstaaten entgegenwirkt“. Diese Unterstützung brauchen wir Hochschulfrauen dringend.

3. Erfolge, Grenzen und Versagen der frauenförderungspolitischen Maßnahmen in der neuen Bundesrepublik.

In Hamburg hat die politische Arbeit mit der Richtlinie seit 1985 durchaus Erfolge gezeitigt: die deutliche Vermehrung des Anteils von Frauen an Doktorandenstellen und Promotionsstipendien (soweit es sich um vom Land vergebene Stipendien handelt); die deutliche Vermehrung des Frauenanteils an den Assistentenstellen, was von großer strategischer Bedeutung ist, weil die Erhöhung der Zahl habilitierter Frauen eine wichtige Voraussetzung für mehr Frauen auf Professuren ist; am geringsten ist die Steigerung des Frauenanteils an Professorenstellen, immerhin von 6 auf 8 % bundesweit, obwohl die Betrachtung der einzelnen Berufungsfälle eine stark gestiegene Beteiligung und Berücksichtigung von Frauen zeigt. Die Anwendung der Richtlinie hat sich relativ rasch durchgesetzt, insbesondere die Mitwirkung von mindestens zwei Frauen in Berufungskommissionen. Dennoch ist zu befürchten, daß die Erfolge in beträchtlichem Maße der Neuheit der Richtlinie und dem Anfangselan aller Beteiligten zu verdanken waren. Jedenfalls geht es seit einiger Zeit nur stotternd voran. Die Anpassung der für männliche Bewerber streitenden Mitglieder von Berufungskommissionen oder Fakultäten an die Argumentationsmuster der Richtlinie, die in den Vordergrund tretende Behauptung, es müsse Männerdiskriminierung verhindert werden, der Druck immer knapper werdender Stellen: an der Universität Hamburg wird seit zwei Jahren jede zweite frei werdende Stelle gestrichen – eine „Sparpolitik“, die mit mehr oder weniger Schärfe alle Universitäten der alten Bundesländer trifft. Ein wichtiger Grund für die Stagnation auf universitärer Ebene ergibt sich aus der Überbeanspruchung der immer noch viel zu geringen Zahl von Professorinnen, die bei gegebenem frauenpolitischen Engagement viel zu viel Zeit in Berufungskommissionen, Habilkommissionen etc. zubringen müssen. Im Ergebnis leidet oft ihre wissenschaftliche Arbeit und ihre fachliche Reputation oder es wächst die Sorge, beides könnte leiden.

Die Richtlinienpolitik ist dennoch unverzichtbar, und sie sollte schleunigst auf die neuen Bundesländer übergreifen, obwohl der größte Stellenbesetzungsschub dort nun schon weithin ohne solche Mittel der Frauenförderung erfolgt ist. Die Richtlinien müßten verfeinert und vervollständigt werden. Insbesondere müssen Auswege aus der Sackgasse der Diskussion über Quotierung gefunden werden – mit Sackgasse meine ich nicht schlechthin die Quoten, sondern die festgefahrenen Positionen in der Diskussion darüber. Aber die anderen Wege zur Frauenförderung brauchen besondere Aufmerksamkeit: Die Förderung von Forschung über die historischen, kulturellen und sozialen Ursprünge der Benachteiligung von Frauen in unserer Gesellschaft, Finanzierungsprogramme zur Qualifizierung von Wissenschaftlerinnen für Professuren. Die von Bund und Ländern ausgehandelten Hochschulsonderprogramme sind ein nützlicher Ansatz hierzu.

Die Bundesrepublik leidet im europäischen Vergleich, aber sogar auch im Weltvergleich an einem spürbaren Modernisierungsrückstand, weil es ihr bis-

her trotz verschiedener Anstrengungen, die aber einseitig bei den als Interessentinnen behandelten Frauen liegen, nicht gelungen ist, Männer und Frauen gleichermaßen zu Beiträgen für Wohlstand, Wohlfahrt und Zukunftsgestaltung ihrer Gesellschaft zu aktivieren. Danke.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Meine Damen und Herren, das war ein sehr sehr weit gespannter Bogen, der in diesen vier Beiträgen gezogen worden ist. Wenn ich einige Stichworte in Erinnerungen rufen darf: das Problem der Frauen-IM's und ihr Anteil an der Gesamttätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit; die kritischen Anmerkungen zur Boheme in der DDR und die Aussage, daß die DDR-Feministin von einem ganz anderen Werdegang als im Westen war; die Äußerung über die wünschenswerte Möglichkeit, sich frei entscheiden zu können, für welchen Lebensentwurf man optieren möchte bis hin jetzt zu dem Gleichstellungsproblem im Spiegelbild der Hamburger Universität. Ein weites Feld. Wir haben Zeit, Fragen zu stellen an die Teilnehmerinnen dieses Podiums. Ich bin der Meinung, da die Abendbrotspause in der Tagesordnung sowieso etwas reichlich dimensioniert ist und die Preise am Büfett außerordentlich hoch sind, so daß man da sowieso nicht so viel Zeit verbringen kann, brauchen wir nicht pünktlich um 18.00 Schluß zu machen, sondern wir können auch, wenn das Interesse vorhanden ist, etwas überziehen. Aber jetzt bitte ich dann um Wortmeldungen. Eine Wortmeldung liegt bisher schriftlich notiert vor, das ist die von Herrn Kowalczuk, aber jetzt geht es munter weiter. Herrn Ortleb habe ich hier, dann Herrn Faulenbach. Dann behandeln wir erst mal diese drei Fragen in einer ersten Runde. Herr Kowalczuk bitte.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Ich fand die Konstellation, die sich auf dem Podium ergeben hat, außerordentlich spannend. Wenn ich nochmals in Erinnerung rufen darf, Frau Ahrberg begann ihr Statement mit dem nachvollziehbaren – ich möchte fast sagen – Ausruf: „das Ende der DDR war für mich eine Befreiung“. Frau Bohley hat dann im Prinzip diesen Ausruf noch untermauert und belegt, indem sie z. B. gesagt hat, daß es für bestimmte Leute, die eine emanzipatorische Idee verfolgt haben, nicht schick war, bestimmte Dinge mitzumachen und es fast lebensnotwendig war, auch eine andere Lebensweise an den Tag zu legen. Frau Mehnert spricht über das Grunderlebnis 1968, den Einmarsch der russischen Panzer in die Tschechoslowakei, zieht aber daraus eine ganz andere Schlußfolgerung – erstmal hörte sich das so an – und sagt, sie hat sich daraufhin politisch engagiert und wurde Stadtverordnete seit 1970 – ich nehme an für die LDPD. Es sind offensichtlich zwei Politikbegriffe hier vertreten worden, die ja miteinander nicht recht harmonisieren, sondern die eigentlich konfrontativ dastehen. Da würde mich einerseits nochmal die Meinung von Frau Ahrberg und von Frau Bohley interessieren, inwiefern Sie überhaupt glauben, inwiefern das, was man z. B. als Stadtverordnete oder als Vorsitzende einer sogenannten Blockpartei in einem örtlichen Rahmen anrichten konnte, wirklich Politik war. Meine andere Frage geht an Frau Mehnert, ähnlich formuliert, inwiefern Sie da wirklich Handlungsspielräume hatten, um tatsächlich Politik zu machen. Eine weitere Frage, die sich an Frau

Vogel richtet. Ich hatte ein bißchen gehofft, in diesem Podium auch von Ihnen stärker noch subjektive Wahrnehmungen vermittelt zu bekommen. Das war, glaube ich, auch ursprünglich die Idee dieser Podiumsdiskussion. Vielleicht hatte man Ihnen etwas anderes in der Einladung mitgeteilt, dann ist das nicht Ihre Schuld. Aber ich will einfach eine Frage stellen: Wenn ich recht informiert bin, dann waren Sie zumindest in den 80er Jahren häufiger in der DDR zu längeren Archivaufenthalten. Mich würde einfach interessieren, wie Sie damals die Stellung der Frau in der DDR-Gesellschaft wahrgenommen haben als eine Frau, die aus dem Westen kam, dort ein gewisses Engagement für die Frauenfrage gezeigt hat und nun als Besucherin hinter die Mauer kam. Eine zweite Frage an Sie. Es gibt ja seit längerem im Rahmen dieser Hochschulreformdiskussion auch den Punkt, daß man darüber redet, die Habilitation auch in Deutschland abzuschaffen und praktisch eher ein amerikanisches oder angelsächsisches System einzuführen. Inwiefern müßte man sich nicht auch aus einer frauenpolitischen Sicht dafür engagieren, die Habilitation als Berufsvoraussetzung an der Universität abzuschaffen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Rainer Ortleb bitte.

Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Frau Bohley, mich hat insbesondere in Ihrem Umdruck, den Sie hier rumgegeben haben, die Formulierung gefesselt: „Ich höre die gleichen weiblichen Stimmen jetzt verkünden, daß 'Frau' die Hälfte der Menschheit ist und das '-innen' einklagen – wobei bemerkenswerterweise nicht die Seele, sondern die Schreibweise gemeint ist“. Das ist ein Punkt, der mich immer sehr bewegt hat bei der Frage, wie fördere ich Frau, und ich hasse es absolut – ich bekenne das hier so –, daß man das an Formalismen festmachen will. Genau aus diesem Grunde heraus frage ich immer angstvoll, was können wir mit Regulierungen erreichen, ohne daß die Regulierungen dabei auf die eigenen Füße fallen? Dieses Gefühl habe ich manchmal. Ich meine das wirklich positiv, man möge mich bitte nicht verkennen. Ich habe selbst fast vier Jahre lang als Bundesminister manchmal als Quotenossi im Kabinett gefühlt, was man mir ja unterstellt hat. Und seither weiß ich, wie weh es tun kann, wenn nicht gefragt wird, was kann er oder was kann er nicht, sondern wenn als erste einfachste Ausrede gesagt wird, na ja, er ist wegen der Quote da, und das ist dann die ganze Begründung. Aus diesem Grunde glaube ich, daß der Mechanismus solcher Regulierungen sehr sensibel angefaßt werden sollte. Ich würde insbesondere Sie, Frau Prof. Vogel, fragen wollen: Würden Sie eine Art Rangfolge, wie man das organisieren sollte, sehen? Denn wir wollen ja aus der Geschichte auch irgendwie lernen.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Danke schön. Herr Faulenbach bitte.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Zunächst zu Frau Ahrberg. Ich habe die Frage, wie Sie die Kirche unter der hier diskutierten Fragestellung erlebt haben. Gab es auf den verschiedenen Ebenen der Amtskirchen in der DDR Bestrebungen, so etwas wie eine Form der Gleichberechtigung zu erreichen, oder handelte es sich eher um einen Raum, in dem die beherrschenden Kräfte in diesem Punkte dominant waren? Eine zweite Frage: Inwieweit ist die Kirche ein Raum

gewesen, wo man die Frage der Gleichberechtigung in ihren Auswirkungen insbesondere auf die Familie erörtert hat? Ist dies ein besonderes Thema auch im Raum der evangelischen Kirche gewesen, oder war dies keine wirklich zentrale Frage? Dann eine Frage an Frau Bohley. Sie waren engagiert bei „Frauen für den Frieden“. Ist es wirklich so zufällig gewesen, daß sich da Frauen gefunden haben? Handelt es sich nicht in diesem Fall doch um eine Induktion von bestimmten Protestformen, die es im Westen gegeben hat, die dann von Ihnen erst nachträglich mit feministischen Positionen unterfüttert worden sind? Eine zweite Bemerkung zu Ihnen. Sie haben die Marginalisierung Ihrer Positionen beschrieben. Dies ist aber doch wohl eine Marginalisierung, die insgesamt für die alte Bürgerrechtsbewegung gilt und keine spezifische Frage, die jetzt auf das Feld der engagierten Frauen zielt. Vielleicht können sie das einfach nochmal klarstellen. Marginalisierung habe ich als unbedeutend werden, unwichtig werden, keinen Raum mehr finden für eigene Betätigung, verstanden. Das haben Sie doch versucht, zu beschreiben im Hinblick auf die früheren Positionen.

Frau Mehnert, an Sie hätte ich die Frage: Wie empfinden Sie denn die Veränderung der Situation der Frauen an den Hochschulen in den Zeiträumen vor 1990 und nach 1990? Können Sie eine nennenswerte Veränderung in Ihrem Umfeld erkennen für die Situation von Frauen im Hochschulbereich? Oder würden Sie sagen, da gibt es im Grunde genommen keine Regelmäßigkeit, über die sich gegenwärtig Aussagen machen lassen. In dem Zusammenhang die weitere Frage: Wie würden Sie denn zu der Forderung von Frau Vogel stehen, diese Richtlinienpolitik auf die Universitäten in den neuen Ländern anzuwenden? Können Sie sich so etwas als einen sinnvollen Vorgang vorstellen?

Schließlich an Frau Vogel die Frage: Wenn ich den Vortrag richtig verstanden habe, dann stellt das Jahr 1990 im Hinblick auf die Situation an den westdeutschen Universitäten oder im Hochschulbereich keine wirkliche Zäsur dar. Im wesentlichen laufen die Dinge offenbar weiter und es ginge jetzt im Grunde genommen nur darum, diese Richtlinienpolitik weiterzuführen als den Hebel, den man am ehesten anwenden kann, um im Hinblick auf die hier angegebenen Zielsetzungen voranzukommen. Ist dies zutreffend?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Rainer Eppelmann hat sich noch gemeldet.

Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Ich hätte zwei Fragen, die ich gerne an alle vier Damen stellen möchte, und ich bin dankbar dafür und glücklich darüber, daß das Menschen aus beiden ehemaligen Teilen Deutschlands sind. Mich würde interessieren im Blick auf unser Gesamtthema, wo Sie sich – jede einzelne – gerecht oder wo ungerecht behandelt gefühlt haben als Frau? Ich benutze bewußt diese Formulierung und rede nicht von Emanzipation. Wo haben Sie sich gerecht behandelt gefühlt und wo ungerecht, im Zusammenhang mit Ihrem Geschlecht? Welche Wünsche haben Sie für dieses Thema, über das wir heute reden, an den hier fragenden Gesetzgeber? Die zweite Frage: Wenn

Sie die Zeit vor sieben Jahren mit der von heute vergleichen, wo erleben Sie Verbesserungen und wo Verschlechterungen?

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Danke schön. Ich glaube, in der Beantwortung machen wir es jetzt so, daß wir gewissermaßen die Reihenfolge der Tagesordnung umdrehen. Sie haben alle fleißig die vielfachen Fragen mitnotiert und haben nun also – auch bitte mit Blick auf die Uhr – die Aufgabe, wenigstens eine Auswahl aus diesen Fragen zu beantworten. Frau Prof. Vogel bitte.

Prof. Dr. Barbara Vogel: Ich will es versuchen, obwohl ein Teil der Fragen so umfangreich ist, daß man wieder ansetzen könnte, ein weiteres Statement abzugeben. Ich versuche daher, es ganz stichwortartig zu machen. Herr Kowalczyk, zur Frage meiner subjektiven Wahrnehmung der Situation von Frauen, vielleicht speziell von Frauen an Hochschulen in der DDR, möchte ich eine Vorbemerkung machen. Ich habe meine Einladung hierher überhaupt nicht so verstanden, daß ich Ihnen meine subjektiven Wahrnehmungen – nicht gefiltert durch Studien, die ich dazu angestellt habe – hier vortrage. Ich glaube, es ist – darauf komme ich gleich noch zu sprechen – ohnehin sehr wichtig für uns, zu unterscheiden zwischen den schrecklichen, den dramatischen, den erfreulichen Ereignissen, die einzelne Menschen, Männer oder Frauen, in bestimmten Situationen erleben, und der Einordnung dieser einzelnen Ereignisse in so etwas wie die Struktur der Politik oder die Struktur der Hochschule. Soweit meine Vorbemerkung. Ich will aber gern kurz und knapp – dann hört sich das sicherlich sehr böse an – sagen, daß meine subjektive Wahrnehmung von Frauen an den Hochschulen in der DDR sehr beschränkt ist. In den Archiven, die ich besucht habe, waren die Kollegen, die mit im Archiv arbeiteten, in der Regel Männer. Es waren sehr wenige Historikerinnen, die im Archiv arbeiteten. Ich leite daraus ab, wie unterschiedlich die Zahlenverhältnisse waren.

Die zweite Frage, ob im Abschaffen der Habilitation vielleicht eine größere Chance für Frauen gegeben ist: Ich bin skeptisch. Das hört sich an, als ob die Frauen Sonderkonditionen brauchen, und das wäre ja noch viel schlimmer als eine Quote. Daß ich skeptisch bin, hängt nicht damit zusammen, daß ich der Meinung bin, wissenschaftliche Leistung sollte sich bewähren an der Publikationstätigkeit, da muß das Buch nicht die Bemerkung tragen: „angenommen als Habilitationsschrift an der Universität soundso“. Von daher würde ich es sehr sinnvoll und zeitgemäß finden, die Habilitation abzuschaffen, aber ich bin skeptisch in diesem Punkt. Ich bin ja nun schon alt genug, um nicht als junge Assistentin gekämpft zu haben für die Abschaffung der Habilitation. Das war in den alten Bundesländern in den 70er Jahren. Ich selbst habe an vielen Diskussionen und in Gremien damals mitgemacht und habe, wie ich heute noch finde, mit Kolleginnen und Kollegen von mir Argumente gegen diesen alten Zopf Habilitation vorgetragen. Wir haben uns nicht durchgesetzt, und ich kann von mir selbst sagen, daß ich dann irgendwann in der Mitte der 70er Jahre resigniert gesagt habe, wenn ich denn eine Laufbahn an der Universität einschlagen will, dann muß ich mich habilitieren, also habilitiere ich mich. Aus dieser

deprimierenden Erfahrung kommt meine Antwort. Ich würde mich freuen, wenn ein neuer Anlauf jetzt erfolgreicher wäre, nicht wegen der Frauen übrigen, sondern weil ich meine, das sollte unserem Wissenschaftsverständnis entsprechen.

Herr Ortleb: Die Quote brachten Sie völlig zu Recht in einen Zusammenhang mit Formalismus, es gibt auch Formalismen in der Sprache zum Beispiel. Ich stimme Ihnen herzlich gern zu, daß es völlig kontraproduktiv ist, wenn sich die Forderung nach mehr Gehör für Frauen darin erschöpft, daß wir immer diesen Schrägstrich anbringen und an Wörter die Silben „-innen“ dranhängen. Abgrenzen davon müssen wir aber unsere berechnete Abneigung gegen eine häßliche Sprache, und wir sollten uns bewußt machen: Frauen müssen beim Sprechen vorkommen. Wir haben eine Tradition unserer Sprache, die wir heute etwas notdürftig damit erklären, daß wir sagen, die männliche Form sei geschlechtsneutral. Sie ist es aber im Alltagsgebrauch der Sprache nicht, und wir müssen also einen neuen Sprach- und Redestil entwickeln. Ich bilde mir ein, daß ich das auch schon ganz gut beherrsche, daß ich nicht mit Schrägstrichen argumentiere und daß ich auch nicht jedesmal das „-innen“ mitteile, aber daß in den Ausführungen deutlich wird, hier ist auch von Frauen die Rede, oder sogar, hier ist nur von Frauen die Rede. Den kleinen Spaß muß ich jetzt doch noch erzählen, daß in einem Buch über Arbeitsrecht aufgezählt ist, wer bestimmte Sonderurlaube beantragen kann und da heißt es dann, auch „der Arbeitnehmer, der schwanger ist“. Das sind einfach eben die Punkte, wo man sich ganz schnell einigen müßte, dann brauchen wir keine Formalismen.

Auch die Quote kann zu einem schrecklichen, und für alle, die damit hantieren, sehr unbefriedigenden Instrument werden. Deswegen habe ich gesagt, wir müssen aus dieser Sackgasse herauskommen. Wir sollten nicht – ich glaube, das passiert aber auch in der Diskussion heute nicht mehr – sogenannte starre Quoten vorgeben über das Verhältnis zwischen Männern und Frauen. Mir leuchtet aus der verfassungsrechtlichen Diskussion dieser Gesichtspunkt sehr ein. Die Beseitigung von Nachteilen ist ein Auftrag unserer Verfassung, aber Geschlechterparität herzustellen, ist kein Verfassungsauftrag. Das können wir uns wünschen, aber es ist nicht der Auftrag. Die Geschlechterparität bzw. die von mir auch kritisierte Unterrepräsentanz von Frauen basiert auf der schlichten Annahme, daß Frauen prinzipiell genau so gut geeignet sind für alles, was sie machen wollen, wie Männer. Wenn man das in Verbindung setzt mit der Beobachtung einer abweichenden Realität führt das zu der Überlegung: Wie müssen wir die Rahmenbedingungen verändern, damit die individuellen Lebensentscheidungen entsprechend getroffen werden können? Hier ist in der Diskussion ein paar Mal gesagt worden, jede Frau sollte doch die freie Entscheidung für das eigene Leben oder den eigenen Lebensentwurf treffen. Meine Antwort lautet: Ja, selbstverständlich soll sie das; aber wenn wir historisch gewachsene und kulturell in unseren Köpfen vorhandene Rahmenbedingungen haben, die die Frau zunächst mal für die Kindererziehung zuständig machen, dann ist das mit der freien Entscheidung sehr leicht eine luftige Illusion.

Herr Eppelmann, ich glaube, es ist – für mich jedenfalls – eine sehr schwierige Frage, wo ich in meiner beruflichen Laufbahn mich gerecht oder ungerecht behandelt gefunden habe. Ich denke, wir haben schon ein Stück Gleichberechtigung von Männern und Frauen erreicht, insofern jedermann aus seiner Karriere erzählen kann, wo er sich absolut ungerecht behandelt gefühlt hat. Und es wäre ja auch lächerlich zu sagen, deshalb müßten wir jetzt Quoten oder sonstwas einführen. Ich habe in meinem kleinen Statement dieses eine Beispiel gegeben, mit welcher liebenswürdigen Unschuld, die aber auf eine Frau wirklich niederschmetternd wirkt, gesagt wird: Für dich ist das doch nicht so wichtig, daß du jetzt diese wissenschaftliche Assistentur kriegst, du bist doch eine Frau und du hast doch auch einen Mann. Grundsätzlich – glaube ich – kommen wir nicht weiter, wenn wir fragen, wo gibt es individuelle Gerechtigkeit und wo gibt es individuelle Ungerechtigkeit in den Entscheidungen. Sie hatten Fragen gestellt an den Gesetzgeber. Ich denke, der Gesetzgeber sollte beachten, daß das Männern und Frauen gesetzte Ziel ist, unsere Gesellschaft von beiden Geschlechtern gestalten zu lassen.

Herr Faulenbach: Sie fragten, ob 1990 für die bundesdeutschen Hochschulen eine Zäsur war. Ich denke, es hat dort sehr viel Kontinuität gegeben. Es gibt ja auch genügend böse Berichte darüber, daß die Vereinigung für den Hochschulbereich der alten Bundesrepublik eine Art Ventil war, das sich geöffnet hat, um einen gewissen Stau für Nachwuchswissenschaftler – männlichen Geschlechts übrigens mehr als weiblichen Geschlechts, wenn ich das mal sagen darf – aufzulösen, die in die DDR gegangen sind und dort eine Chance hatten. Ich würde aber dennoch, wenn ich das geschlechtsspezifisch differenzieren soll, sagen: Für die Gleichstellungspolitik von Frauen an der Hochschule haben die 90er Jahre eine Stagnation bedeutet. Ich glaube nicht, daß die Vereinigung der beiden deutschen Staaten der einzige oder erste Grund dafür ist, aber er spielt mit hinein. Es kommen dann die finanziellen Belastungen dazu, es kommt die Armut unserer Haushalte dazu und der Faktor, wie wir miteinander leben, spielt da auch eine Rolle.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Schönen Dank. Frau Prof. Mehnert bitte.

Prof. Dr. Elke Mehnert: Ich möchte anknüpfen und sagen, ich habe die Erfahrungen gemacht, daß solche Richtlinien nichts bewirken. Ich hatte auch gemeint, ich könne mich dem Auftrag der Hochschulrektorenkonferenz nicht verweigern, in dem Transformationsprozeß ein wenig mit darauf hinzuwirken, daß die Zahl der weiblichen Beschäftigten an den Universitäten, und zwar der im wissenschaftlichen Dienst Beschäftigten, nicht drastisch reduziert würde. Es hat nichts bewirkt, denn die Berufungskommissionen waren natürlich männlich dominiert, und da die Berufungskriterien die der alten Bundesrepublik waren, haben sie auch auf weibliche Biographien natürlich keine Rücksicht genommen. Da sind Publikationen gezählt worden.

Sie haben noch gefragt, ob sich die Situation von Frauen an Hochschulen in Ostdeutschland verschlechtert hätte. Ich sage, die Situation von Frauen und

Männern an Hochschulen hat sich verschlechtert, besonders drastisch sichtbar im Personalabbau an den ostdeutschen Hochschulen, in der totalen Schrumpfung des wissenschaftlichen Mittelbaus, der ja die Hauptlasten der Lehre und auch der Zusammenarbeit mit den Studierenden in der DDR getragen hat. Eine Verschlechterung der Stellung kann für die Frauen zutreffen, die in einem Frauenförderungsplan als sogenannte „Prioritätenkader“ gehandelt worden sind, denen man Habilitationsstipendien oder auch Promotionsstipendien zuteil werden ließ, weil sie politisch eben opportun waren. Wenn man aber in der DDR Habilitationsverbot hatte, man sich Qualifikationen erkämpfen mußte, dann muß man sagen: Man hat damals kämpfen gelernt und heute müssen Frauen genauso kämpfen, aber Männer eben auch. Ich denke, das ist kein geschlechtsspezifisches Problem.

Herr Kowalczuk, das ist eine sehr persönliche Frage, die Sie mir gestellt haben, und ich kneife überhaupt nicht. Wenn man in seinem Leben drei Mal Panzer an seinem Haus hat vorbeifahren sehen, das eine Mal 1945 als die Russen kamen, das zweite Mal 1953, als wir im Ausnahmezustand waren und die Panzer auffahren, und das dritte Mal 1968, dann verliert man gewisse Illusionen, die in meiner Familie Traditionen haben. Schon meine Großeltern waren Mitglieder einer demokratischen Partei, und mein Großvater hat die LDP nach 1945 mitgegründet. Wir haben 1968 immer noch eine gewisse Hoffnung gehabt, daß sich die Verhältnisse ändern würden. Wenn Sie das aber drei Mal live erlebt haben, dann haben Sie diese Hoffnung nicht mehr, und dann denken Sie, Sie müßten sich einrichten und müßten versuchen, dieses Leben lebbar zu machen. Sicherlich, die eine Illusion ist mir genommen worden, eine andere habe ich dann gelebt und bin eigentlich auch ein „Vorzeigediot“ gewesen, um den Begriff von Heinrich Böll auf politisches Engagement in der DDR zu übertragen. Aber ich habe 1968 gemeint: So können doch die Verhältnisse nicht bleiben wie sie sind, und statt sie nur zu kritisieren, müßte ich zumindest den Versuch machen, mich selbst einzubringen und zu sehen, ob ich etwas ändern könnte. Das war lächerlich genug. Was man ändern konnte, das war vielleicht der Backofen für den Bäckermeister XY – das sind Konkreta, die ich jetzt nenne –, den wir beschaffen konnten und der Meister mußte dann die Bäckerei deswegen nicht schließen. Das waren Fragen der Umweltpolitik, in denen man allerdings sehr vorsichtig agieren mußte. Ich habe Jugendherbergen im Bezirk Karl-Marx-Stadt besucht, und wir haben uns um ihre Rekonstruktion gekümmert. Ich bin manchen Sonnabend mit einer Arbeitsgruppe „ausgerückt“, über die Dörfer gefahren und habe geschaut, ob der angekündigte Jugendtanz auch tatsächlich stattgefunden hat und ob die Gaststättenleiter sich nicht durch einen gemeldeten, aber nicht durchgeführten Jugendtanz dieser Verantwortung entzogen haben, habe also viel im Freizeitbereich getan. Ich habe mich darum gekümmert, daß eine Turnhalle energie günstig um 90 Grad gedreht worden ist entgegen dem Bauplan – lächerliche Dinge. Mitte der 80er Jahre war ich so weit, daß ich eigentlich in einem anderen Bezirk politisches Asyl hätte beantragen müssen, weil ich mich mit allen Instanzen gründlich verstritten hatte. Aber das ist eine Erfahrung, die mir bleibt; auch die Erfah-

rung, benutzt worden zu sein. Ich kann nur sagen: Auch für mich war das Jahr 1989 befreiend. Auch als in den Parlamenten mit einem Mal Leben einzog und wir im Bezirkstag dann Tacheles geredet haben, und als wir auf der Straße waren. Natürlich, das ist eine ganz andere Politikerfahrung. Aber Politik hieß für mich zuerst mal, daß ich mich als „zoon politicon“ gefühlt habe und gemeint habe, ich muß halt versuchen, etwas zu tun, wenn mir diese ganze Geschichte nicht paßt. Das war der Ansatz, und deshalb war 1968 für mich ein entscheidendes Jahr.

Herr Eppelmann: Gerecht oder ungerecht behandelt? Ich fühle mich immer dann ungerecht behandelt, wenn ich in irgendwelchen männerdominierten Runden gefragt werde: Und wie fühlen Sie sich nun eigentlich hier als Frau? Das sind die Fragen, bei denen ich explodieren könnte und auch verschiedentlich explodiert bin. Einmal bin ich auch explodiert, als sich bei einer Plenarsitzung der Hochschulrektorenkonferenz – wir waren immerhin drei Rektorinnen an deutschen Hochschulen – der Präsident bei der Gattin des gastgebenden Rektors bedankte und ihr stellvertretend für alle gestreßten Gattinnen der armen Hochschulrektoren einen Blumenstrauß überreichte. Da haben wir drei dann doch an Erichsen einen Brief geschrieben und haben geschrieben, wir kriegten natürlich keinen Blumenstrauß, und hätten ihn auch nicht verdient, weil wir keine Gattinnen hätten. Da fühle ich mich dann schon mal verärgert und werde dann auch ein bißchen aufmüpfig. Aber ich habe damit eigentlich nie ein Problem. Ich kann es einfach nicht leiden, wenn man mir erst unter den Rock guckt, ob da auch blaue Strümpfe zu sehen sind, und wenn man mich nicht zu akzeptieren bereit ist, weil ich ein Mensch bin und dies oder jenes tue oder denke oder weiß.

Bitten an die Gesetzgeber habe ich natürlich. Ich habe es ja auch schon gesagt. Lassen Sie sich bitte nicht davon abbringen, daß ein Recht auf Kindergartenplätze eben ein verbrieftes Recht sein muß. Bitte setzen Sie sich dafür ein, daß wir eine bessere Bildung bekommen, als sie jetzt existiert. Ich glaube, damit tun Sie sehr viel dafür, daß Frauen auch beruhigt ihrem Beruf nachgehen können und daß wir auch wieder kluge und gebildete Mädchen bekommen – das wäre mein Wunsch.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Schönen Dank. Frau Bohley bitte.

Heidi Bohley: Herr Eppelmann, Herr Gesetzgeber, holen Sie die Waffen zurück, die die NVA in ihrer Amtszeit nach Indonesien, Ost-Timor ...

(Zwischenruf Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Sie haben ja überhaupt keine Zeitung gelesen. Wie können Sie so eine falsche Meldung immer wieder aufbringen? Das enttäuscht mich ja sehr.)

Heidi Bohley: Die ehemaligen Bausoldaten, die Ihnen geschrieben haben, haben so viel Hoffnung drauf gesetzt, daß doch der Herr Eppelmann, der damals Verteidigungsminister war, jetzt vielleicht einen Schreck kriegt, wenn er merkt, daß die Waffen in Indonesien gelandet sind. Das war meine Frage an den Gesetzgeber. Ansonsten zum Politikverständnis: Sogar zu mir, die ich

1968 noch in Görlitz war, ist die Kunde gedungen, daß Leute verhaftet worden sind, weil sie protestiert haben gegen den Einmarsch in die CSSR, und daß in Berlin die Kinder von Robert Havemann ein Schild mit der Aufschrift „Dubcek“ an den Kinderwagen gemacht haben und damit durch die Stadt gezogen sind. Das haben wir in Görlitz erfahren. Die Schlußfolgerung, dass Stadtverordnete zu werden, ist irgendwie schwer nachvollziehbar. Da prallen wirklich unterschiedliche Politikverständnisse aufeinander. Ein Abgeordneter hätte ja auch mal hingehen können und sich mit den Leuten unterhalten und vielleicht geschaut, wer diejenigen sind, die Schwierigkeiten hatten im Land. Wir haben als „Frauen für den Frieden“ mal versucht, Mitglied in einer internationalen Dachorganisation zu werden, in der auch der DFD drin war. Wir hatten uns als Gruppe auch um die Mitgliedschaft beworben und wurden dann wieder auf den DFD verwiesen. Es war gar nicht möglich für uns, irgendwo eine anerkannte Organisation zu werden. Die Tschechen haben es sehr deutlich gesagt, die Charta-77-Leute haben gesagt, was sollen wir eine Friedensbewegung machen, wenn wir keine Bürgerrechte haben. Wir müssen überhaupt erst mal Bürgerrechte einklagen, damit wir dann die Forderungen der Friedensbewegung stellen können, denn ohne Bürgerrechte können wir die überhaupt nicht umsetzen.

Wir waren natürlich in der DDR in einer besonderen Situation, daß wir uns dranhängen konnten an diesen Zug der Friedensbewegung. Die DDR war ja offiziell z. B. Mitglied in IPPNW (Internationale Ärztevereinigung für die Verhütung des Atomkrieges), also konnten sich Ärztgruppen zusammensetzen und sagen, wir wollen da auch dabei sein. Der Begriff „Frauen für den Frieden“ war ja nicht gesetzlich geschützt. Das war eine Erfindung von Frauen in Skandinavien, die das am Küchentisch gründeten, sich „Frauen für den Frieden“ nannten, und jeder auf der Welt durfte das auch. Natürlich ging es uns auch um die Raketen, aber es ging auch darum, ein bißchen den Fuß in die Tür zu kriegen, um Demokratisierung und um mehr Freiräume zu erreichen.

Was ich meinte mit dem Wort schick, – da haben Sie mich falsch verstanden –, ich wollte sagen, diese Sachen zu machen war keine Mode, sondern es war eine Möglichkeit, in einer unerträglichen Situation sich etwas einfallen lassen, wie man vielleicht doch etwas tun könnte. Ich weiß nicht, ob das so deutlich geworden ist, aber mir geht es wirklich nicht so sehr um die Frage, ob nun wir, diese Frauen, die damals da waren, unbedeutend geworden sind. Mir geht es um die Notwendigkeit der Einmischung von solchen Personen wie ich es bin. Von denen gibt es eine ganze Menge. Wir eignen uns nicht für Parteien. Wir eignen uns nicht für feste und starre Formen oder für diese verkrustete Parteienlandschaft. Wir wollen auch keine politische Karriere machen. Aber wir sind nicht unpolitisch. Wir brauchen für das 21. Jahrhundert neue Strukturen. Wir müssen die politische Landschaft aufbrechen. Wenn ich jetzt so die Generation meiner Tochter sehe, die sind auch alle überhaupt nicht unpolitisch. Sie fallen nicht dadurch auf, daß sie andere Leute erschlagen oder Drogen nehmen, also werden sie politisch gar nicht wahrgenommen. Es muß ein Feld geschaffen werden, wo sich etwas Neues artikulieren kann, etwas wachsen kann. Das war

schon mal da. Das ist durch die schnelle Vereinigung der Parteien zu so einer festen Landschaft geworden, in eine Form gepreßt worden, die irgendwann auch wieder gesprengt werden wird. Ich hoffe, daß das nicht gewaltsam sein wird. Diese Freiräume zu suchen, ist eine Aufgabe für uns alle. Ich weiß da auch keinen Weg. Ich denke nur, daß es wichtig ist, daß Leute sich einbringen können.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Schönen Dank. Frau Ahrberg bitte.

Edda Ahrberg: Ich werde versuchen, mich aus dem zurechtzufinden, was ich mir mitgeschrieben habe. Zunächst zum Politikverständnis: Ich verstehe als Politik oder als politisch tätig zu sein: erstens, mich einzumischen, zweitens einen fairen Meinungsstreit zwischen Leuten, die unterschiedlicher Meinung sind, und zwar, um bessere Möglichkeiten zu suchen. In diesem Sinne habe ich Abgeordnete in der ehemaligen DDR nicht erlebt. Ich habe die Parlamente erlebt als „Akklamationsgeschichten“, wo ich nichts von einer fairen Auseinandersetzung verschiedener Meinungen gespürt habe. Insofern haben diese Leute in meinem persönlichen Leben keine Rolle gespielt. Es sei denn – und das ist eine sehr wichtige Sache – sie haben über mein Leben bestimmt und sie haben mich in meiner persönlichen Lebensqualität eingeschränkt, indem sie bestimmten Gesetzen zugestimmt haben.

Herr Faulenbach, die Sache mit der Kirche, das wäre eine eigene Tagung wert. Ich kann dazu nur sagen, die evangelische Kirche ist eine Amtskirche, obwohl sie eine Synode hat als leitendes Gremium, ist sie ansonsten streng hierarchisch aufgebaut. Ich kann nur sagen, sie ist belebt worden dadurch, daß verheiratete Frauen als Pastorinnen tätig sein durften und vor allen Dingen, daß sich auch Gruppen unter ihrem Dach versammeln konnten, die offen diskutieren konnten. Jetzt darüber zu spekulieren, was die Familie bei Luther bedeutete oder so, da könnte man endlos diskutieren. Ein Punkt, den ich für sehr wichtig erachte ist der, daß die Kirche zum Teil, auch die evangelische Kirche, Familien alleine gelassen hat und zwar zum Teil, wenn es um die Kinder ging. Sehr viele Mütter – und da sind auch, denke ich, die Frauen mehr belastet gewesen als die Männer – haben sich schwer getan mit der Entscheidung: schicke ich meine Kinder zu den Pionieren oder lasse ich sie zur Jugendweihe zu. Die Entscheidung Jugendweihe, Konfirmation oder Mitgliedschaft in den Pionieren oder in der Freien Deutschen Jugend, die Entscheidung, gebe ich dazu mein Einverständnis ja oder nein, haben sich sehr viele Frauen sehr, sehr schwer gemacht. Und sie haben eigentlich, um ihren Kindern nicht zu schaden, dem Eintritt zugestimmt, obwohl sie der Meinung waren, das ist nicht richtig. Das war ein Stück Vergewaltigung.

Zu Herrn Eppelmann. Drei Probleme: Wo habe ich mich gerecht und wo ungerecht behandelt gefühlt? Heute habe ich mich ungerecht behandelt gefühlt, weil ich mich reduziert gesehen habe als Frau auf das Problem Arbeit. Für mich bedeutet Frau sein und Mensch sein etwas mehr als Arbeit – und zwar eine ganze Menge mehr. Zu DDR-Zeiten habe ich mich an vielen Stellen unge-

recht behandelt geführt. Das hatte aber nichts mit meinem Frausein zu tun, sondern mit politischen Überzeugungen.

Welche Wünsche ich an den Gesetzgeber hätte: Da hätte ich speziell zwei und die betreffen beide Gruppen, die weitgehend aus Frauen bestehen und die vergessen oder nicht berücksichtigt wurden bei der Novellierung des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes. Es betrifft einmal die Hinterbliebenen von Hingerichteten. Da die zum Tode Verurteilten weitgehend Männer waren in der ehemaligen DDR, betrifft das die Frauen, die heute von Unterstützungsleistungen weitgehend ausgeschlossen sind. Die zweite Gruppe betrifft diejenigen, die nicht auf dem Gebiet der späteren DDR, also auf dem Gebiet der SBZ, in Internierungslager gekommen sind, sondern vom Gebiet des heutigen Polens, also jenseits von Oder und Neisse, oder aus der Sowjetunion, und die dann später nach ihrer Entlassung in die DDR zurückgekommen sind. Das ist eine sehr große Gruppe, auch zum größten Teil aus Frauen bestehend, die sehr bittere Erfahrungen gemacht haben in diesen Lagern in Polen und in der Sowjetunion und die auch bei der Novellierung ausgespart blieben. Es wäre meine Bitte, diese beiden Gruppen nicht zu vergessen.

Wo ich Verbesserungen sehen würde und wo Verschlechterungen? Das kann ich nur ganz persönlich sagen. Ich habe schon immer gerne gelebt, auch vor 1989, und ich habe bewußt keine Karriere gemacht, weil ich das nicht wollte. Ich habe mich auch nicht in die Zwänge begeben, z. B. in die SED eintreten zu müssen, um eine Professur zu kriegen. Das fand ich viel zu anstrengend, mich so verbiegen zu lassen. Insofern hat sich für mich nach 1989 eigentlich mehr verbessert, weil ich viele Dinge machen kann, die ich vorher nicht machen konnte.

Gesprächsleiter Prof. Dr. Peter Maser: Schönen Dank. Dank vor allen Dingen den Teilnehmerinnen an dieser Runde. Ich glaube, es war wichtig, daß die Dinge jetzt am späten Nachmittag auf der einen Seite so persönlich und auch so vielfarbig geschildert wurden, nachdem wir uns zunächst die großen Überblicke verschafft haben. Insofern Ihnen allen Dank für die Beiträge, die Sie hier geleistet haben. Ich könnte mir vorstellen, daß wir eine zweite und dritte Fragerunde hier mühelos anschließen könnten, aber Sie kennen ja die Tagesordnung und haben inzwischen auch mitbekommen, wie hart die Sitten hier sind. Daß wir eine halbe Stunde überzogen haben, das ist schon eine Sache, für die ich den Kollegiumsmitgliedern herzlich danke, daß das so möglich gewesen ist, weil wir auf diese Weise doch zumindest eine Fragerunde machen konnten. Wir fahren dann fort, wie es in der Tagesordnung aufgeführt ist, um 19.30 Uhr mit dem sogenannten Schlußpodium. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Nach unserer Tagesordnung ist es eindeutig, daß es um 19.30 Uhr mit dem Schlußpodium für den heutigen Tag und der dann anschließenden Diskussion weitergehen soll. Wir wollen es genauso handhaben, wie es hier draufsteht und ich bitte Frau Prof. Schwan die Regie zu übernehmen.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Daß ich zu spät komme, ist eigentlich nicht meine Art, und ich hatte schon gewußt, daß das sehr knapp ist, weil ich einen langen Tag in der Uni hatte. Es ist mir unangenehm, aber man hat mich sozusagen hierher geknetet, und da wir Frauen knetbar sind, bin ich nun fast zu spät. Ich habe mich aber doch noch versucht, kündigt zu machen, obwohl ich den ganzen Tag über nicht dabei war, was sich auch nicht gehört, und möchte Ihnen zunächst die Teilnehmerinnen am Podium vorstellen. Ich habe von der Regie gehört, daß es eine Stunde lang zunächst auf dem Podium enorm lebendig zugehen soll und dann noch mal eine Stunde mit der gesamten Beteiligung aller folgt. Ich denke, wenn wir fünf Personen auf dem Podium sind und eine Stunde lang reden, dann ist es wohl das langweiligste, wenn jeder ein 3 bis 5-Minuten-Statement gibt, dann kommen wir zu gar nichts. Deswegen lade ich die Damen ein, genauso unverblümt und unverfroren wie ich zu sein und einfach einzusteigen. Es gibt ja fast immer drei Schritte. Die Politikwissenschaft fragt immer: was ist, was soll sein und was ist möglich, und dann muß man fragen, was zu tun ist, und so wollen wir das dann auch hier halten. Natürlich gibt es ein paar Sachen, die Lenin richtig gesehen hat, also nicht direkt in den Ausführungsbestimmungen, aber jedenfalls die Fragen hat er richtig gestellt. (Gelächter) Habe ich damit jetzt furchtbar ins Fettnäpfchen getreten?

(Zwischenruf: ... die Herren von der PDS, die werden sich noch wundern.)

(Gelächter)

Ach ja, die Vorstellung der Damen. Christine Bergmann ist Bürgermeisterin in Berlin, das wissen wir. Wir sehen sie und hören sie und lesen sie immerfort. Ich kann die Parteimitgliedschaft ansagen, ich muß aber nicht, ich sage sie also nicht an, da man mir zudem mitgeteilt hat, daß hier jeder für sich spricht mit einer ganz eigenen Meinung.

Frau Dr. Sigrid Semper ist Lehrerin für Mathematik und Physik. So etwas hat immer meinen großen Respekt. Sie ist im Bundestag gewesen und dort auch in ganz typischen weiblichen Ausschüssen wie z. B. dem Verteidigungsausschuß, aber natürlich auch dem für Frauen und Jugend. Sie sehen also eine Allround-frau, wie sich das für uns alle gehört, und sie ist sehr tätig im liberalen Spektrum.

Frau Dr. Uta Schlegel ist in der Jugendforschung als Soziologin tätig gewesen in dem sehr bekannten und renommierten Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig. Sie hat also alles das gesehen, was bei uns schlecht läuft, nicht nur bei uns heute, auch bei uns vorher und weniger wahrscheinlich die westliche Situation untersucht. Sie hat geforscht und ist noch dabei zu forschen zum Thema „individuelle Verarbeitung der ostdeutschen Transformationsprozesse insbesondere durch Frauen und Jugendliche“ und ist zwar – so habe ich mir eben kurz sagen lassen – gegenwärtig ohne feste Erwerbsbeschäftigung, aber um so dynamischer und darauf freue ich mich.

Dann haben wir Wilma Glücklich. Sie ist so glücklich wie ihre Strähne im Haar und ist Diplom-Ingenieurin. Sie ist tätig gewesen in der Stadt- und Bezirksverwaltung in Berlin und hat offensichtlich alle ihre Informationen von der Technischen Universität Berlin umgesetzt in die Kommunalpolitik und ist darin besonders aktiv, aber auch in der Gartenkunst und Landschaftspflege.

Frau Grießhaber ist Diplompädagogin und kommt aus einer beschaulichen Landschaft bei Villingen-Schwenningen, da ist sicher noch alles richtig in Ordnung, denke ich mir, alles mit schönen Blumen. Sie hat in Tübingen – da geht es auch schön ordentlich zu – studiert, aber dann, schon weniger ordentlich, in Berlin, ich meine, was die Stadt angeht. Das Studium war sicher wunderbar. Sie hat dann an verschiedenen Aktionen teilgenommen, unter anderem in einer deutsch-chilenischen Frauengruppe, und hat sich auch mit Bildungsfragen von Frauen beschäftigt. Habe ich das richtig gesehen in dieser Kürze?

Ich heiße Gesine Schwan, bin an der Freien Universität Professorin für Politikwissenschaft und betreibe dort vor allen Dingen politische Theorie, Philosophie und Psychologie. Und immer wieder werde ich als Entertainer engagiert, wie offenbar hier auch. Es muß wohl seinen Grund haben.

Also jetzt Christine Bergmann. Bei ihr baue ich mal ganz auf das Vertraute mütterlich-bürgermeisterliche. Was ist in Ihrer, Deiner Sicht das Entscheidende, wenn man die Situation der Frauen in Ost- und Westdeutschland, jetzt in Gesamtdeutschland, sieht? Was ist das entscheidende Problem?

Bürgermeisterin Dr. Christine Bergmann: Ich gehöre auch zu denen, die leider den ganzen Tag nicht miterleben konnten, weil ich noch eine Menge Termine außerhalb Berlins hatte. Aber ich freue mich, daß ich wenigstens heute abend noch auf dem Podium sein kann. Was ist eigentlich das größte Problem für die Frauen derzeit in Ost und West? Die zentrale Frage ist die Erwerbsarbeit der Frauen. Für die Frauen in Ost sowieso – das wird sicher hier heute schon eine Rolle gespielt haben –, die ganz selbstverständlich ihr Arbeitsleben geführt haben, ihre Unabhängigkeit schätzen gelernt haben und glücklicherweise so renitent sind, daß sie daran auch festhalten. Sie lassen sich dieses Recht auf Erwerbsarbeit nicht nehmen, allen Widrigkeiten zum Trotz. Ich denke, das hat auch etwas in der Gesamtgesellschaft verändert. Also auch die Hartnäckigkeit und die Selbstverständlichkeit, mit der Frauen ihr Recht auf Arbeit einfordern. Es ist ja auch als Recht auf Arbeit in einigen Verfassungen der neuen Länder aufgekommen, z. B. in Berlin oder in Brandenburg. Und es steht überall Recht auf Arbeit, da steht nicht Recht auf Arbeit für Männer. Das ist ein gleiches Recht auf Arbeit für Frauen. Dazu gehört die Selbstverständlichkeit, mit der Frauen auch erwarten, daß ihnen die Rahmenbedingungen dafür zur Verfügung stehen. Es ist keine Gnade einer Kommune, wenn es Kita-Plätze gibt, sondern es steht ihnen auch eine Kinderbetreuung zu. Ich glaube, wir Frauen machen uns häufig gar nicht klar, was dies zur Veränderung in der Gesamtbundesrepublik beigetragen hat. Ich denke, daß Frauen immer mehr dieses Recht auf Erwerbsarbeit und diese Unabhängigkeit, die ihnen diese Erwerbsarbeit zugesteht, für sich in Anspruch nehmen und sich eben nicht mehr

so ohne weiteres allen Widrigkeiten zum Trotze beiseite schieben lassen. Es hat auch etwas damit zu tun, daß die Ostfrauen hier so hartnäckig sind und dies versuchen, immer einzufordern. Es ist eine Tatsache, daß bei allen beanstandbaren Dingen, die das Schwangeren- und Familienhilfegesetz gebracht hat, es die wenigsten Länder geschafft haben, den Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz von 3 bis 6 Jahren auch umzusetzen. Das reicht nicht aus – darüber sind wir uns alle im klaren –, denn bevor Kinder 3 Jahre alt sind, brauchen sie ebenso eine Betreuung wie nachher. Aber daß dieser Zipfel erreicht wurde, hat auch etwas damit zu tun, daß Frauen hier ihren Anspruch klar äußern, auch wenn sie selbst in dem Prozeß ein Stück verloren haben, sie sich nicht hundertprozentig wiedergefunden haben in dieser Gesellschaft, die ja in bezug auf Chancengleichheit von Frauen nun wahrlich nicht eine der progressivsten in Europa ist. Da haben wir Nachbarländer, die viel selbstverständlicher damit umgehen, Frauen dieses Recht zugestehen, Rahmenbedingungen schaffen, aber ich glaube, die bundesdeutsche Gesellschaft ist durch die ostdeutschen Frauen ein Stück progressiver geworden.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Frau Schlegel, wie erklären Sie sich als Soziologin die Hartnäckigkeit der Frauen?

Dr. Uta Schlegel: Die erkläre ich mir – trotz aller Widrigkeiten, die ich gleich benennen will –, auf bestimmte Weise. Es gibt zwei Widrigkeiten in dieser Selbstverständlichkeit, mit der ostdeutsche Frauen mit ihrer Erwerbsarbeit umgehen. Man muß wissen – ich muß mich nicht entschuldigen, ich war den ganzen Tag da und insofern weiß ich, daß das heute schon mehrfach thematisiert worden ist: Der Gleichstellungsbegriff in der DDR, und zwar das politische Verständnis und auch die Realisierung, waren im Kern patriarchalisch. Ich meine damit, daß, wenn man von den Gründerjahren der DDR absieht, auch die DDR das traditionelle Geschlechterverhältnis nie konsequent in Frage gestellt hat. Sie hat auch die Gleichberechtigung klar reduziert auf die „Anhebung“ der weiblichen Biographie auf die männliche, nämlich auf den Bildungsstand, auf die Erwerbsarbeit usw. Die Folie für die Gleichberechtigung der Frau war die männliche Erwerbsbiographie.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Das hat sie so standhaft gemacht?

Dr. Uta Schlegel: Nein, nein, das ist zunächst das Widrige. Das nenne ich einen patriarchalischen Gleichberechtigungsbegriff, weil es nämlich einschließt, daß in der DDR, und das ist heute noch nicht so gesagt worden, sozusagen das männliche Rollenbild deutlich unangetastet blieb. Das schließt ein, was ich eben gesagt habe. Und zweitens: Die Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen der DDR war eine paternalistische, also die Durchsetzung von oben nach unten in diesem vormundschaftlichen Staat. Die Frauen waren zunächst Objekte von Politik und weitgehend aus der Generierung von Maßnahmen dazu ausgeschlossen. Diese beiden Widrigkeiten, diese paternalistische und patriarchalische Geschichte, die ich eben erwähnte, schließen übrigens in keinsten Weise aus, daß es natürlich historisch bedeutsame Fortschritte gegeben hat.

Das ist unstrittig, auch wenn sie verordnet waren. Trotzdem halten die Frauen – die Männer haben sich kaum verändert in der DDR, aber für die Frauen war es hochselbstverständlich, erwerbstätig zu sein – daran fest. Und zwar denke ich auf einer theoretischen, politologischen Ebene, dies geschieht deshalb, weil sie nach der Vereinigung in diesem Bereich keine Modernisierung erfahren haben, während man davon ausgehen kann, daß es in den neuen Bundesländern in allen anderen Bereichen der politischen Kultur, in der Produktivität usw. einen Modernisierungsschub gab. Ich glaube, daß ostdeutsche Frauen schlicht für ihre Lage eine Modernisierung nicht empfinden können – weder mental noch emotional. Ich denke, daß das ein Hauptgrund ist, daß sie daran so festhalten.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Frau Glückliche, die generelle Tendenz ist ja, daß ohnehin traditionell westliche Länder immer etwas modernisierter sind, aber in Folge der Industrialisierung auch Westdeutschland in vieler Hinsicht noch mal etwas modernisierter war als Ostdeutschland. Würden Sie denn denken, daß diese Modernisierung in der Erfahrung der Frauen im Westen wahrnehmbar war, und ein bißchen pointiert gefragt: Wie modernisiert sind eigentlich die Männer in der CDU?

Wilma Glückliche, MdB: Ich dachte, wir hätten heute hier ein Frauenpodium und reden über Frauenprobleme. Über Männerprobleme müßte man dann in einem anderen Zusammenhang sprechen. Ich würde nicht unbedingt Ihrer These folgen, daß die Frauen in Westdeutschland moderner waren. Sie hatten eine ganz andere Sozialisation, und vieles von dem, was am Anfang nach der Wende als Unverständnis aufgetaucht ist, beruhte darauf, daß man einfach aus verschiedenen Welten kam. Ich denke, es hat wenig mit Worten wie altmodisch zu tun, wenn man es nach 40 Jahren anderer Gesellschaft nicht schafft, sich so rasch wie möglich an einen wirklich sehr harten wirtschaftlichen Prozeß anzugleichen. Und es hat umgekehrt nichts mit modern zu tun, wenn man, wie wir das häufig getan haben – und mit mir meine ich jetzt einen großen Teil der Westfrauen –, mit emanzipatorischen Thesen unsere Ostschwestern verschreckt haben, die diese Sachen nicht verstanden haben und die umgekehrt bei uns wieder ein Negativverhalten ausgelöst haben dadurch, daß wir glaubten, es sei ihnen nicht wichtig genug, über das „-innen“ bei Mitarbeiterinnen zu reden anstatt über bestimmte wichtige Voraussetzungen wie z. B. die von Frau Bergmann eben erwähnten Kindergartenplätze. Meines Erachtens sind die gesellschaftlichen Voraussetzungen in der DDR den Frauen zugute gekommen, und die haben sie sicher zu vielen Sachen befähigt. Sie waren nur nicht – das muß man sich sicher immer wieder ins Gedächtnis rufen – ausschließlich für die Frauen gemacht, sondern sie dienten einem gesellschaftlichen Überbau.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Ich möchte noch einen Moment bei der Diagnose der Gegenwart bleiben und nicht nur bei dem sowieso bekannten und betrüblichen Befund, daß die Möglichkeit zur Erwerbsarbeit eben drastisch zurückgegangen ist, sondern bei dem dahinter stehenden Bewußtsein, und ich schließe da sehr bewußt auch männliches Bewußtsein ein. Ich bin

ziemlich überzeugt nach allem, was ich selbst erfahren habe und als mögliche Alternativen sehe, daß man die Situation der Frauen nicht durch Frauen allein oder mit Frauen allein bessern kann. Das ist für mich ziemlich deutlich. Deswegen würde ich gerne wissen, was dieses Bewußtsein eigentlich ist. Was heißt eigentlich Emanzipation, welche Bedürfnisse bestehen in bezug auf die Vereinbarung von Familie und Beruf und auf die Gleichverteilung der Aufgaben in der Familie? Dazu möchte ich gerne Frau Dr. Semper fragen, wie ihre Vorstellung, wie Ihre Diagnose ist.

Dr. Sigrid Semper: Sie sehen mich ein bißchen nachdenklich. Manchmal denke ich, ich bin auf einem anderen Stern gewesen. Ich bin nun auch in der DDR groß geworden, habe meine Lebenserfahrungen dort gesammelt und habe meinen beruflichen Erfolg gehabt. Für mich ist es immer sehr schwer, mich so in typische Frauenthemen reinzudenken, weil es von vornherein meine Vorstellung ist, Mann und Frau müssen zusammen Probleme lösen. Wenn ich heute früh schon so vieles in der Diskussion gehört habe über Frauendoppelbelastung in Beruf, Familie usw., dann muß ich sagen, es hängt auch sehr viel dabei von uns Frauen persönlich ab. Warum heirate ich einen Mann oder warum lebe ich mit einem Mann zusammen, der sich nicht mit mir in partnerschaftlichem Zusammenleben genauso für die Kindererziehung verantwortlich fühlt und mir auch die Möglichkeit gibt, meinen Beruf auszuführen? Gerade die Mädels in den neuen Ländern, sicherlich auch in den Altbundesländern – statistische Zahlen habe ich nicht – haben Abitur, haben ein Studium aufgenommen, haben einen Facharbeiterabschluß, Fachhochschulabschluß oder universitären Abschluß und sind natürlich bestrebt, das, was sie dort gelernt haben, nun auch auszuüben. Nach der Wende ist mir bewußt geworden, wenn ich mit Frauengruppen zusammen war aus den Altbundesländern, gemischt mit Leipziguern und Sächsinnen, daß wir erst einmal so still waren, wir Ostfrauen. Wir haben uns gar nicht artikuliert, gar nicht dargestellt. Wir haben gegenüber den Frauen aus den Altbundesländern eine ganz andere Rhetorik, eine ganz andere Darstellungsweise. Dabei ist mir zu Bewußtsein gekommen, daß wir zwar vieles hatten, uns aber hinter unserem Wissen, unserem Können versteckten. Ich bin erst in den letzten 3 bis 4 Jahren selbstbewußter geworden, und ich sage heute, auch wir stellen etwas dar in den neuen Bundesländern und brauchen uns in keiner Weise zu verstecken. Aber ich muß dabei immer von mir ausgehen. Ich meine, ich muß ehrlich sagen, es war für mich sehr deprimierend zu erfahren, daß ich erst einmal drei Stufen heruntergestuft wurde, daß mein Zertifikat nicht anerkannt wurde, daß ich erst eine Qualifizierung machen mußte, weil ich ja dümmer war als meine Westkollegen. Ich habe an einer Schule in Hamburg in der 13. Klasse den goldenen Schnitt gelehrt, den ich in der DDR in der 9. und 7. Klasse gelehrt habe. Ich habe mich dann gewundert, warum ich eigentlich nicht so qualifiziert bin mit all dem, was ich nun auf den Tisch gelegt habe. Das ist das, was mich momentan stört, immer noch diese unterschiedliche Einordnung von Ausbildung – wir sind eingegliedert, aber wir können uns nicht nur Dinge überstülpen lassen. Hier sehe ich einen Widerspruch.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Wenn ich es recht gehört habe, gibt es jetzt schon vier Probleme, die da ineinander greifen, wenn man versuchen will, die Diagnose der Situation der Frauen einigermaßen präzise zu beschreiben. Es gibt das harte Phänomen, daß so viel Frauenarbeitslosigkeit entstanden ist. Es gibt eine zweite Beobachtung, daß im Grunde die Frauenbefreiung in der ehemaligen DDR durchaus unter patriarchalischen Vorzeichen geschehen ist und damit auch ein Stück Mentalität weitertransportiert und nicht abgebaut worden ist. Es gibt dann aber trotzdem die Resistenz gegen die neue Tendenz, Frauen wieder in traditionelle Rollen zu verfrachten. Und schließlich gibt es eine Verärgerung – ich glaube, jeder wird sie sofort nachvollziehen können, diese Verärgerung, und auch die Kränkung, die dahintersteht –, daß solide Ausbildungen jetzt im Vereinigungsprozeß nicht anerkannt werden. Für mich ist das sowieso der zentrale Punkt im Hinblick auf die gesamte Vereinigung, die Frage der Selbstwerteinschätzung und die Kränkung dieser Selbstwerteinschätzung, aber auch daß Sie sagen, für Sie hat dieses Problem, daß diese Männer nicht die Arbeit teilen, eigentlich nie bestanden, das kann man doch individuell angehen und gefälligst nur den Mann heiraten, der sich da vorteilhaft verhält. Nun ja, immer weiß man das ja nicht vorher und es gibt ja auch noch andere Argumente oder Gefühle, die da eine Rolle spielen. Immerhin, so höre ich es bei Ihnen heraus, war es in der DDR ganz passabel, und dieses Patriarchale ist nicht so sehr Ihr Problem gewesen, sondern eher die Kränkung durch den Vereinigungsprozeß und die faktisch schlechte Situation der Frauen heute. Ihre Idee, Frau Glücklich, daß die Frauen im Westen kein wirklich modernisiertes Bewußtsein haben – und da verstehen Sie wohl unter modernisiert emanzipiert, selbständig, da müßte man vielleicht nochmal nachforschen, was modernisiert dabei heißt – da höre ich eine ganze Menge Ambivalenz raus. Jetzt würde ich gerne noch Frau Griebhaber fragen. Denken Sie auch, daß der individualistische Weg, den Frau Semper vorschlägt, sich gefälligst nur den Mann zu suchen, der sich wunschgemäß verhält, eine Lösung ist, oder müßte man da etwas breiter herangehen?

Rita Griebhaber, MdB: Ich weiß auch nicht, wie Frau Semper das in der Realität meint. Ich komme aus der westdeutschen sogenannten „Neuen Frauenbewegung“, war da 15 Jahre aktiv, und ich meine, es spricht sehr vieles dafür, daß man an den Strukturen und am Bewußtsein der Männer eine Menge ändern muß, wenn Frauen wirklich gleiche Rechte haben wollen. Eines haben wir ja in Ost und West gemeinsam, das kann man hier ganz klar sagen. Was die Macht angeht, waren Frauen im Osten und im Westen relativ ausgeschlossen und sind es auch heute im gesamten Deutschland noch. Ich finde, wenn man den Anspruch hat, eine Demokratie zu sein, dann geht es nicht, dann ist dieses einfach kein hinnehmbarer Zustand. Von daher gibt es eine Menge zu ändern, z. B. an den Strukturen, wie wir es heute nachmittag bereits besprochen haben. Also beispielsweise die Bewertung von Arbeit. Warum zählt immer nur Erwerbsarbeit, und warum zählt eine Erwerbsarbeit dann nicht mehr so viel, wenn sie mehrheitlich von Frauen ausgeübt wird? Das ist ein strukturelles Problem, und da muß man auch strukturell herangehen und kann es nicht

individuell lösen. Das gleiche ist auch mit der Frage: Wie ist das private Leben organisiert? Und auch da glaube ich, gibt es ganz unterschiedliche Herangehensweisen und Erfahrungen. Ich glaube nicht, daß es der richtige Weg ist, zu sagen, der Staat muß von oben alles organisieren und quasi ein komplett fertiges Angebot zur Verfügung stellen. Ich glaube zwar, daß der Staat Rahmenbedingungen und Hilfen schaffen muß, daß aber die Einzelnen so viel wie möglich auch die Freiheit haben müssen, selber zu organisieren und selber was zu machen. Ich selber habe beispielsweise in der Kinderhausinitiative das Betreuungsangebot für mein zweijähriges Kind mitorganisiert a) weil es das nicht gab und b) weil das, was es gab, mir inhaltlich nicht gefallen hat. Von daher braucht man Hilfen, Angebote, um was machen zu können, aber man braucht auch die Akteurinnen und die Akteure. Viele Dinge kann man auch nur machen, wenn die Männer mitziehen oder wenn man Strukturen hat, wo diese nicht anders können, als die Frauen neben sich zu ertragen oder zu dulden.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Da treffen sich dann die Grünen mit der katholischen Soziallehre und der Subsidiarität – das finde ich ja ungemein sympathisch. Aber ich glaube, das ist sowieso eine allgemeine Erfahrung, daß die Betreuung von oben jedenfalls nicht grenzenlos sein darf, weil sie lähmt und auch entmündigt. Andererseits muß ich sagen, schon Ihre Formulierung – ich habe mich für die Betreuung meines Kindes um eine andere Organisation bemüht – weckt in mir, die ich eine Spätemanzipierte bin, so einen kleinen Rochus, weil sich die Frage stellt, warum hat der Vater des Kindes nicht die Pflicht gehabt, sich darum zu kümmern, daß das Kind versorgt ist. Anders gewendet: Muß nicht doch bei allem Plädoyer für die Initiative der Einzelnen, für gesellschaftliche Initiativen, mehr geschehen, damit sich das Leidbild einer partnerschaftlichen Betreuung der nachfolgenden Generation ändert – um das schlimme Wort Familie zu vermeiden, Sie haben die Ironie hoffentlich verstanden, ich bin katholisch (Gelächter). Eine weitere Frage würde ich gerne an alle Damen richten. Ich merke das auch in meiner Partei, der SPD, ich verstehe immer nicht, warum wird nicht die gegenwärtige Situation ernst genommen, die ganz offenkundig macht, daß in Zukunft die traditionelle Erwerbsarbeit zeitlich immer weniger unseres Lebens in Anspruch nehmen kann. Das hieße, daß das unverteilt werden muß. Warum wird das nicht genutzt, um gleichzeitig sozusagen zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen? Wenn man nicht so viel Zeit am Tag arbeiten muß, hat man eigentlich auch wieder mehr Zeit, sich gemeinsam um die Kinder zu kümmern. (Beifall) Ich kann nicht verstehen, warum wird das nicht politisch kombiniert und aus diesem Minus ein Plus gemacht? Ich erinnere mich zwar, daß ich also auch schon oft von Genossinnen als CDU-verdächtig geschimpft wurde, nicht nur wegen der Sicherheitspolitik, sondern auch wegen der Familiensache, aber aus Erfahrung mit zwei Kindern ist das nun mal so, daß ich wirklich immer mehr davon überzeugt bin, daß das das dringlichste Problem ist. Man muß gemeinsam Zeit haben, sich mit den Kindern zu befassen. Warum wird das nicht zu einem Paket geschnürt? Verstehe ich nicht. Frau Griebhaber ist schon ganz ungeduldig, sie war zwar gerade dran, aber trotzdem soll sie sich äußern.

Rita Griefhaber, MdB: Ich finde es richtig, daß die weniger werdende Erwerbsarbeit verteilt wird. Nur den Glauben, daß eine Reduzierung der jetzigen Arbeitszeit dazu führen würde, daß Männer sich mehr an der Familienarbeit beteiligen, den teile ich nicht mehr. Nehmen wir die Parole von der Gewerkschaft: „Samstags gehört Vati mir“. Wem hat er denn gehört? Dem Fußball, dem Auto und was weiß ich was, aber doch nicht den Kindern. Und von daher finde ich es richtig, die Erwerbsarbeit zu verteilen, aber ich habe kein Rezept, wie man die Männer beteiligt an der Familienarbeit und Pflegearbeit – ich habe wirklich keins, ich hätte es gern.

Bürgermeisterin Dr. Christine Bergmann: Ich bin ja nun stolze Großmutter. Zwei kleine Enkelkinder habe ich jetzt. Da erlebt man wirklich die Situation junger Frauen, junger Familien heute. Die Frage, wie sieht es mit der Erwerbsarbeit der Frauen aus, entscheidet sich – sage ich immer so – beim ersten Kind. Bis dahin kriegt man das alles noch einigermaßen auf die Reihe und dann geht's los. Dann kommt die Benachteiligung der Frauen schon dadurch, daß die traditionellen Frauenberufe in der Regel schlechter bezahlt werden. Denn es ist gar nicht immer böser Wille der Väter, wenn die sagen: ich nehme keinen Erziehungsurlaub, wenn es darum geht, wer zu Hause bleibt. Die Einkommensschwelle für das Erziehungsgeld ist ja so niedrig angesetzt, daß dann kaum mehr jemand was kriegt nach einem halben Jahr. Dann steht eine junge Familie -dies sage ich auch als Frauensenatorin – vor der Entscheidung, ob man es sich leisten kann, auf 500 DM mehr oder weniger im Monat zu verzichten. Dies ist wirklich eine Entscheidung, wenn man über 3.000 DM verfügt. Die Tatsache, daß die Frauenberufe schlechter bezahlt werden, – oder sollte man sagen, die Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden –, macht sich hier dramatisch bemerkbar. Die Tatsache, daß schon bei den Ausbildungsplätzen Mädchen benachteiligt werden, die Tatsache, daß Mädchen wieder traditionelle Frauenberufe wählen, macht sich nachher an diesem Punkt bemerkbar. Wenn wir hier wirkliche Chancengleichheit schaffen wollen, muß die Gleichwertigkeit auch der Frauenberufe im Sinne einer Anerkennung dieser Berufe bestehen. Das andere ist natürlich immer wieder das gesellschaftliche Rollenbild. Ich bin sehr für Arbeitszeitverkürzung. Ich finde auch, frauenpolitisch sollte man mindestens diese Rahmenbedingungen schaffen, dann ist es auch schwerer für Männer, sich vor der Familienarbeit zu drücken, wenn generell die Arbeitszeit kürzer wird. Aber das gesellschaftliche Rollenbild ist ja nach wie vor so verrückt, daß nur der ein ganzer Kerl ist, der rund um die Uhr verfügbar ist. Ich habe eine Kollegin, deren Mann die Kinder versorgt. Der sagt mir immer: „Wenn ich wieder einsteige in den Arbeitsmarkt, muß ich mich selbständig machen. Kein Betrieb nimmt mich mehr, denn da ich ein paar Jahre Hausmann war, muß mit mir irgendwas nicht stimmen“. Hier kommen wirklich so viele Dinge zusammen. Es ist schwer für die jungen Männer, die neue Rollen verwirklichen wollen, denn ich erlebe das jedenfalls bei jungen Vätern. So leicht fällt es denen auch nicht, ihre Kleinen nur ab und zu mal zu sehen. Wenn man hier zu vernünftigen Arbeitszeitregeln kommt, und zu gleichwertiger oder gleicher Bezahlung der Arbeit, wäre das schon ein Fuß in

der Tür. Nur über positive Beispiele verändern wir auch gesellschaftliche Rollenbilder.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Frau Glücklich und Frau Schlegel. Beide hätte ich gerne gefragt: Was kann man tun, damit strukturelle und geistige Faktoren zusammenkommen können, um allmählich eine bessere Austerierung zu bekommen?

Wilma Glücklich, MdB: An dieser Stelle kommt jetzt Lenin ins Spiel: Was tun? Ich glaube nicht, daß das, was so ein bißchen angeklungen ist, funktioniert, nämlich noch weitere Gesetze machen und alles noch weiter verfeinern und möglicherweise eine generelle Regelung von oben herab erlassen: das wird alles nicht funktionieren. Ich glaube, die tatsächliche Lösung liegt in uns selber, und das bedeutet genau das, was Frau Semper ein bißchen angedeutet hat. Ich denke, es hat wenig zu tun mit „sich den richtigen Partner suchen“, sondern mehr damit, sich ins Getümmel zu stürzen, überall mitzumischen und Entscheidungen vorzubereiten und sie durchzukämpfen. Das ist sehr häßlich und sehr belastend und hat – auch auf mich übrigens, ich nehme mich da nicht aus – immer wieder den Effekt, daß ich denke, warum sitze ich jetzt nicht mit zwei netten Kindern zu Hause? Was könnte ich für ein schönes Leben haben! Ich will das damit nicht abwerten. Ich denke nur, die andere Version ist die ungleich härtere. Das wissen wir sicher hier aus eigener Erfahrung. Es ist aber die einzige, die hilft: sich da einzumischen, wo die großen Jungs spielen, und einfach – was heißt einfach, es ist eben nicht einfach, es ist unendlich anstrengend – dort die Regeln langsam umzukehren.

Dr. Uta Schlegel: Wenn wir davon ausgehen, und davon gehe ich aus, daß das Geschlechterverhältnis zur Zeit und auch in absehbarer Zeit noch primär über den Arbeitsmarkt definiert wird, kommen wir nicht umhin, zu sagen: Wenn Geschlecht eine Strukturkategorie der Gesellschaft ist, ist diese entsprechend zu berücksichtigen. Es wäre doch denkbar – und da ist der Staat durchaus gefragt –, daß der Staat z. B. eine maximale Lebensarbeitszeit festlegt im Sinne von Erwerbsbiographie, die dann variabel gestaltet werden kann – und zwar geschlechtssymmetrisch. Mir geht es wirklich um den Begriff der Geschlechtssymmetrie. Wenn also bestimmte Regelungen geschlechtssymmetrischer aussehen würden, wenn z. B. der Staat sagt: 40 Jahre Erwerbsbiographie, und mehr kannst du für deine Rente nicht tun, für deine Alterssicherung, dann hätten für meine Begriffe – Sie fragten ja nach den strukturellen und den geistigen Faktoren – auch Männer die Chance – und die wollen das doch, die sind doch nicht die Buhmänner –, ihre Biographie multipler zu gestalten. Dann könnten die also auch mal drei Jahre zu Hause bleiben – das sind ja nicht alles Rabenväter, die sich um diese Familienarbeit drücken. Was ich meine, ist, daß es auch strukturelle Anforderungen an den Staat gibt, geschlechtssymmetrische Rahmenbedingungen zu schaffen, die auch Männern helfen, Familienaufgaben wahrzunehmen. Das hätte nämlich den sehr hübschen Nebeneffekt, daß der Arbeitgeber damit rechnen muß, wir haben das heute den ganzen Tag mehrfach diskutiert, daß auch der Mann mal ausfällt. Das ist eine ganz wichtige

Bewußtseinskategorie. Im Moment ist es doch so, daß die Frauen vom Arbeitsmarkt verdrängt werden, weil sie potentielle Gebärerinnen sind und ausfallen können. Der Mann fällt nur aus, der junge Mann, wenn er zum Bund geht. Wenn es aber Strukturen gäbe, die den Mann für den Arbeitgeber mindestens genauso unsicher oder sicher machen wie die Frau, fände ich das für beide Geschlechter sehr bemerkenswert.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Mir hat gut gefallen, daß Sie den Männern helfen wollen, denn meine These ist, daß die eigentlich am ärmsten dran sind. Das sage ich wirklich nur viertelironisch, denn ich habe den Eindruck, daß zwei Hürden im Bereich des Bewußtseins dagegen sprechen, daß das partnerschaftliche Modell sozusagen als Lippenbekenntnis kaum direkt noch abgelehnt wird, außer man bekommt die Phrase ins Gesicht gesagt, schließlich gebären immer noch Frauen. Aber das ist ein Bewußtseinsstand, den man vergessen kann. Zwei Haupthindernisse sind es in meiner Sicht. Das eine ist, daß wirklich viele Männer sich zumindest subjektiv unter dem Anspruch fühlen, nur wenn sie in ihrem Berufsleben große Karriere machen, gelten sie was. Dieser Anspruch ist massiv, der von der Gesellschaft auf sie zukommt. Selbst wenn Einsicht oder sogar Neigung dafür sprechen würden, das ganze etwas gelassener anzugehen, fühlen sie zumindest subjektiv den Druck. Ich glaube, daß hier erheblicher Veränderungsbedarf ansteht, bis in das Verständnis von Partnerschaftlichkeit hinein, denn was da an Überlegenheitsphantasien immer noch die armen Männer heimsucht, ist furchtbar. Ich meine jetzt nicht, daß sie die haben, sondern daß sie meinen, sie müßten diese Überlegenheit haben und sie können sie natürlich nicht haben, weil sie auch nur Menschen sind. Das ist ein Punkt, und der andere Punkt ist, daß der Karrierehöhepunkt – bei allem, was ich immer wieder durchdacht habe – eigentlich weit verschoben werden müßte in die spätere Zeit. Die Idee, ein Mensch, eine Frau oder ein Mann, sind nur was wert, wenn sie mit 40 oder 44 schon zeigen, daß sie ein As sind im Berufsleben und daß da der Höhepunkt mindestens erreicht sein muß, ist falsch, denn das kollidiert automatisch mit der Kindererziehung. Erst wenn wir uns daran gewöhnen, daß wir alle älter werden und daß auch auch älter werden durchaus positive Lerneffekte hat, nämlich daß wir Erfahrung gesammelt haben, und unser Karrierehöhepunkt auch noch später liegen kann, können wir das entzerren. Wie sehen Sie das, liebe Frau Semper?

Dr. Sigrid Semper: Eigentlich tun mir, wie Sie das so sagten, Männer auch leid. Denn es gibt nichts schöneres, als Kinder zu erziehen, strahlende Kinderaugen zu sehen, und das entgeht den Männern, die ihr Management machen, die herumrasen, die auf Sitzungen sitzen, die in Enquete-Kommissionen sind, Anhörungen machen (Gelächter), und dann mal abhaken, wir haben mal wieder etwas für unsere Frauen getan. Dann wird mal zwei Jahre wieder nichts gemacht, denn das Frauenthema ist ja nun abgehandelt. Ich denke, Quoten gibt es, Frauenbeauftragte gibt es, Frauenförderplätze gibt es, Frauenförderpläne, Gleichstellungsgesetze und wir merken, das reicht überhaupt nicht. Die Frauen sind zwar verankert, aber es tut sich nichts. Trotzdem dürfen wir den Mut nicht aufgeben. Es geht ja um Perspektiven der Frauenpolitik im vereinigten

Deutschland. Perspektiven bedeutet ja, immer nach vorne zu schauen. Und ich nehme an, vor dem Jahr 2000 und noch etwas darüber wird sich noch nicht viel verändert haben. Wenn wir Frauen selbstbewußter werden, oder den Mann überzeugen, mit dem wir glücklich sein wollen, oder mit dem wir auf der Arbeit zusammenarbeiten, denn auch das ist Glück und Lust und Liebe, Arbeit zu haben, sich dort bestätigt zu fühlen, ob Mann oder Frau. Das ist für mich ein Erziehungsprozeß, der beginnt in der Kindeserziehung, in der Bildung, in der Schulbildung und auch in der Studentenausbildung. Denn das ist für mich jetzt sehr interessant. Ich bin in der Studentenausbildung, ich gebe Kurse in Mathematik, Informatik am Studienkolleg der Uni und komme mit vielen ausländischen Studenten zusammen. Wenn ein junger Mann, der aus einem anderen Land kommt, dort sagt, ich bin der Verdiener, ich schaffe das Geld heran und meine Frau ist zu Hause, die hat mir mein Essen zu kochen, mein Oberhemd hinzulegen, meine Kinder zu versorgen und darf dann all das Geld ausgeben, was ich verdiene, denn ich Sorge für meine Familie und die Frau ist glücklich bei uns usw., dann muß ich auch bei so einem Thema – obwohl ich Informatik gebe – dann mal doch ein bißchen Politik machen und ein bißchen über Gleichberechtigung und Chancengleichheit sprechen. Wir Frauen müssen uns aber wehren und Netzwerke bilden. Solche Netzwerke bestehen unter den Männern sehr gut und sie schmeißen sich in bestimmten Ebenen am Biertisch und sonstwo die Bälle zu, und wir sitzen doch zu sehr zu Hause, anstatt in solchen öffentlichen Veranstaltungen auch aufzutreten.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Ich denke mal, wenn diese Enquete-Kommission vollständig ist, dann prangt das nur so von Frauen, wenn ich es hier recht übersehe. (Gelächter) Wir können ja nachher gleich in die Publikumsbefragung gehen und fragen, wer von Ihnen denn mal gerne dieses Leitbild der partnerschaftlichen Familie propagieren will.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Versprechen Sie bitte jetzt nichts. In eine Publikumsbefragung dürfen wir nachher nicht gehen. Die Befragung ist nur zwischen denen, die im Augenblick reden und den Mitgliedern der Enquete-Kommission. Wecken Sie bitte keine falschen Hoffnungen.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Vielen Dank, Herr Eppelmann. Das hatte ich ganz offensichtlich falsch verstanden. Nochmal die nächste Frage an Frau Griebhaber. Sie haben gesagt, Sie glauben nicht mehr daran, daß die Männer die verkürzte Arbeitszeit dazu verwenden würden, dann auch in der Familie mitzutun. Worauf führen Sie das, wenn Sie das so pessimistisch generalisierend sehen, zurück? Gibt es dann noch irgendwelche anderen strukturellen handfesten Vorschläge, die Sie haben?

Rita Griebhaber, MdB: Es ist einfach so, daß die Erfahrungen nicht sehr zum Optimismus veranlassen. Wenn Sie sich die Untersuchungen anschauen, wer sich um was kümmert, wer viel Zeit in den Haushalt steckt, wer die Kinder versorgt, wer was macht, wenn Sie schauen, wie es aussieht im Falle einer Scheidung: wo bleiben die Kinder, wer sorgt für sie, im Alltag, dann sind die Männer immer weg. Deswegen hält sich auch mein Mitleid mit diesen Vätern

sehr in Grenzen. Die Männer sind, wenn es darum geht, Rechte einzuklagen, sofort auf der Matte. Sie strengen alle möglichen Prozesse an, die sie sich denken können. Wenn es darum geht, Pflichten zu übernehmen, finden Sie selten Freiwillige. Natürlich lastet ein Druck auf den Männern, daß sie das Geld verdienen müssen und die Familie ernähren, aber ich meine, so wie die Verhältnisse nun sind, ist es so, daß sehr viele Frauen und gerade eben die Ostfrauen immer auch ihre eigene Existenz gesichert haben. Das ist eine reale Erfahrung. Es ist auch im Westen so, daß sehr viele Frauen erwerbstätig sind, nicht so viele, wie es wollen und nicht in dem Umfang, wie sie wollen, aber sie sind da, und für die Frauen ist das ein brennendes Problem, wie sie ihre Existenz sichern können. Aber sie wollen sie nicht über den Mann sichern, sie wollen sie eigenständig sichern. Das geht nur, wenn die Männer auch bereit sind, die nichtbezahlte Arbeit mit zu übernehmen. Ich glaube, es geht auch nur, wenn auch die Arbeiten, die Frauen bezahlt machen, einen anderen Wert bekommen. Es geht nicht, daß wir immer den Männern und der Anerkennung durch die Männer hinterherrennen. Sobald beispielsweise in Osteuropa die Ärzteschaft von Frauen dominiert war, war der Beruf weniger wert oder die Krankenschwester im Westen war schon immer wenig wert. Von daher muß auch die Erwerbsarbeit, die da ist und die hauptsächlich von Frauen ausgeführt wird, auch höher bewertet werden, einen anderen Stellenwert erhalten, damit überhaupt der Wert der Frauen und das, was sie leisten, in den Köpfen eine andere Rolle spielt. Ich glaube, das ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt. Wir dürfen nicht immer nur hinterherhechten. Wir haben inzwischen die besseren Ausbildungen als die Männer – es nützt nur wenig. Wir haben zum Teil die gleiche Erwerbstätigkeit – prozentual war es im Osten so – und es hat nicht dazu geführt, daß in der Familie die Arbeit umstrukturiert wurde. Deswegen sage ich, ich möchte a) möglichst eine eigenständige Existenzsicherung für die Frauen und b) einen anderen Wert der Frauenarbeit, sowohl der bezahlten wie der unbezahlten.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Die eigenständige Existenzsicherung ist ziemlich plausibel. Die Frage ist, glauben Sie denn wirklich, daß das Prestige der Frauen am ehesten oder gar nur dadurch erhöht werden kann, daß man ihre Erwerbstätigkeit höher bezahlt? Ist das sozusagen die Stimulanz, um die Wertschätzung zu erhöhen? Das wäre ja ein schreckliches Urteil über die Gesellschaft und über die Männer. Frau Bergmann, was ist da Ihre Erfahrung?

Bürgermeisterin Dr. Christine Bergmann: Ungleiche Bezahlung drückt schon ein Stück Diskriminierung aus. Ich habe das vorhin ja auch schon mal angesprochen. Sehen Sie sich mal an, was sich bei Tarifverhandlungen abspielt. Da gibt es einen interessanten ÖTV-Bericht, der vor nicht allzu langer Zeit veröffentlicht wurde, wo die Merkmale zur Eingruppierung von bestimmten Tätigkeiten untersucht wurden – frauenspezifisch – und wo man festgestellt hat, alles das, was Frauen in der Regel tun, wird immer geringer bewertet. Bei den Merkmalen, die Eingang finden, ist schon einiges im argen. Ich denke, wenn es darum geht, Erwerbsarbeit zu beurteilen, muß es z. B. zu

einer Aufwertung – und darüber wird ja auch seit Jahrzehnten schon geredet – der Sozialberufe kommen, der Berufe, die überwiegend von Frauen ausgeübt werden. Dies ist schon ein ganz wichtiger Punkt bei der Einschätzung der Arbeit, bei der Entscheidung darüber, wer bleibt mal eine Weile zu Hause. Hier spielt das Geld – wie ich schon sagte – bei jungen Familien dann auch eine ganz erhebliche Rolle. Natürlich ist das nicht der einzige Punkt, aber wir können uns ja nicht damit abfinden, daß die traditionellen Frauenberufe, die einen hohen Einsatz erwarten, niedriger bewertet sind. Das war übrigens auch in der DDR so, auch bei der hohen Erwerbstätigkeit. Wenn man mal die Renten vergleicht, dann ist im Osten die Durchschnittsrente der Frauen bei 1069 DM und die der Männer bei 1794 DM. Das hat mit der Einschätzung und der Bezahlung der Berufe zu tun, natürlich auch mit Karrieren, und das darf man nicht vergessen in so einer Ost-West-Debatte. Mich hat die Patriarchalgesellschaft der DDR sehr gestört, erstens der vormundschaftliche Staat, zweitens eben dieses patriarchale System, was überall durchguckte. Aber der Geschlechterkonflikt ist überlagert worden durch den Konflikt, den man eben hatte als Nichtparteimitglied mit der alles bestimmenden Partei. Es war klar, berufliche Karrieren gingen bis zu einer bestimmten Ecke, und dann war eben Schluß, wenn ich nicht bereit war, in die SED einzutreten. Das hat diesen Konflikt ein Stück überlagert. Deswegen haben wir uns da auch nicht allzu viele Köpfe gemacht, warum es mit den Frauenkarrieren nicht so gut vorangeht, denn das war für viele sowieso kein Thema. Karriere war nur zu erkaufen mit einem Stück Verlust an Selbstachtung oder einer Anpassung, die eben nun nicht jede leisten wollte. Frauen waren da vielleicht weniger korrumpierbar. Das muß man positiv zu den Frauen sagen. Hier kommen mehrere Dinge zusammen, aber die Bewertung der beruflichen Arbeit ist ein ganz wichtiger Punkt. Wenn es um das Thema Umverteilung der Arbeit geht, spielt das eine erhebliche Rolle, weil ich in dem Moment, wenn es um Arbeitszeitreduzierung geht, ja auch immer sehen muß, wer kommt denn eigentlich mit welchem Gehalt noch zurecht. Wenn wir keinen vollen Lohnausgleich bekommen können, kann es doch nicht so sein, daß immer die Frauen an der unteren Ecke sind.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Ich habe aber den Eindruck, es gibt noch eine andere Möglichkeit. Wenn ich mich richtig erinnere, denn Frauenpolitik ist ja nicht mein Thema, hat sich die Zahl der Unternehmerinnen, der Anteil von Frauen im Unternehmensbereich in den USA drastisch erhöht in den letzten fünf bis zehn Jahren. Das geht konform mit der Erfahrung, daß Frauen vielfach in Führungspositionen den zeitgemäß richtigeren Führungsstil haben, nämlich nicht befehlen wollen, sondern hinhören, was gefühlt wird, also sozusagen eingehen auf die Menschen, und daß die soziale Kompetenz, die sie in der Regel sowieso besser haben als Männer und auch die Psychologie, die sie besser beherrschen in der Regel als Männer, zählt. Sie sehen, mein weiblicher Chauvinismus kennt kaum Grenzen. Gibt es nicht auch die Möglichkeit für Frauen, durch größere Effektivität in traditionellen männlichen Berufen wie Management, zu zeigen, daß diese traditionelle Unterscheidung zwischen männlichen und weiblichen Prestigeniveaus einfach falsch ist. Zwar ist

bei den Ärztinnen das Gegenteil geschehen, daß also der Arztberuf, dadurch daß er vielfach von Frauen ausgeübt wurde, prestigemäßig heruntergegangen ist, das betraf aber, meine ich, vor allen Dingen die ehemaligen östlichen Länder, nicht die westlichen Länder. Ich glaube, wir kommen überhaupt erst weiter, wenn wir diese Frage von Überlegenheit und Unterlegenheit zugunsten einer ausgewogeneren Kompetenz zwischen beiden Geschlechtern lösen. Das ist nämlich der ernste Kern meiner Aussage, wenn ich die armen Männer bedaure. Sie haben ja gegenwärtig letztlich nur zu verlieren. So sieht es im Spiel ja aus: Erst wenn eine Perspektive besteht, daß auch Gewinne zu machen sind für beide Seiten, gibt es eine Chance der Kooperation. Was haben Sie für Erfahrungen – Sie haben gefordert, sich einzumischen. Haben Sie da auch positive Erfahrungen machen können, Frau Glücklich, daß man sozusagen dieses niedrigere Prestige von Frauen verändern kann durch Eindringen in die traditionellen männlichen Berufe?

Wilma Glücklich, MdB: Natürlich habe ich positive Erfahrungen. Zunächst muß man sagen, daß Sie recht haben mit Ihrer These, daß Männer und Frauen offensichtlich in verschiedenen Welten leben, eine andere Sicht der Dinge auf die Welt haben und auch anders damit umgehen. Das kann man sich aber eher zunutze machen als es abzuurteilen. Das sehe ich ganz genauso. Wenn ich jetzt mein Spezialgebiet betrachte, das ist Umweltschutz und Stadtentwicklung, da sind Frauen in der Regel bisher nur als Betroffene zutage getreten. Sie sind aber eigentlich die wahren Spezialisten in dem Bereich. Sie leben in einer Umgebung, die Männer konstruieren, sie arbeiten dort in ihrer Familie, sie betreuen Kinder, alte Leute usw. Ich muß das jetzt nicht weiter ausführen, ich glaube, das ist vollkommen logisch. Immer da, wo es Städte und Gemeinden geschafft haben, Frauen über ihre eigene Betroffenheit an solche Sachgebiete heranzuholen und sie dafür zu engagieren, haben sie enorm profitiert und Beispiele, die sehr sehr gut funktionieren, gibt es in einigen Ländern in Westeuropa. Ich würde sogar noch ein Stück weitergehen. Da hat übrigens die Frauenunion zu meiner ganz großen Verwunderung einen enorm mutigen Schritt gemacht und hat den Slogan „anders Leben“ propagiert und davon gesprochen, daß man keine Arbeitsplätze, sondern Lebensplätze schaffen muß. Das geht so ein bißchen in die Richtung, daß man Familienarbeit, soziales Betreuen und Erwerbsarbeit so miteinander verschränkt, daß ein gedeihliches Zusammenleben dabei herauskommt. Das bedeutet aber den totalen Umbruch der jetzigen Gesellschaft. Ich denke, die Gesellschaft ist bereits in diesem Umbruch, und viele Sachen, die uns jetzt als bedenklich und beängstigend vorkommen, sind schon Vorboten dieses neuen Zusammenlebens. Insofern bin ich davon überzeugt, daß wir als Frauen auch die Verpflichtung haben, die Männer durchaus zu ihrem Glück zu zwingen in manchen Dingen. Viele vernünftige Männer warten darauf, daß Frauen sich einmischen, weil sie sich diesem Druck, diesem ständigen gesellschaftlichen Druck auch nicht mehr aussetzen wollen und ich bin überzeugt, daß man dem sehr gut entgegenkommen kann. Ich bin da nicht naiv und auch keineswegs gutgläubig – diese Erfahrung habe ich sowohl in meinem beruflichen als auch im politischen Leben inzwischen gemacht – aber ich bin

überzeugt, daß es nur so geht. Es ist recht anstrengend, aber es ist die einzige Lösung, wie mir scheint.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Vielen Dank. Offensichtlich haben sich die Herren zu beiden Seiten von uns inzwischen sehr herausgefordert gefühlt und da wir Frauen ja diszipliniert sind, sind wir zwei Minuten vor der Zeit fertig, geben aber großzügig diese zwei Minuten an unsere Kollegen ab, denke ich. Nach der Liste, die hier schon fabelhaft geführt worden ist, ist Herr Faulenbach der erste.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Ich möchte zunächst folgendes generell sagen. Wir wollen ja in dieser Enquete-Kommission einen Bericht schreiben, der soll Probleme benennen, und wir können nach dem heutigen Tag eine ganze Menge über Probleme sagen. Wir wollen zweitens sehen, wie diese Probleme entstanden sind – dazu wurde heute morgen weit ins 19. Jahrhundert gegangen. Wir haben dann Probleme, die im Transformationsprozeß entstanden sind, benennen können usw. Diesen Prozeß können wir also darstellen, aber der dritte Schritt ist jetzt unser eigentliches Problem. Was ist jetzt in dieser Situation zu tun? Das hätte ich ganz gerne noch etwas genauer gewußt, was jetzt zu machen ist. Ich habe etwas gehört von Arbeitszeitverkürzung, Rahmenbedingungen verändern. Ich habe gehört, die Erwerbstätigkeit der Frauen sei besser zu bezahlen. Das ist schon relativ schwer, dies konkret umzusetzen. Zum Beispiel die Verkäuferinnen generell besser bezahlen – wie macht man so etwas? Es ist relativ schwer, auch in der Tarifpolitik, sich dann vorzustellen, wie man das umsetzen kann. Es gibt ja bestimmte Berufe, die in der Tat sehr schlecht bezahlt sind. Aber das ist eben in unserer Marktwirtschaft vergleichsweise schwer, diese Löhne deutlich anzuheben. Dann wurde gesagt, die Nichterwerbsarbeit sei anders zu honorieren. Aber wie will man das denn machen? Ich meine, das sagen wir jetzt schon seit vielen Jahren, und das haben auch wir Männer inzwischen verstanden, wenn ich das mal so sagen darf. Es ist inzwischen völlig klar, daß das Arbeit ist, die wichtig ist, ohne die nichts läuft usw. Aber wie kann das gesellschaftlich aufgewertet werden? Es sind dann auch Vorstellungen geäußert worden, wir müßten die Männer von dem Leistungsdruck befreien. Aber dies bedeutet doch nichts anderes, als generell das Wertsystem in dieser Gesellschaft zu verändern. Aber wie soll man sich das denn konkret vorstellen? Das geht doch nicht über normale Politik. Eine Wertepolitik oder sowas ist ja schwer denkbar. Das sind doch Prozesse, die sich nur sehr langfristig vollziehen können. Wo haben wir aber dann Möglichkeiten, anzusetzen? Vielleicht doch nur an vielen kleinen Stellen, aber so ohne weiteres ist dies nicht politisch handhabbar oder auch in Vorschlägen faßbar. Wir können Anreize zum Aufbrechen von traditionellen Rollen geben, wir können Rahmenbedingungen für Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Aber ist es das, was man von uns erwartet in einem Bericht, etwa im Hinblick auf Veränderungen? Deshalb zuletzt die entscheidende Frage: Wir haben ja vor allem Vorschläge für die neuen Länder zu machen. Ist eine Politik für die Frauen in den neuen Ländern möglich? Wenn ja, wie müßte sie aussehen? Von wo aus müßte sie denn tatsächlich gemacht werden? Wie könnten die Vorschläge aus-

sehen, die wir da entwickeln könnten? Da brauchen wir ein Stück Rat von Ihnen. Und darum würde ich bitten, vielleicht können Sie das mal versuchen zu beantworten, ob eine Politik dieser Art möglich ist. Denn die anderen Dinge, die hier genannt worden sind, sind ja alles Dinge, die ganz generell für die Frauenpolitik in dieser Republik nötig wären. Es geht jetzt sozusagen um ein Programm in spezifischer Weise für den östlichen Teil Deutschlands, mit dem wir es hier im Hinblick auf die gleichen Lebenschancen und ähnliches in Deutschland zu tun haben, um hier die Lage der Frauen zu verbessern.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Schönen Dank, Herr Faulenbach. Ich schlage vor, daß wir jetzt die Fragen sammeln und dann sehen, wer auf welche der Fragen am gezieltesten antworten kann.

Abg. Dr. Ludwig Elm (PDS): Meine Frage schließt eigentlich unmittelbar an. Vielleicht ist es so, daß wir nach einem Tag, an dem wir eine Reihe kritischer Analysen gehört haben, auch an dem Punkt sind, wo man auf die Frage kommt: Wo könnte das denn hingehen? Ein weitestgehendes Einvernehmen besteht im Rückblick auf die patriarchalischen Strukturen sowohl in der alten Bundesrepublik wie in der DDR, mit allen Unterschieden im einzelnen, was man sicher auch streitig diskutieren müßte, aber in hohem Maße gab es da auch Übereinstimmung. Jetzt haben wir es aber in dieser Bundesrepublik mit den patriarchalischen Verhältnissen der Gegenwart zu tun und mit dem konservativen Trend, der, das war aus einer Reihe von Analysen zu entnehmen, in hohem Maße diesen Bestrebungen, für die Sie ja auch im Podium eintreten, zuwiderläuft. Wir haben Rahmenbedingungen wie Massenarbeitslosigkeit und anderes, die noch zusätzlich diesen Bestrebungen zuwiderlaufen. Deshalb meine Frage an Sie: Wo würden Sie wirklich konkrete Punkte sehen, um bei den jetzigen Macht- und Mehrheitsverhältnissen mit diesen und jenen Forderungen einen Einbruch zu erzielen? Ich darf mal aus dem parlamentarischen Prozeß ein Beispiel zur Illustration anfügen. Ich hoffe, daß die Kollegen aus den anderen Fraktionen das akzeptieren. Auch in unserem Ausschuß war durch Überweisung ein Antrag der Regierungskoalitionen zur Auswertung der Weltfrauenkonferenz in Peking mit wunderbaren frauenpolitischen Forderungen und Erklärungen auf der Tagesordnung. Aber diese Fraktionen sind selber in ihrer Zusammensetzung Männer/Frauen – nur ein Fünftel, ein Sechstel sind Frauen – sozusagen schon repräsentativ für die Kluft, für die Defizite, die wir im Land haben, wir haben außerdem darauf aufmerksam gemacht, daß bei den etwa Dutzend Namen im Kopf des Antrags kein einziger Mann dieser Fraktionen gezeichnet hatte für übergreifende frauenpolitische Zielstellungen in der Gesellschaft. Also mußte man sagen, machen Sie erst mal selber einen kleinen Schritt im eigenen Bereich. Aber ich will wieder zurückkommen auf die große Ebene. Wo könnte man, angefangen bei der Beschäftigungspolitik, etwas erreichen? Bleiben wir bei dieser Frage, die man kaum anfechten kann.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Schönen Dank. Gleich gebe ich das Wort weiter. Ich würde ganz gerne nochmal den Akzent unterstreichen, auch für die kommenden Fragen, daß doch das Problem vielleicht nicht ein-

fach die Frauenpolitik ist, sondern daß das Problem doch sehr viel breiter angelegt ist. So sehe ich es. Wie hält eigentlich auf die Dauer eine Gesellschaft zusammen, wenn der Kern der Gesellschaft nicht mehr klappt wegen überalterter Strukturen? Wir haben ein gemeinsames Problem, und das ist nicht nur ein Frauenproblem. Das ist sicher noch ein Zusatzproblem. Als nächster Herr Hilsberg, bitte.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Die Frage verstehe ich wohl. Allerdings muß ich sagen, bei dieser doch sehr anregenden Diskussion, die wir jetzt gehört haben, ich habe nicht das Gefühl, daß man da klüger geworden ist. Vielleicht ist das Problembewußtsein etwas tiefer geworden. Das ist eine ganze Menge wert, sicherlich. Wenngleich ich auch nicht bereit bin, sozusagen jede Jacke anzuziehen, die einem von Frauen hingehalten wird, also die Sache mit dem Bewußtsein ist immer das schönste Argument.

(Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Das wäre auch zuviel.)

Ich meine, bei dem Begriff Bewußtsein habe ich immer das Gefühl, das ist so ein Jokerargument, das immer dann gebracht wird, wenn alle anderen Argumente letztlich nicht mehr richtig greifen. Es ist ja nicht so, daß man da an einem Drehknopf am Kopf irgendwo drehen müsse und dann würde sich alles von alleine neu einpendeln. Ich empfinde die Gesellschaft, in der wir jetzt leben, nicht nur als frauenfeindlich, sondern viel stärker noch als familienfeindlich. Das ist das eigentliche Problem. Wir sind hier in einer Situation, wo man das Problem erkennt, allerdings überhaupt nichts zu seiner Lösung tun kann. Wir haben zu DDR-Zeiten die Gleichberechtigung praktiziert – in meiner Familie beispielsweise. Das hörte schlagartig mit der Wende auf und dazu gab es keine Alternative. Wenn ich über dieses Problem diskutiere und frage, wo dafür die Lösungsmodelle sind, dann bin ich häufig – muß ich sagen – völlig ratlos. Ich kann ja einfach mal meine Situation schildern. Als nach 1990 unser viertes Kind unterwegs war und ich relativ froh darüber war, weil das alles nicht so ganz einfach war, daß man sich dann letztlich dazu entschieden hat, da habe ich das in meiner Fraktion nebenbei jemandem mitgeteilt, und da sagte dann einer meiner Kollegen: Bist du wahnsinnig, was mutest du da deiner Frau zu! Welches Verhältnis haben also hier Frauen gegenüber Kindern? Ich merke, da ist möglicherweise auch bei den Frauen eine Entwicklung in eine Sackgasse angetreten worden, daß nämlich eine Alternative aufgemacht wird für die Frau zwischen Kindern einerseits und gegenüber einer eigenen Karriere andererseits. Wir leben in einer Arbeitsgesellschaft, die ihre eigenen Gesetze hat. Ich kann nicht ohne weiteres beispielsweise eine Arbeitszeitfrage so drehen, daß ich ein Modell einer Gesellschaft habe, die sehr viel gleichberechtigter oder emanzipatorischer ist. Eines möchte ich völlig klar sagen: Ich habe beispielsweise ein völlig anderes Verhältnis zu dem Status der Ärzte. Mir ist es schleierhaft, wie jemand sagen kann, der Ärztestatus hätte dadurch gelitten, daß vermehrt Frauen den Beruf eines Arztes ergriffen hätten. Es ist doch in Ostdeutschland nicht festzustellen, daß Leute deshalb einen Arzt aufsuchen, weil

er ein Mann ist und sozusagen seine Kollegin meiden würden. Ist das nicht ein Bewußtseinsproblem letztlich auch bei Frauen?

Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek: Ich gestehe, ich bin angesichts des weiblichen Feuerwerks, das wir eben erlebt haben, und im Hinblick auf die ironische Abreibung der Männerbänke hier ein wenig befangen. Dennoch möchte ich mannhaft einen Widerspruch ins Auge fassen, der hier unreflektiert geblieben ist. Frau Griebhaber hat auf die Frage der Veränderungen im Bewußtsein des Mannes sehr skeptisch reagiert, Frau Schlegel aber darauf hingewiesen, daß trotz zweier Widrigkeiten – den paternalistischen und patriarchalischen Strukturen in der DDR – es dennoch zu Ergebnissen, zu Veränderungen, zur Erleichterung der Situation der Frauen in der DDR gekommen ist, trotz dieser nicht vollzogenen Wende in den Köpfen der Männer. Das scheint nun wieder verlorengegangen zu sein. Man könnte ja angesichts der Tatsache, daß wir hier dennoch bestimmte positive Dinge registrieren, noch ein neues Wort von Lenin einführen: „Sind wir nicht einen Schritt vorwärts und zwei Schritte zurückgegangen?“

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Herr Maser bitte. Ich lasse immer diese Titel und Ehrenzeichen weg. Ich hoffe, das ist erlaubt.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Zunächst eine Anmerkung zu den Frauen der Enquete-Kommission. Die vier weiblichen Mitglieder der Enquete-Kommission haben quer durch die Fraktionen hindurch zumindest mitgeteilt, daß sie an dieser Anhörung nicht teilnehmen, wie immer man das im einzelnen erklären kann. Wir haben also eigentlich vier Damen, nur sie sind eben heute abend nicht da. Nun meine Frage. Ist es nicht doch ein Stück eines sehr elitären Frauenbildes, was Sie uns heute hier vorgeführt haben? Ich versuche einfach mal, die Positionen, die Sie selber verkörpern, zusammenzunehmen. Man muß sich ja auch klarmachen, daß Sie natürlich jeweils auch – und das haben Sie ja auch sehr deutlich gemacht – aus Ihren Situationen heraus sprechen. Ist das Ergebnis dann wirklich repräsentativ? Ich weiß es nicht. Aber ich würde, gerade wenn hier Soziologinnen usw. anwesend sind, vielleicht doch noch mal etwas davon hören, ob man nicht möglicherweise auch mal bei dieser Debatte unterschiedliche Horizonte oder unterschiedliche Ansprüche von Frauen – oder wie auch immer man das ausdrücken will –, in den Blick nehmen muß, um überhaupt der Realität ein Stück näherzukommen. Und dann muß ich auf Lenins Frage „Was ist zu tun?“ zurückkommen. Da ist es in der Tat nun auch für mich doch recht undeutlich geworden. Ich möchte es mal so sagen, die Diskussion hat mich – entschuldigen Sie verehrte Diskutantinnen – ein Stück an so manche Bibelstunde erinnert. Da wird auch die Schlechtigkeit der Welt in verschiedenster Weise beklagt, dargestellt. Da wird auch ein Stück eigene Schuld an allem möglichen bekannt. Zum Schluß in der Bibelstunde ist es dann die Gnade, die es dann irgendwo schon richten muß, – bei Ihnen war es das Bewußtsein. Irgendwo ist die Diskussion über sehr, sehr allgemeine Appelle nicht herausgekommen, und vielleicht könnten Sie vor dem Hintergrund Ihrer je-

weiligen Lebenserfahrungen, Kompetenzen versuchen, es doch mal ein Stückchen konkreter zu machen.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Es juckt mich sehr, Ihnen was zu erzählen, aber ich halte mich zurück, Sie kriegen's nachher. Als nächster Herr Weber.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Das entscheidende hat Bernd Faulenbach gleich am Anfang gesagt. Es wäre schön, wenn man konkretere Vorstellungen entwickeln könnte, was eigentlich zu tun ist, und zwar in diesem konkreten Fall mit den Frauen der ehemaligen DDR. Zweite Vorbemerkung: Ich verstehe durchaus, was Sie insgesamt sagen. Man braucht sich ja nur unsere Gesellschaft anzuschauen, dann weiß man, daß Frauen mit Recht dagegen angehen, daß es sich hier um eine immer noch patriarchalische Gesellschaft handelt. Nur dürfen Sie nicht übertreiben, wenn Sie davon sprechen, die Männer würden herrschen, und dann sitzen die Männer am Ende noch am Biertisch, und dort werden Netzwerke geschaffen. Irgendwo ist mir das ein bißchen zu viel, wenn dann daher die Macht kommen soll. Ich muß gestehen, ich bin sehr selten am Biertisch, und Netzwerke schaffe ich da schon gar keine. Ich bin nun hier ja nur Sachverständiger, und meine Macht ist das, was ich schreiben kann und was ich publiziere und untersuche. Aber das hilft ja meist gar nicht. Meine Macht ist wahrscheinlich genauso begrenzt wie Ihre auch. Ich will es noch ernsthafter sagen. Ich glaube – und da stimme ich Herrn Maser zu in einem Punkt – wir sind ja alle mehr oder weniger Intellektuelle hier. Die Probleme, die wir hier bereden, gelten auch im wesentlichen für diese Schicht. Aber die größere Schicht in Deutschland sind natürlich andere. Das sind die sozialen Schichten unten und in der Mitte. Was bewegt die? Kann man wirklich sagen, das, was hier zu Frauenfragen gesagt wird, ist das A und O, das wichtigste vielleicht in der Gesellschaft? Oder müssen wir nicht nach wie vor sagen, wir sind in einer sozial hierarchisch gegliederten Gesellschaft, und da muß man auch den Blick – ob Mann oder Frau ist da egal – darauf werfen. Dann werde ich etwas ungemütlich, wenn die Gewerkschaften wieder mal angegriffen werden. Die sind angeblich Schuld an den Leichtlohngruppen – den Vorwurf gab es heute früh schon mal. Ich bitte Sie doch mal zu überlegen, wie es denn kommt, daß Frauenlöhne in der historischen Entwicklung nun tatsächlich immer die niedrigeren sind? Das hängt doch damit zusammen, daß Frauen in bestimmten Berufen repräsentiert waren, und das waren nun mal die schlecht organisierten, die Textilgewerkschaft oder Handel oder wie sie alle heißen. Sie waren schlecht organisiert, und ich frage gar nicht, warum das so war und ob das sein muß.

(Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Leider.)

Das wird zu lang, und ich will Ihnen ja nicht alles vorwegnehmen. Diese Schwäche ist Tradition, und dann kommt eben diese Katastrophe, wie wir sie heute haben, die schlechtere Bezahlung der Frau. Da haben Sie meines Erachtens völlig recht – das ist ein Hauptgrund, daß wir nach wie vor da nicht vorankommen. Bei einem anderen Punkt, Frau Griefhaber, hätte ich doch eine

Nachfrage, wie Sie das verstanden haben. Ich finde das nicht richtig, wenn Sie sagen: Was die Macht angeht, waren Frauen in der DDR und in der Bundesrepublik nicht beteiligt und sie sind es auch heute nicht. Wenn ich das so verallgemeinere, dann setze ich schon fast alles gleich. Was Macht angeht – wir haben da heute früh schon mal darüber gesprochen – natürlich waren etwa in der DDR Frauen nicht an der Macht beteiligt. Da gab es oben ein Politbüro, das im wesentlichen die Macht ausübte. Wir hatten eine Diktatur. Aber natürlich ist eine demokratisch legitimierte Gesellschaft schon was anderes. Da können Sie sagen, Frauen sind nach wie vor benachteiligt, aber Sie können das doch nicht in dieser Form gleichsetzen. Davor würde ich doch warnen. Und dazu würde mich doch noch mal Ihre Meinung interessieren.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Das Schöne bei Sitzungen der Enquete-Kommission eines demokratischen Parlaments ist, daß man als Diskussionsleiter ein Stück Willkür walten lassen kann. Das ist so angemessen in diesem politischen System, und das lasse ich jetzt walten, indem ich jetzt die weiteren Redner noch einen Moment bitte Geduld zu haben, weil es sonst zu viele Anfragen werden. Frau Glückliche hat sich schon gemeldet. Ich möchte aber eine kleine Story, Herr Maser, an Sie loswerden und zwar in voll elitärem und privilegienbewußtem Geiste. Ich hatte während meiner Berufstätigkeit das Glück, genug Geld zu haben, um Familie und Beruf mit Hilfe einer tüchtigen Haushälterin zu bewältigen. Mein Mann hat das Frühstück morgens gemacht, und dann hatte ich die Haushälterin. Das heißt, es waren zwei in 20 Jahren, was für ein stabiles System spricht. Beide hatten durch diese Stelle, wo sie dann sozialversichert waren, erhebliche Chancen. Die erste war eine nicht im deutschen System ausgebildete Griechin, die Sie vielleicht nicht sofort in die elitäre Schicht packen würden. Ihr Mann war ein deutscher Baggerführer. Sie war zum ersten mal in dieser Haushälterinnenstelle erstens sozialversichert, zweitens hatte sie die Wohnung gemietet, weil es eine Dienstwohnung war. Das hatte zur Folge, daß nach acht Jahren Ehe ihr Mann sie zum ersten Mal nicht mehr schlug – um die Frage der Privilegiensituation zu regeln. Ihre eigene Berufstätigkeit, ihre eigene Unabhängigkeit führte zu einem ganz anderen Status in ihrer Ehe, und dies mit Null Privilegien. Beim zweiten Fall war das ganz ähnlich. Da war das Milieu etwas anderes, aber die Haushälterin kam auch nicht aus irgend einem Elitemilieu, ihr Mann schon eher, und zum ersten Mal konnte sie sozusagen auftrumpfen. Ich glaube, das hat zunächst mal nichts mit der Elitesituation zu tun. Frau Glückliche als nächste.

Wilma Glückliche, MdB: Es ist sehr schwer, da unmittelbar anzuschließen, Frau Schwan. Aber ich will nochmal sagen, daß die Zuweisung von Zuständigkeiten für die Lösung der Frauenprobleme auch nicht das Ziel dieser Enquete-Kommission ist. Das kann ich mir einfach nicht vorstellen. So eingleisig sind normalerweise die Ziele der Enquete-Kommissionen nicht formuliert. Deshalb kann ich Ihre Fragen nur zum Teil akzeptieren. Die Frage, was man tun kann, um die Bedingungen zu verbessern, ist legitim und ist korrekt und ist vielleicht von uns nicht so sorgfältig beantwortet worden. Das will ich gerne zugeben. Aber die Frage, wieso wir da keine guten Vorschläge gemacht haben,

die muß man schon an Sie zurückspeiegeln, denn wir sind, wie Sie sicher auch wissen, nur 50 % der Bevölkerung. Ich denke, daß der Staat nicht weitere Regelungen treffen darf. Das ist auch etwas, was ich mir immer sage, wenn ich in den Flieger nach Bonn steige: Um Gottes willen keine weiteren Regelungen, sondern wir müssen uns im Gegenteil aus vielen Sachen zurückziehen – unbedingt. Die vielen Regelungen und der ständige Bedarf, Verfeinerungen zu machen, haben dazu geführt, daß jeder das Gefühl hat, es geht nur so, es kann nur so Lösungen geben. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß wir gerade in dem sozialen Umfeld, in dem gesellschaftlichen Umfeld, vor allen Dingen in dem, was wir als „Werte“ bezeichnen, daß wir da nur eine Zukunftschance haben, wenn wir sofort aufhören zu glauben, Regelungen definieren zu können. Das ist das eine. Das zweite ist die wirtschaftliche Seite. Ich glaube, daß wir in der Tat das Steuersystem so ändern müssen, daß wir eine klare Bevorzugung von gesellschaftlich sehr erwünschten Dingen bekommen, und daß alles andere, was wir nicht wünschen, und dazu zählt z. B. bei mir ganz klar der große Umweltschädigungsbereich, daß das einfach in den Steuern angehoben wird. Ich will damit sagen, alles was Familienarbeit, Soziales usw. betrifft, sollte demnächst für Null Steuern möglich sein, alles was die Gesellschaft belastet und wo sie Leistungen für jemand anders bringen muß, muß einfach teuer werden. Das ist meines Erachtens das einzige System. Und dann würde ich ganz gerne einen Satz zur Elite sagen. Selbstverständlich sind wir hier eine Elite, das ist klar. Aber wenn wir als Elite uns nicht um die Interessen der Frauen kümmern und wenn wir als Elite andersherum Ihnen schon sagen, daß da am System etwas falsch ist, dann meine ich, ist das ein bißchen sehr hart formuliert, Herr Prof. Maser, wenn Sie sagen, wir hätten eine geringe Berechtigung – und das wollten Sie damit ja andeuten – für Frauen zu reden. Ich denke, es ist schon deutlich geworden, daß sich viele Probleme durch ganze Berufsgruppen hindurchziehen. Also nicht nur horizontal, sondern auch vertikal. Das werden Sie sicherlich im Laufe des Tages bei der Anhörung der vielen Frauen auch erlebt haben, daß das nicht nur auf uns zutrifft. Wir allerdings haben die Verantwortung, möglicherweise mit Ihnen gemeinsam etwas zu tun. Das will ich auf jeden Fall für mich annehmen.

Bürgermeisterin Dr. Christine Bergmann: Ich könnte jetzt, was ich nicht tue, eine halbe Stunde reden, um zu erklären, was man eigentlich alles tun könnte und müßte, denn es liegt ja eine Menge auf dem Tisch. Wir brauchen ja auch nicht so zu tun, als ob es keine Vorschläge gäbe. Hier gilt das gleiche wie in anderen Bereichen. Wir haben gar nicht so große Erkenntnisdefizite, wir haben auch hier ganz erhebliche Umsetzungsdefizite. Herr Maser, da komme ich zu Ihnen, Ihr Wort von der Elite hat uns hier alle getroffen. Ich betrachte mich als eine ganz normale Frau, die 50 Jahre ihres Lebens im Osten gelebt hat, jetzt eine besondere Verantwortung für einen Bereich hat, und zu mir kommen die Frauen in die Bürgersprechstunde. Da kommt die arbeitslose Textilfacharbeiterin genauso wie die arbeitslose Ingenieurin, und alle erleben es in gleicher Weise als bitter, aus dem Arbeitsprozeß herausgefallen zu sein mit allen Konsequenzen. Wenn es dann darum geht, ob man das isoliert betrachten kann,

muß ich sagen, nein. Natürlich kann man frauenpolitische Themen isoliert behandeln. Aber das Thema Massenarbeitslosigkeit ist ein gesellschaftspolitisches, es muß gesellschaftspolitisch gelöst werden, und da muß man dann sehen, wie man im Rahmen von Konzepten oder Programmen die speziellen oder besonderen Benachteiligungen der Frauen ausgleicht. Ich will ein Beispiel nennen. Es gibt jetzt Leitlinien der Europäischen Union für den Beschäftigungsgipfel im November, die finde ich ganz phantastisch. Sie haben sich eine ganze Menge vorgenommen, Aktionsprogramme durchzusetzen, wo auch Chancengleichheit ein Punkt ist. Das heißt, im Rahmen dieser Aktionsprogramme müssen Vorschläge gemacht werden, um die Erwerbsarbeit der Frauen sicherzustellen. Natürlich, solange alle Sicherungssysteme an die Erwerbsarbeit gebunden sind – und wir können uns gerne darüber unterhalten, ob das so sein muß – muß ich dafür kämpfen, daß von der Berufswahl angefangen bis zur Rente Frauen ihren gerechten Anteil an dieser Erwerbsarbeit bekommen, diese Erwerbsarbeit ordentlich finanziert wird und ordentlich verteilt wird zwischen Männern und Frauen. Hier kommen wir auf Arbeitszeitgeschichten. Ich bin da nicht pessimistisch. Frauen sind auch bereit, etwas von der Familienarbeit abzugeben, so geizig sind sie gar nicht. An das Thema müssen wir natürlich ran. Was mache ich zum Abbau der Arbeitslosigkeit? Wo kann ich Benachteiligungen der Frauen mit berücksichtigen, beim Thema Arbeitszeitverkürzung, beim Thema aktive Arbeitswahlpolitik?

Man müßte den Anfang schon machen bei der Wirtschafts- und Finanzpolitik, wenn es um den Osten geht. Wie müssen die Strukturprogramme für die neuen Bundesländer in den nächsten Jahren aussehen? Das können wir alles gar nicht diskutieren. Es gibt viele vernünftige Konzepte. Und wenn man sich anguckt, was passiert, wissen wir, daß z. B. in dem letzten Arbeitsförderreformgesetz Frauen wieder ganz massiv benachteiligt werden. Es gibt wieder Zugangsvoraussetzungen für Maßnahmen, die schlichtweg zu Lasten der Frauen gehen, weil sie unterbrochene Erwerbsbiographien haben. Sie kriegen dann keine Leistung der Arbeitsämter, wenn sie nicht in den letzten drei Jahren ununterbrochen gearbeitet haben. Das sind Dinge, die liegen alle auf dem Tisch. Die müssen wir hier alle nicht neu erfinden, die liefere ich auch gerne für die Enquete-Kommission nochmal geballt.

Auch bei dem Thema Macht im Hochschulbereich erleben wir, wie wenig Männer von ihrem Einfluß abgeben, obwohl wir viele qualifizierte Frauen haben. Es gibt kaum eine härtere Männerbastion als den Bereich der Hochschulen und Universitäten. Wir müssen fragen, wie kann man mit vernünftigem Anreiz und Sanktionssystemen Einfluß nehmen, wie werden Gleichstellungsgesetze in diesem Bereich umgesetzt. Dazu muß natürlich auch ein bißchen Luft sein, daß wirklich Besetzungen möglich sind. Gleichstellungsgesetze liegen auf dem Tisch, es gibt Vorschläge zur Frauenförderung in der Wirtschaft, usw., nur müssen sie mit der richtigen politischen Mehrheit dann auch umgesetzt werden. Ich will noch das Thema Ausbildung nennen, weil mir das sehr am Herzen liegt. Wie kriege ich für alle Jugendlichen in Berlin einen Ausbildungsplatz? Und auch hier sind die Mädchen benachteiligt. In den betriebli-

chen Ausbildungsplätzen finden wir Jungen, und in den außerbetrieblichen mit den schlechteren Vermittlungschancen finden wir dann die Mädchen. Das kann man natürlich regeln. Also haben wir eine Umlagefinanzierung entwickelt. Dort kann ich Bedingungen daran knüpfen, wie ich nur immer will. Hier muß Chancengleichheit durchgesetzt werden.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Frau Schlegel, könnten Sie nochmal – ich habe jetzt Christine Bergmann nicht darum gebeten, weil es schon so viele Punkte waren – auf die besonderen Probleme für die neuen Bundesländer eingehen, die Herr Faulenbach angefragt hat?

Dr. Uta Schlegel: Ich knüpfe mal an Herrn Maser an. Nun habe ich ehrlich gesagt bis jetzt nicht ganz verstanden, was Sie unter einem elitären Frauenleitbild verstehen, so haben Sie das genannt. Ich unterstelle mal, Sie meinen eins, das darauf insistiert, ähnliche Lebensoptionen zu haben wie Männer in der Lebensgestaltung, ich unterstelle das einfach mal. Nun muß man erst mal einräumen, daß es da gewisse kulturelle Ost-West-Unterschiede gibt. Das ist so. Das kann ich auf einen ganz kurzen Punkt bringen: Die Westfrauen haben ein ausgeprägtes emanzipatorisches Bewußtsein – das hat seine Gründe in den 68er Jahren, das waren Diskussionen um das Geschlechterverhältnis usw. – und in aller Regel auch eine mentale Sensibilisierung, Westfrauen nehmen Geschlechterverhältnisse sensibler wahr als Ostfrauen. Die Ostfrauen nämlich, um das auf den Punkt zu bringen, hielten sich für emanzipiert. Das ist der Unterschied. Das können Sie z. B. sehr gut am Verhältnis zur Quotenregelung messen. Westfrauen haben dafür ein Bewußtsein. Dies geht hin bis zur Sprachregelung, was uns Osis dann so aufgeregt hat – für uns war nicht der Kern, diese „In“-Form zu nehmen – und die Ostfrauen hielten sich für gleichberechtigt aufgrund des Bildungsstandes und der Erwerbsbiographie usw. Wenn Sie aber – jetzt beziehe ich mich nur auf den Osten – wenn Sie aber unser Ostfrauenbild für überhöht halten, will ich Sie auf eine Untersuchung hinweisen mit diesen Optionen der Lebensgestaltung und das Insistieren auf eigener Erwerbsarbeit. Das ist mir schon mal vorgehalten worden in der DDR 1980 bei einer Untersuchung innerhalb der Jugendforschung, wo ich behauptet hatte, auch für junge Frauen ist Erwerbsarbeit ein genauso hoher Lebenswert und integraler Bestandteil ihrer Lebensgestaltung wie für Männer. Dann sind welche aufgetreten, die haben gesagt, und das hat heute übrigens auch schon eine Rolle gespielt: Die können es sich ja gar nicht leisten, nicht zu arbeiten, um ihren Trabi zu bezahlen usw., die müssen ja arbeiten. Das spielte heute bei Herrn Bertram auch eine Rolle – dieser „östliche“ Druck auf die Erwerbsarbeit der Frauen. Das Bewußtsein bei Westfrauen geht nämlich durch alle Schichten mit Graduierung nach dem Bildungsstand. Insofern haben Sie recht, daß hochgebildete Frauen da sensibilisierter sind. Zum Erwerbsanspruch der Frauen, habe ich Anfang der 80er Jahre folgendes gemacht, und das ist soziologisch legitim: Ich habe Frauen, die ökonomisch gesichert waren und nicht gearbeitet haben – das waren Frauen im Babyjahr – in einer Intervalluntersuchung untersucht – zur Geburt des Kindes, nach einem Vierteljahr, einem halben Jahr, einem Dreivierteljahr, einem Jahr – und habe sie gefragt – und wie Sie auch wis-

sen, bekamen die nicht nur 600 Mark, sondern einen Betrag nach dem Prinzip des eigenen Einkommens: Wenn die staatliche Regelung gestatten würde, daß Sie fünf, drei oder sieben Jahre zu Hause bleiben könnten bei genau diesen Zahlungen, würden Sie das in Anspruch nehmen? Jetzt sage ich Ihnen in einem Satz das Ergebnis – quer durch alle Bildungsschichten, mit gewissen Graduierungen: Direkt nach der Geburt der Kinder haben sie zu 98 % gesagt: ja, ich würde es in Anspruch nehmen. Die anderen Etappen lasse ich weg. Kurz vor Ablauf des Babyjahres – das waren in der DDR 12 Monate – haben 98 % der Frauen gesagt, auf gar keinen Fall. Ich überlasse Ihnen die Interpretation. Und das waren nicht nur Intellektuelle. Wenn Sie das unter einem elitären Bild verstehen, dann muß ich dem widersprechen.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Jetzt sind wir nicht auf die speziellen Maßnahmen gekommen, aber ich muß ein bischen drängen. Dann jetzt, in welcher Reihenfolge auch immer, Frau Griebhaber, Frau Semper.

Rita Griebhaber, MdB: Ich kann auch gerne noch ein bißchen konkreter werden bezüglich der Dinge, die passieren und die nicht passieren. Nehmen Sie mal die Politik, wie war die Situation, als es darum ging, die Altersteilzeit zu verbessern und da größere Chancen zu schaffen? Da hatte man gigantische Summen zur Verfügung, um für Männer ein neues Modell der Altersteilzeit in der Rente hinzukriegen. Jetzt muß man das wieder zurückfahren, weil es zu teuer war. Umgekehrt, nehmen Sie dieses Erziehungsgeld was es gibt, lächerliche 600 DM, die seit der Einführung 1986 nicht einmal wieder angehoben worden sind, weder das Geld noch die Einkommensgrenze, dazu heißt es in jeder Haushaltsdebatte, wir würden ja so gerne, aber wir haben leider überhaupt kein Geld dafür. Da wird einfach ungleich verteilt. Wo Männer massiv betroffen sind, werden ganz andere Summen bemüht und da sind Gelder vorhanden, so daß Frauen nur staunen können und denken, wo kommt es her? Das läuft nie unter dem Namen Mänersubvention. Das hat immer ganz allgemeine Titel, das heißt Kohlesubvention, es heißt Werftensubvention, es hat andere Namen, aber es ist immer eine Mänersubvention. Wenn Sie es sich mal anschauen, 4.000 Stahlarbeiter im Ruhrgebiet haben Rabatz gemacht – es hat gewirkt. 100.000 entlassene Textilarbeiterinnen gab es in Sachsen – nichts war. Still, resigniert sind die Frauen zurückgegangen. Das ist natürlich jetzt das Problem, das Sie angesprochen haben, Herr Weber, die Gewerkschaften, haben Sie gesagt, sind nicht schuld, sondern die Interessen der Frauen sind da einfach nicht so stark organisiert. Ja, das ist so und das ist doch so, weil die Frauen in der Familienarbeit sind. Die sind doch mit den Kindern zu Hause. Die sind nicht auf den Gewerkschaftsversammlungen. Sie haben nicht den Posten des Gewerkschaftssekretärs. Und dann sind ihre Interessen einfach nicht in der Form berücksichtigt wie bei den Männern. Die Männer haben es geschafft, in dieser Gesellschaft – so wie sie ist –, ihre Interessen, vielleicht nicht zu ihrem Glück, aber zu ihrem Wohlstand so zu organisieren, daß sie materiell abgesichert sind oder besser abgesichert sind als die Frauen. Sie sind in der Politik stärker organisiert und sie sind auch in den Gewerkschaften stärker organisiert. In den Arbeitgeberorganisationen, da haben Frauen reell kaum

Macht. Auch wenn wir eine Demokratie haben, auch wenn die Frauen das Wahlrecht haben, in den entsprechenden Positionen sitzen überwiegend Männer, und die Frauen sind in dieser Gesellschaft – ich bedauere das sehr – leider kein Machtfaktor. Das hätte ich gerne anders. Die Vorschläge, die wir als Grüne dafür haben, sind natürlich hier nicht allgemein konsensfähig, das weiß ich auch, nur ich denke, die Quote ist ein Instrument, um den Frauen strukturellen Zugang zu verschaffen. Nach meinen eigenen Erfahrungen in meiner Partei ist es auch nicht ein Vorschlag, der ausreicht. Aber ein notwendiger Mosaikstein, um die Präsenz von Frauen überhaupt in allen Gremien zu gewährleisten. Was ich noch sagen möchte ist, weil Sie gesagt hatten, wir haben nicht frauenfeindliche Strukturen, sondern wir haben familienfeindliche Strukturen. Das ist in dem Moment fast identisch, weil es die Frauen sind, die überwiegend für die Familie sorgen, was die Pflege und die Erziehung angeht. Diese Strukturen, die wir haben, die sind aber doch von Menschen gemacht. Es gibt ganz viele Gesetze, es gibt Institutionen, und die haben Menschen geschaffen. Und wenn ich mir anschau, wer dort das große Sagen hat und wie sie strukturiert sind, dann sind sie überwiegend von Männern dominiert und von Männern gestaltet. Zum Zukunftsaspekt. Das hat Herr Bertram heute nachmittag sehr schön ausgeführt. Was den Transformationsprozeß betrifft, kann man nicht mehr nur von den Ost-West-Problemen ausgehen, sondern muß insgesamt die jetzige Gesellschaft im Globalisierungsprozeß sehen. Da kann man feststellen, daß die Erwerbsarbeit weniger wird. Das erfordert, daß die sozialen Sicherungssysteme jenseits der Erwerbsarbeit zu festigen und auszubauen sind. Das wäre mein Anliegen.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Vielen Dank. Frau Semper.

Dr. Sigrid Semper: Ich kann ja eigentlich froh sein als Frau aus der DDR, daß ich nicht an der Macht war, aus der heutigen Sicht. Daß ich nur bis zu einer Ebene, die tragbar war, mitmischen durfte. Also habe ich gar nicht an diesem ganzen Dilemma der Diktatur direkt Schuld. Das ist doch eigentlich positiv. Ich meine, worin ich eine Perspektive sehe, daß man alte traditionelle Verhaltensmuster sprengt z. B. in der Berufswahl, daß man wirklich Frauen und Jungen in allen Berufsrichtungen gleiche Chancen gibt. Es gibt jetzt z. B. immer mehr Friseure, das ist so ein Modeberuf, es gibt nicht mehr nur Friseurinnen. Es gibt auf einmal ganz viele Männer, die Gymnasiallehrer werden wollen, die vorher nie Lehrer werden wollten, sondern es den Frauen überlassen haben, weil man sich da ja mit der Erziehung von Kindern beschäftigen mußte. Aber das sind gut bezahlte Berufe. Der Gymnasiallehrer heutzutage, auch in den neuen Bundesländern, das ist schon eine gehobene Gehaltsgruppe, die vorher nicht so gut bezahlt war zu DDR-Zeiten. Obwohl viele Frauen in bestimmten politischen Ebenen tätig sind, im Gerichtshof, in der Kirche, in Verbänden, wird der Ärger der Frauen einfach von den Männern entweder nicht richtig aufgenommen, oder sie möchten gar nichts ändern. Es ist ja schön, in seinen Traditionen zu bleiben. Wenn die Familienerziehung und das Hausfrauendasein so interessant wäre, dann müßte doch das auch etwas erstrebenswertes für den Mann sein, daß der sich fragt: Wieso muß ich mich immerzu dieser Hektik

aussetzen? – wie ich schon mal sagte – und das meinte ich mit Netzwerk. Zu den Frauenförderplänen, den Ausschreibungen. Da werden Bewerbungen von Frauen bei Ausschreibungen bearbeitet, ist Schein, denn die Stelle ist schon längst besetzt mit einem Mann. Ich habe es selbst erlebt. Hier müssen Sachen aufgesprengt werden. Männer geben sich gar nicht so intensiv mit Überzeugungsarbeit ab, deshalb kann ich eben immer nur Frauen aufrufen, werdet selbständige Unternehmerinnen, gestaltet eure Existenz selbst, kommt aus den Traditionsberufen heraus. Und selbst wenn es eine Gleichstellung von Mann und Frau gib, ist sie doch erst wirklich da, wenn 50 % Frauen im Bundestag sitzen, wenn 50 % Frauen in den anderen Parlamenten sitzen, wenn 50 % Frauen im Management sind, wenn 50 % Frauen Professoren sind. Wie soll denn das gehen, wenn nur wir Frauen alleine darum kämpfen, und wenn die Männer nicht sagen, wir wollen Gleichstellung, Chancengleichheit, also dann muß ich hier auch mal zurücktreten.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Schönen Dank Frau Semper. Wenn ich es recht sehe, haben wir jetzt noch gute 20 Minuten für die vorgesehene Diskussion. Ich schlage vor, eine zweite und letzte Runde zu machen. Im Moment sind auf der Liste drei Personen, die würde ich jetzt aufrufen, und dann noch eine Antwortrunde veranstalten. Herr Burrichter.

Sv. Prof. Dr. Clemens Burrichter: Ich denke, daß Frau Glücklich Recht hat, wenn sie die Anmahnungen von Herrn Faulenbach und Herrn Maser, doch bitteschön mit Lösungsvorschlägen aufzuwarten, zurückweist, denn ich denke, die heutige Diskussion hat wiederum gezeigt, nicht nur jetzt, sondern auch über den Tag hinaus, daß wir deswegen in einer so schwierigen Situation sind, weil wir uns gegenwärtig in einem gesellschaftlich fundamentalen Umbruch befinden – ich nenne das Stichwort von Bertram: Arbeitsgesellschaft. Frau Bergmann, nehmen Sie es mir nicht übel, aber ich denke, wir würden uns fetzen, ob das dann, was Sie anbieten, wirklich tragfähige und dauerhafte Lösungen sind. Ich denke, daß wir uns bewußt machen müssen, daß dies ein Vorgang ist, der als langfristiger Prozeß gedacht werden muß. Ich will das mit historischen Analogien versuchen zu verdeutlichen. Mit Aufkommen der Industriegesellschaft haben wir eine ähnlich fundamentale Umbruchsituation in unseren europäischen Gesellschaften gehabt. Und es gibt Untersuchungen darüber, daß es bis zur Entstehung eines neuen ordnungspolitischen Modells 100 Jahre gedauert hat. Das heißt, drei Generationen haben diskutiert und sich auseinandergesetzt auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsmodell, das der Industriegesellschaft entsprach. Wir befinden uns heute in einer ähnlichen Situation, und niemand hat in seiner Schublade das bereits fertige Modell, um die postmoderne Technologiegesellschaft entsprechend zu strukturieren. Deswegen meine ich, wäre es günstig, wenn wir uns bewußt machen, daß hier so etwas wie ein Generationenprozeß abläuft, und daß wir in einer Diskursgesellschaft uns wirklich mit allen Konsequenzen, die ein solcher Prozeß notwendigerweise haben muß, darauf konzentrieren. Da denke ich, liegt nun in der Tat in der Frauenfrage eine enorme Chance. Frau Glücklich, Sie haben die Fraunion angeführt. Ich fand das Papier sehr gut, den Titel zumindest, das Papier

kenne ich nicht, und wenn Sie es mir geben können, wäre ich Ihnen dankbar. Es ist in der Tat so, daß wir uns in einer Situation befinden, in der es nicht mehr nur um Arbeitsplätze, sondern um Lebensplätze geht. Nur jetzt kommt die entscheidende Frage, Frau Glücklich. Was verstehen wir denn nun alle unter Leben, unter den Lebensbedingungen der hochtechnologischen Gesellschaft des Jahres 2000 und folgende? Da, glaube ich, finden wir nirgendwo bereits fertige Konzepte. Und in diesem Zeitraum, Frau Schwan, ist in der Tat die große Chance, die Frauenfrage behutsam, aber konsequent weiter zu diskutieren. Denn es ist ja ein kulturspezifisches Phänomen, das auch seine kulturellen Hintergründe hat, und nicht von heute auf morgen korrigiert werden kann.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Herr Eppelmann bitte.

Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Ich möchte mich zu einer Sorge, die Frau Glücklich geäußert hat, äußern und zu einer Beobachtung, die Frau Griebhaber gemacht hat. Wenn ich das richtig sehe, eine Frau als mächtige Ministerpräsidentin, ein Mann, der Kinder pflegt, eine Frau, die wahnsinnig viel Geld verdient, nicht weil sie eine Frau ist, sondern weil sie gute Arbeit macht, das haben wir heute alles schon hier und da. Es liegt also offensichtlich nicht nur an Regelungen, sondern es liegt auch an uns selbst. Ich unterstelle mal, daß nicht alle Frauen in der Bundesrepublik Deutschland sich gegenwärtig in einem kulturellen lauten oder leisen Widerstand befinden, weil sie an den Ketten rütteln müssen, die sie jeden Tag erleben. Die gibt es auch, aber doch nicht nur, und zwar unter den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen und Strukturen, die wir heute haben. Müßte man nicht auch noch mal fragen, was hat denn das eigentlich alles mit den Grundwerten zu tun, mit dem, was mir in meinem Leben wichtig ist? Wo kommt denn in meiner Werteskala mein Partner oder meine Partnerin vor? Wo kommt das Geldverdienen vor? Wo kommen Kinder vor? Welche Rolle spielen diese Fragen z. B. in der Erziehung und bei den Werten, die wir vermitteln, die wir Eltern unseren Kindern weitervermitteln? Ich setze auch auf Gesetze. Die können behilflich sein. Aber wir dürfen nicht meinen, daß das die Lösung ist, die können Gesetze im günstigsten Fall unterstützen. Die entscheidende Frage ist, was wollen wir, was ist uns wichtig. Und wenn es uns dann gelingen könnte, daß wir das auch noch gemeinsam tun, und nicht den Eindruck haben, die einen sollen jetzt für die anderen etwas abgeben – und die wären ja bescheuert, wenn sie was abgeben würden –, dann wären wir nochmal ein gewaltiges Stück weiter. Und jetzt bin ich nochmal bei einer provozierenden Frage an Sie. Sie haben gesagt, wir müssen die Männer zu ihrem Glück zwingen. Das habe ich 46 Jahre lang gehört. Lassen Sie sich was anderes einfallen, aber versuchen Sie nicht, jemanden zum Glück zu zwingen, denn das ist immer nur Zwang.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Herr Ortleb bitte.

Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Dank des erfrischend wachhaltenden Moderationsstils von Ihnen, Frau Schwan, bin ich ermutigt, meine Frage nicht unnötig verbissen bierernst vorzutragen, weil ich das Wort Bier als Stichwort

für das nächste nämlich brauche. Ich stimme durchaus zu, daß das Netzwerk auch ein Stammtisch oder Biertisch sein kann. Ich brauche das Wort Netzwerk, deswegen habe ich das wieder eingeführt. Übrigens, in Osis Kellerbar im Bundestagsgelände, da werden fraktionsübergreifend Netzwerke geschaffen.

(Zwischenruf Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Nur von Männern?)

Nein, eben nicht nur von Männern!

(Zwischenruf Abg. Rainer Eppelmann (CDU/CSU): Sie haben nur von Fraktionen geredet. Auch geschlechterübergreifend?)

Auch geschlechterübergreifend. Entschuldigung, ich habe gemerkt, ich war unvollständig gewesen. Warum habe ich jetzt die Begriffe aufgegriffen? Frau Grißhaber, ich will direkt eingehen auf Ihr Beispiel von den Textilfrauen im sächsischen Raum. Ihr Beispiel zieht deswegen nicht ganz, weil ich Ihnen sofort die Braunkohlebergmänner nennen würde, die genauso dumm abgebügelt worden sind, weil sich nämlich keiner um sie gekümmert hat. Was lehrt uns das? Es lehrt uns, daß es in Fragen Ost zwei Netzwerke gibt. Das Ostnetzwerk als solches, das nicht funktioniert, und das Frauennetzwerk, und das funktioniert möglicherweise genauso wenig. Also haben wir eine Doppelnetzwerkfehlersituation. Damit gebe ich Ihnen nicht ganz Recht, aber ergänze sie im Grunde genommen in dieser Fragestellung. Das reizt mich nun, auf die Frage von Herrn Faulenbach rückwirkend nochmal einzugehen, denn er hatte vorher – und der eine oder andere hat ein bißchen mitgemacht – darauf abgehoben, daß wir doch was für die Frauen im Osten tun müssen. Ich halte das für einseitig, so zu denken – und da würde ich einfach mal die Reaktion des Podiums darauf wissen wollen, weil das nämlich geradezu heißen würde, die Frauen im Westen haben sich mit einem niedrigen Niveau an Emanzipation offenbar abgefunden, für die brauchen wir nichts mehr tun, die Frauen im Osten aber glauben emanzipiert zu sein – siehe Hilsberg – für die müssen wir noch was tun. Wenn wir so denken, tun wir eigentlich das Gegenteil von dem, was wir wollen. Also dürfen wir diese beiden Aspekte, und das würde ich dem Podium anheim geben, doch nicht durcheinander werfen.

Frau Schlegel, Sie sagten, die Männer im Osten hätten sich nicht verändert. Ich will eine eigene Erklärung dazu geben und Sie fragen, ob man da vielleicht ein Schuh daraus machen könnte. Was ist im Osten passiert? Es gab ein staatlich verordnetes Regelwerk für die Emanzipation der Frauen, was zur Folge hatte, daß man, wenn man es verinnerlicht hatte, unter Umständen gar nicht emanzipiert war, aber fest daran glaubte. Das hat sich zumindestens im Bewußtsein breit gemacht. Es gab aber zugleich ein nichtöffentlich staatlich deklariertes Regelwerk für Männer, was im Grunde genommen kontraproduktiv dagegen wirkte. Konkretes Beispiel: Da gab es eine Sache, die nannte man Mucki, ich weiß nicht, ob jeder weiß, was das ist. Das ist eine Krankschreibung wegen Mutter-Kind-Betreuung. Das war also in der DDR für Männer möglich. Ich bin vor 25 Jahren mehrfach Mucki gewesen. Aber wir haben uns das jedesmal überlegt. Meine Frau bekam 140 Mark als Studentin, und ich bekam 800 Mark

als Assistent an der Universität. Wenn ich gehaltlich reduziert war, war das für uns ein ganzer Batzen Geld, der fehlte. Also war ständig die Frage, was machen wir. Das heißt also, das offizielle Regelwerk sprach eindeutig dafür, meine Frau in ihrem Studium zu unterstützen, das emanzipationsoffene Regelwerk, aber das heimliche, daß unsere Versorgungslage dies wieder ausschloß, das wurde dabei nicht beachtet. Deshalb will ich die Frage stellen ans Podium, ob wir nicht besser fahren, wenn wir uns schon einig sind, daß Emanzipation nur durch Mann und Frau durchgesetzt werden kann, wenn gesellschaftliche Regelwerke für die Frau erfunden werden unter gleichzeitiger Beachtung, daß die Regelwerke für Mann nicht so ausgerüstet sind, daß sie die Bestrebungen nicht wieder automatisch rückgängig machen.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Vielen Dank, Herr Ortleb. Ich habe jetzt keine weitere Wortmeldung aus der Enquete-Kommission, und deswegen gebe ich jetzt nochmal ans Podium zurück. Wollen Sie zuerst, Frau Schlegel?

Dr. Uta Schlegel: Ich würde gleich auf das Männerbild antworten – ich habe wohl etwas falsch übergebracht. Was ich sagen wollte, ist, daß die staatliche Zuschreibung von Verantwortung für die Familie, für Kinder, für Haushalt in der DDR an die Frauen erfolgte. Damit wollte ich sagen: Das männliche Rollenbild – die weitere Beschränkung auf die Erwerbsbiographie – ist in der DDR tatsächlich unangetastet geblieben. Auf der Verhaltensebene hat sich aber sehr viel getan: Die DDR-Männer haben sich deutlich verändert. Das können Sie ganz scharf messen beim Partnerwunschbild. Da gibt es deutliche Ost-West-Unterschiede: Die Ostmänner wollten immer eine intelligente, berufstätige Frau, im Westen mußte sie bis zuletzt vor allen Dingen attraktiv sein usw. (Gelächter) Aber das Interessante an der Sache ist: Die Veränderung männlicher Verhaltensweisen in der DDR, die deutlich in Richtung Partnerschaft ging, war im Kern immer nur eine Reaktion auf neue weibliche Lebenszusammenhänge. Deshalb sind sie übrigens auch so schnell weggebrochen, wie Sie sehr schön beschrieben haben anhand Ihrer persönlichen Situation. Frauen haben sich aktiv Bildung angeeignet, und die Männer, wenn sie in Richtung Partnerschaft gegangen sind in ihren Verhaltensweisen, reagierten im Kern auf neue weibliche Lebenszusammenhänge. Das war eine Erwartungshaltung der Frauen. Das möchte ich korrigierend sagen zum Männerbild.

Bürgermeisterin Dr. Christine Bergmann: Ich wollte nur mal auf Herrn Burrichter eingehen. Sie haben es mir schon angesehen, daß mir das natürlich nicht sonderlich gefiel, was ich aus Ihrem Beitrag herausgehört habe. Also: es verändert sich sowieso alles, wir haben große kulturgeschichtliche Entwicklungen, und nun muß man nur sehen, wie sich das fügt. Es wird sich gar nichts fügen, davon bin ich überzeugt, wenn wir nicht wirklich aktiv in diesen Veränderungsprozessen zusehen, daß wir eben auch die Interessen der Berechtigten integrieren, das ist doch eigentlich unsere Herausforderung. Wenn wir uns nur hinstellen und warten, ob sich da irgendwo was richtet, glaube ich nicht, daß wir im Paradies ankommen. Ich erlebe das jetzt und bin nun hier die

Pragmatikerin. Eine muß ja die Rolle spielen. Wir reden alle über die Informationsgesellschaft und was da notwendig ist, aber wenn ich dann so die kleinen Unternehmen sehe, die wirklich toll sind, da kommen mir wieder die jungen dynamischen Männer entgegen. Nun habe ich nichts gegen junge dynamische Männer, aber ich frage mich natürlich, wo sind jetzt eigentlich schon wieder die Frauen? Das sind zukunftssträchtige Arbeitsplätze. Die jungen dynamischen attraktiven Frauen, die jetzt schon begriffen haben, daß hier eine Chance liegt, daß es hier ganz interessante Arbeitsplätze gibt, die in den nächsten Jahren noch ausgestaltet werden können, sitzen jetzt hoffentlich nicht am Datenerfassungsgerät zu Hause. Die Frage, wie man eben solche Prozesse versucht zu nutzen, damit Frauen von Anfang an von diesem Arbeitsmarkt auch was abkriegen, das ist doch eigentlich diejenige, die uns umtreibt. Deswegen kann ich auch den ganzen Arbeitszeitdebatten nicht so viel abgewinnen, denn wenn es nicht mal gelingt, hier einen Einstieg zu kriegen, dann weiß ich nicht, was bei diesen Prozessen passiert. Wenn es jetzt nicht gelingt, das Thema Umverteilung der Arbeit zugunsten der Frauen zu wenden, dann frage ich mich, wie sonst. Schaut man sich die Arbeitszeitwünsche an, gibt es ganz erhebliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Frauen bevorzugen 29 Stunden, das ist die Arbeitszeit, die sie gerne hätten, Männer 39 Stunden. Und was haben wir tariflich geregelt? Wir haben nicht 29, 39 Stunden haben wir. Hier muß ein Einstieg gelingen. Wenn ich sehe, was in meiner eigenen Verwaltung passiert: wir haben tolle Vereinbarungen getroffen mit dem Personalrat zur Arbeitszeitverkürzung und zur Flexibilisierung jeder Arbeitszeit, auch für Leistungskräfte. Dies gilt natürlich auch für Männer. Bei uns haben jetzt zwei Abteilungsleiter ihre Arbeitszeit reduziert, beide sind weiblich. Ich habe eine Verwaltung mit 50 % weiblichen Abteilungsleitern, das gibt es auch nur in der Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen. Ich kann niemand dazu zwingen. Es sind wieder nur Frauen, die diese Regelungen in Anspruch nehmen. Die Einzelbeispiele, die haben wir alle genug, Herr Eppelmann. Wir können alle Ministerpräsidentin werden. Oder wir haben im Senat die Hälfte Frauen, im Abgeordnetenhaus sind 55 % Frauen in der SPD-Fraktion, da kann man wahrlich nicht meckern, aber das ist ja nicht die gesellschaftliche Realität, und deswegen sage ich, wenn wir nicht ausgehend von unserer Analyse wirklich immer an diesem Zipfel ziehen und sagen, welche Prozesse wir bewegen wollen, wir Frauen, gemeinsam und in allen Bereichen, dann wird sich von alleine nichts tun.

Wilma Glücklich, MdB: Wenn ich kurz Resümee des heutigen Abends ziehen soll, dann würde ich für mich und für alle Frauen folgende Konsequenz ziehen: Zunächst mal ist es sehr wichtig, sich keine Zuständigkeiten zuweisen zu lassen, das ist uns übrigens heute abend auch wieder passiert. Dann eben müssen wir das Betroffensein ablegen, also ein bißchen abstrahieren können von der eigenen Person im Bewußtsein dessen, daß wir Akteurinnen sind und eben nicht Leidensgenossinnen. Dann müssen wir Partner suchen, die gibt es bei den Männern. Und was ich meinte mit dem Begriff „zum Glück zwingen“,

Herr Eppelmann, das war natürlich ein Euphemismus für das eigentliche Wort: wir müssen eben den Männern die Posten abjagen – ganz einfach.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Frau Griebhaber.

Rita Griebhaber, MdB: Ich denke, die Frauen sind gar nicht so schlecht gerüstet. Denn wenn man sich das anschaut, was Herr Bertram mir erzählt hat, diese nicht mehr durchgängigen Erwerbsbiographien, das Ende der männlichen Vollerwerbsgesellschaft und all diese Dinge, da sind die Frauen doch Expertinnen. Die Frauen haben schon immer unterbrochene Erwerbsbiographien. Sie haben Ein- und Ausstiege erfahren, mußten umschulen, wieder etwas anderes machen. Im Osten nicht ganz so stark, aber im Westen sind die Frauen in dieser Frage Expertinnen. Und jetzt kommt es für mich darauf an, was ja alle anderen Vorrednerinnen auch gesagt haben, daß dieser Prozeß aber organisiert werden muß. Von alleine passiert nichts. Wenn die Frauen nichts machen, dann werden die neuen Spielregeln auch wieder nach den Männern ausgerichtet werden. Wenn aber die Frauen ihre Erfahrungen einbringen, wenn die Frauen darauf drängen, daß das soziale Sicherungssystem so geändert wird wie ihre Lebensverhältnisse es nötig machen, daß sie darin vorkommen, daß sie darin verankert sind, dann sehe ich auch gute Chancen für die Frauen. Nur – ich habe das in der Diskussion mit Frau Bohley heute nachmittag gedacht – als die Wende war im Osten, waren die Frauen aktiv beteiligt, sie waren mittendrin und haben unheimlich viel gemacht. Wo sind sie jetzt? Jetzt sind sie an vielen Plätzen nicht mehr da, nicht mehr drin und ich hoffe, daß dieser Prozeß – Sie gehen von drei Generationen aus – sicher schneller und rasanter abläuft und daß man nicht die gleichen Fehler macht, wie damals beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft – wenn ich da nur an das Elend der Kinder denke – auf dieses Niveau darf man nicht nochmal absinken. Ich hoffe wirklich, daß die Frauen dann nicht wieder rausgekickt werden oder abtauchen, sondern daß sie sich wirklich organisiert einbringen und mitgestalten.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Vielen Dank Frau Griebhaber. Frau Semper.

Dr. Sigrid Semper: Ich nehme an, nicht nur die Politik kann eine Veränderung der Stellung der Frau in Ost und West bewirken, sondern es ist genauso die Wirtschaft gefragt, es ist genauso die Gesellschaft und die Familie gefragt. Aber so lange Politiker noch Äußerungen machen, daß die Frauen zurück an den Kochtopf sollen – wie in Sachsen – dann ruft es eine Revolution hervor. Denn gerade das Selbstbewußtsein Frau/Mann ist gewachsen, und die Meinung, daß die Frauen „ihren Mann stehen“. Mein Resümee ist, die Frauen sollten mehr Mut haben in den neuen Bundesländern, Macht zu ergreifen. Sie sagen oft, sie wollen keine Macht, weil sie Angst haben, sich dazu zu äußern, und innerlich könnten sie es genauso machen wie der Mann oder vielleicht sogar besser in bestimmten Positionen. Zu den Rahmenbedingungen haben meine Vorgängerinnen eigentlich alles das gesagt, was mich auch bewegt. Es kann uns nur gelingen, in Ost und West das Problem der gravierenden Arbeitslosigkeit der Frauen zu lösen, miteinander mit Mann und Frau, dann muß man aber

bitteschön die Frau auch in bestimmten Positionen zulassen. Es heißt immer „mit“bestimmen, „mit“machen. Es ist also immer der Mann, der macht, und die Frauen können mitmachen. Schon das Wort ärgert mich. Wir Frauen müssen selber machen. Das Bewußtsein müssen wir bei den Ostfrauen wieder mal richtig reinbringen.

Gesprächsleiterin Prof. Dr. Gesine Schwan: Vielen Dank Frau Semper. Wir sind gut in der Zeit, und deswegen erlaube ich mir erstens, Ihnen sehr, sehr herzlich allen zu danken, aber das ist sowieso sozusagen Pflicht und gern aufgenommene Pflicht. Aber ich erlaube mir auch noch, eine weitere Minute in Anspruch zu nehmen für einen Schwank aus meinem Leben, der zugleich den Hiatus von verschiedenen Bewußtseinsteilern, die wir so alle in uns haben, ganz egal welchem Geschlecht wir angehören, deutlich macht. Mit meinem Mann, der auch Professor war und viele Jahre nicht mehr lebt, war ich wie jeden Sonntag in der Kirche, es war ein Maiensontag, und es war der Muttertag. Der Kaplan predigte in wunderschönen Farben das Mutterglück. Es war wirklich herzerwärmend. Der Pfarrer hatte mit diesem Kaplan ein gewisses Konkurrenzverhältnis und ahnte schon, daß dieses ganz besonders gepriesene Mutterglück was schönes ist. Und als die Messe zu Ende war, kam der Pfarrer und grinste und fragte mich, wie mir denn die Predigt des Kaplans gefallen habe. Und da habe ich gesagt, ich empfinde es einfach als eine Frage der Gerechtigkeit, wenn das Mutterglück so schön ist, daß man dem Vater was davon abgibt. Das fand mein Mann ein bißchen zu frech. Damit habe ich dann erst mal ein bißchen gelebt und dann sind wir nach Hause gefahren und es war Zufall, daß sein Mercedes in der Werkstatt war und ich mit meinem Volkswagen fuhr; jeder saß immer am Steuer seines Autos. Ich also an meinem Volkswagen und ich merkte, daß mein Mann völlig unzufrieden war mit mir. Wir fuhren also die Matterhornstraße dort weiter und dann fragte ich nach einer Weile: „Sag mal, was ist denn in deiner Sicht die Aufgabe der Frau in der Familie?“ Da hat er gesagt: „Für die gute Atmosphäre zu sorgen“. „Aha“, habe ich gesagt, „alle Konflikte schlichten, alles dies schön in sich reinfressen, wie das so üblich ist“. Und dann habe ich gesagt: „Und sag mal, was ist denn deiner Meinung nach die Aufgabe des Mannes in der Familie?“ Da hat er geantwortet: „Die geistige Leitung“. Und da war ich schon in der Spanischen Allee und ließ fast das Steuer fallen. Ich muß dazu aber sagen, mein Mann hat praktisch ganz anders gehandelt und ich danke meinem Mann unter anderem, daß ich in diesen Beruf gekommen bin. Ich glaube, ich hätte gar nicht den Ehrgeiz entwickelt, also so ist das geschichtet. Aber er hatte offensichtlich doch die sehr traditionelle Vorstellung, der Mann hat die geistige Leitung – gemerkt habe ich davon nichts, aber vielleicht hat er es so geschickt gemacht, daß ich es nicht mal gemerkt habe. Ich danke Ihnen allen und wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich darf Sie einen Augenblick noch um Geduld bitten. Bei diesen guten Wünschen möchte ich als Mann gerne mitmachen. Ich möchte Ihnen allen herzlich danken, daß Sie so lange hier gewesen sind, manche und mancher von Ihnen ja von heute früh 10 Uhr an. Für Leute,

die dann nur zuhören dürfen, ist das ja noch anstrengender, als für diejenigen, die wenigstens zwischendurch mal mehr oder weniger geistvolle Fragen stellen dürfen. Der Tag, glaube ich, hat deutlich gemacht – wie bei allen anderen Themen vorher auch – auch bei dem Thema, womit wir uns heute befaßt und beschäftigt haben, kann man Dinge sehr unterschiedlich erlebt haben, betrachtet haben, bewerten, beobachten. Das ist auch am heutigen Tage deutlich geworden, daß da Eindrücke, Biographien und Erfahrungen sehr unterschiedlich gewesen sind. Zum Schluß ist mir aufgefallen, das hat mich froh gemacht, weil ich den Eindruck habe, bei allen Schwierigkeiten, die wir miteinander haben, sind wir offensichtlich grundsätzlich auf einem guten Weg. Wir haben zum Schluß nur noch von Männern und Frauen und Kindern geredet und nicht mehr von Ostfrauen und Westmännern. Offensichtlich ist vieles von dem, worüber wir jetzt in der letzten Runde geredet haben, gesamtdeutsche Problematik und ein gesamtdeutsches Problem. Ich habe den Eindruck, Gesetze können nur an der einen oder anderen Stelle was regeln. Sie sind nicht unverzichtbar. Damit Sie mich nicht falsch verstehen, das ist nicht in Konfrontation zu Ihnen, aber wir werden uns tatsächlich immer wieder neu fragen müssen, was bewegt mich, was ist mir wichtig, wie sieht die Reihenfolge der Werte meines konkreten Lebens aus? Und vieles von dem, was wir in dem angesprochenen Bereich wünschen, werden wir wohl schaffen können, wenn es allgemeine Bestrebungen an dieser Stelle gibt. Lassen Sie mich mit einer kleinen Geschichte enden, so wie Sie das gemacht haben, auch da möchte ich mitmachen. Ich bin Bundestagsabgeordneter, einer von 662 und – Sie verzeihen mir meine jetzt folgende Arroganz – ich halte mich manchmal für ganz vernünftig und klug. Und dann komme ich frühmorgens ins Parlament und stelle mit tiefem Erschrecken fest, daß die anderen völlig anderer Meinung sind, obwohl das, was ich denke, so vernünftig und so klug ist und immerhin auf dem Hintergrund von 54 Jahren Lebenserfahrung beruht. Es wird also eine Mehrheit in allen Parlamenten und in allen Gremien, die da zu befinden und zu entscheiden haben, der Meinung sein, daß bei dem Problem, von dem wir heute geredet haben – Gleichberechtigung, gleiche Chancen –, noch mehr getan werden muß. Das werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Frauen nicht alleine schaffen, sondern nur mit uns Männern zusammen. Uns Männern muß allerdings deutlich sein, daß die Frauen auf uns warten und daß sie uns brauchen und daß wir schäbige Hunde wären, wenn wir da nicht mitmachen würden. In diesem Sinne schließe ich die Sitzung und wünsche Ihnen allen einen guten Nachhauseweg.

Ende der Sitzung: 21.40 Uhr